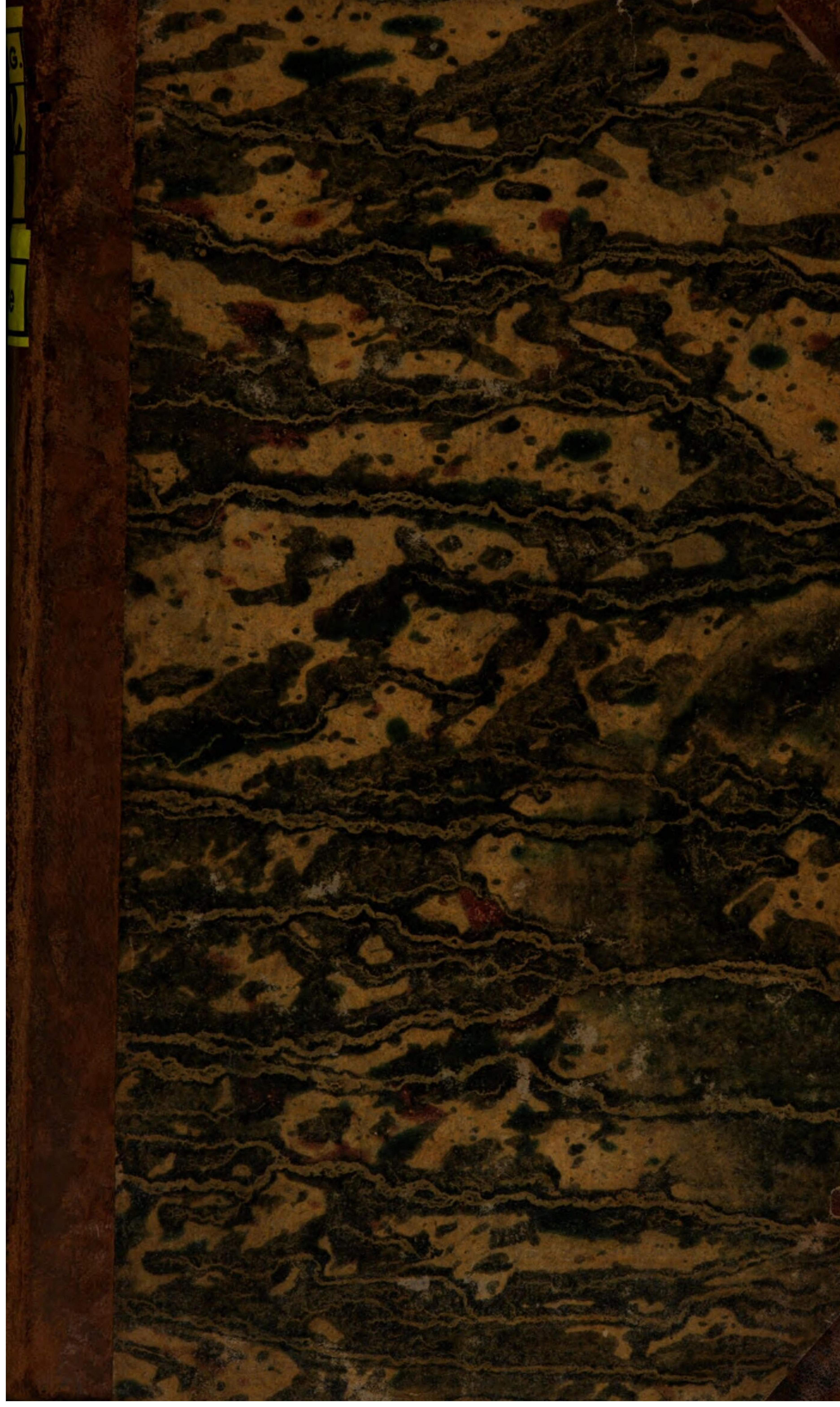




F. publ. germ.

732.

Fiche



Ch. Wink. del.

Söckler sc. 1779.

Just publ.

J. publ. germ. 772

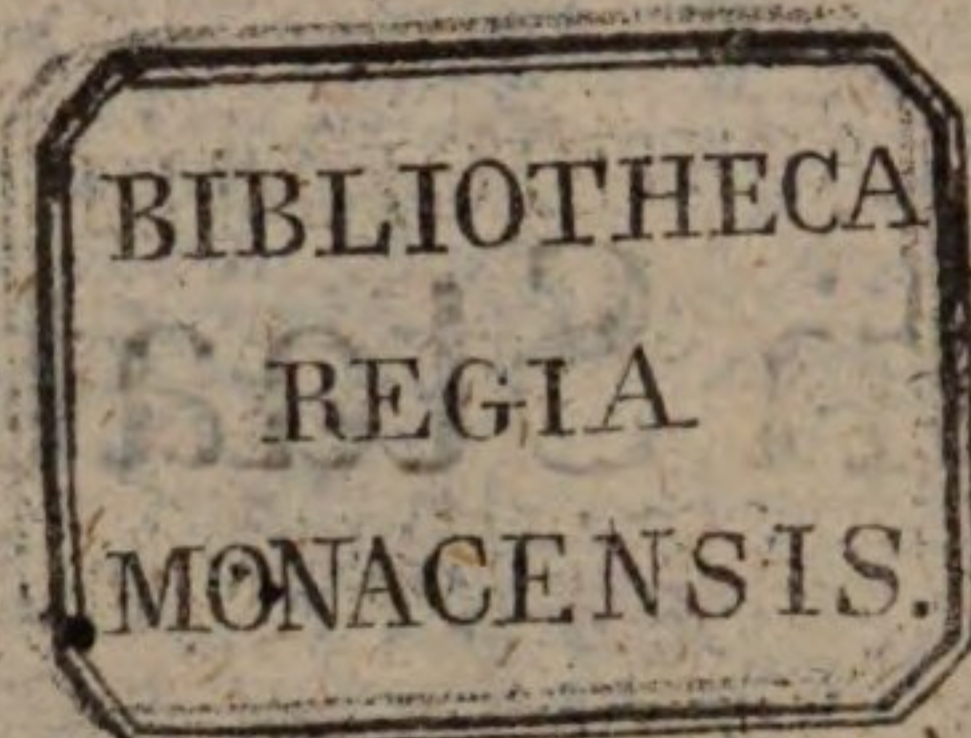
Schnauckert

L e h r b u c h
des
deutschen Staatsrechts

Von
Andreas Joseph Schnaubert Dr.

Erster Band.

J e n a,
bey H. W. Chr. Seidler.
1806.



Seiner
kaiserlichen Majestät
ALEXANDER

DEM ERSTEN
Selbstherrscher aller Reussen,

dem
Vater seiner Völker,

dem
Freunde aller Nationen,

dem
allerhöchsten Garanten
der
deutschen Staatsverfassung,

in
tiefster Ehrfurcht

allerunterthänigst

geweiht

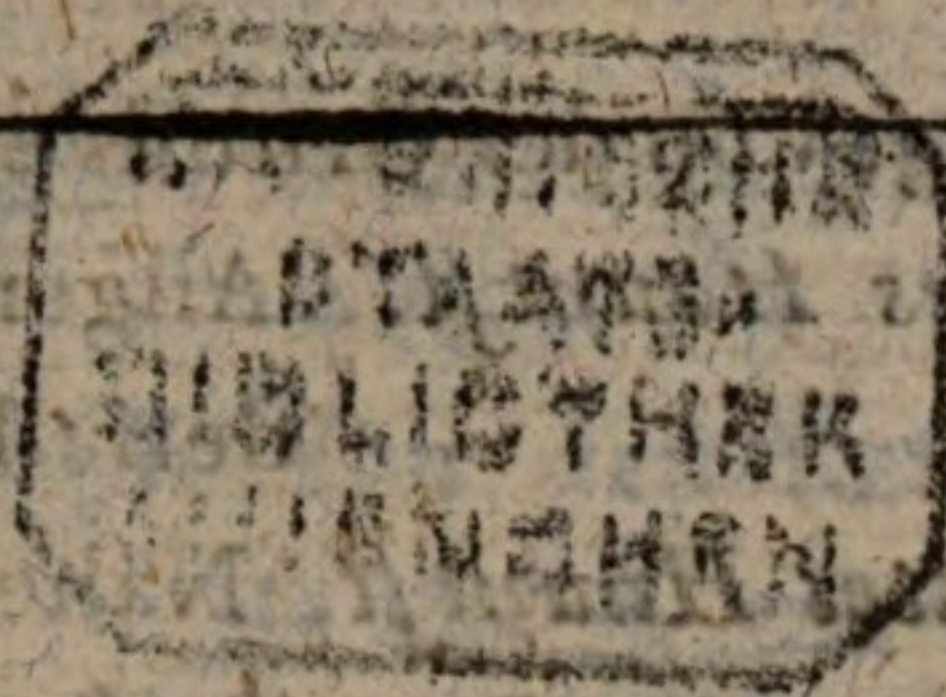
vom

Verfasser,

SECHS
Kaiserlichen Majestäten
ALEXANDER
DER ERSTE

Selbstherrlicher aller
Kaiserlichen Majestäten
Vater sein
Friede aller Nationen
allerhöchsten Gedenken
der
deutschen Staatsverfassung

1807
allgemeine
Verfassung
vom
Verfasser



Inhalt des ersten Bandes.

Einleitung.

Erster Abschnitt. Begriff, Abtheilung und Kulturgeschichte des deutschen Staatsrechts. §. 1 — 10.

Zweiter Abschnitt. Von den Quellen, Hülfsmitteln und der Methodologie des deutschen Staatsrechts. §. 11 — 18.

Erstes Buch. Von Deutschland, dessen Konstitution und Regierung.

Allgemeiner Theil. Von Deutschland, dessen Konstitution und Regierung überhaupt.

Erster Abschnitt. Von den deutschen Staatsbürgern §. 19 — 26.

Zweiter Abschnitt. Von dem deutschen Gebiete. §. 27 — 41.

Dritter Abschnitt. Von der deutschen Staatsgrundverfassung.

I n h a l t.

I. Abtheilung. Von der Grundverfassung des Reichs.

Erstes Hauptst. Allgemeine Darstellung derselben. §. 42 — 53.

Zweites Hauptst. Nähere Darstellung der Person des Kaisers.

1) Dessen Titulatur. §. 54.

2) Von den Reichsinignien §. 55.

3) Von dem kaiserl. und Reichswappen. §. 56.

4) Von der Residenz des Kaisers. §. 57.

5) Von dem Reichs- und Haushofstaate des Kaisers. §. 58. — 64.

6) Von den Einkünften des Kaisers. §. 65.

7) Von der Wahl des Kaisers §. 66 — 70.

8) Von der Krönung des Kaisers. §. 71 — 75.

9) Von der Resignation und Enthronung des Kaisers. §. 76.

10) Anhang: Von der Gemahlin des Kaisers. §. 77.

Drittes Hauptst. Von der Art und Weise, die kaiserl. Reservate, wobei keine reichsständische Konkurrenz erforderlich ist, auszuüben. §. 78 — 83.

Viertes Hauptst. Von den Reichsständen. §. 84 — 105.

Fünf-

I n h a l t.

Fünftes Hptst. Von dem Reichstage §. 106.
— 120.

Sechstes Hptst. Von den Reichsdeputations-
tagen. §. 121 — 127.

Siebentes Hptst. Vom Korpus der katholischen
und evangelischen Stände
und dessen Konferenzen. §.
128 — 130.

Achtes Hptst. Von den Kurfürstentagen. §. 131.

Neuntes Hptst. Von der Kreisverbindung und
den Kreistagen. §. 132 — 137.

Zehntes Hptst. Von den Fällen, worinn die
Mehrheit der Stimmen in den
reichsständischen Versamm-
lungen nicht entscheidend ist.
§. 138 — 140.

Elfte Hptst. Vom römischen König §. 141.
— 144.

Zwölftes Hptst. Von dem Zwischenreiche
und den Reichsvikarien. §.
145 — 148.

II. *Abtheilung.* Allgemeine Konstitution der Reichs-
lande.

Erstes Hptst. Von der Landeshoheit über-
haupt. §. 149 — 158.

Zweites Hptst. Von der Regierungsverfas-
sung der höheren Reichslande.

Erster Absatz. Von der Person des
Landesherrn §. 159 —
163.

Zweiter Absatz. Von der Landesre-
gierung, in so ferne
sie

Inhalt.

sie vom Landesregenten allein abhängt.
§. 164 — 168.

Dritter Absatz. Von den Landständen und Landtagen.
§. 169 — 178.

Drittes Hptst. Von der Reichsstädtischen Regimentsverfassung §. 179 — 183.

III. Abtheilung. Von der Regierung der unmittelbaren, nicht reichsständischen, Gebiete. §. 184 — 188.

Einleitung. a).

Erster Abschnitt.

Begriff, Abtheilung, und Kulturgeschichte des deutschen Staatsrechts.

§. 1.

Das Staatsrecht, objektivisch genommen, hat die Rechte und Pflichten der Staatsgewalt, *als solche betrachtet*, zum Gegenstande b). Es ist ent-

a) I. I. Moser's praecognita iuris publ. germ. generalissima 8. Joseph. Ant. de Riegger prolegomena iuris publ. Germaniae fasc. 1. 2. 3. in 8. I. L. Klüber Einleitung zu einem neuen Lehrbegriff des teutschen Staatsrechts Erl. 1803. 8. Desselben Fortsetzung u. Ergänz. der Pütter'sch. Litt. des T. StR. S. 38.

b) G. D. Hoffmann diss. de uno eodemque iure et modo, ferendi leges Imperii §. 3. folg. Tub. 1775. Mein pr. de analogia iuris publ. imperii

entweder *natürliches*, *allgemeines*, oder *positives*, *besonderes* Staatsrecht. *Jenes* geht aus dem Begriffe der Staatsgewalt hervor, *dieses* beruht auf den besondern Staatsnormen einzelner Staaten, bestimmt daher die Rechte und Pflichten in Ansehung der Verfassung und Regierung eines gewissen Staats, z. B. ist das deutsche Staatsrecht, welches die Rechte und Pflichten in Ansehung der Staatsverfassung und Regierung in Deutschland bestimmt.

Das Staatsrecht rührt entweder *unmittelbar* von der Staatsgewalt, oder von andern her, welchen die Staatsgewalt die Bestimmung überlassen hat, rührt also von dieser *mittelbar* her c).

§. 2.

Das Staatsrecht ist 1), in so ferne es die *Grundverfassung* (*Konstitution*) d. i. die Bestimmung des Subjekts der Regierung und des Umfangs und der Grenzen der diesem übertragenen Regierungsgewalt zum Gegenstande hat, (*Staatsgrundrecht*, *Konstitutionsrecht*, *ius publicum* fun-

in fontibus iuris publ. S. R. I. territoriorum non numeranda §. 1. Helmst. 1785. In Merau's Miscellan. zum d. St. u. priv. R. I. Th. S. 428.

c) N. Th. Gönner's teutsches Staatsrecht §. II. II.

fundamentale) ein *vertragsmässiges* Recht. 2) Wenn es die *Nichtgrundverfassung* d. i. diejenige, welche der Regent vermöge der ihm anvertrauten Regierungsgewalt zu bestimmen, befugt ist, zum Objecte hat: so kommt es in *Aristokratischen* und *Demokratischen* Staaten ebenfalls *Vertragsweise* zu Stande. Dieses ist 3) auch in *Monarchien* der Fall, wenn hier dabei die *Einwilligung* der *Repräsentanten* der Staatsbürger (Stände) erforderlich ist. Ausserdem kann aber 4) die *Nichtgrundverfassung* durch *einseitige Anordnungen* des Regenten bestimmt werden. 5) Alle solche Staatsverträge sind übrigens für die *einzelnen* Staatsbürger *höhere Gesetze*.

Das Staatsrecht ist 1) von der *Staatsrechtsgeschichte*, 2) der *Politik*, 3) der *Staatskunde* (Statistik) d) und 4) von dem *privat Rechte* e),

A 2

auch

d) Dan. *Nettelblatt*, Von der Vermischung des teutschen Staatsrechts mit der teutschen Staatsgeschichte, Staatskenntniss und Staatsklugheit. In *dessen* *Erörter.* Num. 1. I. St. *Pütter's* *Litteratur* des T. StR. 2. Th. §. 666. f.

e) Chr. Lud. *Scheid* diss. iuris publ. et privati convenientia et differentiae principes. G. D. *Hoffmann* a. a. O. §. 90. *Pütter* a. a. O. §. 665.

auch dem *privat Fürstenrechte* f) unterschieden.

§. 3.

1) Die *durchaus* (absolute) *unabänderlichen* Prinzipien des natürlichen Staatsrechts sind auch in dem besondern Staatsrechte die erste und einzige Entscheidungsquelle. 2) Wenn die Prinzipien des natürlichen Staatsrechts auf dem *Rechte* der Staatsbürger, oder einzelner Klassen derselben beruhen, welches diese haben *aufopfern* können: so geht das positive Staatsrecht dem natürlichen nur so lange vor, als diese Aufopferung vorhanden ist, und Statt findet. Uebrigens ist 3) das natürliche Staatsrecht, erst in *Ermangelung* besonderer Staatsgesetze, in einzelnen Staaten anzuwenden g).

§. 4.

f) *Mein* pr. de iure privato principum ex iuris publ. germ. systemate eliminando Ien. 1806.

g) *Gonne* Dica iuris publ. univ., qua abusus huius disciplinae in iure publ. Imperii germ. ostenditur, refellitur. Erlang. 1752. D. *Nettelbladt's* Erörterungen Num. 2. *Pütter* a. a. O. §. 663. *Klüber* zu P. S. 39.

§. 4.

Das *positive Staatsrecht* ist entweder *geschriebenes, ausdrückliches* (*ius publicum scriptum*), oder *Staatsherkommen* (*ius publicum non scriptum, observantia, consuetudo publica*)^{h)}. Dieses ist überhaupt eine, durch Handlungen und stillschweigende Einwilligung in Staatsfachen eingeführte, Norm. Es entspricht dem *ausdrücklichen Staatsrechte*. Jenachdem dieses entweder ein *vertragsmässiges Recht* oder ein *einseitiges Gesetz* des Regenten ist (§. 1. a. E. §. 2.), beruhet auch das Staatsherkommen entweder auf der stillschweigenden Einwilligung der Paciscenten, oder dem einseitigen Willen des Regenten. Im *ersten Falle* ist es *Staatsherkommen im engern Sinne*, und im Gegensatze von dem eigentlichen Staatsgewohnheitsrechte, (*observantia publica in specie*), im *andern Falle* ist es *Staatsgewohnheitsrecht im engern Sinne* und im Gegensatze von dem eigentlichen Staatsherkommen (*consuetudo publica in specie*).

I. Das

h) Pütter a. a. O. 3. Th. §. 887. I. L. Klüber Fortsetzung u. Ergänz. der Pütterischen Litt. §. 887. I. I. Moser von Teutschland überhaupt S. 492. f. Gerstlacher Corpus iur. germ. 4. Th. S. 99. folg. de Spangenberg diss. de observantia Imperii Hal. 1795. 8.

I. Das Staatsherkommen im engern Sinne ist ein stillschweigender *Vertrag* in Staatsfachen. Dazu werden demnach solche Handlungen erfordert, von welchen auf die stillschweigende Einwilligung der Interessenten sicher geschlossen werden kann. Sie müssen daher 1) *mit der Vorstellung und in der Absicht einer Rechtsnorm* geschehen seyn 1), sonst läßt sich von daher allein, daß bisher etwas geschehen, oder nicht geschehen ist, kein rechtliches Herkommen behaupten. Insbesondere hat dasselbe nicht statt, wenn die Handlungen bloß für diesmal, gegen ausgestellte Reversalen, daß sie nicht von Folge seyn sollen, oder Bittweise vorgekommen sind. 2) Müssen auch die Handlungen *öffentlich* geschehen, und 3) der Interessent darf nicht durch Zwang oder andere erhebliche Umstände, wider seinen Willen, vom Widerspruche zurückgehalten worden seyn.

1) Hieraus ergiebt sich die rechtliche Wirkung der *Protestation* und *Reprotestation*.

2) Der

i) Die *Meinung moralischer Nothwendigkeit* der Handlung oder Unterlassung auf Seite der Handelnden wird nicht erfordert. *Gönnert a. a. O.* §. 27. 4.

2) Der *Verlauf* einer gewissen Zeit ist zum Herkommen im engern Sinne nicht erforderlich.

3) Es ist auch *eine* Handlung zur Einführung desselben hinreichend.

II. Das *eigentliche Staatsgewohnheitsrecht* wird durch mehrere, gleichförmige, lange hergebrachte und zweckmäßige Handlungen der Staatsbürger und α) die einseitige stillschweigende Einwilligung des Regenten eingeführt: β) ein solches Gewohnheitsrecht kann auch den, voraus alle löbliche Gewohnheiten bestätigenden, Gesetzen sein Daseyn zu verdanken haben. (*consensus antecedens, generalis.*)

§. 5.

Im Deutschland hat sich, neben der höheren und allgemeinen Staatsgewalt (Reichsmajestät), allmählig noch eine, dieser untergeordnete, Landeshoheit und Herrschaft gebildet. Die *Landeshoheit* (*superioritas territorialis*) ist die bürgerliche Oberherrschaft über einzelne Provinzen und Gebiete, mit Ausnahme einiger, der Reichsgewalt vorbehaltenen, Hoheitsrechte *k*). Sie

k) I. I. Moser von der Landeshoheit überhaupt. S. 8. folg. Pütter's L. 3. Th. §. 848. f. Klüber z. P.

Sie ist ein Ausfluß der Reichsgewalt, in den Reichsgesetzen ausdrücklich und sehr nachdrücklich bestätigt und gesichert, 1) und daher, *subjektivisch*, und mit Hinsicht auf die *anordnende Gewalt*, als eine *Reichsanstalt* zu betrachten.

1) *Wahlkap.* Art. 1. §. 2. „Wie Wir dann auch..
 „wollen die . . . Stände . . . bei ihren Hoheiten,
 „geist- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten,
 „Macht und Gewalt, wie sie dieselbe in und
 „außer ihren Territorien hergebracht haben, . .
 „lassen“ (§. 1519.) *W. F.* Art. 8. §. 1. „*Omnes et*
 „*singuli Electores, Principes et Status Imperii*
 „*Romani in antiquis suis iuribus, praerogativis,*
 „*libertate, privilegiis, libero iuris territorialis*
 „*tam in Ecclesiasticis quam politicis exercitio,*
 „*ditionibus, regalibus, horumque omnium pos-*
 „*sessione vigore huius transactionis ita stabiliti*
 „*firmitaque sunt, ut a nullo unquam sub quo-*
 „*cunque praetextu de facto turbari possint vel*
 „*debeant*; *Wahlkap.* Art. 1. §. 8. Wir wollen
 „weder den Reichsgerichten, noch sonst Iemanden,
 „wer der auch sey (1790. so in als außer dem
 „Reiche) gestatten, daß den Ständen in ihren
 „Territoriis (1790. in ihre *Landeshoheits-*
 „*Regierungs-, besonders in Religions - Poli-*
 „*zei - Kameral - Militär - Justiz - Lehns - Kriminal-*
 „*und Gnadenfachen*) sub quocunque praetextu
 „wider die Reichsgesetze, den Friedensschluß,
 „oder aufgerichtete rechtmäßige und verbind-
 „liche pacta vor- oder eingegriffen werde“
 (perpet.), §. 9.

ten. Die, von der Landeshoheit unterschiedene, *Herrschaft* ist ein Inbegriff von Hoheitsrechten, durch besondere Reichsgesetze, höhere Verleihungen und das Herkommen bestimmt *m*).

Die Geschichte von dem *Ursprunge* und der allmählichen Ausbildung der *Landeshoheit* und *Herrschaft* wird hier aus der deutschen Staatsrechtsgeschichte unterstellt. Bei der Landeshoheit insbesondere sind die ursprünglich *wendischen* Länder *n*) mit den ursprünglich *deutschen* nicht zu verwechseln.

§. 6.

m) *Wahlkap. Art. 15. 6. 8.*, bei ihren hergebrachten und habenden *landesfürstlichen* und *herrlichen iuribus*.“ Der Umfang der herrschaftlichen Rechte ist in keinem Reichsgesetze überhaupt bestimmt worden; er beruht daher auf den genannten *besondern* Titeln. Was nicht daraus hergeleitet werden kann, ist in der bloßen Herrschaft nicht begriffen. Hierinn zeigt sich der Unterschied zwischen derselben und der Landeshoheit.

n) v. *Kamptz* über die aus dem Wendischen Ursprunge des Mecklenburgischen Staats entspringenden Verschiedenheiten des Mecklenburgischen Staatsrechts etc. In *dessen* Beytr. zum Mecklenb. St. u. p. R. I. B. Num. I.

§. 6.

1) Die einzelnen, mit Landeshoheit umfassten, Reichslande (*territoria*) sind daher besondere Staaten, welche, nebst andern, der bloßen Herrschaft unterworfenen, Gebieten, zusammengenommen o) das deutsche Reich, *objektivisch* betrachtet, und den größern Reichsstaat ausmachen. Hierbei entsteht 2) ein *zweifacher staatsrechtlicher Betracht*, der *erste*: in so ferne die Territorien ein unzertrennbares Ganze

o) Der Ausdruck *territorium* wird überhaupt für ein der Landeshoheit oder Herrschaft unterworfenenes Gebiet gebraucht. In engerer Bedeutung wird das erstere dadurch angezeigt. Die *Geschichte* von der allmählichen *Bildung der Territorien* wird gleichfalls aus der deutschen Staatsrechtsgeschichte hier vorausgesetzt. Schon in den ältern Zeiten ist Deutschland von mehreren Völkern bewohnt worden. Durch die alte Gauverfassung, den Verfall der Gauen, die Achtserklärung Heinrichs des Löwen, den Abgang des Hohenstaufischen Stammes, und endlich die Erbfälle, Verträge, Ausziehungen, Säkularisationen u. a. sind sie allmählig gebildet und bestimmt worden. I. N. *Hert* de origine et progressu specialium S. R. G. I. rerumpubl. In opusc.

Ganze ausmachen, *blos als integrirende Theile* des größern deutschen Staatskörpers betrachtet werden, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie noch besondere, mit Landeshoheit umfaßte, Staaten sind, der *zweite*: in so ferne noch hierauf, auf ihrer aller *gemeinsame* Verfassung und Regierung, von der Verfassung des größern deutschen Staatskörpers unterschieden, gesehen wird. p) 3) Es ist demnach im Reiche und unter der Reichshoheit eine *zweifache Staatsverfassung*, nemlich die *eigentliche Reichs-*, und die *gemeine*, auf *Reichsgesetzen* beruhende, *Reichsterritorialverfassung*, zu unter-

p) Diese zweifache Rücksicht ist in der, durch die *Reichskonstitution* sancirten, Reichsmajestät auf einer, und der Landeshoheit auf der andern Seite gegründet. Es gibt, jenachdem man die Territorien *blos als Theile des Ganzen*, oder als einen *Innbegriff von Staaten* betrachtet, ganz unterschiedene staatsgrundgesetzliche Bestimmungen, z. B. daß das Reich ein *Wahlreich* ist. Es fehlt nicht an Reichsanstalten, welche die Territorien, *blos als integrirende Theile des größern Staats*, nicht aber als Staaten, umfassen. Z. B. ist die Kreisverfassung. Hier ist auch der Unterschied zwischen der Reichsstandschaft und der Landeshoheit überhaupt nicht außer Acht zu lassen.

terscheiden. 4) Die Landeshoheit ist, *objektivisch*, nicht eine *blofse Reichsanstalt*, zur Regierung der einzelnen Theile von Deutschland angeordnet. (vorherg. §.) q) 5) Deutschland, oder das deutsche Reich, in dem *zweiten staatsrechtlichen Betrachte*, ist ein *zusammengesetzter Staat* (*civitas composita.*) r) 6) Die bürgerliche *Unterwürfigkeit* gegen die Reichsmajestät ist entweder *unmittelbare* oder *mittelbare*. Sie kann von Personen und Sachen ausgesprochen werden. Daher die Begriffe von *Reichsunmittelbarkeit* und *Mittelbarkeit* oder *Landfässigkeit*

q) Das Gegentheil behauptet Gönner a. a. O. §. 6. und 90. und in der dort angezogenen *Abh.* über das rechtliche Prinzip der teutschen Territorialverfassung. Bei den Territorien, als Staaten betrachtet, wird die Reichsmajestät keineswegs *hinweggedacht*, die Reichsmajestät wird selbst hier als die *Quelle* der Landeshoheit angegeben, und diese wird als eine, jener *untergeordnete*, Gewalt dargestellt. Die gemeinen positiven Landesstaatsgesetze sind *Reichsgesetze*. Die *Staatsverfassung* und das *unmittelbare Subjekt* der Regierung sind jedoch verschieden.

r) Die Gründe des Frhn. v. Pacassi in den Beiträgen zum deutschen Staatsrechte S. 12. fallen, nach dem angegebenen Betrachte, alle von selbst hinweg.

keit s). 7) Das deutsche Staatsrecht ist entweder *Reichs-* oder *Landes-Territorialstaatsrecht*. *Jenes* hat die Staatsverfassung und Regierung des Reichs, als ein ungetheilter Staat betrachtet, *dieses* hat die Verfassung und Regierung der Reichslande, und zwar entweder die *gemeine* aller Reichslande, oder die eines *besondern Reichslandes* zum Gegenstande, und ist daher entweder *gemeines* oder *besonderes Landesstaatsrecht* (*ius publicum territoriale commune, speciale, specialissimum t*). 8) Das gemeine Landes-Staatsrecht ist demnach in Rücksicht auf das *Subjekt* oder seine *Quelle*, nicht aber in Ansehung des *Objekts* ein *Reichsstaatsrecht*. 9) Das eigentliche Reichs- und das gemeine Landesstaatsrecht machen das *gemeine deutsche Staatsrecht* (*ius publ. germ. generale*) aus.

§. 7.

s) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 860. Klüber z. P. Gedanken von dem ächten Begriffe und Grunde der Unmittelbarkeit und Territorial-Gerechtigkeit etc. Erf. u. Lpz. 1786. 8. Allgayer (I. Ph. Gregel) Bestimmung der wesentlichen Merkmale und Begriffe der heutigen Reichsmittel- und Unmittelbarkeit (Würzb. 1795.) 8. (E. I. v. Fahrenberg's) Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandtschaft, Landeshoheit in ihrem Rechtsverhältnisse zum Reichsoberhaupte, Germanien 1798. 8.*

t) *C. S. Zachariae Geist der teutschen Territorial-*
ver-

§. 7.

Eine wissenschaftliche Bearbeitung des deutschen Staatsrechts hat im Mittelalter aus mehreren Ursachen, wegen des Mangels einer ordentlichen Staatsverfassung und nachher eines gründlichen Natur- und allgemeinen Staatsrechts, der Gesetze, der deutschen Geschichtskunde, wegen des Lehnsystems, der privat Kriege und der Selbsthülfe u. a., nicht stattgefunden; die Irrungen zwischen einigen Kaisern und Päpsten, insbesondere die Feindseligkeit zwischen Ludwig IV. und dem Papste, haben einige Schriften veranlaßt, die hier zu nennen sind u).

Das deutsche Staatsrecht ist mit der Zeit in drei verschiedenen Schulen, 1) der Legisten und Dekretisten (romanisirenden), 2) der historischen, 3) der dogmatischen Schule, bearbeitet worden x).

I. In

verfassung, 1800. 8. v. *Epplen* über das Princip der deutschen Territorialverfassung 1803. 8. *Gönn*er a. a. O. in der Note r.

u) *Pütters* Litt. des t. StR. I. Th. §. 25.

x) Io. Chph. *Krause* Abh. aus dem deutschen StR. I. B. I. Abh. Er unterscheidet 1) die Schule der

Dekre-

I. In der *romanisirenden* Schule ist, wegen der, aus der Geschichte bekannten, Verbindung der römischkaiserlichen Würde mit Deutschland, als erster Grundsatz aufgestellt worden, daß Deutschland mit den übrigen Reichen, worüber sich dessen Hoheit damals erstreckt hat, eine Fortsetzung des alten römischen Reichs sey *y*). Die deutsche Staatsgeschichte ist daher mit den vier Monarchien oder doch dem Romulus angefangen, in den unvollständigen Systemen des deutschen Staatsrechts ist der deutsche König und römische Kaiser für einen Cäsar, August, - Constantin, Iustinian und a. sind für dessen Vorfahrer am Reiche, die Wahlkapitulation ist für die *lex regia*, die Kurfürsten sind für die *praefecti praetorio*, die übrigen Reichsstände für die *praesides provinciarum*, die Landeshoheit ist für das *imperium merum* und *mixtum* gehalten worden. Ueberhaupt ist daher die römische Rechtsammlung für einheimisch in Deutschland, für eine Sammlung der
ge-

Dekretisten und Legisten, 2) die *historische*, 3) die *Völkerrechtlichphilosophische* Schule.

y) Pütter a. a. O. §. 15. folg. Desselben specimen iuris publ. et gentium medii aevi de instauratione imperii Romani sub Carolo M. et Ottone M. etc. Goett. 1784. 8.

geschriebenen kaiserlichen Rechte angesehen, und auch, wegen weit hergehohlten und erzwungenen Analogien, auf deutsche Staatsfachen angewandt, und folchergestalt ist römische Geschichte, und römisches Recht, ist eine Art von Statistik, und Politik, auf die ungereimteste Art, in ein System zusammen gebracht, ist mitunter auch die Bibel und der Aristoteles eingemischt worden. Das *Andloische* Werk ums I. 1460 ist daher bloß als das erste ausführlichere System des deutschen Staatsrechts merkwürdig z). Seit dem ewigen *Landfrieden* und der Errichtung des *Reichskammergerichts* in seiner heutigen Gestalt 1495. ist zwar den Befehdungen ein Ende gemacht, und sind auch Staatsrechtsstreitigkeiten an das Reichsgericht gebracht worden, wie aus *Mynsinger's Gails* und *Meichsners* Beobachtungen zu ersehen ist a). Demungeachtet erregen die Staats-Rechtsgutachten von *Henning Göden* in Wit-

z) *Petri de Andlo de Imperio Romano-Germanico libri duo.* Strasb. 1612. von Marq. *Freher*, und unter dem Titel: *Repraesentatio reipubl. germ.* Norimb. 1657. 4. *Pütter* a. a. O. §. 29—36.

a) *Pütter* a. a. O. §. 51—54. §. 55. XV.

Wittenberg u. a. noch Mitleiden b). Die Erklärungen der *G. B.* von *Buxtorf* und *Rumelin* sind wenig brauchbar. An die *Wahlkapitulation* hat man sich nicht gewagt, obgleich schon die von *Karl V.* im Druck erschienen war. Uebrigens würden auch dabei leere Glossen nichts geholfen haben c). Die Anhänglichkeit an die fremden Rechte ist selbst noch in den, unter fremden Titeln erschienenen, Werken von *Knichen*, *Pauermeister*, *Stephani* und *Sixtin* auffallend d). Auch ist die aufgeklärtere Schule des *Arumäus* davon nicht ganz freizusprechen, obgleich *Arumäus* das Verdienst hat, das deutsche Staatsrecht unter dessen eigenen Namen bearbeitet, und in *Iena* zuerst vollständige Vorlesungen darüber gehalten zu haben e).

§. 8.

b) *Pütter* a. a. O. §. 42. folg.

c) *Pütter* a. a. O. I. Th. §. 56. und Note b) das., 2. Th. §. 687.

d) *Pütter* a. a. O. I. Th. §. 64 — 67.

e) *Pütter* a. a. O. §. 70. folg. das Hauptwerk, welches wir dem *Arumäus* verdanken, hat den Titel: *Discursus academici de iure publico*. Ien. 1616 — 1623. in 5. Quarb. — Io. Hug Strash. 1504. Von akad. Vorlesungen über einzelne Ma-

§. 8.

II. Unterdeffen ist der *deutschen Geschichte* ein günstiges Schicksal wiederfahren *f*). *Lehmanns* Speierische Chronik macht hier Epoche *g*). Auch haben jetzt die Sammlungen von Staatshandlungen ihren Anfang genommen *h*). Mit diesen Hülfsmitteln in der Hand, haben *Linnäus i*) und *Conring k*) eine neue Bahn gebrochen. Insbesondere hat *Conring*, mit Hinweisung auf die deutsche Geschichte, in welcher er die ächten Keime der deutschen Staatsverfassung, und die wahren Ursprünge derselben entdeckt hatte, der unrichtigen Anwen-

terien *Pütter* a. a. O. §. 28. 43. die erste *Nominal-Professur* des d. StR. hat Wagenfeil in Altdorf 1667. erhalten. *Klüber's* Einleit. S. 20. Note c).

f) *Buder* orat. de instauratione studii historiarum patriae, inprimis Frid. III. et Max. I. imperantibus. In opusc. S. 615.

g) *Pütter* a. a. O. I. Th. §. 69.

h) *Pütter* a. a. O. §. 75. von *Goldast*, §. 76. von *Hortleder*, §. 77. von *Londorp*, §. 78. von *Lehmann* de pace relig. acta publ.

i) *Pütter* a. a. O. §. 85. f.

k) *Pütter* a. a. O. §. 88.

wendung der römischen Rechte im deutschen Staatsrechte sich muthig entgegengesetzt. Davon ist jedoch die Folge gewesen, daß dieses jetzt mehr aus der Geschichte bearbeitet, und das Gesetzliche, in unverhältnißmäßiger Kürze, der ersten angehängt worden ist. Zwar haben der verkappte *Hypolithus a Lapide* l), *Severin de Monzambano* m), und *Caesarinus Fürstenerius* n) durch ihre aufgestellte Hypothesen, und

B a Irrleh-

l) *Pütter* a. a. O. §. 89. *Dissertatio de ratione status in imperio nostro Romano-Germanico . . auctore Hippolitho a Lapide* (Bogisl Ph. v. Chemnitz) 1640. 4. *Freystadii* 1647. eine Ausg. auf 570., die andere auf 583. S. 12. I. Th. *Roth's* Beytr. z. t. StR. I. Th. S. 23. f. *Hippolithi a Lapide* Abriss der Staatsverfassung, Staatsverhältnisse und Bedürfnis des römischen Reichs deutscher Nation. Mainz u. Cobl. (Breslau) 1761. 8. (Ioh. Ph. *Car-rach*. *Roth* a. a. O. S. 14.) *Unpartheiische Gedanken* über die Anmerkungen des teutschen Hippolithus a Lapide 1762. 8.

m) *Pütter* a. a. O. §. 109. *Severini d. Monzambano* (Sam. *Pufendorf*) de statu imperii germanici ad Laelium fratrem liber, Genev. 1667. 12. *Roth*. a. a. O. S. 28. folg.

n) *Pütter* a. a. O. §. 122 — 124. *Caesarini Fürstenerii* (v. *Leibnitz*) de iure suprematus ac legationis principum Germaniae etc. 1677. 12.

Irrlehren einen wichtigen Stoff zu staatsrechtlichen Forschungen und Widerlegungen hinterlassen. Es zeichnen sich auch mehrere Schriften über einzelne Staatsrechtsmaterien, insbesondere über den *Religions-* und *westphälischen Frieden*, in der Art der Bearbeitung, und durch ihre Brauchbarkeit vor andern aus o). Auch gehören in diese Periode wieder einige sehr brauchbare Sammlungen von deutschen Staatshandlungen p). Ueberhaupt sind jedoch die

o) *Pütter a. a. O. III. Th. §. 864. f. Klüber's Frits. H. Henniges Meditatt. ad I. P. Pütter a. a. O. 2. Th. §. 189.*

p) *Pütter a. a. O. I. Th. §. 162. Casander Thucellius (Christ. Leonh. Leucht) electa iuris publ. publ. curiosa, des h. R. Reichs Staatsacta. Ant. Fabers (desselb. Leucht's) europäische Staatskanzley 1697 — 1760. 115. Th. 8. Neue europäische Staatskanzley. Seit dem 31. Th. neue fortgesetzte. Ist mit dem 55. Theile geschlossen, sogleich aber die Reufsische deutsche Staatskanzlei, als eine Fortsetzung, erschienen. Seit dem 1. 1799 ist den Begebenheiten eines jeden Jahrs eine Anzahl Bände gewidmet worden. Neben der europäischen Staatskanzlei haben seit 1740 *Sel. iuris publ. novissima* in 48. Th. in 8. nebst einem Supplementum in 3. Th. ihren Fortgang gehabt. Vollständiges Register über die Selecta . . . Auserlesene*

die Schriften und Systeme des Staatsrechts mehr Geschichten der einzelnen Staatsrechtslehren von den älteren bis in die neueren Zeiten gewesen. In dieser Gestalt erscheinen größten Theils die, in diese Periode gehörigen, Schriften von Ioh. Schilter q), Ioh. Wolfg. Textor r),
Nic.

sene Staatsacta unter Ioseph. II. als eine Fortsetzung der Selector, in 6. Th. 1767—1772. 8.

Electa iur. publ., von G. M. Ludolf 1709. angef., Tom. 1—20. Pütter a. a. O. §. 154. 172. II.

I. Chr. Lünigs *deutsches Reichsarchiv* Lpz. 1710—1722. 24. Fol. Es besteht aus: *pars generalis*, *specialis*, *spicilegium ecclesiasticum*, *saeculare*. Darüber ein Registerband. Pütter a. a. O. §. 164. f. P. Georgisch *Regesta chronologica*.

Ioh. Gottfr. v. Meiern *Acta pacis westphalicae* 6. Fol. 1734—1736, *Acta pacis executionis* 2. Fol. 1736. 1737. *Universal-Register* von I. L. Walther 1. Fol. *Acta comitialia Ratisbonensia* 2. Fol. 1738. 1740. Pütter a. a. O. §. 244. u. a. m.

q) *Institutiones iur. publ.* Strasb. 1696. 8. Pütter L. I. Th. §. 152.

r) *Ius publ. caesar.*, *iur. publ. statuum imp.* Francof. 1697. 1701. 4. Pütter a. a. O. §. 155.

Nic. Chph. Lynker s), Gabr. Schweder t), Phil. Reinh. Vitriarius u), Iac. Bernh. Mulz x), Ioh. Phil. Datt y), Henr. Cocceji z), und Ioh. Pet. v. Ludewig a) (die beiden letztern haben sogar die, mit unrichtigen Hypothesen noch verbrämte, Reichsgeschichte als Quelle des heutigen Staatsrechts gebraucht, ohne dass der gründ-

s) *Conspectus iur. publ.* Ien. 1686. Pütter a. a. O. §. 134.

t) *Introductio in ius publ. imperii* R. G. Tub. 1681. Pütter a. a. O. §. 129. f.

u) *Institutiones iur. publ.* Spir. 1683. P. a. a. O. §. 132.

x) *Repraesentatio maiestatis imperatoriae* Oetting. 1690. fol. P. a. a. O. §. 140. f.

y) *Volum. rerum germ. novum sive de pace imperii* publ. Ulm, 1698. fol. P. a. a. O. §. 156.

z) *Iuris publ. prudentia* Frf. ad V. 1695. 8. P. a. a. O. §. 147. f. I. Mich. Langgut's und v. Berger's *Animadversiones in Cocceii iuris publ. prudentiam.*

a) (L. P. Giovanni) *Germania princeps*, Erläuterung der G. B. 2. Th. 4., mit Estors Vorrede 1752., *opuscula miscella, singularia iuris publ.* u. a. P. a. a. O. §. 176. 179. I. I. Moser von Deutschland überhaupt, S. 185. f.

gründlichere Nicol. Hier. Gundling b) dem Unwesen genug hat steuern können), Ioh. Werlhof c), Gottl. Gerh. Titius d), Ioh. Fried. Pfeffinger e), Burk. Gotth. Struv f), Iac. Carl Spener g), Diet. Herm. Kemmerich h), I. I. Mas-

cov

b) *Gundlingiana, diss.*, Discurse über Cocceii iuris publ. prud., den W. F., die Wahlkap. Karl's VI. u. a. P. a. a. O. §. 177. 180.

c) *Notitiae S. R. I. enucleatae* specim. I. et II. Helmst. 1695. 4. iuris publ. enucleati cap. I. II. Helmst. 1706. 4. P. a. a. O. §. 146.

d) *Specimen iuris publ.* Lips. 1698. 12. 1705. 8. 1717. 8. P. a. a. O. §. 157. II.

e) *Vitriarius illustratus* Frib. 1691. 8. zuletzt unter dem Titel: *Corpus iuris publ.* . . in IV. tomos distributum. Goth. 1739. 4. Chr. Gottl. Riccii Repertorium. P. a. a. O. §. 143. f.

f) *Syntagma* 1711. *Corpus iuris publ.* editio tertia. Ien. 1738. iuris publ. prudentia Ien. 1712. u. f. 8. P. a. a. O. §. 196. f.

g) *Teutsches ius publ.* VII. Th. 1723. f. 4. P. a. a. O. §. 205.

h) *Introductio ad ius publ.* 1721. 1744. 8. P. §. 203.

cov i), Chr. Gottfr. Hofmann k), Ioh. Wilh. Hofmann l), Casp. Henr. Horn m), Io. Max. v. Günderode n), Chr. Gottl. Buder o) u. a.

§. 9.

III, I. I. Schmaufs hat aber schon die historische Schule verlassen p). Vornemlich hat sich

i) *Principia iuris publ.* 1729. 8. von Franke 1769. P. §. 213. f. Ge. Gottl. Börners Erläuterung des teutschen StR. etc, I. Th. 1761. 8. v. Rohl (I. Ph. Stainhauser) akad. Reden über Mascovs princip. iur. publ. (über die 4. Kap. des I. B.) Stainhauser commentationes ad Mascovii princip. iur. publ. Lib. I.

k) *Grundsätze des Staatsrechts.* Frf. a. d. O. 1736. 8. P. §. 223.

l) P. §. 224.

m) *Iuris publ. R. G. liber unus.* Editio tertia. 1739. 8. P. §. 191.

n) *Abhandlung des T. StR.* 1743. 8. P. §. 276.

o) *Observatt. iuris publ. feud. germ.* Ien. 1751. 8. u. a. P. §. 225. f.

p) *Compendium iuris publ.* (in deutscher Sprache) Gött. 1746. f. Mit v. Selchow's kurzen Noten 1766. 1782. Discurs darüber von Heldmann 1766.

heraus-

sich I. I. Moser derselben entgegengesetzt q). Beide sind jedoch den Reichsgesetzen zu sehr auf

herausgegeben (*Pseudo-Schmaussius* in den v. Selchowischen elem. iur. publ. genannt). Ins Französische übersetzt von *Lud. Gabr. Du Buat* unter dem Titel: *Tableau du gouvernement actuel de l' Empire d' Allemagne*, Paris 1755. 8. *Pütter's Litt.* 2. Th. §. 279. f.

q) *Lebensgeschichte Joh. Jacob Mosers* von ihm selbst beschrieben, 4. Theile 8. 3te Aufl. in 3 Th. Erf. u. Lpz. 1777., der 4te Th. 1783. Er war geb. am 18. Jan. 1701. und ist gest. am 30. Sept. 1785. Desselben *Compendium iuris publ. moderni regni germ. oder Grundriss der heutigen Staatsverfassung von Teutschland*, Tüb. 1731. 8. f. Desselben *Teutsches StR.* (grölseres, altes) 50. Th. 4. nebst 2. Th. Zusätze, und 1. Th. Hauptregister. (Ist nicht vollständig.) Desselben 20 *Tractate* in 4. unter besondern Titeln: 1) von Teutschland und dessen Staatsverfassung überhaupt. 2) Von dem röm. Kaiser, röm. König und den Reichsvicarien 3) Von den kaysrl. Regierungsrechten und Pflichten. 4) Von den Reichständen, der Reichsritterschaft und andern Unmittelbaren. 5) Von der Reichsversammlung. 6) Von den Reichstags-Geschäften. 7) Von der teutschen Religionsverfassung. 8) Von der teutschen Justizverf. 9) Von der teutschen Lehnverf. 10) Von der t. Craysverf. 11) Von dem reichständischen persönl.

auf dem Fusse nachgefolgt, ohne das Positive auf allgemeine Prinzipien zu bringen und eine rationelle Bearbeitung damit zu verbinden. Insbesondere hat I. I. Moser die deutsche Staatsverfassung als Sammler, und durch Auszüge aus den Reichs- und Landesgesetzen, den Sammlungen von Staatshandlungen, aus Privilegien, Recessen u. s. w., so gar aus Schriften der Rechts-

sönl. StR. 12) . . . Familienstaatsrechte. 13) Von der Reichsstände Landen, Landständen etc. 14) Von der Landeshoheit überhaupt. 15) Von der Landeshoheit im Geistlichen. 16) Von der Landeshoheit im Weltlichen (dieser besteht aus 9. kleinern Traktaten: 1) Von der Landeshoheit in Regierungssachen, 2) . . in Justizsachen, 3) . . in Militärsachen, 4) . . in Steuer-sachen, 5) . . in Cameralsachen, 6) . . in Polizeisachen, 7) . . in Gnadensachen, 8) . . in Sachen, so der Unterthanen Personen und Vermögen, 9) . . in Sachen, welche Erde, Wasser u. s. w. betreffen.) 17) Von den Rechten der deutschen Unterthanen, 18) Von der Reichsstädtischen Regimentsverfassung. 19) Teutsches nachbarliches, 20) . . auswärtiges StR. Moser hat diese Tractate selbst sein *neues Teutsches StR.* genannt. Den Tr. von dem Reichsständischen Schuldenwesen hat er selbst nicht darunter begriffen. Dazu gehören 3. Bände *Zusätze*. Pützer's Litt. I. Th. §. 227. folg.

Rechtsgelehrten, ohne philosophischen Blick, oft ganz zufällig zusammengereiht, grossentheils mehr als Faktum behandelt. Demungeachtet fehlte es der Moerschen Methode, als für die Geschäftsmänner brauchbarer, ausser den Akademien, nicht an grossem Beifall. Beinahe wären daher die deutschen Rechtsgelehrten in Staatslegulisten und Empyriker ausgeartet, wenn nicht der Bearbeitung des deutschen Staatsrechts bald eine andere Richtung gegeben worden wäre.

§. 10.

Die *Philosophie* hat sich jetzt um das deutsche Staatsrecht verdient gemacht. Ein, durch die *Wolfische* Philosophie gebildeter, Rechtsgelehrter, Joh. Stephan *Pütter* in Göttingen, hat, als Lehrer und Schriftsteller des deutschen Staatsrechts, Epoche gemacht 1). Er ist von

G.

1. St. *Pütters* Selbstbiographie, 2 Bde. Gött. 1798.
8. *Desselben elementa iuris publ. germ.* Gött. 1754. 8., *nova epitome iuris publ. germ.* 1757. 8., *Kurzer Begriff des t. StR.* 1764. f., *Institutiones iuris publ. germ.* Goett. 1770. 8. t. *Tabulae iuris publ. synopticae — Grundsätze der in Teutschland geltenden Rechte etc.* I. teutsches StR. (*Boell*) 1. B. Erl. 1780. 8. (über die ersten 55. §§. der instit

G. D. Hofmann in Tübingen s), seinem Kollegen v. Selchow t), I. C. Mayer u) und andern seinen Schülern und Zeitgenossen x) hierinn kräftigt unterstützt worden. Insbesondere hat die Kultur des deutschen Staatsrechts der *kritischen Philosophie*, und dem gründlicher bearbeiteten Natur - allgemeinen Staats - und Völkerrechte vieles zu verdanken. Es erschienen

instit.) C. F. Häberlin's *Handbuch des deutschen StR.* 3 Bde. in 8. 1794. 1797. (I. B. Föltsch,) *Erklärung des teutschen StR.* nach Pütter's kurzem Begriffe, Wien 1793. 8. *Pütters Anleitung zum teutschen StR.* — aus dem Lateinischen übersetzt von C. A. F. Graf von Hohenthal, mit einer Vorrede und Anmerk. vom Senator Grimm in Regensp. 1791. f. 8. *Pütter's Litt.* 2. Th. §. 281. f.

s) *Pütter Litt.* 1. Th. §. 273. f.

t) *Elementa iuris publ. germ.* 1769. f. *Pütter a. a. O.* 2. Th. §. 283.

u) *Teutsches geistliches StRecht*, 2. Th. Lemgo 1773. Desselben *Teutsches weltliches StR.* 3. Th. Lemg. 1775. 1. 2. B., 1776. 3. Bd. Desselben *Teutsche Staatsconstitution* Hamb. 1800. 2. Th. 8. *Pütter a. a. O.* §. 377.

x) *Pütters Litt.* 2. Th. §. 296. f. 358. f.

nen sogar Systeme des *Völkerrechts*, auf *Deutschland angewandt* *γ)*, und Systeme des Staatsrechts, worinn jenes mit *aufgenommen* worden ist. *z)*. Die, Anfangs so sehr gewünschte, besondere Bearbeitung des deutschen *gemeinen Territorialstaatsrechts* hat jedoch ihr Glück überhaupt nicht gemacht *α)*; dagegen ist das *besondere Staats-*

γ) C. G. *Günther* Europäisches Völkerrecht mit Anwendung auf die deutschen Reichsstände 2 Th. 1787. 1792. v. *Römer* das Völkerrecht der Deutschen als Lehrbuch bearbeitet, Halle 1789.

z) Th. *Kretschmann's* Versuch eines Lehrbuchs des positiven Rechts der Teutschen. Erster Theil. Versuch eines Lehrbuchs des teutschen StR. Bayr. 1793. 8. (Chph. Christ. *Dabelov*, Lehrbuch des Staats- und Völkerrechts der Teutschen. 1. Th. teutsches StR. Halle 1795. 8.) C. S. *Zachariae*, iuris publ germanici delineatio, Lips. 1797. 8. Prof. *König's* Grundriß des deutschen Staats- und Völkerrechts, Halle 1803. 8.

α) v. *Selchow* Zusammenhang seiner Vorlesungen über das Territorialstaatsrecht der gesammten Reichsstände, Gött. 1777. 8. I. R. *Roth* Entwurf zu einem besondern Vorlesungsbuche über das Territorialstaatsrecht gesammter deutscher Reichsstände, Mainz 1780. 8. *Meine* Einleitung in das Staatsrecht der gesammten Reichslande etc.
Ien.

Staatsrecht mehrerer einzelnen Reichslande häufiger, und mit mehrerem Beifalle bearbeitet worden b).

Die neuern Lehrbücher des deutschen Staatsrechts von *Leist* in Göttingen, *Gönner* in Landshut und *Schmalz* in Halle zeichnen sich durch Ordnung und Gründlichkeit vor andern aus c).

Ien. 1787. *Meine Anfangsgründe des Staatsrechts der gesammten Reichslande*, Ien. 1787. 8. *Roth's Staatsrecht deutscher Reichslande*, 2. Th. Mainz 1788. 1792. 8. Th. *Conr. Hartleben* pr. de origine, incrementis et fontibus iuris publ. territoriorum. Salisb. 1796. 4. *Zachariae* u. v. *Eppler* in der Note t) z. §. 6. angef.

b) I. I. *Moser's* Lebensgeschichte, 3. Th S. 140. 180. *Pütter's* Litt. 1. Th. S. 420. II. Th. §. 679. *Klüber's* Fortf. S. 58. 169.

c) *Lehrbuch des teutschen Staatsrechts*, von Iust. Chph. *Leist*, Gött. 1803. 1806. 8. *Teutſches Staatsrecht*, von Nic. Thad. *Gönner*, Landshut 1804. 8. *Handbuch des teutschen Staatsrechts*, von Theod. *Schmalz*, Halle 1805. 8.

Zweiter Abschnitt.

Von den Quellen, Hülfsmitteln und Methodologie des deutschen Staatsrechts.

§. 11.

I. Die unmittelbaren (§. 1.) eigenen und Hauptquellen des gemeinen (§. 6. a. E.) deutschen Staatsrechts sind

A) die Reichsgesetze d). Sie sind entweder Reichsgrundgesetze, oder Nichtgrundgesetze (§. 2.)

d) C. F. Gerstlachers *Corpus iur. germ.* 1 — 4. Th. Auch unter dem Titel: *Abhandlung von den Gesetzen, Ordnungen, Friedensschlüssen etc. des teutschen Reichs*, Frf. u. Lpz. 1783. f. 8. Pütter's Litt. 3. Th. §. 876 — 883. Ebendaf. Klüber. C. F. Häberlin von der kaiserl. Wahlkapitulation. Ein Probekapitel aus I. I. Moser, Nürnberg. 1792. 4. *Neue Sammlung der R. A.* Frf. a. M. 1747. 4. Th. Fol. Ioh. Ios. Pachner von Eggenstorf *Sammlung aller . . . de a 1663. abgefaßten Reichsschlüsse* 4. Th. Fol. Regensp. 1740. f. Schmaussens *Corpus iuris publ. acad.* Die letztere Ausgabe ist von 1794. gr. 8. Gerstlacher a. a. O. und dessen *Handbuch der teutschen Reichsgesetze* Th. I — II. 8. 1786. f. Pütter's Litt. 2. Th. S. 391. f. 432. f.

(§. 2.). Beide haben entweder die Verfassung des *Reichs*, als ein ungetheilter und *einfacher Staat* betrachtet, oder haben die *gemeinsame Verfassung* der sämmtlichen, mit *Landeshoheit* umfaßten, *Reichslande* zum Gegenstande (§. 6.) und sind daher entweder eigentliche *Reichs-* oder *Reichsterritorial - Staatsgesetze*.

Die Reichsgesetze heißen überhaupt *Reichs-Reichsdeputationschlüsse*, oder *Reichs - Reichsdeputations Abschiede*, jenachdem sie entweder in bloßen, von dem Reichs - oder Reichsdeputationstage zu Stände gebrachten Beschlüssen bestehen, oder aber auch diese Beschlüsse am Ende des Reichs - oder Reichsdeputationstags in einen Aufsatz gebracht worden sind, und dieser feierlich vollzogen und verkündigt worden ist. Insbesondere enthält die deutsche Staats-Rechtsgeschichte die Geschichte der, besonders benannten, Reichsgesetze: der *G. B.*, des *L. F.*, der *K. G. O.*, der *H. G. -*, *Münz - Polizey-O.*, des *R. u. W. F.*, der *R. H. R. O.*, der *Wahlkap.*, wovon seit *Karl V.* siebenzehn erschienen sind:

- 1) *Karls V.* 1519. 3. Iul., 2) *Ferdinands I.* 1531. 7. Ian. römischkönigliche e), 3) desselben

e) *Römischkönigliche Wahlkapitulation Ferdinands I.* vom 7. Januar 1531. Herausgegeben von Gottfr. Aug. Arndt, Lpz. 1781. 4.

ben 1558. 14. März kaiserliche Wahlkap., 4) Maximil. II. 1562. Nov. 30. 5) Rudolph's II. 1575. Nov. 1., 6) Mathias 1612. Jun. 18., 7) Ferdinand's II. 1619. Aug. 28., 8) Ferdinand's III. 1636. Dec. 24., 9) Ferdinand's IV. 1653. Jun. 2., 10) Leopold's I. 1658. Jul. 18., 11) Joseph's I. 1690. Jan. 24., 12) Karl's VI. 1711. Octob. 12., 13) Karl's VII. 1742. Jan. 24., 14) Franz I. 1745. Sept. 13., 15) Joseph's II. 1764. März 27., 16) Leopold's II. 1790. Sept. 30. f), 17) Franz II. 1792. Jul. 5. g).

Vom

f) *Die Wahlkap. des röm. Kaisers Leopold II.* mit historischen und publicistischen Anmerkungen, und den kurfürstl. Kollegialschreiben, von Crome, Hildburgh. 1791. 4.

g) *Wahlkapitulation des röm. Kaisers Franz II.* Mainz 1792. gr. 8. *Die kaiserl. Wahlkap. Franz II.* mit kritischen Anmerkungen und einem Versuch ihres Vortrags in gereinigter Kanzleisprache von Schmelzer, Helmst. 1793. 4. v. Berg *Wahlkap. Franz II.* in systematischer Ordnung Gött. 1794.

Io. Chr. Müldner capitulatio harmonica, Halle 1697. 1725. 4. *K. Josephs II. harmonische Wahlkapitulation* mit allen vorhergehenden und dem Projecte der beständigen Wahlkap. verglichen, von I. A. v. Riegger, Prag 1781. I. Th. 1782. II. Th. 8. *Plüt. L. 2. Th. §. 776.*

Vom *Projekte* einer beständigen Wahlkapitulation vom 8. Jul. 1711., vornemlich dessen *Prologe* und *Epiloge* h), dem *Adkapitulationsrechte*,

h) *W. F.* Art. 8. §. 3. „In proximis comitiis — de certa constantique caesarea capitulatione concipienda — ex communi statuum consensu agatur et statuatur. *R. A.* v. 1654. § 192. Der *Prologe* des Projekts: „Demnach auch bey diesem Reichstage zu Folge des Münster- und Osnabrückischen Friedensschlusses und Reichsabschieds de anno 1654. von einer künftigen gewissen und beständigen kayserl. Wahlkapitulation gehandelt; so ist selbige vom Chur Mainzischen Reichs Directorio abgefaßt, und mit gesammter Churfürsten, Fürsten und Ständen Einwilligung in diesen Reichsabschied gebracht worden, wie folget:“ Der *Epiloge* des Projekts: „Diesemnach hat das Churfürstl. Collegium auf obgesetzte gewisse und beständige Kayserl. Capitulation, welche ohne gesammter Stände Bewilligung nicht zu ändern, bey allen künftigen Wahlen, sie geschehen zu Lebzeiten, oder nach Absterben eines römischen Kayfers, den Eligendum zu verpflichten; daferne aber bey vorgehender Wahl ein Churfürstlich Collegium mit dem Eligendo noch weiters zu capituliren, und demselben in gemeinen Reichsgeschäften, oder andern die communia statuum nicht betreffenden Sacken (jedoch der güldenen Bull, dem Münster und

rechte, den widersprochenen Stellen i) der neuesten Wahlkapitulationen (passibus contradictis), den monitis zur Wahlkapitulation k), den, derselben

C 2

selben

„und Osnabrückischen Friedensschluss, der gesammten Stände iuribus, gegenwärtig-beständiger Capitulation, den Reichs-Constitutionen, und was in oberwähnten gemeinen Reichsgeschäften, mittelst einer allgemeinen Reichsfassung ins künftig anders statuiert, und geschlossen werden möchte, ohnabbrüchig) zu des Reichs Wohlfahrt zu verbinden, vor nöthig erachtet werde, soll Er auch darzu obligirt seyn und verbleiben.“ *Reichsstädtische monita* über das Projekt cap. perpetuae. *Wahlkap.* (1711.) Art. 30. *Projekt* Art. 10. *versf.* „da auch dem ritterlichen Teutschen oder Iohanniter-Orden“ u. s. w. *Wahlkap.* Art. 30. §. 2.

i) Gegenwärtige Verfassung der kayserl. Regierung in Teutschland, Lpz. 1713. im *App.* S. 723. *Wahlprotocoll* von 1790. 2. B. S. 27. f. Danach sind noch widersprochen: Art. 3. §. 15. 19. 21. 23. Art. 4. §. 2. Art. 6. §. 2. Art. VIII. §. 23. 26. 27. Art. X. §. 6. 7. Art. 11. §. 7. 19. 21. Art. 13. §. 7. 9. Art. 17. §. 2. 5. 19. Art. 19. §. 7. Art. 29. §. 3. Art. 30. §. 3.

k) G. D. Hoffmann *diff. de iure principum statuumque suffragandi ad Capitulationes Imperatorum.* I. I. Moser vom röm. Kaiser S. 240. f.

selben beigelegten, kurfürstlichen *Kollegialschreiben* l). Aus der neuern Staatsrechtsgeschichte sind vornemlich der *Lüneviller Friede* vom 9. Febr., vom Reiche genehmigt am 10. März 1801. m), und der *R. Deput. Hauptschluss* vom

25.

- b) Die Kollegialschreiben an *Karl VI.* sind in der gegenwärtigen *Verfassung der kaiserl. Reg.* im *App.* S. 478. 530. 577, die an *Karl VII.* und *Franz I.* in *Schmausens corp. iur. publ.*, die bei der Wahl *Joseph's II.* an den Kaiser erlassenen in *Riegger's harmon. Wahlkap.* 2. Th. im Ausz. aus dem *Wahldiar.*, die an *Leopold II.* bei *Crome* Not. f. angef. unter andern befindlich. An *Franz II.* ist eins, welches sich auf die vorigen, noch unerledigten, Schreiben überhaupt bezogen hat, erlassen worden. *Wahlprot.* v. 1792. S. 124.

Wahlkap. (1742., weggel. 1764., hergest. 1790. 1792.) Art. 30. §. 3. „Auch f. u. w. Wie die in „vielen wichtigen Angelegenheiten von dem zur „Wahl versammelten churfürstl. Collegio durch „besondere Schreiben an Uns erstatteten Gutachten forderfamst zum wirklichen Vollzug bringen, „und darauf (die Behörde 1790. weggestr.) das „Behörige beobachten“.

m) *Reufs Staatsk.* Jahrg. 1801. I. 164. 218.

25. Febr. 1803. mit dem darauf gefolgten Reichsschluss merkwürdig n).

§. 12.

B) Das *Reichsherkommen* beruht, seiner Natur nach, auf den allgemeinen Prinzipien vom Staatsherkommen (§. 4.) Uebrigens ist es entweder eigentliches *Reichs-* oder *Reichs-Territorial-Herkommen* (vorgeh. §.).

§. 13.

Die *analogische* Anwendung so wohl der ausdrücklichen Reichsgesetze, als des Reichsherkommens gründet sich ebenfalls auf die allgemeinen Regeln von dieser Anwendung der Gesetze.

n) *Reichsschluss* vom 27. Apr. 1803. . . Herausgeb. von I. A. Vahlkampf, 1804. 4.

(Der *Friede zu Presburg* vom 26. Dec. 1805. in seinen Folgen für Oesterreich, Baiern, Wirtemberg, Baden etc. Mit einer Charte. Weim. 1806. gr. 8.

Der *Friedenstractat* zwischen dem Kaif. der Franzosen u. dem Kaiser v. Oestreich unterzeichnet zu Presburg etc. München 1806. 4.)

Gesetze. Insbesondere ist das eigentliche *Reichsstaatsrecht* bei der deutschen *Territorialverfassung* nicht in Anwendung zu bringen (§. 6. N. 2. 3.) o),

§. 14.

II. Die *eigenen* Quellen des *besondern* Landesstaatsrechts sind überhaupt: 1) *Reichsgesetze*, welche die Verfassung und Regierung *einzelner* Länder, in einem oder dem andern Stücke, zum Gegenstande haben, 2) *gemeine Landesverträge*, sie mögen die Landesgrundverfassung, oder die Nichtgrundverfassung betreffen (§. 2.) Die zwischen dem Landesherrn und Dritten errichteten Staatsverträge, woraus die Unterthanen ein Recht erworben haben, können, ordentlicher Weise, ohne deren Einwilligung, nicht abgeändert werden p). Die Benennungen sind

o) *Mein* pr. de analogia iuris publ. imperii in fontibus iuris publ. S. R. I. territoriorum non numeranda, Helmst. 1784. u. in *Moreau's* Magaz. zum d. St. u. pr. R. I. Th. Num. 19.

p) Ein Beispiel, nebst den dazu gehörigen Schriften, ist in *meinem Kirchenrechte der Protest.* §. 69. Not. d. der 3. Ausg. bemerkt worden.

sind verschieden: *Erbvergleiche, Abschiede, Recesse, Resolutionen, Affekurationen, Kapitulationen* u. a.; 3) *landesherrliche Gesetze*, entweder *einseitige*, oder mit *Konkurrenz* der Landes-
Repräsentanten abgefaßt, insbesondere 4) *Staats-Testamente*, der Reichs- und Landes-
verfassung gemäß errichtet q), 5) *Reichsverleihungen*, in Lehn- und andern Gnadenbriefen
enthalten, 6) zur Rechtskraft gediehene *Erkenntnisse* in Sachen, welche die Landesverfassung betreffen; 7) das *Landesherkommen*, welches entweder *Herkommen im eigentlichen Sinne*, oder *eigentliches Gewohnheitsrecht* ist (§. 4.).
Die *analogische* Anwendung aller dieser Quellen beruht auf den *allgemeinen Regeln* von der Rechtsanalogie.

§. 15.

III. Die *Quellen*, welche das deutsche gemeine und besondere Landesstaatsrecht mit andern Theilen der Rechtswissenschaft *gemein* hat, sind: 1) das *Natur-*, insbesondere das *allgemeine*

q) *Bodmann de arduo inter testamentum publicum*

S. R. I. principis et privatum discrimine, Mog.

1784. 8.

meine Staats- und Völkerrecht (§. 3.) 1), 2) das römische, 3) das kanonische Recht, 4) das longobardische Lehnrecht. Die fremden Rechtsammlungen sind auch bei deutschen Staatsfachen, wenn sie dabei anwendbar sind, zur Aushilfe, entscheidend. Anwendbar sind sie: α) wenn darinn und in dem deutschen Staatsrechte die nemlichen Gegenstände vorhanden sind, β) die Erörterung einer staatsrechtlichen Frage von einer, in den fremden Rechten entschiedenen, Hauptfrage abhängt, γ) wegen einer, auf der Identität des Begriffs und Grundes beruhenden, Analogie. δ) Es versteht sich von selbst, dass, wenn bei einem staatsrechtlichen Gegenstande ein, den fremden Rechten bekanntes, Geschäft vorkömmt, und die vorliegende Frage nach den gemeinen Rechtsprinzipien von diesem zu entscheiden ist, auch dabei die Verordnungen der fremden Rechte Anwendung finden. Unanwendbar sind dieselben α) bei den, in den fremden Rechten unbekannten, und der deutschen Staatsverfassung eigenen, Gegenständen, β) wenn die deutschen Staatsgesetze denenselben widersprechen, γ) oder die ehemalige römische und italiänische Verfassung hier und da auf eigenen

r) Steger de iure naturae iuris publ. imperii R. G. principio, Lips. 1747. 4.

genen Gründen beruht hat s). δ) Das *positive gemeine Völkerrecht* ist so, wie bei andern kultivirten Nationen, bei der Bestimmung des auswärtigen Verhältnisses des Reichs und der Reichslande, zu gebrauchen.

§. 16.

IV. Die *mittelbaren* Quellen des deutschen Reichs- und Landesstaatsrechts bestehen in einseitigen Verfügungen oder Verträgen derjenigen, welchen das Reich oder die Landeshoheit nähere Bestimmungen in Staatsfachen zu machen, überlassen hat. Diese Ueberlassung kann ausdrücklich oder stillschweigend (vermöge eines Herkommens) geschehen seyn. Eben so können aber auch die gedachten Verfügungen und Verträge entweder *ausdrückliche* oder *stillschweigende* (ein *besonderes Herkommen*, *observantia particularis*) seyn. Bei Staatskorporationen

- s) *Hugo de statu regionum Germ.*, cap. 6. E. Chr. *Westphal* von dem Gebrauche des Iustinianischen Rechts in dem teutschen StR. etc. Halle 1779. 4. *Meine* Abh. vom Gebrauche der in Deutschland geltenden fremden Rechte bei Erörterung der ins Staatsrecht gehörigen Materien. In den Beitr. z. St. u. KR. 2. Th. N. 2. *Gerstlacher's* Corp. iur. germ. 4. Th. S. 41. f.

tionen ist eine solche Ueberlassung in Ansehung der, die Verfassung betreffenden, Kollegialrechte in der höhern Bestätigung der Korporation begriffen. Was nicht überlassen ist, bekommt seine Gültigkeit erst von der nachfolgenden höhern Genehmigung *t*).

Die deutsche Staatsgeschichte liefert schon Beispiele von solchen Quellen an dem Kurver-eine, dem Vergleiche zwischen dem Reichserb-marischalle und den Reichsstädten, zwischen Kurfachsen und Mainz, an verschiedenen Kreis-schlüssen, Schlüssen der beiden Religionstheile der Stände, dem Vikariats-Grenzverglei-che u. a.

Weil ein, aus den besondern Staatsrechten einzelner Reichsländer abgezogener, Satz das Ansehen eines rechtlich allgemeinen Gesetzes nicht hat: so ist solcher, als ein allgemeiner Satz in das System des gemeinen deutschen Staatsrechts nicht aufzunehmen.

§. 17.

t) Siegmann Versuch über die Rechte des Kaisers bei Streitigkeiten der Reichsstände über ihre Staatsgerechtsame, 3. Abschn.

§. 17.

V. Die *Hülfsmittel* sind: 1) das *Naturrecht*, insbesondere das *allgemeine Staats- und Völkerrecht* (§. 1. 3.), in so ferne es zur *Erläuterung* und gründlichen *Beurtheilung* des besondern deutschen Staatsrechts dient u); 2) die deutsche *Staatsgeschichte*, mit der damit verbundenen *Wappen - Münzkunde*, *Diplomatik* u. a. x); 3) die *Kulturgeschichte* des deutschen Staatsrechts, (§. 7. f.) y), 4) die deutsche *Geogra-*

u) I. R. v. *Roth* Abh. aus dem Staats- und Völkerrechte zur Erläut. des Rastädt. Friedenskongresses 1797. 1798., Lüneviller Friedens, u. R. D. Hauptschlusses 1803.

x) I. C. *Maiers* Germaniens Urverfassung 1798. 8. *Pütter's* historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reichs Gött. Th. 1. 2. 1786. Th. 3. 1787. u. f. 8. I. Ph. *Datt.* volumen rerum germanicarum novum s. de pace imperii publica Ulm. 1698. fol. *Pütter's* Etwas zur vorläufigen Uebersicht des Staatsrechts der mittlern Zeiten, Gött. 1788. 8. *Ebendef.* Litt. 2. Th. S. 218.

y) Hieraus sind besonders zu bemerken I. die *Werke*, welche zur *Erläuterung der Reichsgesetze* dienen: v. *Ludewigs* Erläut. der G. B., v. *Olen-*
schlager's

schlager's Neue Erläuterung der g. B. Erf. a. M. 1766. 4. *Datt* (vorherg. Note), A. H. *Henniges* meditat. ad I. P., Sev. Theod. *Neurodes* (Sam. Lenz) pragmatische Erläut. der I. R. A. 1752. 4. *Introductio* ad praxin cameralem, Wetzl. 1702. 4. f. I. I. *Moser's* Anmerkungen über die Wahlkap. Carls VII. 3. Th. — Franz I. 2. Th. 4. *Desselben* Betrachtungen über die Wahlkap. Ios. II. 2. Th. 4. *Extract* aus dem kurfürstl. Protocoll bey der Wahl des K. Mathias. In Müldnerscap. harm. 1. Ausg. unter den Beyl. N. I. v. *Lynker* Wahlkap. Ios. II. mit beygefügttem Wahlprotocolle, Arnst. 1783. 4. *Gerstlacher's* Wahlkap. Ios. II., mit Anmerk. *Protocoll* des kurfürstl. Wahlkonvents zu Erfurt. im I. 1790. Lpz. 1791. 2. Bde. in 4. *Protocoll* des Wahlkonvents 1792. in 4. C. F. *Häberlins* pragmatische Geschichte der Wahlkap. Leopolds II. *Desselben* Anhang dazu, welcher die Verhandlungen über die Wahlkap. Franz II. enthält. *Pütter's* Lit. 2. Th. S. 472. f. *Klüber* S. 87. f. II. die *Sammlungen von Staatshandlungen und Staatsgeschäften* (§ 8. Not. h. p.), I. I. *Mosers* Teutsches Staatsarchiv, H. G. v. *Bergs* Teutsches Staatsmagazin 1795. f. H. C. *Häberlins* Staatsarchiv 1796. f. 8. u. a. *Pütter's* Litt. 2. Th. S. 164. f. 460. f. *Klüber* S. 80. f. III. die *Hand- und Lehrbücher des deutschen StR.* (§ 8. 9. 10.) *Pütter* a. a. O. S. 224. f., das. *Klüber* S. 1. f. IV. *Schriften, worinn mehrere Abh. und Ausführungen einzelner staatsrechtlicher Materien befindlich sind*: D. G. *Struben* Nebenst und observatt. iur. et hist. germ., I. I. *Mosers* Nebenst, Abh. verschiedener Rechtsmaterien, Sammlung

einiger neuen Abh. von Staatsfachen u. a., I. I. *Reinhardts* kl. Ausführungen, D. *Nettelbladts* Erörterungen, *Pütters* Beyträge zum T. St. und Fürstenrechte, 2. Th., desselben Erörterungen und Beyspiele des T. St. und Fürstenr., *Meine* Beyträge zum St. u. KR. E. C. *Westphals* T. StR., *Weisse* Auffätze über einige unerörterte Gegenstände des teutschen StR. Lpz. 1794. *Vahlkampfs* Reichskammergerichtliche Miscellen Wezl. 1805 t. 4. u. a. m. I. I. *Mosers* Syntagma diss. iur. publ. Th. *Kretschmann* ius publ. Germ. variis variorum diss. illustratum, *Repertorium* iuris publ. et feud. mit *Buders* Vorrede, Ien. 1751. 4. Von neuem herausg. von H. G. *Scheidemantel* unter dem Titel: *Repertorium* des T. St. u. Lehnrechts, Lpz. I. Th. 1782. II. Th. 1783. 4. (*meine* Iurist. Bibl. 7. St. N. 1. 10. St. N. 1. 19. St. N. 1.), fortgef. von C. F. *Häberlin* III. Th. 1793. IV. Th. 1795. 4. Geht bis an den Buchstaben R. *Pütters* Litt. 2. Th. S. 229 347. 361. f. *Klüber* S. 6 f. ebenda V. *Deduktionen und Werke, welche, in das Staatsrecht einschlagende, Rechtsfälle, deren Ausführungen und Entscheidungen enthalten*: I. C. *Lünichs* Bibliotheca Deductionum, von I. A. *Jenichen* 1745. 8. *Deductions*-Bibliothek von Teutschland I. 2. Th. Lpz. 1778. 1779. (von Chph. Sigm v. *Holzschuher*) III. Th. 1781. (von Ioh. Chr. *Siebenkees*) IV. Th. 1783. 8. I. A. *Reufs* Deductions- und Urkundenammlung I. Th. Ulm 1785. 8. u. f. Insbesondere zeichnen sich die *Pütterischen*, v. *Selchowischen*, *Rundeschen*, *Gönnerschen* u. a. Sammlungen von solchen Rechtsfällen aus. *Pütter's* Litt. 2. Th. S. 348. *Klüber* S. 32. f.

Geographie und Statistik z), 5) Politik a), und 6) die Staatswissenschaft b). Insbesondere sind, bei der Bearbeitung des gemeinen Landesstaatsrechts, 7) die *besondern Landesstaatsrechte*, 8) das *Reichsstaatsrecht c)*, und 9) die *deutsche*

z) *Charte von Teutschland.* Entworfen von F. L. *Güßefeld*, und nach dem *Presburger Frieden* vom 26. Dec. 1805. abgetheilt. Weim. 1806. H. M. G. *Grellmanns* Staatskunde von Teutschland im Grundrisse, Gött. 1799. f. *Desselden* historischstatistisches Handbuch von Teutschland und den vorzüglichsten seiner besondern Staaten Th. I. Gött. 1801. f. 8. *Grundriss* der Staatskunde des deutschen Reichs in ihrem ganzen Umfange etc. von Fried. Leop. *Brunn*.

a) *Hippolithus a Lapide* (§. 8. N. 1.) I. W. *Textor* de ratione status Germaniae modernae, Norimb. 1667. 8. E. C. *Wieland* Versuch einer Geschichte des teutschen Staatsinteresse 3 Bde. Lpz. 1791. f.

b) F. Chph. I. *Fischer* Lehrbegriff und Umfang der deutschen Staatswissenschaft, oder von der Verbindung und dem Verhältnisse der Kameralwissenschaften zum deutschen Staatsrechte. Halle 1783. gr. 8. I. F. *Reitemeier* über Studium der Staatswissenschaft, Berlin 1791. 8.

c) I. D. H. *Musaeus* jurist. Beiträge, I. Samml. N. III.

sche Staatengeschichte d) vortrefliche Hülfsmittel.

§. 18.

Bei der Bearbeitung des deutschen Staatsrechts ist 1) der Umfang desselben durch Darstellung der Einwohner und des deutschen Gebiets, und durch die Entwicklung des Verfassungs- und Regierungsrechts aus ihren ächten Quellen, zu erschöpfen, und 2) alles in einer richtigen Ordnung auf allgemeine Prinzipien zu bringen; 3) dagegen sind alle fremdartige Materien, wohin auch, wegen des Unterschieds zwischen Lehnsherrlichkeit und Lehns-
hoheit, die lehnrechtlichen Materien, ferner die des deutschen privat Fürstenrechts (§. 2.) gehören, hinwegzulassen. 4) Weil die Abtheilung des gemeinen deutschen Staatsrechts in Reichs- und gemeines Territorial-Staatsrecht der deutschen Verfassung entspricht: (§. 6.) so sind beide in der Lehre von der Verfassung abzufondern; dieser Absonderung bedarf es jedoch nicht in der Lehre vom Regierungsrechte. 5) Uebrigens ist hier die Verfassung und Regierung nicht
weiter

d) *Galletti* Lehrbuch der deutschen Staatengeschichte, Gotha 1787. 8.

Ueberhaupt: *Vitriar.* de adminiculis iuris publ. R. G. mit *Frankens* Vorr. de notitia subsidior. iur. publ. litteraria, Lips. 1740.

weiter aus der Geschichte zu entwickeln. 6) Vom allgemeinen Staatsrechte ist der, im §. 3. schon bestimmte, Gebrauch zu machen. 7) Wenn es sich gleich der Mühe nicht verlohnt, das Völkerrecht, in seinem ganzen Umfange, auf Deutschland anzuwenden: so kann doch dessen auswärtiges Verhältniß hier nicht ganz übergangen werden. 8) Bei manchen Staatsrechtsmaterien machen politische Winke, von der Seite her gegeben, zwar aufmerksam, die Politik liegt aber ganz außer den Grenzen des Staatsrechts; am wenigsten geziemt es einem, von der platonischen Republik eingenommenen, Staatsrechtsgelehrten, die bestehende Verfassung hinwegzuräsonniren, oder gar lächerlich zu machen. 9) Weder Hypothesen, noch 10) solche Prinzipien, welche leicht mißverstanden und übel angewandt werden können, dürfen hier Platz finden. 10) Auch muß aller Sektengeist verbannt, insbesondere darf der Staatsrechtsgelehrte, als solcher, keiner Religion zugehan seyn e).

e) *Vorbereitung zu einem neuen Lehrgebäude des deutschen StR.* Wien 1782. 8 Th. C. *Hartleben* *Methodologie des t. StR.*; Salzb. 1800. 8. *Pütters* *Beiträge zum St. u. FR.* I. Th. S. 8. *Desselden* *Litt.* 2. Th. §. 669.

Erstes Buch.

Von Deutschland an und für sich, dessen Konstitution und Regierung.

Allgemeiner Theil.

Von Deutschland, dessen Konstitution und Regierung überhaupt.

Erster Abschnitt.

Von den deutschen Staatsbürgern f).

§. 19.

Die deutschen Staatsbürger machen, **I.** in Ansehung des *bürgerlichen Standes* (status civilis), ver-

f) H. Conring de germanici Imperii civibus. Pütter über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschland, Gött. 1795. 8. de Selchow de iuribus ex statu ingenuorum in Germania pendentibus, In den Elect. iur. germ. N. 2.

verschiedene *Klassen* aus. Diese sind: 1) der *hohe Adel* (*illustres*), aus den *Fürsten*, *Grafen* und *Herrn* bestehend. Die Benennungen der *Herzoge*, *Pfalzgrafen*, *Markgrafen*, *Landgrafen*, *Burggrafen* rühren noch von den alten Reichsämtern und Reichswürden her g). Kein Haus führt übrigens mehr den *Herrn* Titel allein, sondern dieser ist mit dem fürstlichen oder gräflichen verbunden. Aebte und Grafen, welche, mit Beibehaltung des Abts- oder Grafen Titels, in den Fürstenstand erhoben worden sind, sind *gefürstete Aebte* oder *gefürstete Grafen* genannt worden (*Fürstenmässige*) h). Der hohe Adel hat von jeher die *Vornehmern des Reichs* (*primores, principes*) ausgemacht, und

g) Den Ursprung der *Kurfürsten* stellt schon die deutsche Staatsgeschichte dar. *Pütter's* L. 3. Th. §. 847. Daf. *Klüber*.

h) Ge. Fr. *Robert* diss. de statu eorum, qui sec. leges imperii dicuntur *Fürstenmässige*, Marb. 1785.

Pütter a. a. O. §. 844. Ebendaß. *Klüber*. Ge. *Henr. Grovius* über die deutschen Dynasten, 1796. 8. *Fried. de Beulwitz* de antiquissimo quatuor imperii comitum titulo solius serenissimae gentis Schwarzburgicae adhuc proprio, Rudolst. 1751. 4.

und in spätern Zeiten die landeshoheitliche Regierung in den Reichslanden erhalten.

§. 20.

Davon ist 2) der *niedere Adel* sehr weit entfernt. Dieser hat seine Absonderung von den übrigen Freien und seinen Vorzug ursprünglich den alten Ritter- und Lehndiensten verdankt. Von daher rührt noch die Benennung: *Ritterschaft*. Es ist ein gemeines Recht dieses Adels, ein *Wappen* mit *offnem Helm* und *Schild* zu führen. Er begreift sechs besondere *Stufen*: 1) den *gemeinen Adelstand* mit dem Beiworte *von*, 2) die *Edelen von*, 3) die *Ritter*, 4) die *edlen Herrn* oder *Bannerherrs*, 5) die *Freiherrs* oder *Baronen*, 6) die, zu diesem Adel gehörigen, *Grafen*. Der Adel, im Vorzuge bestehend, ist übrigens entweder *Geschlechts-* oder *Briefadel* (*nobilitas gentilitia, codicillaris, diplomatica.*) Der *erste* ist entweder noch *neuer*, oder *alter Adel*, von 4. 8. 16. 32. u. s. w. Ahnen. Deswegen ist allenfalls die *Ahnenprobe* abzulegen i).

D 2

§. 21.

i) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1047. f. Ebendaf. Klü-
ber.

Der niedere Adel ist entweder *unmittelbarer* Reichsadel, oder *landsässiger* (§. 6. Z. 6.) Der *erste* besteht entweder in dem *Korpus der* schlechtweg so genannten unmittelbaren und *Reichsritterschaft*, oder ist ausser diesem, theils in besondern *Burgmannschaften* u. a., z. B. der Burgmannschaft *Friedberg*, theils *einzeln* im Reiche befindlich:

1) Das Korpus der, insbesondere so genannten, Reichsritterschaft hat bisher aus den drei *Ritterkreissen*, dem *schwäbischen*, *fränkischen* und *rheinischen* bestanden. 2) Jeder Kreis hat mehrere *Kantonen*, *Viertel* oder *Orte* begriffen; der *schwäbische*: 1) Viertel oder Kanton an der *Donau*, 2) Kanton *Hegau*, *Algau* und am *Bodensee*, das dritte Viertel theilte sich in zwei *Bezirke*: α) am *Neckar* und *Schwarzwald* β) in der *Ortenau*, 4) Ort am *Kocher*, 5) Ort im *Kreichgau*; der *fränkische* *Ritterkreis*: 1) Ort *Odenwald*, 2) *Gebürg*, 3) *Rhön Werra*, 4) am *Steigerwald*, 5) an der *Altmühl*, 6) an der *Baunach*; der *rheinische* *Ritterkreis*: 1) *Oberrhein*, 2) *Mittelnrhein*, 3) *Niederrhein* k).

3) We-

k) Die Kantone des fränkischen Ritterkreises haben jedoch schon durch die Brandenburgische Okkupation

3) Wegen der Korrespondenz zwischen den drei Ritterkreisen ist ein *Generaldirektorium* eingeführt, welches an sich alle drei Jahre unter den sämtlichen Ritterkreisen wechseln soll. Außerdem ist in jedem Kreise ein *Kreis-* oder *Specialdirektorium*, welches in dem schwäbischen immer bei dem Kanton Donau bleibt, (der daher auch allein das Generaldirektorium führt, wenn dieses an den schwäbischen Ritterkreis gelangt), in den übrigen Ritterkreisen aber

Okkupation sehr gelitten. Der erste und dritte Kanton des rheinischen Kreises sind, in so ferne sie auf der linken Rheinseite gelegen waren, im Lüneviller Frieden an Frankreich gekommen. Zuletzt ist das Korpus der Reichsritterschaft durch den *Pressburger Frieden* Art. 8. 14. 15. und die darauf erfolgten Baierschen, Wirtembergischen u. a. Okkupationen sehr verstümmelt worden. Die Gebiete der Reichsritterschaft in Schwaben und Franken, beiläufig 2000 Ortschaften, sind fast durchaus okkupirt, und mehr oder weniger zum Landfalsiate gezogen. Man vergl. die *Charte von Teutschland nach dem Pressburger Frieden*. Weimar 1806. und: *der Friede zu Pressburg* Weimar 1806. S. 270. Die RRitterschaftliche Verfassung ist jedoch durch kein Gesetz aufgehoben worden, wird auch außerdem bis jetzt noch anerkannt.

aber an sich unter den Kantonen alle zwei Jahre wechselt. In jedem *Kanton* ist ein *Ausschuss* unter dem Namen der *Ritterräthe* vorhanden, welchem ein *Direktor* oder *Ritterhauptmann* vorgesetzt ist (*Ortsvorstand*.) Die dazu gehörigen Personen werden gewählt. 4) Die *Konvente* der Reichsritterschaft sind dreifach: *Korrespondenztage*, *Kreis-* und *Orts-Konvente*, und diese sind entweder *Plenarkonvente* oder *Ausschufstage*. 5) Die *Aufnahme* geschieht entweder überhaupt in das *Korpus* der Reichsritterschaft, oder in einen gewissen *Kanton* (*Immatrikulation*). Die *erste* pflegt auch Neudlichen, Nichtbegüterten anzugedeihen. Je nachdem ein Ritter entweder unmittelbare Güter besitzt, oder nicht, ist er entweder ein *Realiste*, oder *Personaliste*. (*Proprüsten*) 1).

§. 22.

1) *Deductionsbibliothek* 2. Bd. S. 559 — 830. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1571. folg. Ebenda. *Klüber*. Insbesondere sind zu merken: Ioh. Steph. *Bürgermeisters* Reichsritterschaftliches *Corpus iuris*, Ulm 1707. 4. Unter dem Titel: *Codex diplomaticus equestris* Ulm 1721. 4. I. I. *Moser* von den Reichsständen, der Reichsritterschaft etc. S. 1241. f. *Desselben* vermischte Nachrichten von Reichsritterschaftlichen Sachen, *Neueste Ge-*

§. 22.

3) Der, von den übrigen Freien unterschiedene, *Bürgerstand* ist mit der Erbauung der *Städte* und seitdem hierinn die *bürgerliche Nahrung*, vornemlich Handel, und Handwerke, getrieben worden sind, aufgekommen. Eine Stadt ist eine *Gemeinheit*, welcher die *Rechte der vollen bürgerlichen Nahrung* unter dem Namen und mit dem *Vorzuge einer Stadt* zustehen. (*Stadtrecht, ius civitatis.*) 1) Ihr kommen daher alle *Gemeinheits- oder Kollegialrechte*, in Beziehung auf ihren Endzweck, insbesondere die Befugniss, sich zu *organisiren*, und die

Geschichte der unmittelbaren Reichsritterschaft. I. I. *Maders selecta equestria*, Reichsritterschaftliches Magazin, Sammlung reichsgerichtlicher Erkenntnisse in reichsritterschaftlichen Angelegenheiten. Ioh. Ge. *Kerner's* 1) Allgemeines Staatslandrecht — 2) Staatsgenossenschaftsrecht — 3) Staats-Reichsrecht der unmittelbaren freien RRitterschaft, Lemgo 1786. 1788. 1789. 8. (des StR. der R. R. 1. 2. 3. Th.) I. L. *Klüber* *Isagoge in elementa iuris publ., quo utantur nobiles immediati* in I. R. G. Erlang 1793. 8. Franz *Herrmanns* Abh. Von der Aufnahme in die Reichsritterschaftliche Genossenschaft, Mainz 1792.

die bürgerliche Nahrung zweckmässig einzurichten, zu. Daher das Recht, *Bürgermeister und Rath, Konsulenten, Syndizen und andere städtische Diener zu wählen, neue Bürger aufzunehmen, Zusammenkünfte in städtischen Angelegenheiten zu halten, Kollegialstatute und Ordnungen abzufassen, Beiträge zur Be-
 streitung des städtischen Aufwands, und Bezahlung der gemeinen Schulden von den Bürgern zu fordern (Schoß, Bede etc.), eine Stadtkasse zu haben, gemeine Güter eigenthümlich zu besitzen und zu erwerben, ein Stadtsiegel zu wählen u. a.* 2) Der Innbegriff der den Bürgern, als Mitgliedern der Stadt, zustehenden Gemeinheitsrechte heisst das *Bürgerrecht* (ius civicum, civitatis). Es ist entweder *volles* oder *Beisassen-Schutzbürgerrecht*. 3) Um jedoch zum Genusse der, auf einzelne Innungen oder Aemter eingeschränkten, Rechte zu gelangen, wird noch die gesetz- und statutenmässige Aufnahme in dieselbe erfordert (*Herrn-Meisterrecht*.) 4) Der *Stadtrath* (Magistrat) ist ein ursprünglich bestellter Ausschuss der Bürgerschaft. Er ist also nicht das alleinige Subjekt des städtischen Eigenthums und der Rechte der Stadt, sondern er hat, vermöge der städtischen Verfassung, nur die Verwaltung derselben (collegium administratorium). 5) Es ergiebt sich hieraus, in wie
 ferne

ferne derselbe die Stadt *repräsentire*, und die Handlungen desselben als Handlungen dieser anzusehen seyen. 6) Selbst bei den, dem Stadtrathe überlassenen, Geschäften hängt es noch von der besondern städtischen Verfassung ab, ob nicht jetzt die *Konkurrenz* gewisser *Repräsentanten* der Bürgerschaft dabei erforderlich sey. 7) Die *Vorstädte* sind entweder Theile der Stadt, unter dem Magistrate derselben mit befindlich, oder Gemeinden für sich *m*).

§. 23.

Die deutschen Städte sind entweder unmittelbare und *Reichs-o*) - oder *landsässige Städte*

m) *Pütter's* L. 3. Th. §. 1050. f. Ebendaf. *Klüber* *Spittler's* Geschichte des Fürstenthums Calenberg, 1. Th. S. 22. f. v. *Selchow's* Rechtsfälle 1. Bd. N. 3., über die städtischen Gerechtsamen überhaupt. *Gablen* Grundriß eines Stadt- und Bürgerrechts etc. Hamb. 1782. 8. E. L. A. *Eisenhardt* Versuch einer Anleitung zum teutschen Stadt- und Bürgerrechte, Bfchw. 1791. 8.

o) Den *Ursprung* der Reichsstädte giebt die deutsche Staatsgeschichte an. Einige rühren von den alten *königlichen Städten* her, andere haben erst in der Folge, bei dem Abgange des Hohenstaun-

Städte (§. 6.) Von den erstern sind seit 1803 die sechs: *Augspurg*, *Lübeck*, *Nürnberg*, *Frankfurt*, *Bremen* und *Hamburg* übrig geblieben. Der *Presburger* Friede hat aber auch die Reichsstadt *Augspurg* mediatifirt p).

§. 24.

4) Die *Bauern* sind entweder *Freie*, oder *leibeigene* (*homines proprii*). *Diese* befinden sich für ihre Person in der Dienstpflicht, oder der Verbindlichkeit, ihrem Leibherrn Zinsen, Frohnden u. dergl. zu entrichten. Sie gehören zum Gute (*glebae adscripti*), und erhalten ihre Frei-

staufischen Stamms, der Achtserklärung Heinrichs des Löwen, u. a. a. Ursachen die Reichsunmittelbarkeit erhalten. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 854. 964. f. Ebendaf. *Krüger*.

p) *R. D. Hauptschl.* vom 25. Febr. 1803. §. 27. Wohin die übrigen Städte gekommen sind, ergibt sich aus den §§. 2. 3. 5. 6. 7. 12. 24. Im §. 27. a. E.: „die Kurfürsten und Fürsten, welchen Reichsstädte als Entschädigung zufallen, werden diese Städte in Bezug auf ihre Municipalverfassung und Eigenthum auf den Fuß der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegierten Städte behandeln, so weit es die Landesorganisation und die zum allgemeinen Besten nöthigen Verfügungen gestatten.“ *Presb. Fr. Art.* 13.

Freiheit durch die *Freilassung*. Die für ihre Person freie Bauern sind entweder *volle Eigenthümer* der unterhabenden Güter, oder erkennen einen *Gutsherrn* in Ansehung derselben, dem sie ebenfalls zur Leistung der Zinsen, Frohnden u. a. verpflichtet sind.

Mehrere, aneinander gerückte, Bauernwohnungen machen ein *Dorf* aus. Es ist eine *Gemeinheit*, und hat daher die Rechte der erlaubten *Gemeinheiten* in Rücksicht auf seinen Endzweck, den Ackerbau. Die Bauermeister, Schulzen etc. sind die Vorgesetzten, die Wortführer, Erheber und Geschäftsträger der *Gemeinden* *q)*.

Die ehemaligen *Reichsdörfer* sind im R. D. Hauptschl. von 1803. mediatifirt worden *r)*.

Ein Mittelding zwischen den Städten und Dörfern sind die *Flecken* (Marktflecken).

§. 25.

q) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1048. Das, Klüber,

r) §. 2. 7.

§. 25.

II. In Ansehung der *Religion*, sind die Einwohner von Deutschland entweder *Christen* oder *Juden*. Die Christen sind vornemlich entweder der *alten*, sogenannten *katholischen*, oder der *evangelischen Religion* zugethan, und diese sind entweder *Evangelisch lutherische* oder *Reformirte*. Die beiden letztern werden jedoch im *Reiche* für einerlei Religionsgenossen angesehen. In den *Reichslanden* ist zwischen der *herrschenden* und *nicht herrschenden Religion* ein Unterschied zu machen. Auch den Genossen der letztern können solche Rechte, deren Gebrauch nicht auf ein Land und einen Ort eingeschränkt ist, nirgendwo ver sagt werden. In Ansehung derjenigen, deren Genuss auf einen Ort eingeschränkt ist, kommt es auf die besondere Landesverfassung und auf die Reichsgesetzlichen Verordnungen hierüber an.

Im kirchlichen Verhältnisse, sind die Personen einer Religion entweder *kirchliche* (*geistliche*), oder *weltliche* Personen. Zu den ersten gehören, insbesondere in der katholischen Kirche, die *Erzbischöfe*, *Bischöfe*, *Aebte* u. a., und aus den *geistlichen Ritterorden*: der Hoch- und

und Deutschmeister, der Iohanniter Meister u. s. w. s).

§. 26.

Die Iuden sind entweder *Schutz-, verglei-*
tete, oder *nichtvergleitete* Iuden. Auch die
ersten sind nicht Mitglieder der Gemeinden
derjenigen Oerter, worinn sie den Schutz er-
halten haben. Ihr rechtliches Verhältniß so-
wohl unter sich, als gegen andere, ist nach der
hergebrachten *Autonomie* derselben, nach den
besondern *Iudenordnungen* und den *gemeinen*
Reichs- und fremden Rechten zu beurthei-
len t).

s) Das *Kirchenrecht* enthält von allem diesem die
weitem Ausführungen. S. jedoch, wegen des
Hoch- und Deutschmeisterthums, den *Presb. Fr.*
Art. 12.

t) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1365. Ebendas. Klüber.

Zweiter Abschnitt.

Von dem deutschen Gebiete.

§. 27.

I. Das deutsche Reich ist A.) seit dem Lüneviller Frieden (§. 13. a. E.) fast ganz in seine uralten Grenzen zurückgetreten u). Diese sind jetzt: gegen Osten: Preussen, Schlesien, Galizien, Ungarn, Slavonien, Croatien x); gegen Süden: das adriatische Meer y), das italienische Königreich, mit den, ihm seit dem Presburger Frieden einverleibten, venetianischen Staaten, Helvetien; gegen Westen: der Thalweg des Rheins von da an, wo der Rhein das Helvetische Gebiet verläßt, bis dahin, wo er das bata-

u) Tacitus de M. G. C. I. Germania omnis a Galliis, Rhaetiis et Pannoniis Rheno et Danubio fluminibus, a Sarmatis Dacisque mutuo metu aut montibus separatur. Caetera oceanus ambit, latos sinus et insularum immensa spatia complectens.

x) Pütter's Litt. 3. Th. §. 818. 819. 820. Das Klüber §. 818. 819. a. u. b.

y) Klübers Einleit. z. e. n. Lehrbegr. des T. StR. §. 69.

batavische Gebiet berührt z), die batavische Republik, die Nordsee; gegen Norden: die Eider

z) *Luncvill. Fr. Art. 2.* „La cession de ci-devant
„*provinces belgiques* a la republique française
„stipulée par l'article 3. du traité de Campo For-
„mio est renouvelée ici“ u. s. w. Art. 6. „S. M.
„l'Empereur et Roi, tant en son nom, qu'en
„celui de l'Empire germanique, consent en ce,
„que la Republique française possède désormais
„en toute souveraineté et propriété *les pays et*
„*domaines situés a la rive gauche du Rhin*, et
„qui faisoient partie de l'Empire germanique
„de maniere, qu'en conformité de ce qui avoit
„été expressement consenti au congrès de Rastadt,
„par la deputation de l'Empire, et approuvé par
„l'Empereur, *le Thalweg du Rhin soit désormais*
„*la limite entre la Republique française et l'Em-*
„*pire germanique*, savoir: depuis l'endroit, ou
„*le Rhin quitte le territoire helvétique, jusqu'a*
„*celui, ou il entre dans le territoire batave.* En
„conséquence de quoi la Republique française
„renonce formellement à toute possession quel-
„conque sur la rive droite du Rhin, et consent à
„restituer, a qui il appartient, les places de
„Dusseldorf, Ehrenbreitstein, Philippsbourg, le
„fort de Cassel et autres fortifications, vis a vis
„de Mayence, a la rive droite, le fort de Kehl
„et le vieux Brisach, sous la condition expresse,
„que ces places et forts continueront à rester
„dans l'état, ou ils se trouveront lors de l'évacua-
„tion.“

Eider (der schleswigholsteinische Kanal), a) und die Ostsee (das baltische Meer.)

1) Die, vor dem I. 1708. sehr locker gewesene, Verbindung *Böhmens* mit dem deutschen Reiche ist in diesem Jahre, hauptsächlich zum Vortheile von Böhmen, enger geknüpft, und Böhmen zu allen kurfürstlichen und Reichsberathschlagungen *readmittirt* worden b).

2) Die

,,tion.“ Friede v. Campo-Formio (1797.) Geheime Artt. 1. u. 2. Protokoll der Reichsfriedensdep. zu Rastadt von Heinr. Frhrn. v. *Munk* v. *Bellinghausen* 6. Bände in 4. Rastadt 1798. f. Wegen der Entschädigung der *Erbfürsten*, welche auf dem linken Rheinufer verlohren haben s. den Art. 7. des L. F. und den R. D. *Hauptschl.* vom 25. Febr. 1803. §. 1. folg. *Protocolle* der außerordentlichen Reichsfriedensdeputation. 2. Bde. nebst 4 Bde. Beil.

a) Io. Aug. Matthiesen, praef. Alb. Ph. Frick, (*Fr. Dom. Haebertlin*) diss. de ficto quodam Marchionatu Slesvicensi, et in illum inique praetenso S. R. I. iure, Helmst. 1766. In *Kretschmann's* iure publ. vol. I.

b) R. S. von 1708. In dem kaiserl. Commiss. Ratif. Dekrete vom 6ten Sept. 1708. *bedingt* und *reservirt* sich der Kaiser, *dass obiges alles im übrigen*

2) Die Herrschaft *Iever* ist ein Reichsland.
Das besondere staatsrechtliche Verhältniß der-
selben

gen *Dero* Königreich *Böheim* Würden, Rechten, privilegiis fori und andern Freiheiten und Gerechtsamen auf keine Weise nachtheilig oder präjudicirlich, sondern dieselbe sammt und son-
ders überall aufrecht und unverletzt seyn und bleiben sollen. I. I. Moser von Teutschland überhaupt S. 25. f. v. Bostell's Beitr. zur R. kammergerichtl. Litteratur u. Prax. 2. Th. I St. S. 64. f. Von *Mähren* und der *Lausitz* s. I. I. Moser a. a. O. 30. 31. Von *Oesterreich* s. Moser a. a. O. S. 37. v. *Fahnenberg* über die völlige Exemption des Hauses *Oesterreich* von der Gerichtsbarkeit des Reichscammergerichts, Wien 1796 *Böhmen* und *Oelsterreich* haben übrigens ihre Reichslande bisher mit einer, vom Reiche fast ganz unabhängigen, Gewalt beherrscht. Daher die *österreichische Monarchie*! Diesem Beispiele ist *Preussen* gefolgt. Daher die *Preussische Monarchie* vornehmlich die *Brandenburgischen Reichslande* begreift. Nach dem Beispiele von beiden sind den Königen von *Baiern*, *Wirtemberg* und dem Kurfürsten von *Baden* die Souverainitätsrechte in dem *Presburger Frieden* gestattet worden. Art. 7. „Les Electeurs de *Baviere* et de *Wurtemberg* ayant pris le titre de *Roi*, sans néanmoins cesser d'appartenir a la confederation germanique. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les reconnait en cette qualite. Art. 8.

selben rührt aus der, seit dem Lüneviller Frieden, und durch den R. D. Hauptschluss von 1803. §. 40. aufgehobenen Burgundischen Lehnseigenschaft her c).

3) Die vornehmsten *Benennungen*, welche Deutschland in der Geschichte und den Gesetzen bekömmt, sind *Germanien*, *das heilige römische Reich*, auch mit dem Zusatze: *deutscher Nation*,

„14. Leurs Maïestés les Rois de *Bavière* et *Wur-*
 „*temberg*, et Son Altesse Serenissime l'Electeur
 „*de Bade* iouront sur les territoires a eux cédés,
 „comme aussi sur leurs anciens etats, *de la ple-*
 „*nitude de la souverainité et de tous les droits*
 „*qui en derivent et qui leurs ont été garantis par*
 „*S. M. l'Empereur de Français, Roi d'Italie,*
 „*ainsi et de la même manière, qu'en iouissent*
 „*S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et*
 „*S. M. le Roi de Prusse sur leurs états allemands.*
 „*S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche,*
 „soit comme Chef de l'Empire soit comme co-etat,
 „l'engage a ne mettre aucun obstacle a l'execution
 „des actes, q'ils auraient faits ou pourraient
 „faire en consequence.“

c) I. I. Moser v. Teutschland. S. 60. u. *dessen* dort
 angef. *Anhalt. StR. Desselben* Abh. verschied.
 Rechtsmat. 9. St. S. 35. f.

tion, das deutsche Reich (l'Empire germanique), das Reich schlechtweg (Alemannia), u. a. d).

Die deutsche Staatsgeschichte erzählt 1) die allmählichen Erweiterungen der deutschen Grenzen über Lothringen, und das burgundische oder arelatische Königreich, und 2) den allmählichen und endlichen Verlust an Helvetien, Dauphiné, Provence, Metz, Toul, Verdün, den vereinigten Niederlanden, der Grafschaft Burgund, an Elsass, dem ganzen Herzogthume Oberlothringen, und Baar (Herzogthume an der Maas) u. a. e).

§. 28.

Es sind auch die, seit der Verbindung des Königreichs Italien mit Deutschland, unter des Reichs Hoheit und Lehnsherrlichkeit be-

E 2

findlich

d) I. I. Moser a. a. O. 1. Cap. §. 3 — 28. Klüber's Einleit. §. 51.

e) Die Schriften über die ältern und spätern Reichsgrenzen, S. in Pütter's Litt. 3. Th. §. 800 — 822. Ebendaf. Klüber §. 805. f.

Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, 2. Th. 2. Kap.

findlich gewesenen, *italiänischen Staaten* f) nun vom Reiche abgekommen, und zwar namentlich alle, welche das jetzige *Königreich Italien* (vormals *cisalpinische, italiänische Republik*) ausmachen, ferner das ehemalige *Gros-herzogthum Toskana*, jetzige *Königreich He-trurien*, und alle Staaten von der gewesenen *ligu-rischen Republik (Genua)*, mit den an dieselbe abgetretenen *Reichslehn (feuda ligustica g)*. Uebrigens hat das Reich zwar seinen Hoheits- und lehnsherrlichen Rechten in Italien nicht überhaupt entsagt h), jedoch sind dieselben, ins-besondere die über *Piemont*, als stillschweigend vom

f) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 823 — 835. Ebendaß. Klüber. I. A. L. Seidenstücker's Beyträge zum Reichsstaatsrechte welscher Nation, Gött. 1795. 8. Desselben Italien und die kaiserl. Staaten etc. Berl. 1797. 8. Wahlkap. Art. 10. §. 6. 10. 12. Art. 26.*

g) *Lünevill. Fr. Art. 4. 5. 11. 12. 13. Fr. von Campo-Formio Art. 8. u. dessen geh. Art. 11. Von Ueberlassung der Stadt Venedig u. der Venetia-nischen Staaten an Oesterreich Lün. Fr. Art. 3. Von der Zurückgabe und der Vereinigung der-selben mit dem Königreiche Italien s. den Presb. Fr. Art. 4.*

h) *Klüber's Einleitung, im Anh. §. 8.*

vom Reiche verlassen, anzusehen. Eben dies gilt von den ehemaligen *Reichslehn im Kirchenstaate* i), auch ausser denen, die in den, schon an Frankreich ausdrücklich abgetretenen, Legationen Bologna, Ferrara (mit Commachio) und Romagna befindlich gewesen sind k).

§. 29.

3) Die inneren Bestandtheile des Reichs sind bisher: die *Reichskreise*, die *Ritterkreise* und *andere unmittelbare Gebiete* gewesen (§. 21.)

Im

i) *Buder* de feudis imperii in Romandiola et in terris pontificis. In observatt. iur. publ. feudal. germ. N. VIII.

k) *Krüger* a. a. O.

Ueberhaupt sind hier noch anzumerken: *Wahlk.* Art. 10. §. 1. „Sollen und wollen Wir dem h. „R. Reich und dessen Zugehörungen in- und „ausserhalb Deutschlands nicht allein ohne „Wissen, Willen und Zulassen der Kurfürsten, „Fürsten und Stände sämmtlich nichts hingeben, „verschreiben, verpfänden, verletzen, noch in „andere Wege veräußern oder beschweren.“ §. 5. „In vorkommenden Reichsgränzscheidungen, (1790 auch bey Umtauschung der „Gränzlande,) ohne des Reichs und dabei interessirter Ständen Miteinwilligung, nichts vornehmen zu lassen“. Art. 12. §. 1.

Im I. 1500 sind die, mit Landeshoheit umfaßten, Territorien, *Böhmen* mit den inkorporirten Landen, *Mähren* und der *Lausitz*, ausgenommen, zum Behufe des *Reichsregiments*, in *sechs Kreise*: 1) den *fränkischen*, 2) den *Bairischen*, 3) den *schwäbischen*, 4) den *rheinischen* oder *oberrheinischen*, 5) den *westphälischen* oder *niederrheinischen* und 6) den *sächsischen* (*alte Kreise*) l), im I. 1512. aber, zur Aufrechthaltung der *Exekutionsordnung*, in *zehn Kreise* vertheilt worden, dergestalt, daß, weil unter den alten Kreisen *Oesterreich*, *Burgund* und die *kurfürstlichen Länder* nicht begriffen gewesen sind, noch vier *neue Kreise*, nemlich der *österreichische*, *burgundische*, *Kurrheinische* und *obersächsische* sind errichtet worden m). In den spätern Reichsgesetzen sind die Reichskreise in folgender Ordnung aufgeführt worden: *Kurrhein*, *Obersachsen*, *österreichischer*, *burgundischer*, *fränkischer* u. s. w. *niedersächsischer Kreis* n).

§. 30.

l) *Regimentsordn.* 1500. §. 5 — 11.m) *R. A.* v. 1512. §. 11. u. 12. In der *Neuen Samml. d. R. A.* 2. Th. S. 138. *Gerstlacher's Handb.* der Reichsges. 2. Th. S. 234. f. Man vergl. *Erklärung des Landfriedens* 1522. Tit. 2. bei *Gerstl.* a. a. O. S. 244.n) *Allgem. Kreisabsch. zu Erfurt* 1567., bei dessen
Unter-

§. 30.

Die Bestandtheile der Kreise sind die, in den Reichsgesetzen zu jedem, nach seiner geographischen Lage, geschlagenen, an einander grenzenden, Territorien o). Uebrigens ist jetzt der *burgundische Kreis* ganz p), der
kur-

Unterschrift die Ordnung beobachtet worden ist:
Von wegen der vier Kurfürsten am Rhein. Von wegen des Oberfälischen Kreis. Von wegen des Oesterreichischen Kreis, u. s. w. N. Samml. der R. A. 3. Th. S. 274. R. G. A. vom 3²/₀ Aug. 1681. Beil. Lit. A. In Schmauffsens Corp. iur. publ. S. 1097. der Aug. 1774. R. G. A. von 22. März 1734. Bei Schmaufs a. a. O. S. 1408.

Schriften über die Kreise überhaupt in Pütter's Litt. 3. Th. §. 972 — 977. Ebendaf. Klüber. A. Glocker vom schwäbischen Kreis im allgemeinen, wie auch von Erwerbung der Kreislandschaft in demselben.

o) Vorige Note m) *Pütter's tabulae iuris publ. synopt. Tab. 16.*

p) *Fr. v. Campo-Formio Art. 3. u. Luneville Art. 2. 5.*

kurrheinische gröſtentheils, und vom *oberrheinischen* und *westphälischen* Kreiſe iſt ſehr vieles, durch die, im *Lüneviller Frieden* geſchehene, Abtretung des linken Rheinuſers an Frankreich, für Deutschland verlohren gegangen (§. 27.) Auch auſſerdem hat der R. D. S. v. 1803. beträchtliche Veränderungen in der Kreisverfaſſung gemacht. Inſondere hat der *Preſsburger Friede* wegen der, zu dem Königreiche Baiern gezogenen, Länder u. a. mehrere Kreiſſe in eine ſolche Verwirrung gebracht, daſs eine neue Einkreiſſung und Organifation von Deutschland durchaus nothwendig geworden iſt. q).

§. 31.

Auf manchen Reichslanden haftet noch eine, von den ältern Reichsämbtern herührende, Reichswürde. Dieſe ſind daher entweder *Fürſtenthümer*, oder *Graffſchaften*. Die Fürſtenthümer ſind entweder *Herzogthümer*, oder *Pfalzgraſſchaften*, oder *Margraſſchaften*, oder *Burggraſſchaften*, oder *Landgraſſchaften*, oder auch *Fürſtenthümer* überhaupt. Die übrigen Reichslande ſind die
Reichs-

q) S. die Schrift: *Der Friede zu Preſsburg etc.*
S. 150. f.

Reichsherrschaften und die **Reichsstädte** mit ihren Gebieten r). 1) Seit dem, in den Reichsämtern der Fürsten und Grafen aufgetretenen, Erbrechte ist die Reichswürde allmählig auch von dem Lande ausgesprochen und darauf gelegt worden (§. 19.) s). 2) Nach der G. B. haftet auch die darinn verordnete Kurwürde auf gewissen Ländern, welche die eigentlichen Kurlande (*Kurfürstenthümer*) sind t). 3) Nicht jedes Land, welches ein Fürst besitzt, ist, wegen der fürstlichen Würde des Besitzers, ein Fürstenthum: der Fürst kann auch noch Grafschaften, Reichsherrschaften, oder andere unmittelbare Gebiete, oder auch landfässige Güter

r) Unter den Bestandtheilen des deutschen Reichs ist so gar ein *Kaiserthum*, das *österreichische*, und sind bis jetzt *drei Königreiche*, *Böhmen*, *Baiern* und *Wirtemberg*. Ferner besteht die *preussische Monarchie* größtentheils aus deutschen Reichslanden. (Note b) zum §. 27.)

s) Ad. Fried. *Glassey* de dignitate personali, territorii Germaniae communicabili, Lips. 1717. *Siebenkees* Beytr. zum t. Recht, 6. Th. Num. 1.

t) G. B. Cap. 8. §. 2. „Virtute regni et principatum suorum“. Cap. 20. §. 1. quorum virtute“.

Güter besitzen. Eben dieses gilt von den Reichsgrafen u. s. w. u).

§. 32.

In Ansehung des *Titels* sind die Territorien entweder *stiftische* (*geistliche*), oder *weltliche*. In den *ersten* ist die Landeshoheit mit dem Stifte und der Kirchenprälatur verbunden. Sie steht demnach dem geistlichen Herrn, dem Erzbischofe u. s. w., als *Kirchenprälaten*, zu. 1) Dazu gelangt also ein Herr durch die kanonische Provision. 2) Weil die Reichswürde, nemlich die fürstliche u. s. w., mit der Prälatur verbunden ist: so ist der Kirchenprälat, als solcher, Fürst (*Fürstennässiger*) u. s. w. Seit der, in dem R. D. Hauptschlusse von 1803. verfügten, Sekularisation sind jetzt geistliche Reichslande: das Erzstift und Fürstenthum Regens-

u) Manche Reichsstände erhalten, neben der *gemeinsamen Titulatur des Hauses*, noch eine besondere Benennung von dem gegenwärtigen *Residenzorte* ihres Fürstenthums, z. B. Herzog von Sachsenweimar, Sachsengotha, u. s. f. Landgraf von Darmstadt; jedoch giebt es deswegen kein *Herzogthum Weimar*, *Gotha* etc., keine *Landgrafschaft Darmstadt*.

Regensburg, das Fürstenthum Aschaffenburg, die Grafschaft Wetzlar, das Hoch- und Deutsch-Meisterthum, und das Iohanniter Meisterthum. In den *weltlichen* Territorien wird überhaupt nach den Prinzipien von der Lehnfolge und von der in der Familienfideikommissen succedirt. Insbesondere sind in der G. B. die *Kurlande* für *untheilbar* erklärt, und ist darinn eine *besondere*, aus Primogenitur und Seniorate gemischte, *Successionsart* eingeführt worden *x)*, an deren Stelle, vermöge eines notorischen Herkommens in den weltlichen Kurhäußern, die *reine Primogeniturfolge* getreten ist *y)*. Es ist ein staatsrechtliches Problem: ob bei den, in der G. B. gegründeten, (alten) Kuren die *Nebenlande*, seit der Wahlkapitulation Iosephs I., überhaupt als dem Haupt- und eigentlichen *Kurlande* *einverleibt*, und als *Bestandtheile* desselben anzusehen seyen? *z)*.

§. 33.

x) G. B. Cap. 7. u. 25. I. A. Reufs Staatskanz. II. Th. S. 194. folg. Darnach ist auch der streitige Successionsfall im Kurhause Sachsen nach dem Tode des Kurf. Rudolfs II. 1376. richtig entschieden worden. *Pfaff.* ad Vituar. T. 3. S. 767.

y) *Pütter's* histor. Entwicklung der heutigen Staatsverf. des t. Reichs I. Th. S. 242. f.

z) I. In der G. B. sind nur die *Kurlande*, worauf nemlich

II. Die Bestandtheile der *Territorien* überhaupt sind: 1) die landesherrlichen *Kammergüter*

nemlich die Kurwürde ruhet, für untheilbar erklärt worden (vorherg. Not. u.), die übrigen Länder sind daher noch vor Ioseph I. getheilt, und an die nachgeborenen Linien überlassen worden.

II. In der Wahlkap. Ioseph's I. — bis an die Iosephs II. hat der Kaiser im Art. I. §. 2. versprochen, „die Kurfürsten . . . insonderheit auch die weltlichen „Kurhäufer bei ihrem Primogeniturrechte, *ohne dasselbe*“ (wider die Gebühr ist 1711. hinweggelassen worden) „*restringiren zu lassen, besag „der güldenen Bull. sonderlich des 13ten Titels . . „lassen zu wollen*“. Seitdem sind die Nebenlande des Kurhauses, *so lange die Hauptkurlinie geblüht hat*, als der Kur einverleibt, angesehen, die nachgeborenen Linien nicht mehr von neuem mit Lande abgefunden worden, und nach dem Abgange einer solchen Linie hat der regierende Kurfürst auf das, von derselben besessene, Land Anspruch gemacht. In dem 13ten Titel der G. B. ist übrigens keine Verordnung wegen des kurfürstl. Primogeniturrechts befindlich. Im I. 1741. ist über eine bestimmtere Fassung des Texts gehandelt worden, jedoch ist es dabei verblieben. I. I. Moser's Anmerk. zur Wahlkap. Carls VII. 3. Th. S. 17. f. und in *dessen* Familienstaatsrechte der Reichsstände I, Th. S. 78. f.

III.

güter (*Tafelgüter*). Sie sind zum Unterhalte
des Landesherrn und der landesherrlichen Fa-
milie

III. Im I. 1790. hat Kurbrandenburg monirt: „Po-
„natur; Wie Wir.. wollen .. die Kurfürsten.. bey
„ihren sonderbaren Rechten, *besage der goldenen*
„*Bulle*, insonderheit auch die weltlichen Kur-
„fürsten bei ihrem Primogeniturrechte, ohne
„dasselbe *auf irgend eine Weise* einschränken
„zu lassen“ u. s. f. Die meisten Stimmen sind
Anfangs dem Monito beigetreten. Weil jedoch
Kurbraunschweig eine Verletzung der Stelle aus
dem Art. 1. §. 2. in den Art. 3. §. 4. in Vorschlag
gebracht hat: so ist die Sache dieserhalb noch
einmal in Berathschlagung genommen, und ist be-
schlossen worden: die erwähnte, Art. 1. §. 2.
enthaltene, Stelle in den Art. 3. §. 4. nach dem
Worte *Prärogativen* konklucirtermassen einzu-
rücken. Hier heist also die Stelle seitdem:
„Sie bei ihrer wohlerlangten Kurwürde, und
„sonderbaren Rechten, Hoheiten, Präeminen-
„tien und Prärogativen, *insonderheit auch die*
„*weltlichen Kurfürsten bei ihrem Primogenitur-*
„*rechte*, ohne dasselbe (die Worte: *auf irgend*
„*eine Weise* sind hinweggeblieben) *restringiren* zu
„*lassen, erhalten, besonders wie allsolche in*
„*der goldenen Bulle ausgedrückt sind.*“ *Wahlprot.*
von 1790. I. Bd. S. 355. f. 416. f.

Dafür, dafs die Nebenlande, nach dem gänz-
lichen Abgange der Kurlinie, nicht als Bestand-
theile

milie und zur Bestreitung der Reichslasten und des Aufwandes bei der Landesregierung bestimmt.

theile des Hauptkurlandes und unzertrennbar von demselben anzusehen seyen, kann vornemlich angeführt werden, daß jetzt die bemerkte Stelle in dem §. 4. Art. 3. sich ausdrücklich auf die G. B. beziehe, und ein neueres Herkommen für die Unzertrennbarkeit der Nebenlande, *in dem unterstellten Falle*, nicht vorhanden sey. Dagegen können für die Unzertrennbarkeit dieser Lande, auch in *solchem Falle*, die *Allgemeinheit* der Stelle: *ohne dasselbe restringiren zu lassen*, und die *Analogie*, als Hauptgründe gebraucht werden. Die neuen Kurwürden sind auch nicht mehr auf besondere, von den neuen Kurfürsten besessene, Lande gelegt worden. Die jetzt reichsgesetzlich gewordene Benennung: Kurfürst von *Pfalzbaiern* kommt hinzu. In *Kursachsen* sind die Bistümer der Kur dergestalt inkorporirt, daß bei der Religionsveränderung in der *Alber- tinischen* Linie der geistliche Vorbehalt in Ansehung derselben keine Anwendung gefunden hat.

Schorch pr. num. A. B. tit. 8. §. 2. et tit. 25. §. 2. etiam extendenda fit ad eas provincias, quas electores saeculares praeter electoratus possident, Erf. de *Ludolf* de introd. iur. primog. part. spec. aph. 10. n. 8. I. I. *Moser's* R. H. R. P. 3. Th. Cap. 3. §. 63. folg. *Desselben* Famil. StR. der Reichsf. 1. Th. S. 79. f. *Desselben* Betracht. über

stimmt. 1) Sie rühren theils von ehemaligen königlichen Gütern, theils von der alten Dynastie her, oder sie sind durch besondere Titel, Konsolidation, Sekularisation, Kauf, Tausch, und andere Verträge an den Landesherrn gekommen. 2) Das Eigenthum desselben steht in geistlichen Territorien dem Stifte oder Orden zu, wenn sie auch der geistliche Herr, jedoch als solcher, zuerst erworben hat. In einem weltlichen Reichslande hat sie ein Herr, entweder für das Land oder für sich und sein Haus erworben. Im letztern Fall ist entweder der gegenwärtige Herr der erste Erwerber derselben, die Güter selbst aber sind entweder Lehn- oder allodiale Güter, oder derselbe ist schon darinn succedirt. Hier sind sie abermals entweder Lehn- oder Allodien, und diese entweder Familienfideikommissgüter, oder nicht. 3) Hieraus ergeben sich die rechtlichen Bestimmungen bei der Veräußerung und Verpfändung der Kammergüter, und ergibt sich 4) der Grund weswegen die Substanz der Kammergüter zur Bezahlung der landesherrlichen Schulden nicht angegriffen werden darf. 5) Seitdem die deutschen

über die Wahlkap. Ios. II. S. 31. N. 3. Repertor.
iur. publ. et feud. Art. Primogenitur.

schen Landesherrn, mit Nachahmung der, von Maximil. I. 1518. errichteten, Kammer, eigene *Kammerkollegien* angeordnet haben, werden *Kammergüter* in engerer Bedeutung diejenigen genannt, welche von der Kammer und unter deren Aufsicht verwaltet werden. Davon werden die *Chatoullgüter* unterschieden a).

§. 34.

2) Die *Rittergüter* sind entweder *Lehn-* oder *Allodien*. Auf den *Ritterlehn* haftet ursprünglich, ordentlicher Weise, die Pflicht zu den Ritter- und Lehndiensten. Bürgerliche Personen sind daher im Mittelalter nicht fähig gewesen, sie zu erwerben. Sie sind entweder *gegebene*, oder *aufgetragene Lehen*. Bei den ersten ist überhaupt dafür, daß sie auch landfälsig von dem Lehns- und Landesherrn sind, zu vermuthen. Weil heut zu Tage, der Regel nach, auch bürgerliche Personen fähig sind, Ritter-

a) *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1052. f. *Das Klüber. A. P. H. Posse* über das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden. Rost. u. Lpz. 1794. 8. *Florencourt* über die Natur, die Veräußerung und Verschuldung der Kammergüter deutscher weltlicher Reichsstände. Helmst. 1795. 8.

Ritterlehn zu erwerben: so ist der Begriff eines Ritterguts nach den, auf dem Gute haftenden, Rechten und Freiheiten, und insbesondere bei den Ritterlehn, nach den, darauf, nach dem Lehnkontrakte und den Lehnrechten, haftenden, Ritter- und Lehndiensten, und nicht mehr nach dem Stande des Besitzers zu bestimmen. Die Rechte und Freiheiten der Rittergüter (adeliche Rechte, nobilitas realis), sind mit den Gütern selbst verbunden und reale Rechte; sie gehen daher mit denselben, ordentlicher Weise, auf jeden, auch bürgerlichen, Besitzer über *b*).

§. 35.

3) Die *Städte* haben das Stadtrecht (§. 22.) entweder schon seit den ältern Zeiten hergebracht, oder dasselbe erst neuerlich erworben. Die, in deren Gemarkung oder Weichbilde liegenden, Güter sind entweder den einzelnen Bürgern zugehörig, oder *Kämmerei-, Kommungüter*, die letztern können, was die *Verwaltung* betrifft, entweder *Rathsgüter*, oder Güter und Plätze der *gemeinen Bürgerschaft* seyn.

§. 36.

b) Pütter's Litt. 3. Th. u. Klüber §. 1047. Mein Kommentar über G. L. Böhmers princip. iur. feud. §. 96 — 98.

§. 36.

4) Die Güter der landfässigen *kirchlichen Stiftungen* sind entweder *Stiftungs-, Dotalgüter*, oder neu *erworbene* (§. 25.) c).

§. 37.

5) An den *Bauerngütern* haben die Bauern entweder ein volles Eigenthum, oder sie hängen von einer Gutsherrschaft ab (§. 24.).

1) Diese kann dem Landesherrn (*Domaniel-, Kammerbauern*), dem Rittergutsbesitzer, einer Stadt, einer kirchlichen Stiftung u. s. f. zustehen. 2) Der Landesherr erscheint dabei als privat Person und *Grundeigenthümer*. 3) Die *Landeshoheit* und die *Gutsherrschaft* dürfen in dessen Person nicht miteinander verwechselt werden. 4) Eine *Landesregierung nach Eigenthumsrechte* ist daher aus dem Staatsrechte zu verbannen d).

§. 38.

c) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 1049. und Klüber, Gr. Fugger v. Kirchheim* über die Grenzen der dem hohen Kurthume Mainz über den Mainstrom von Lohr bis an dessen Ergießung in den Rhein zustehenden Oberherrschaft. Mainz 1786. 8. *Mein Kommentar über Böhmers pr. iur. feud. §. 58.*

d) *Pütter's Beytr. zum deutschen St. u. Fürstenth. I. Th.*

§. 38.

In manchen Reichslanden machen die *mediat Graf- und Herrschaften* noch wichtige Bestandtheile, und gleichsam kleinere Territorien in einem größern aus (*territoria mediata, subalterna*). Der Ursprung und Grund ihrer Landfäsigkeit kann nicht überhaupt und auf einerlei Art angegeben werden, sondern es kömmt bei einzelnen auf besondere Unterwerfungsverträge, ein besonderes Herkommen u. f. f. an, wornach das staatsrechtliche Verhältniß derselben gegen die Landeshoheit zu bestimmen ist *e*).

§. 39.

Mehrere, an sich oder doch ursprünglich verschiedene, Länder können miteinander ver-

F 2

einigt

1. Th. S. 129. f. 140. f. — *Meine jurist. Bibl.*
 1. B. S. 334. Fortgef. Bibl. 1. Bd. 1. St. S. 22. f.
 1. I. *Majer's* Autonomie etc. 2. St. S. 191. —
 Vom Lehnheirn u. Dienstmann v. v. *Münchhausen*
 auf Steinburg. 1793. kl. 8.

•) *Dreuer* 2. Disss. (die erste unter *Griebners* Vor-
 sitze) de iure territorii subordinati Lips. 12. Sept.
 2. Dec. 1727. *Biener* de territorio subalterno
 superioritatis territorialis aemulo. Lips. 1779. 4.

einigt seyn (*unio territoriorum*), und zwar entweder blos in der *Person* des Landesherrn (*unio personalis*), oder auch in der *Verfassung* (*unio realis*). Im letztern Falle ist entweder jedes Land dennoch ein eigenes und *selbstständiges Land* verblieben, (*unio realis in specie*), oder eins ist dem andern, als ein Bestandtheil, *einverleibt* worden (*unio incorporativa, incorporatio*). Daher die *zusammengesetzten Länder* (*territoria composita*) *f*). Die *Kurfürsten* haben in der G. B. das Recht erhalten, von andern Reichsständen *Länder*, sowohl allodiale als lehnbare, zu *erwerben*, ohne daß es dabei einer besondern kaiserlichen Einwilligung bedürfe. Dieses kann auf die untheilbaren Lande anderer Kurfürsten nicht ausgedehnt werden (§. 32.) *g*).

§. 40.

f) *Meine Anfangsgr. des StR. der gesammten Reichslande. §. 174 — 177. Pütter's Litt. 3. Th. §. 928. u. Klüber.*

g) *G. B. Cap. 10. §. 2. 3. Winter diss. de praerogativa electorum circa acquirendas absque specifico imperatoris consensu terras imperii. Rau diss. de praerogativa electorum sine speciali consensu imperatoris terras imperii acquirendi Lips. 1791. Wegen Oesterreichs Beck ius publ. austriacum Specim. I. S. 42. — I. I. Mosers Zusätze zum N. StR. I. Th. S. 102.*

§. 40.

Die *Grenzen* der einzelnen Territorien beruhen zunächst entweder auf Reichsgesetzen, oder bestimmten Verleihungen, oder besondern Grenzverträgen und dem Herkommen *h)*. Die Nachrichten von den Grenzen der alten *Gauen* sind meistens nicht so bestimmt und zuverlässig, oder es haben sich doch unterdessen so viele Veränderungen zugetragen, daß von daher auf die heutigen Bestandtheile und Grenzen eines Landes kein sicherer Schluss gemacht, auch wohl selten eine gegründete Vermuthung gefasst werden kann *i)*. Wenn ein *Fluss* die Grenzen zwischen mehreren Ländern ausmacht: so gehört derselbe an jedes Land zu der, dasselbe bespülenden, Hälfte *k)*.

In Ansehung der Lage der Bestandtheile und Grenzen eines Landes ist dasselbe entweder ein

h) *Meine Anfangsgr.* des StR. der gef. Reichsl. §. 152 — 158. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1607. u. *Klüber*.

i) *Pütter's Beytr.* zum St. u. FR. 1. Th. Num. 9. *Dessen Rechtsf.* 2. B. 1. Th. S. 91. f. *Desselben Litt.* 3. Th. §. 1044., vornemlich *Klüber* ebendaf.

k) Arg. §. 22. I. de rer. divis.

ein *geschlossenes*, oder *nicht geschlossenes* Land (territorium clausum, non clausum). Im ersten liegt alles, was zum Lande gehört, ununterbrochen beisammen, ohne daß es von einem andern Lande oder unmittelbaren Gebiete durchschnitten wird l).

§. 41.

Ein allgemeines Eigenthum oder Obereigenthum des Landesherrn an dem Lande kann weder aus der Natur der Landeshoheit (5.), noch aus der Reichslehnbarkeit, noch auch überhaupt von der alten Dynastie her behauptet werden m). Es giebt jedoch *kleinere* Länder, in denen die Gutsherrschaft des Landesherrn sich zufälliger Weise fast so weit, als dessen Landeshoheit, erstreckt. In *größern*, von jeher von mehreren Freien bewohnten, Ländern ist das Eigenthum oder Obereigenthum des Landesherrn auf die Kammer- und von ihm zu Lehn

l) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1620.

m) Chr. Gottl. Biener de natura et indole domini in territoriis Germ. Hal. 1780. 8. *Meine Anfangsgr.* des StR. der gef. Reichsl. §. 165. f. — *Posse* angef. in der Not. z. §. 33.

Lehn gehenden Güter eingeschränkt. Der Unterschied zwischen kleinern und größern Territorien ist daher im *gemeinen* deutschen *Staatsrechte* von keinem praktischen Nutzen *n*).

Dritter Abschnitt.

Von der deutschen Staatsgrundverfassung (Konstitutionsrecht).

I. Abtheilung.

Von der Grundverfassung des Reichs.

Erstes Hauptstück.

Allgemeine Darstellung derselben.

§. 42.

Das deutsche Reich, objektivisch betrachtet, ist der Innbegriff der sämmtlichen Reichslande und Gebiete, der Reichsmajestät untergeordnet. Weil die Reichslande, auch als Staaten, dieser

n) *M. Anfangsgr. des StR. der gef. Reichsl. §. 130, f.*

dieser unterworfen, und mit einer gemeinen Territorialverfassung, nur unter der Reichsmajestät und mit Subordination gegen dieselbe, versehen sind: so kommt es hier auf den doppelten Betracht: daß die sämtlichen Reichslande Bestandtheile eines ungetrennten Ganzen, und daß sie noch besondere Staaten sind, nicht an (§. 6.). Es ist jetzt nur die Frage vom Subjekte der allgemeinen Reichsmajestät, und dem Umfange und den Grenzen der, über das Ganze sich erstreckenden, Regierungsrechte, nicht aber von den, von demselben, in dem einen oder dem andern Betrachte, gemachten, staatsrechtlichen Bestimmungen.

Von diesem Reiche sind schon fast alle, reine und zusammengesetzte, Regierungsformen ausgesprochen worden o). Keine kann jedoch voraus

o) Pütter's Litt. des StR. 3. Th. §. 841. Ebendaß. Klüber. Kritik der deutschen Reichsverfassung. Auch unter dem Titel: Kritik der Regierungsform des deutschen Reichs 1796. 8. Hierinn ist Deutschland eine Pantokratie der Repräsentanten der einzelnen vereinigten deutschen Staaten unter der gesetzmässigen Authorität des veto eines aus ihrer Mitte gewählten Einzigen. I. I. Moser v. Teutschland u. dessen Staatsverf. überhaupt. S. 550. folg.

voraus, sondern allenfalls kann eine oder die andere, als richtiges *Resultat* der Grundgesetze, behauptet werden p).

§. 43.

Das Hauptgrundgesetz spricht: *Gaudeant* (status) *sine omni contradictione iure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis Imperii, praesertim ubi leges ferendae vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus et hospitationes militum instituendae, nova munimenta intra statuum ditiones exstruenda nomine publico, veterave firmanda praesidiis, nec non ubi pax aut foedera facienda, aliaque eiusmodi negotia, peragenda fuerint, nihil horum aut quicquam simile posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de comitali liberoque omnium imperii statuum suffragio et consensu q).* Ferner: „In allen Be-
„rath-

p) I. I. Moser a. a. O. S. 547. — Gönner's T. Staatsr. §. 87.

q) Westph. Fr. Art. 8. §. 2. Die Kaiserlichen wollten zwar noch die Klausel zugesetzt haben: *Salvis tamen iis, quae ad imperatorem et collegium electorale solum pertinent, omniaque intelligendo iuxta morem antiquum.* Allein, um nicht

„rathschlagungen über die Reichsgeschäfte, in-
 „sonderheit diejenige, welche in dem Instru-
 „mento pacis namentlich exprimirt, und derglei-
 „chen, sollen und wollen Wir“, verspricht der
 Kaiser, „die Kurfürsten, Fürsten und Stände
 „des Reichs ihres *iuris suffragii* sich gebrauchen
 „lassen, und ohne derselben reichstagige freie
 „Beystimmung in selbigen Dingen nichts vor-
 „nehmen noch gestatten“ r).

§. 44.

Deutschland ist demnach I. ein Staat, kein
 System blos verbündeter Staaten. Es wird
 selbst

nicht damit das ganze Grundgesetz wieder um-
 zuwerfen, verlangten die auswärtigen Gesand-
 ten ein Verzeichniß der kaiserlichen Reservate,
 und daß der Anfang dieses *moris antiqui* genauer
 bestimmt werde. Weil dieses die Kaiserlichen für
 bedenklich gehalten haben, ist die Klausel hin-
 weggeblieben. de *Meiern* Acta P. ar. Tom. 1.
 S. 813. Tom. 2. S. 77. 91. 93. f.

r) Wahlkap. Art. IV. §. 1. Man s. noch Wahlkap.
 Art. 2. §. 3. „vorgehende Bewilligung“, §. 5.
 „zuvor aber darinn nichts verfügen noch ergehen
 lassen, als welches solchenfalls ungültig und un-
 verbindlich seyn soll“.

selbst in dem angeführten Grundgesetze ein *Reich* genannt, es geschieht darin von *Ständen* Erwähnung. Es erscheint daraus eine *allgemeine* Reichsgesetzgebende Gewalt u. s. w.

1) Alle Reichsbürger machen daher *eine* Nation aus. 2) Es giebt ein allgemeines *Reichsbürgerrecht*, in besondern Rechten, deren ein Deutscher vor einem Fremden im Reiche fähig ist, bestehend. 3) Alle unmittelbare und mittelbare Reichsbürger befinden sich in der bürgerlichen Unterwürfigkeit gegen die Reichsmajestät und alle Hoheitsrechte derselben s).

4) Der

s) Wenn sie nicht gültige *Exemptionsprivilegien* von einigen, z. B. der Reichsgerichtsbarkeit u. a., erhalten haben (§. 27. Not. b.) Hier die *Wahlkap.* Art. 18. §. 2. „(Wollen) dahingegen diejenigen Stände, welche die Exemption von des Reichs Iurisdiction entweder durch Vertrag mit dem röm. Reich, oder durch Privilegien, oder andere rechtmäßige Titel von den röm. Kaisern vorhin erlangt, und in deren Besitz erfunden worden, die Eximir und Ausziehung von des Reichs höchsten Gerichten ins künftige gestatten, und sie nach Anleitung der K. G. O. P. 2. t. 27. und des instrumenti pacis art. 8. dabei schützen und handhaben, zugleich aber auch dieselben dazu anhalten, daß sie die Verträge auch ihres Orts auf das genaueste beobachten, und was sie

4) Der Reichsunmittelbare, er mag vom hohen oder niedern Adel seyn, hat sich seiner Unmittelbarkeit auch in den Reichslanden, worinn er domiciliert ist, kontrahirt, delinquirt hat u. dergl., zu erfreuen, wenn er nicht, vermöge einer besondern Landesverfassung, in solchen Fällen der Landeshoheit unterworfen ist t).

5) Die

„sie denselben zufolge, oder auch sonst dem Reiche zu prästiren schuldig sind, unnachbleiblich thun und leisten mögen.“ M. f. noch Gönner's Staatsr. §. 309. I.

t) *Westph. Fr. Art. 5. §. 28. Libera et immediata imperii nobilitas, omniaque et singula eius membra una cum subditis et bonis suis feudalibus et allodialibus, nisi forte in quibusdam locis ratione bonorum et respectu territorii vel domicilii aliis statibus reperiantur subiecti, . . . in iuribus religionem concernentibus . . . idem ius habeant, quod . . . statibus competit.* Anfangs ist die Stelle gefasst gewesen: *in iis locis, ubi bonorum suorum et domicilii respectu aliis statibus non sunt subiecti.* Pütter's Litt. 3. Th. §. 1590. f. Das. Klüber. Pütter's Rechtsf. 1. Bd. Ded. I — IV. Kerner's StR. der R. Ritterschaft 3. Th. S. 13. f. 37. f.

Von den *nachgebornen* Herrn eines reichsständischen und unmittelbaren Hauses Io. Cph. Fried. Breyer diss. de caractere immedietatis, Tub.

5) Die deutschen Landesherrn befinden sich, selbst als Landesregenten und in Ansehung ihrer landeshoheitlichen Regierung, in der Unterwürfigkeit gegen das Reich 6) Keinem ist daher erlaubt, den Streit über Unmittelbarkeit oder Landsässigkeit durch Selbsthülfe und eigene Macht zu Ende zu bringen u). 7) Es darf auch kein Reichsunmittelbarer sich einseitig und ohne die Einwilligung des Reichs einem Landesherrn unterwerfen x). Eben so ist jede

1774. S. 49. f. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1536.
Das. *Klüber.*

Von der *Gemahlin* des regierenden Herrn Chr. *Schönens* Rechtl. Bedenken: ob eines regierenden Fürsten und Landesherrn Gemahlin ihres Gemahls Unterthanin sey? Lpz. 1733. 4. Von den *Kindern.* *Pütter* a. a. O. §. 1554.

u) *R. A.* 1548. §. 53. 54. 1570. §. 84. *Wahlkap.* Art. 5. §. 10. *Pütter's Rechtsf.* 2. Bd. 4. Th. S. 940. 954. — Chr. Jac. *Eisenstück* diss. de modo, superioritatis territorialis iura contra eos, qui se illi subiectos esse negant, legitime persequendi, Lips. 1785. *Europäische Annalen* Jahrg. 1805. 2. B. 4. St. N. 1.

x) Arg. der *Wahlkap.* Art. 10. §. 1. 10. Art. 11. §. 16. 18 — 20. Art. 12. §. 1. 2. (die in der vorherg. Note angef. *Reichsgesetze.*)

jede ungerechte *Exemption* (Ausziehung), sie mag *cum* oder *sine onere* geschehen, ein unerlaubter Eingriff in die Rechte des Unmittelbaren sowohl, als auch des Reichs. 8) Kein Reichsbürger darf irgend etwas gegen das Reich und wider die zum Wohl desselben getroffenen Veranstaltungen vornehmen. 9) Jede Läsion und feindliche Behandlung eines Reichslandes, als solches betrachtet, ist für eine Läsion und Feindseligkeit gegen das Reich anzusehen. 10) Den Reichsbürgern ist wider die, an ihnen begangenen, Verbrechen überall die gesetzliche Genugthuung und Sicherheit zu leisten. 11) Jeder Landesherr hat die, ihm zum Wohl des Reichs rechtmässig auferlegten, Pflichten zu erfüllen, in so fern die Reichsbürgerpflichten hier und da nicht in einer unvermeidlichen Kollision mit denen Pflichten stehen, welche der Landesherr, als Landesregent, gegen sein Land hat, und diese nicht stärker sind, als jene y). 12) Dagegen können aber auch Landesanstalten und Punkte der Landesverfassung, wenn

y) (D. Scheppler) über die Collision der teutschen Staatsbürgerpflicht mit der landesherrlichen Gewalt teutscher Reichsstände und Landesherrn, Erf. 1800. 8.

wenn sie mit dem Wohl des Reichs kollidiren, und bei denenselben ein, von dem Reiche durchaus beabsichtigter, Endzweck nicht erreicht werden kann, von dem Reiche abgeändert und aufgehoben werden z). 13) Desgleichen kann auch von Seiten des Reichs eine Landesanstalt zu seinem Wohl gebraucht werden, welche der Landesherr, aus Mangel eigener Macht, nicht selbst zu dieser Absicht verwenden und bestimmen kann oder will a).

Weil übrigens die Landeshoheit selbst in den Reichsgesetzen sehr nachdrücklich gesichert ist, so kann die Reichsgewalt gegen die mittelbaren Reichsbürger, ordentlicher Weise, entweder

2) I. I. Moser von den Reichstagsgeschäften S. 279. Desselben Nebenst. 4. Th. S. 506. Desselben Abh. verschied. Rechtsmaterien S. 112. f. Gerstlachers Corp. iur. germ. 1. Th. S. 35.

a) Gedanken über die Frage: Wann und wie sind Reichsstände verpflichtet, in die in ihren Ländern befindlichen Festungen kaiserl. oder andere Reichstruppen zur Besatzung einzunehmen, und das Festungscommando einem General der Reichsarmee zu überlassen, Frf. u. Lpz. 1794. 8. Bicer pr. de iure aperturae, quatenus imperatori atque imperio in castris ac munimentis territoriorum germanicorum competat, Lips. 1794.

entweder nur mittelbar, durch den Landesherrn, oder nur in dessen Ermangelung, thätig werden.

§. 45.

II. Die *gemeinen Reichsgeschäfte* und die, über das Ganze sich erstreckenden, Reichsregierungsrechte sind *Reichstagsgeschäfte* b). Die Reichstagige Eigenschaft derselben ist ganz deutlich als die Regel festgesetzt worden. Die Eigenschaft eines kaiserlichen *Reservatrechts*, im Gegensatze von einem Reichstagsgeschäfte, ist daher auf besondere Reichsgesetze, und dem Reichsherkommen gegründet: es ist demnach, im zweifelhaften Falle, dawider zu vermuthen c).

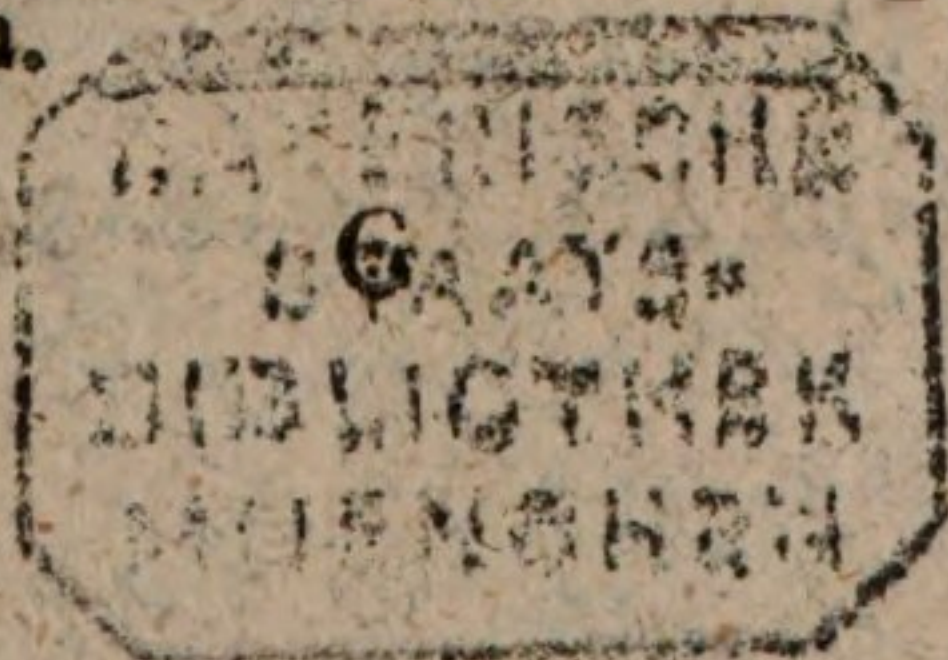
Uebri-

b) Hier noch der Epilog des Proj. der beständ. Wahlkap.: „gemeinen Reichsgeschäfte“. *Biener* von der kaiserl. Machtvollkommenheit. I. Th. S. 39. f.

c) *Meine* diss. de qualitate comitali placiti regii. Gief. 1780. §. 6. (Abgedr. in den Beitr. z. St. u. KR. I. Th.) — *Kissling* über die Grenzlinien der kaiserl. Reservate und Komitialrechte, Wien 1785. Auch nach den, von K. dargelegten, westph. Fr. Handlungen, ist der Sinn des Gesetzes:

Uebrigens wird bei den Reichstagsgeschäften 1) *freie*, und 2) *reichstagige* Beistimmung und Einwilligung erfordert. Die Einholung derselben von den einzelnen, nicht versammelten, Reichständen ist nicht hinreichend. Auch ist dabei, nach dem W.F., *aller* Reichstände Konkurrenz in so fern vonnöthen, daß alle berufen werden, und sie entweder einhällig, oder nach der, sie repräsentirenden, Mehrheit der Stimmen einwilligen. Es giebt jedoch Reichstagsgeschäfte, bei welchen, vermöge besonderer Reichsgesetze, die

setzes: Die *Reichsgeschäfte* sollen *Reichstagsgeschäfte* seyn: dabei sollen sich die Stände ihres Beistimmungsrechts zu erfreuen haben, und ohne deren freie Beistimmung und Einwilligung soll nichts davon geschehen, insbesondere u. s. f. Wenn nicht die gemeinen Reichsgeschäfte in der angez. Stelle des W. Fr. überhaupt für Reichstagsgeschäfte erklärt worden wären: so würde der Sinn derselben seyn: die *Reichstagsgeschäfte* sollen *Reichstagsgeschäfte* seyn: oder: bei den *Reichstagsgeschäften* sollen die Reichstände sich ihres freien Einwilligungs- und Beistimmungsrechts zu erfreuen haben. Dieser Verordnung hätte es aber, nach der Natur der Reichstagsgeschäfte an und für sich, nicht bedurft. Es würde auch der folgende Satz: *praesertim* u. s. f., nicht recht passen.



die Beistimmung und Einwilligung der *Reichsstädte* nicht vonnöthen ist d).

§. 46.

III. Ferner ist auch die reichstagige Eigenschaft mancher Reichsgeschäfte, welche *einzelne* Gegenstände betreffen, in den Reichsgesetzen festgesetzt worden e).

§. 47.

IV. Auch ist zuweilen die Einwilligung der Kurfürsten f), oder auch

V., neben dieser, noch die Einwilligung oder doch das Vernehmen und die billige Beobachtung des Bedenkens anderer Stände vonnöthen g).

VI. Die

d) R. D. Hauptschl. §. 27. Hieher gehört noch die *Wahlkap.* Art. 1. §. 5. Art. 3. §. 21. Art. 11. §. 10.

e) Z. B. ist die Achtserklärung eines Reichsstandes, *Wahlkap.* Art. 20. §. 4. S. noch vorherg. Note.

f) Z. B. nach der *Wahlkap.* Art. 11, §. 10. Art. 13. §. 1. u. a.

g) *Wahlkap.* Art. 8. §. 2. 3. 4. Art. 9. §. 6. 11.

VI. Die Vollziehung der reichsgerichtlichen Erkenntnisse u. a. hat das Reich in die Hände der Landesobrigkeiten oder der Kreisse gelegt *h*).

§. 48.

VII. Dagegen wird 1) der Kaiser in den Reichsgesetzen das *Reichsoberhaupt* genannt *i*): ihm wird 2) darinn eine *Reichsregierung* zugeschrieben *k*): er hat 3) bestimmte (§. 45.) *Reservatrechte*, bestehend in *Direktorialbefugnissen*, in *Gnadenverleihungen*, in Ansehung deren jedoch manche Beschränkungen in den Reichsgesetzen gemacht worden sind *l*), in Hoheitsrechten, welche sich auf *einzelne* Reichsunterthanen, Familien und Distrikte beziehen, und bei *Bestellung* der *Reichsgerichte* und der *Aus-*
G 2 *fer-*

h) *Westph. Fr. Art.* 16. §. 2. *R. A.* 1654. §. 160.
Wahlkap. Art. 20. §. 5.

i) Z. B. in der *Wahlkap.* Art. 2. §. 6. u. a. I. I.
Moser von den kaiserl. Reg. Rechten etc. S.
13. f.

k) *Wahlkap.* Art. 1. §. 1. 11. Art. 3. §. 10. 14. 17.
18. Art. 4. §. 2. u. a.

l) *R. A.* 1654. §. 115.

fertigung reichsgerichtlicher Befehle: ihm liegt der *Schutz* aller Reichsbürger *m)*, die *Sorge* für das *Wohl* des Reichs und dessen *Erhaltung* auf: er ist *Verkünder* und *Handhaber* der Reichsbeschlüsse; er hat selbst bei gemeinen Reichsgeschäften, wobei er als Reichsoberhaupt interessirt ist, ein freies *Ratificationsrecht*: 4) ihm wird von den *Reichsvasallen* der *Eid der Treue* geleistet *n)*, und von den *Reichsstädten* förmlich *gehuldigt* *o)*: 5) ihm wird der *Majestäts-*

m) Wahlkap. Art. 2. §. 1. Art. 4. §. 19. u. a.

n) W. Fr. Art. 4. §. 14. „obedientiam et fidelitatem. „In der Formel des Lehnseids heisst es: „und sonst alles thun, das einem gehorsamen Fürsten und getreuen Lehnmann gegen kaiserl. Maj. „und dem heil. Reich zu thun gebühre von Rechts- oder Gewohnheitswegen“.

o) Die Formel ist: „hulden und schwören dem N. N. „röm. Kaiser und allen Sr. kais. Maj. Nachkommen am heil. Reiche röm. Kaisern und Königen „als ihrem einigen natürlichen rechten Herrn und „höchster kaiserl. Obrigkeit getreu, gewehr, „gewärtig und gehorsam zu seyn, Ihrer kais. „Majestät Frommen und Bestes zu werben und „Schaden zu warnen, und alles das, alle und „jede insonderheit, zu thun, was getreue und „gehorsame Unterthanen Ihrer kais. Maj. und „deren

stättstitel gegeben: 6) er ist, als Kaiser, *souverainer Herr*. 7) Für ihn ist in den Reichslanden das öffentliche *Kirchengebet* *p)*, und nach dessen Absterben ist die öffentliche *Trauer* herkömmlich *q)*.

§. 49.

Diesem allen nach sind 1) die *Reichsregierungsrechte* entweder *Reichstagsgeschäfte* (*negotia, iura comitialia*), wobei die Beistimmung und Ein-

„deren Nachkommen als *ihren allergnädigsten*
„*natürlichen rechten Herrn* schuldig und pflichtig
„zu thun sind“. I. I. Moser vom röm. Kayser S. 354. 574. *Zusätze* 1. B. S. 175. f. *Ausführliche Beschreibung* aller bey der im Namen Iosephs II. durch den Grafen von Pergen eingenommenen Huldigung vorgefallenen Solennitäten Frf. a. M. 1766. Fol. *Hanzely* Einleit. in den R. H. R. Pr. 2. Bd. S. 781. *Kerner's Staatsrechtsrecht* der R. R. S. 132.

p) I. I. Moser vom röm. Kayser S. 409.

q) I. I. Moser a. a. O. S. 603. f. *Zusätze* 1. Bd. S. 70. f. *Pütters Litt.* 3. Th. §. 897. *Daf. Klüber.*

Ueberhaupt noch: *Dam. Ferd. Haas de monarchia* S. R. I. *limitata*. I. C. *Mayer's t. weltl. StR.* 1. Bd. S. 163. f.

Einwilligung der Reichsstände auf einem Reichstage erfordert wird, oder sie sind *kaiserliche Reservate*, im Gegensatze von den Reichstagsgeschäften, und in allgemeiner Bedeutung (*iura reservata*). Diese sind entweder *eingeschränkte* oder *uneingeschränkte* (kaiserliche Reservatrechte im engsten Sinne). Die eingeschränkten sind α) entweder allein auf die Einwilligung der *Kurfürsten*, (*iura imperatorio-electoralia*), oder β) nebst dieser auch noch auf die Einwilligung und die billige Beobachtung des Bedenkens *einiger anderer Stände* und *Interessenten*, oder γ) auf eine *andere bestimmte Art* eingeschränkt. Die letztern und die uneingeschränkten heißen auch *blos kaiserliche Rechte* (*iura mere imperatoria*).

Der Kaiser pflegt sich bei der Ausübung seiner Reservatrechte der, seit Fridrich I. üblichen, Kanzleiformel: *aus kaiserlicher Machtvollkommenheit*, zu bedienen 1). 2) Der Kaiser und das Korpus der Reichsstände machen das *Reich*, *subjektivisch* betrachtet, aus (§. 6.) 3) Alle Reichs-

1) G.B. pr. u. cap. 1. cap. 9. §. 8. u. a. die älteste Urkunde, worinn diese Formel vorkömmt, ist von 1161. *Biener* von der kaiserl. Machtvollkommenheit Lpz. 1780. 8. 1. Th. S. 85, Note 7. S. 90. Not. 1.

Reichstagsgeschäfte und solche, wobei reichsständische Einwilligung vonnöthen ist, kommen *Vertragsweise* zwischen dem Kaiser und dem reichsständischen *Korpus* zu Stande s).

§. 50.

1) Hieraus ergiebt sich: ob und in wieferne der Kaiser Regent, in wieferne derselbe das Reichsoberhaupt sey. 2) Es ist eine ganz unnütze Frage: auf welcher Seite, des Kaisers oder der Stände, das grössere *Gewicht* in der Reichsregierung hänge t). 3) Weil die Reichskonstitution durch die Reichsgrundgesetze genau und vollständig bestimmt ist: so sind die Fragen: ob Deutschland eine *eingeschränkte monarchische*, oder eine *aristokratische*, oder eine aus *Monarchie und Aristokratie* gemischte, o. a. Regierungsform habe? im deutschen Staatsrechte von gar keinem Nutzen. Keine von diesen Formen ist in irgend einem Reichsgesetze deutlich

s) G. D. *Hoffmann* diss. de uno eodemque iure et modo, ferendi leges imperii tam publicas, quam priv. *Gerstlacher's Corp. iur. germ.* 1. Th. S. 24. f.

t) *Pütter's Beytr. z. T. St. u. F. R.* 1. Th. 3. Abth. V. 16. folg.

deutlich ausgesprochen worden: keine kann als ein Prinzip, wornach zweifelhafte Fälle zu entscheiden sind, aufgestellt werden. 4) Eben dieses gilt daher auch von der Frage: ob dem *Korpus* der Reichsstände bei solchen Reichsgeschäften, wobei dessen *Einwilligung* erforderlich ist, ein *Mitregierungsrecht* zukomme, und worinn dieses bestehe u)? 5) Darnach ist die Abtheilung der Reichsregierungsrechte in mitgetheilte und nicht mitgetheilte (*iura communicata, non communicata*) zu beurtheilen.

§. 51.

Das deutsche Reich ist ein völlig freies *Wahlreich* x). Die G. B. verlangt, daß ein *homo*

u) *Pütter* angef. *Abh.* (die mathematische Berechnung des Antheils eines einzelnen Reichsstandes an der Reichsregierung hätte aus *Pütters* Feder nicht fließen sollen). Die *Reichsgesetze*, insbesondere die *Wahlkap.*, bedienen sich der Ausdrücke: *ius suffragii, suffragium et consensus, Rath und Bedenken, Bewilligung, Vorwissen, Rath und Einwilligung, Zuthun und Mitbewilligung, Wissen, Willen und Zulassen, Miteinwilligung.*

x) *Wahlkap.* Art. 2. §. 2. *Pütter* Litt. 3. Th. §. 845. f. *Das. Klüber. Die Wahlkap.* betrachtet ein

homo bonus, iustus et utilis, qui ad hoc existat idoneus, gewählt werden solle *y)*. Näher sind die *Eigenschaften* desselben nach dem *Reichsherkommen* und der *Analogie* zu bestimmen. Diefemnach muß derselbe 1) aus dem *hohen Adel* *z)*, 2) ein *Deutscher* im Sinne des Staatsrechts *a)*, und 3) *männlichen Geschlechts* *b)* seyn. Uebrigens ist 4) ein auch noch *minderjähriger* Herr, welcher das achtzehnte Jahr seines Alters nicht erreicht hat *c)*, 5) ein *Erb- oder Kron-*

ein teutscher Bürger S. 25. f. Ge. Ios. *Wedekind* diss. regnum Germ. ante A. B. electivum Heidelberg. 1776. 4.

y) G. B. Cap. 2. §. 1. 3.

z) Arg. des R. A. 1543. §. 17.

a) Arg. der *Wahlkap.* Art. 23. §. 4. I. I. *Moser* Von der Ausländer Fähigk. oder Unfähigkeit zu teutschen geistlichen Würden 1783. 4. §. 4 — 14.

b) Arg. der *Wahlkap.* Ios. II. pr. „als Königin und Churfürst zu Böhme . . *Erzschenken* „I. I. *Mosers* Betrachtungen über die *Wahlkap.* Ios. II. S. 16. Not. 14.

c) Arg. der *Wahlkap.* Art. 13. §. 9. — *Wahlkap.* Ios. I. Art. 47. Frid. *Nitschkii* commentar. in Cap. Ios. I. S. 791, Arg. d. G. B. Cap. 7. §. 4.

Kronprinz d), 6) ein geistlicher e), und 7) ein protestantischer Herr f) wahlfähig g).

§. 52.

d) Davon haben wir an Ioseph II. ein Beispiel gehabt.

e) Wie es geistliche Kurfürsten und Reichsstände gibt.

f) Arg. des *westph. Fr. Art. V. §. 1.* „inter utriusque religionis . . status sit aequalitas exacta mutuaque“. Der Fall ist noch nicht vorgekommen, und die Wahl eines protestantischen Herrn ist noch nicht, auf erfolgten Widerspruch, unterblieben. In dem J. 1612. 1619. sind beide *Reichsvikarien* evangelisch gewesen. Ein protestantischer Herr kann den päpstl. Stuhl bei seinen wohlhergebrachten Rechten schützen. Dieser Schutz darf auch wider den R. u. W. F. nicht angezogen werden. *Wahlkap. Art. 1. §. 10.* Weil der Kaiser zur Zeit der Reformation und des W. F. katholisch gewesen ist, sind der Kaiser und die katholischen Stände für *eine* Person angesehen, und sind ihm katholische Präsentationen zugestanden worden. Von daher, daß dem Kurfürsten von der Pfalz in dem *westph. Fr.* evangelische Präsentationen zugetheilt worden sind, hat man nicht folgern können, daß die katholische Pfalzneuburgische Linie nicht fähig sey, in der pfälzischen Kur zu succediren. Der katholische Kurfürst von der Pfalz hat lange evangelische

§. 52.

Wegen der Eigenschaft eines Wahlreichs
1) sind bei dem Kaiser die Person des Reichs-
oberhauptes und die des Reichsstandes und Be-
herr-

liche Beysitzer an das R. K. G. präsentirt. Dafs man evangelischer Seits den, selbst noch im W. F. Art. V. §. 53. gegründeten, Anspruch auf die Alternation nach der Religion bei dem Kammerichter aufgegeben habe, ist nicht bekannt. Er ist noch 1741. gemacht worden. I. I. Moser von der T. Iustizverf. 2. Th. 4. B. 3. Cap. §. 5. Die ausdrückliche Verordnung des W. F. a. a. O., dafs nur *einige* evangelische Reichshofräthe seyn sollen, macht eben so, wie die Verordnung wegen der überschiefsenden katholischen Kammergerichts Präsentationen des Kaisers, eine Ausnahme von der, übrigens als Regel festgesetzten, vollkommenen Gleichheit der Stände von beiden Religionen. Von daher, dafs man sich nicht das reciprocum evangelischer Seits ausbedungen hat, folgt nur, dafs man damals an den Fall, dafs ein protestantischer Herr den Kaiserthron besteigen werde, nicht gedacht habe. S. übrigens Gönner's T. Staatsr. §. 108. Not. y.

2) Schriften über die erforderlichen Eigenschaften des Kaisers überhaupt in Pütter's Litt. 3. Th. §. 899. Ebendaf. Klüber.

herrschers der Erbstaaten nicht zu verwechseln.

2) Die Reichsbürgerpflicht hat nur gegen die erste statt *h*). 3) Um die Reichsfachen und Anstalten von den erbländischen zu unterscheiden, wird bei den ersten mehr das, *Reich* als der *Kaiser*, genannt *i*).

§. 53.

Die ausschließliche *Wahlgerechtsame* steht den *Kurfürsten* zu, welche bei einer bevorstehenden Kaiserwahl ein besonderes *Wahlkollegium* (*Wahlkonvent, Wahltag*) ausmachen (§. 31.) *k*). Der *Kurfürst Erzkanzler* hat, als erster *Kurfürst*, darinn das *Direktorium* *l*). Bei erledigtem Erzstiftischen Stule zu Regensburg kann daher das *Domkapitel* daselbst auf die Wahl-

h) *Wahlk. Art. II. §. 3.*

i) Z. B. *Reichskanzlei, Reichslehn* etc. Zuweilen geschieht von beiden zugleich Erwähnung. So sagt man: Das *kaiserl. und Reichs K. G.*, der *k. u. R. Hofrath*.

k) *G. B. insbes. cap. 7. §. 2. Wahlk. Art. 3. §. 13.*

l) Die Direktorialbefugnisse sind in der *G. B.* u. dem Herkommen gegründet.

Wahlberechtigten und das Wahldirektorium keinen Anspruch machen *m*).

Zweytes Hauptstück.

Nähere Darstellung der Person des Kaisers.

I. Dessen Titulatur.

§. 54.

1. Der Kaiser bedient sich, wie andere Kaiser und Könige, der Formel: *Von Gottes Gnaden* (*divina favente clementia*), spricht in der mehrfachen Zahl von sich, und nennt sich *erwählten römischen Kaiser*, in Germanien *König*, *allzeit Mehrer des Reichs*. 2) Die gewöhnliche *Anrede* an den Kaiser ist im Reiche: *Allerdurchlauchtigster, großmächtigster und unüberwindlichster Römischer Kaiser*, in Germanien *König*, *Allergnädigster Kaiser, König und Herr Herr!* (*Augustissime, invictissime Imperator etc.*); im Kontexte: *Eure Kaiserliche Majestät* (*vestra caesarea*

m) Pfeff. ad Vit. Tom. I. S. 802. f. Struv Corp. iur. publ. cap. 7. §. 7.

caesarea Majestas); die Unterschrift ist: *allerunterthänigster* u. s. w. (*humillimus ac devotissimus*). Die Prädikate: *Imperator*, *Caesar*, *caesareus*, *Augustus* rühren von der, mit der deutschen Königskrone verbundenen, römisch-kaiserlichen Würde her. *Augustus* ist also ungereimt mit *Mehrer des Reichs* übersetzt worden. 3) Das Prädikat: *unüberwindligster* pflegen die Kurfürsten dem Kaiser nicht zu geben. 4) Das zweifache *Herr* kömmt in Schreiben der Reichsversammlung, in kurfürstlichen Kollegialschreiben, und in Schreiben einzelner Kurfürsten und Fürsten nicht vor. 5) Die Kurfürsten unterschreiben auch nicht *allerunterthänigster*, sondern *unterthänigst* (*getreuester*), dagegen ist die Unterschrift der Fürsten: *allerunterthänigster*, *treuehorsamster Reichsfürst* (*Fürst*). Kein Reichsstand schreibt von sich an den Kaiser in der mehrfachen Zahl *n*).

II. Von den Reichsinsignien.

§. 55.

Unter der Benennung der *Reichsinsignien* werden überhaupt begriffen: 1) die *Majestätszeichen*,

n) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 901. Ebenda. Klüber. I. I. Moser vom röm. Kayser S. 378 — 397. S. 407. Zusätze 1. Bd. S. 56. f. 58. f.*

zeichen, nemlich die *Krone*, der *Zepter*, der *Reichsapfel* und die beiden *Schwerdter Karls des grossen* und des *h. Mauritius*, 2) der kaiserliche *Ornat*, und 3) die *Reichsheiligthümer*. In engerer Bedeutung sind die letztern, und in der engsten ist auch der kaiserliche Ornat ausgeschlossen.

Davon werden in *Nürnberg* aufbewahrt: die genannten *Majestätszeichen*, der *Ornat*, (welcher aus dem *Pluvial-* oder *Mantelkleide*, der *Dalmatika*, der *Alba*, der *Stola*, zwei *Gürteln*, den *Handschuhen*, den *Strümpfen*, und den *Schuhen* oder *Sandalien* besteht), und die meisten *Reichsheiligthümer*. In *Aachen* ist bisher gewesen: ein *Evangelienbuch*, welches in dem Grabe *Karls des grossen* gefunden worden ist, ein *Säbel* desselben, und ein Käftgen mit den Reliquien des Erzmärtyrers *Stephanus* und etwas *Erde*, die mit dessen Blute soll besprützt worden seyn o).

III. Von dem kaiserlichen und Reichswappen.

§. 56.

Das *kaiserliche* und *Reichswappen* besteht in einem schwarzen, mit ausgebreiteten Flügeln

o) *Pütter* a. a. O. §. 902 — 906. Ebendaf. *Klüber*.

geln schwebenden, zweiköpfigen Adler im goldenen Felde. Der eine Kopf sieht nach der rechten, der andere nach der linken Seite. Beide sind mit goldnen Zirkeln umgeben, auch sind die Schnäbel und beide Füße golden (gelb). In der rechten Krallen hält er ein bloßes Schwert und einen goldnen Zepter, in der linken den Reichsapfel, zuweilen in der rechten das Schwert allein, und in der linken den Zepter. In der Mitte ruht eine Krone, von einer andern Gestalt, als der unter den Reichsinsignien. Zuweilen erscheinen dabei noch zwei Greifen als Wappenschildhalter. Das Reichsiegel ist entweder eine güldne Bulle, oder es befindet sich in einer hölzernen Kapfel an der Urkunde, oder ist aufgedrückt. Der Gebrauch der güldnen Bulle ist ordentlicher Weise ein Vorrecht der Reichskanzlei, jedoch auf wichtigere Gnadenverleihungen eingeschränkt. Vor der deutschen Krönung führt der Kaiser nur einen einköpfigen Adler im Siegel p).

Von dem Ausdrücke: *sub aquila expedit*.

IV.

p) Pütter a. a. O. §. 907 — 909. Ebendas. Klüber §. 907. Erneuerte Reichshofkanzleitaxordn. v. 1659. Pro nota 1. I. I. Moser a. a. O. S. 400.

IV. Von der Residenz des Kaisers.

§. 57.

Wenn gleich das Reich dem Kaiser keinen Ort zu seiner Residenz anweisen kann, sondern er sich dieselbe in seinen Erblanden selbst verschaffen muß: so ist er doch verpflichtet, *seine königliche und kaiserliche Residenz, Anwesenung und Hofhaltung im H. R. R. deutscher Nation beständig zu haben und zu halten, es erfordere denn der Zustand der Zeiten ein Anderes q).*

V. Von dem Reichs- und Haushofstaate des Kaisers.

§. 58.

Den *Reichsstaat* machen die Reichserzämter und Reichs Unterämter aus. Die *Reichserzämter* sind das *Erzkanzleramt* und die weltlichen Aemter des Reichs *Erzschenken, Ertruchfessen, Erzmarschallen, Erzkämmerers und Erzschatzmeisters*, welche die weltlichen Kurfürsten: *Böhmen, Pfalzbaiern, Sachsen, Brandenburg und Braunschweig* vom Reiche zu Lehn tragen r). Das *Erzschenkenamt* wird auch in

q) *Wahlkap. Art. 23. §. 1. 2.*

r) *G. B. Cap. 26. Im R. G. 1649. 1. Nov. ist schon*
H *das*

in den Händen einer Dame für ein *männliches* Amt angesehen (§. 51. Not. b.) Die reichsgesetzliche Verbindung anderer Reichsämters mit den neuen Kurwürden von *Salzburg*, (*Würzburg*), *Baden*, *Wirtemberg*, *Hessen* ist noch zu erwarten s).

§. 59.

das *Erzschatzmeisteramt* für *Pfalz* in Vorschlag gebracht worden. In *Fr. Execut. Hauptrecesse* §. 25. ist jedoch dem Kurfürsten von der *Pfalz* unterdessen verstattet worden, den Titel und das Wappen des Reichserztruchfessen *mit* zu führen. Im I. 1651. hat *Pfalz* den Titel des Erzschatzmeisters angenommen. Im I. 1708. ist *Pfalz*, weil *Baiern* 1706. in die Acht erklärt war, mit der pfälzischen Kur und dem Erztruchfessenamte, und im I. 1710. ist *Braunschweig* mit dem Erzschatzmeisteramte belehnt worden. Seit 1714. haben *Pfalz* und *Braunschweig* den Titel des *Reichserzschatzmeisteramts* gemeinschaftlich geführt. Seit dem Abgange der *Baierischen* Linie 1777. a. E. ist *Pfalz* allein Reichserztruchfess, und *Braunschweig* Erzschatzmeister. *Pütter's Litt.* a. a. O. §. 911. f. 916. Ebendaß. *Klüber*.

- s) In dieser *Ordnung* sind die neuen Kurfürsten, nach der 10. Alternationsstrophe, in dem §. 31. des *R. D. S.* von 1803. genannt worden (§. 94.). Der Kaiser hat schon in dem Dekrete 1803. wegen der Einführung der neuen Kurfürsten, darauf ange-

§. 59.

Das Erzkanzleramt, als *Reichshofamt* betrachtet, ist hier das wichtigste. Der Erzkanzler hat das Reichsiegel und das Reichshofarchiv in Verwahrung, hat hierüber und über die Reichshofkanzlei die Aufsicht, er besetzt die Reichshofkanzlei, ist der geheimste Rath des Kaisers in Reichsachen, der Mund desselben und der Kanal, durch welchen die Reichsachen an den Kaiser gelangen, und durch welchen die Resolutionen darinn von demselben ergehen t).

H 2

Der

angetragen, daß anständige Erzämter für dieselben ausgemittelt werden mögten. *Klüber* über Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten Erl. 1803. 8. *Rössig* über die Reichserzämter Lpz. 1803. 8. Das *Erzpannerherrnamt* hat *Wirtemberg* schon angenommen. Der Titel eines *Erzheermeisters* oder *Feldherrns* ist schon in einem P. M. auf dem Reichstage für *Hessen* in Vorschlag gebracht worden. Uebrigens ist noch kein *Reichserzthürhüter*, kein *Reichserzpostmeister* vorhanden, obgleich die Erbämter vorhanden sind. Ausser diesen würden die Aemter eines *Reichs Gros* oder *Erzhofmeisters*, *Erzallmosenpflegers* allenfalls nicht unanständig seyn.

t) *Pütter Litt.* 3. Th. §. 919, f. *Das Klüber.*

Der, nicht erbliche, Stellvertreter des Reichserzkanzlers am kaiserlichen Hofe ist der *Reichsvizekanzler* (*Reichshofvicekanzler*). Die freie Befugniß, denselben, die *Reichsreferendarien*, und andere zur Reichshofkanzlei überhaupt gehörige Personen zu bestellen und anzusetzen, ist dem Reichserzkanzler nachdrücklich bestätigt und gesichert worden *u)*. Der R. V. C. vertritt am kaiserlichen Hofe die Stelle des Erzkanzlers. In Gegenwart des Reichsvizekanzlers wird in Reichsachen an den Kaiser referirt und beschlossen: durch ihn gelangen alle Staats- und bloße Gnadenachen, wobei *keine* vorläufige *gerichtliche Untersuchung* vonnöthen ist, an den Kaiser, und er unterschreibt alles, was von Kaiser und Namens desselben erlassen wird *x)*.

§. 60.

Die Verrichtungen der weltlichen Erzämter kommen noch bei der *Krönungsprocession*, dem *Krönungsmahle* *y)*, zum Theil auch bei dem

u) *Wahlk.* Art. 25. §. 1.

x) *Wahlk.* a. a. O. §. 4. *Pütter's Litt.* a. a. O. §. 921.

y) *G. B.* Cap. 22. u. 27. §. 2. 4 — 6.

dem *Krönungsakte* selbst, und andern feierlichen Handlungen des Kaisers, insbesondere bei den *Thronbelehnungen*, vor. Mit dem *Reichserzmarschallante* sind auch noch *Amts-befugnisse* bei dem kaiserlichen Hofe, auf den *Wahl-Krönungs-Reichs- und Reichsdeputations-tage*, verbunden z). Die weltlichen Kurfürsten setzen auch die *erzamtlichen Titel* dem *kurfürstlichen* vor, und führen die *Reichsinsignien*, welche sie dem Kaiser bei der Krönung vortragen, in ihren Wappen. Nur bedient sich *Böhmen* weder des *erzamtlichen*, noch des *kurfürstlichen Titels*.

§. 61.

In Ermangelung der weltlichen Kurfürsten vertreten deren Stelle die *Reichserbbeamten*: der Graf zu *Althan* als *Erbschenk*, der Graf von *Waldburg* als *Erbtruchsess*, der Graf von *Pappenheim* als *Erbmarschall*, der Fürst von *Johann-zollern*, als *Erbkämmerer*, und der Graf von *Sin-*

z) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 912. III. Ebendaf. Klü-ber. Vertrag zwischen dem Reichserbmarschallen und den Reichsstädten von 1614. mit kaiserl. und kurfürstl. Sächsischer Bestätigung in Schmaussens Corp. iur. publ. S. 704. f. Ausg. 1774. und der Ausg. 1794. Wahlk. Art. 3. §. 23.*

Sinzendorf, als *Erbschatzmeister*. Sie sind mit diesen Aemtern von den Kurfürsten *belehnt*. Die Reichserbämter sind demnach *Reichsafterlehn*, und den Kurfürsten kommen die *afterlehnsherrlichen* Rechte in Ansehung derselben zu a). Den Erbbeamten gebühren, nach der *G. B.*, die bei den Verrichtungen vor dem Krönungsmahle gebrauchten *Pferde und Gefässe*, und die bei den Thronbelehnungen verordneten und üblichen *Sporteln*, deren Entrichtung jedoch den *Kurfürsten* selbst erlassen worden ist b).

§. 62.

Wenn die Reichserbbeamten am kaiserlichen Hofe zugegen sind, dürfen die kaiserlichen *Haushofämter* in deren Verrichtungen nicht eingreifen c). Weil aber auch die Reichserbbeam-

a) *I. I. Moser* vom röm. Kayser 6. Cap. §. 48. f. §. 59.

b) *G. B.* Cap. 27. §. 7. Cap. 29. *Schmaussens Corp. iur. publ.* S. 1047. *Gerstlacher's* Anmerk. zur Wahlk. Ios. des II. S. 127. Wegen der *Nebenlande der Kurfürsten* s. *I. I. Moser's* Einleit. in den *R. H. R. Proc.* 3. Th. S. 606. (§. 32. Not. z).

c) *Wahlkap.* Art. 3. §. 22.

beamten sich ordentlicher Weise bei dem kaiserlichen Hofe nicht befinden: so hat schon die *G. B.* verordnet, daß auch deren Stelle in den vorkommenden Fällen von den kaiserlichen Haushofämtern versehen werden solle *d)*. Diese sind daher 1) auch als Stellvertreter der Kurfürsten anzusehen. 2) Die Amtsverrichtungen derselben in Reichshandlungen des Kaisers gehören zu den erzamtlichen Verrichtungen *e)*. 3) Der Kaiser kann mit seinen Haushofämtern keine Veränderung, zum Nachtheile der Reichs-Erb- und Erzämter, vornehmen.

§. 63.

d) *G. B.* Cap. 27. §. 8. Vermöge der *Wahlkap.* a. a. O. sollen auch in diesem Falle die, von solchen Verrichtungen fallenden, Nutzbarkeiten den Erbämtern gelassen und nicht entzogen werden. I. I. Moser vom röm. Kayser S. 449.

e) *Wahlkap.* a. a. O. §. 23. „Dem Hofmarschall in seinen zukommenden und von dem Erzmar-schallamte dependirenden Amtsverrichtungen“ I. I. Moser a. a. O. S. 482. §. 77. I. C. Majer's weltl. StR. I. Bd. S. 321. f. Der analogischen Anwendung der gedachten Stelle der Wahlk. bei den übrigen Erzämtern ist von Mosern a. a. O. S. 487. §. 79., ohne Grund, widersprochen worden.

§. 63.

Ein Reichserbamt, wovon aber kein Erzamt vorhanden ist, ist das *Reichserbthürhüteramt* (*Reichserbkammerthürhüter Amt*) der Grafen von *Werther*. Die Verrichtungen desselben kommen noch heut zu Tage auf den Wahl- und Krönungstagen vor f). Andere, wovon die Geschichte noch Erwähnung thut: der *Reichsstallmeister*, *Reichsjägermeister*, *Reichsvorfechter*, *Reichsvorschneider* u. a., sind außer Uebung g).

§. 64.

Die kaiserlichen und Reichsämtler am Hofe dürfen mit keiner andern Nation, als gebornen Deutschen, oder die doch dem Reiche mit Lehns- pflich-

f) Io. Gottfr. Löw diss. S. R. I. et caesareae maiestatis ianitorum solemne ministerium etc. Lips. 1743. 4. Francof. 1745. 4.

g) Pütter's Litt. 3. Th. §. 917. Das. Klüber. v. Ludewigs Erläut. der G. B. 2. Th. S. 650. f. Der Herzog *Albrecht* von Mecklenburg ist von Karl V. 1531. mit des h. R. R. *Erbvorschneideramte* belehnt worden. Zepernick Miscell. zum Lehn. 1. Th. S. 106.

pflichten verwandt, und aus dem hohen oder niedern Adel oder sonst von gutem und vornehmen Herkommen sind, besetzt werden h). Insbesondere ist das Ceremoniel gegen die Kurfürsten und deren Gesandte, als Bothschafter, in der Wahlkapitulation i), und das gegen die Fürsten durch die Resolution Karls VI. vom 25. März 1728. bestimmt worden k). Uebrigens ist dasselbe, die Hoffarbe gelb und schwarz allenfalls ausgenommen, mehr ein erbländisches (Spanisches) Ceremoniel.

VI. Von den Einkünften des Kaisers.

§. 65.

So ansehnlich auch die kaiserlichen Domänen und Einkünfte in Mittelalter gewesen sind: so sind doch jetzt keine Reichsdomanialgüter mehr vorhanden, und die ordentlichen kaiserlichen Einkünfte, welche noch vor dem Lüneviller Frieden jährlich an reichsstädtischen Steuern

h) Wahlk. Art. 23. §. 4.

i) Art. 3. §. 19. 20. Aug. Frid. Schöts, resp. Aug. Polycarp Leyser, diss. de honoribus regis principum electorum, Lips. 1771.

k) I. I. Moser vom röm. Kayser S. 402. §. 23.

ern in 10,784 fl. 32 kr., und im Iudenpfennige der Iuden zu Frankfurt am Main zu 3000 fl., und den zu Worms zu 100 fl., in Summa in 13,884 fl. 32 kr., bestanden haben sollen l), sind seitdem auf ein nicht zu nennendes Quantum herunter gekommen. Weil nun sehr viele Reichsgüter und Gerechtsame, insbesondere durch *Verpfändungen* der Kaiser, in andere Hände gekommen sind: so sind die *Reichsstände* schon seit *Karl V.* darauf bedacht gewesen, daß dieselben nicht wider ihren Willen von dem *Kaiser* wieder eingelöst werden mögten m). Dagegen

l) *Götting. historisches Magaz.* 4. Bd. I. St. N. 7.

m) *Wahlk.* Art. I. §. 9. *W. Fr.* Art. 5. §. 26. in f. (§. 27.) *Wahlk.* (1742.) Art. 10. §. 4. „Die „Kurfürsten, Fürsten und Stände bei den ihnen „verschriebenen und inhabenden Reichspfandschaften, nach Maßgebung des instrumenti „pacis, ohne Wiederlösung und Wiederrufung, „zu schützen, und ruhig dabei bis auf ander- „weitige Vergleichung zwischen den römischen „Kaisern und Reichsständen bleiben.. zu lassen“. Dagegen ist *Art. II. §. 16.* enthalten: „Wir f. u. w. „auch neben andern die Reichsteuern der Städte „und andere Gefälle, so in sonderer Personen „Hände erwachsen und verschrieben seyn mög- „ten, wieder zum Reiche ziehen und zu dessen „Nutzen anwenden“. *Pütter's Litt.* 3. Th. §.

gegen sind andere Verordnungen, deren Abficht dahin geht, dem Kaiser wieder Reichsgüter und Einkünfte zu seinem Unterhalte und zur Bestreitung des Reichsaufwandes zu verschaffen, bisher fruchtlos gewesen *n*). Die *außerordentlichen*

857. f. I. I. *Moser* vom röm. Kayser Cap. 8. §. 17. folg. *Ebenders.* von den kaiserl. Reg. Rechten S. 194. f. — *Reufs* Stk. 16. Th. 3. Abschn. 17. Th. 7. Abschn.

n) *Wahlk.* Art. 10. §. 3. „Uns aufs höchste bearbeiten
„... dasjenige so davon (vom Reiche) gekommen..
„zum förderlichsten wieder dazu zu bringen und
„zuzueignen“. Art. 11. §. 10. 11. „Wenn auch ins
„künftige Lehen dem Reiche durch Todesfälle oder
„Verwirkung eröffnet und ledig heimfallen wer-
„den, so etwas Merkliches ertragen, als Kurfür-
„stenthümer, Fürstenthümer, Graffschaft- und
„Herrschaften, Städte und dergleichen, die sol-
„len und wollen Wir . . . ferner Niemandem
„leihen . . sondern zu Unterhaltung des Reichs,
„Unser und Unserer nachkommenden Könige
„und Kaiser behalten, einziehen und inkorpo-
„riren“. (12.) 13. 14. 15. 16. Art. 20. §. 6. „Was
„nun dem also in die Acht erklärten abgenommen
„wird, das sollen und wollen Wir Uns und Unserm
„Haufe nicht zueignen, sondern es soll dem
„Reiche verbleiben, vor allen Dingen aber dem
„beleidigten Theile daraus Satisfaktion gesche-
„hen.“ *Bertram's* Abh. vom Ursprung des Gese-
tzes

lichen Einkünfte des Kaiſers, aus der Reichsritterschaft, von den Dispensationen der Reichsſtädte in den Lokalhuldigungen, aus fiskaliſchen Strafen u. a., ſind theils ſehr unſicher, theils wenig beträchtlich.

Aus dieſer Urſache muß der deutſche Thron Kandidat ſo anſehnliche *Erbſtaaten* beſitzen, daß er davon die kaiſerliche Würde hinreichend unterſtützen und behaupten kann.

VII. Von der Wahl des Kaiſers o).

§. 66.

1) Der *ordentliche Wahlort* iſt die Reichsſtadt *Frankfurt am Main p)*. Der Kurfürſt Erzkanzler macht daher, ſogleich nach der erhaltenen Nachricht von der Thronerledigung, die bevorſtehende Wahl dem Magiſtrate bekannt.

Auch tzes in K. Carls V. Wahlkap. wegen Einziehung der heimgefallenen Reichslehn. In *Zepern. Samml. auserleſ. Abhh.* aus dem Lehn. I. Th. N. 2.

o) *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1637 — 1640. Ebendaſ. *Klüber.*

p) *G. B. Cap. 1. §. 19. Cap. 28. §. 5. niſi impedimentum legitimum obviaret.*

Auch wird der Reichserbmarschall von Kurfachsen veranlaßt, sich auf den Wahlort zu begeben, um mit Zuziehung des Magistrats das Nöthige, wegen der Quartiere, der polizeilichen Anstalten, u. s. w., zu besorgen *q*). 2) Innerhalb eines Monats muß der Erzkanzler die übrigen Kurfürsten zur Wahl einladen: Diese Einladung geschieht durch Schreiben, welche besonders abgeschickte Gesandten an die einzelnen Kurfürsten überbringen *s*). 3) Die Wahl soll in drei Monaten von dem, in den Einladungsschreiben benannten, Tage ihren Anfang nehmen *t*). 4) Auf dem Wahltage erscheinen die Kurfürsten entweder in Person oder durch Gesandte *u*). Weil die Kurfürsten auf

q) Nach dem Vertrage mit den Reichsstädten v. 1614. (§. 60 Not. z.) Io. Dav. Koehler de Archimareschalli eximiis functionibus in solenni panegyri electionis et coronationis caesareae, Gött. 1746.

r) G. B. cap. 11. §. 21.

s) G. B. Cap. 1. §. 18.

t) G. B. a. a. O. §. 19. f. Cap. 18.

u) G. B. Cap. 1. §. 19. *cum plena et omnimoda potestate suisque patentibus litteris, maiori cuiuslibet eorum sigillo signatis, ad eligendum Romano-*

auf dem westph. Friedenskongresse überhaupt das Recht, Gesandte vom ersten Range (Bottschafter, Ambassadeur) zu schicken, erhalten haben: so senden die einzelnen Kurfürsten mehrere *Wahlbottschafter*. Diese genießen die *Immunität* nach dem gemeinen Völkerrechte, und stehen, nebst den *Gesandtschaftssekretäre*, *Canzellisten* und ihrer *Suite*, nicht unter der *Gerichtsbarkeit des Erbmarschalls* (§. 60. Not. z. §. 64.) 5) Die in Person erscheinenden Kurfürsten halten, wenn sie wollen, einen feierlichen Einzug. Hierbei werden sie von dem Reichserbmarschallen vor der Stadt, und näher an derselben von einigen Deputirten des Magistrats empfangen, die Bürgerschaft paradirt, und der Kanonendonner verkündigt die Ankunft.

§. 67.

Romanorum regem, in caesarem promovendum.

cap. 18. §. 2. Heut zu Tage werden die Vollmachten deutsch abgefaßt. Die Verordnung der G. B. Cap. 1. wegen des *Geleits* der Kurfürsten wird, ordentlicher Weise, nicht mehr beobachtet. I. I. Moser vom röm. Kayser, 2. Cap. §. 56. Eben das gilt von der Cap. 1. §. 22. vorgeschriebenen Anzahl des Gefolgs.

§. 67.

Die G. B. schreibt ferner vor, daß die Kurfürsten gleich an dem *folgenden Tage*, als sie in der Stadt angekommen sind, zur Wahl schreiten, und dieselbe in 30 Tagen, von dem Wahleide an gerechnet, vollziehen, widrigenfalls sie nachher mit Wasser und Brod gespeist werden sollten x). Auch sollen in dieser ganzen Zeit keine *Fremde* in die Stadt gelassen werden, und die Stadt soll den Kurfürsten den *Sicherheitseyd* leisten y). Heut zu Tage 1) müssen die Fremden nur an dem eigentlichen Wahltage, an welchem die Wahl vollzogen wird, die Stadt räumen. Fremde sind alle diejenigen, welche nicht wirkliche Bürger in der Stadt und der Iurisdiktion des Magistrats nicht unterworfen sind. Jeder Gesandte pflegt jedoch mehrere Personen, auch Standespersonen, unter seinen Schutz (Protektion) zu nehmen, weswegen sie, als zu dessen Gefolge gehörig, ange-

x) G. B. Cap. 2. §. 1. 4. 5. G. L. *Boehmer* Observatt. iuris canon. Obs. III. *de reliquiis iuris canonici in imperatoris electione*, §. 12. Wer soll aber diese Strafe vollziehen? Selbst der Text ist so gefasst, daß dabei angewandt werden kann: *unius positio non est alterius exclusio*.

y) G. B. cap. 1. §. 24. 25. 26.

gesehen werden. 2) Der, in dem Erzkanzlerischen Berufungsschreiben angesetzte, Wahltag wird öffentlich bekannt gemacht, allein an demselben noch nicht gleich zur Wahl geschritten, sondern jetzt überschicken die Gesandten durch die Legationssekretäre ihre schriftliche, offene Vollmachten dem Erzkanzler zu, worauf 3) die Konferenzen ihren Anfang nehmen. In den *präliminar Konferenzen*, welche in dem Erzkanzlerischen Quartiere gehalten werden, werden die *Hauptkonferenzen* vorbereitet und eingeleitet, werden Schlüsse wegen des *Ceremoniels*, der *Kurialien* u. a. abgefaßt. An dem, in einer präliminar Konferenz festgesetzten, Tagenehmen die *Hauptkonferenzen* auf dem Rathhause (Römer) ihren Anfang. 4) Hierinn werden die Vollmachten geprüft und wird die neueste *Wahlkapitulation* abgefaßt. Die *ersten* Gesandten, welche unter einem Baldachin, nach der *Lateralordnung*, sitzen (*Repräsentanten*), stimmen ordentlicher Weise nicht, sondern die Stimmen werden von dem zweiten oder dritten, an dem *Votanten Tische*, nach der *Linearordnung*, befindlichen, Gesandten geführt 2). Der

2) *Wahlprot.* 1790. I. Bd. S. 47. f. *Wahlprot.* 1792. Vorrede S. VIII. §. 8. S. 75. Beil. 1. Nach des

Der Erzkanzler hat den Vortrag, stimmt zuletzt, und faßt den Schluss ab. 5) Nach geendigten Konferenzen wird der eigentliche *Wahltag* angesetzt, und 6) einige Tage vorher von der Stadt der *Sicherheitseyd* geleistet. 7) Am Tage vor diesem Wahltag werden die *Kurfürsten* in Person von dem Reichserbmarschallen, die *Gesandten* aber von dem Reichsquartiermeister zur Wahl *eingeladen*, und 8) am Abende die *Thorschlüssel* dem Erzkanzler überliefert. a).

§. 68.

Am Wahltag selbst wird morgens früh eine Stunde lang die Sturmglocke geläutet, die Bürgerschaft und Garnison versammelt sich, um die Straßen von dem Rathhause bis in die Kirche (Bartholomäuskirche) zu besetzen, die Bürgerschaft zur rechten, die Garnison zur linken

der *Linealordnung* nehmen die Kurfürsten oder deren Gesandte ihre Plätze hinter einander, so, daß sie eine Linie bilden. Bei der *Lateralordnung* machen sie zwei Seiten (*latera*) aus, und nehmen auf beiden ihre Stellen ein. Die *letztere* ist die Regel.

a) Ueber alles dieses sind die *Wahldiarien* und die *Wahlprotokolle* zu vergleichen.

linken Hand (vom Rathhause her). Gegen 11 Uhr verfügt sich die Proceſſion in die Kirche. Den Zug führt der Reichsfourier an. In demſelben gehen die Bedienten, Officianten und Pagen, nach der Ordnung der Kurfürſten und der Gefandten, voraus. Hierauf folgen die anweſenden Kurfürſten in ihren Kurhabiten, und hinter dieſen die erſten Gefandten der Abweſenden in der ſpaniſchen Manteltracht zu Pferde, in der *Linealordnung*. Die Gardien der anweſenden Kurfürſten machen den Beſchluß. Bei der vordern Thüre der Kirche, wobei die Kurfürſten und Gefandten abſteigen, werden ſie von dem Reichserbmarschallen und dem Weybiſchofe des Kurerzkanzlers empfangen, und in das Chor der Kirche geführt, wo ſie in beſonders zubereiteten, und mit rothsammetnen Decken und Küſſen verſehenen Stühlen auf beiden Seiten ihre Plätze nehmen. Der gedachte Weybiſchof hält das Hochamt vom h. Geiſte, unter welchem die evangelischen Gefandten nach dem Evangelium bis nach der Communion in die Sakriſtei abtreten. Nach geendigtem Hochamte treten die Kurfürſten und Gefandten vor den Altar, um den Wahl-
eid abzulegen b).

Unter-

b) G. B. Cap. 2. §. 1. 2. 3. Der Eyd wird h. z. T.
in

Unterdessen verrichtet der Reichserbthürhüter an der Thüre der Kirche, und nachher am Eingange des Chors, ebenfalls in spanischer Kleidung, mit einem schwarzen Stabe in der Hand, sein Amt.

§. 69.

Jetzt verfügen sich die Kurfürsten und Gesandten in die Sakristei (Wahlkonklave). In derselben werden Notarien und Konklavisten durch den Reichserbmarschall berufen, in deren Gegenwart der Erzkanzler fragt: ob wider die Wahl etwas zu erinnern sey, und ob man sich die Mehrheit der Stimmen dabei wolle gefallen lassen? Nachdem die erste Frage mit *Nein*, die zweite mit *Ja* beantwortet ist, und die Notarien ersucht worden sind, hierüber ein Instrument zu verfertigen, und sie mit den Zeugen die Sakristei verlassen haben, wird dieselbe durch den Reichserbmarschall verschlossen. Der Erzkanzler ruft hierauf die Stimmen auf

I 2 nach

in deutscher Sprache abgelegt. Ein Kurfürst schwört: *Ich N. N. schwöre zu den h. Evangelien u. s. w.* Ein Gesandter: *Ich N. N. als gewalt-habende Botschaft des N. N. schwöre in meine und dessen Seele, von dem ich geschickt und gevollmachtet bin, zu den h. Evangelien u. s. w.*

nach der Ordnung der Kurfürsten, und gibt seine zuletzt. Es kann ein Kurfürst sich auch seine Stimme selbst geben c). Die *mehreren Stimmen* machen den Beschluss d). Vor den Notarien und Zeugen, welche jetzt wieder in die Sakristei berufen werden, publicirt der Erzkanzler die geschehene Wahl. Der anwesende Gewählte beschwört sogleich die Wahlkapitulation, in dessen Abwesenheit thut dieses, vermöge einer besondern Vollmacht, dessen Gesandte.

§. 70.

Die Kurfürsten und kurfürstlichen Gesandten treten jetzt auf die Chorbühne, von welcher dem Volke die Wahl verkündigt wird. Es erschallt ein frohes Vivatrufen, mit allen Glocken der Stadt wird geläutet, damit vereinigt sich der Donner der Kanonen. Die Kurfürsten und

c) G. B. cap. 2. §. 10. G. L. *Boehmer* a. a. O. §. 10.

d) G. B. a. a. O. §. 4. 5. 6. G. D. *Hoffmann* de pluralitate suffragiorum in electione imperatoris, Tub. 1742. Nach dem, hier anzuwendenden, c. 42. X. de elect. sind *vota absolute maiora* erforderlich.

und kurfürstlichen Gefandten gehen in ihre Stühle zurück, das Te Deum wird angestimmt, und nach diesem geht die Procession, unter beständigem Vivatrufen so, wie sie sich in die Kirche begeben hat, auf das Rathhaus zurück. Jetzt werden auch die Thorschlüssel an den Magistrat wieder abgeliefert. Das kurfürstliche Kollegium hat unterdessen schon das Wahldekret vollzogen, und dieses wird dem Gewählten, wenn er gegenwärtig ist, zugestellt, oder es wird durch den Reichserbmarschallen sogleich ein Notifications- und Gratulations-schreiben an den, meistens sich schon in der Nähe aufhaltenden, Gewählten abgeschickt, das feierliche Wahldekret wird aber demselben hierauf durch einen Reichsfürsten überbracht, wogegen jener die, von ihm unterschriebenen, Urschriften der Wahlkapitulation an jeden Kurfürsten zurück gibt. Der Fürst ladet auch den Gewählten zum baldigen Empfange der Krönung ein, wozu sich dieser schon in der Wahlkapitulation verbindlich gemacht hat. Er hält demnach entweder einen feierlichen Einzug in die Wahlstadt, oder kommt im Incognito darinn an, und wird von den Kurfürsten und allen Gefandten in die Wahlkirche begleitet, um hier die Wahlkapitulation in eigener Person zu beschwören. Damit nimmt die kaiserliche Regierung

gierung ihren Anfang e); jedoch heisst der Neuerwählte noch bis zu der Krönung *Römischer König*. Die Kurfürsten reden ihn an: *Durchlauchtigster Grossmächtigster König — Ew. Römisch Königliche Majestät*. Derselbe stellt auch den Kurfürsten einen Revers über die Festhaltung der Wahlkapitulation aus.

VIII. Von der Krönung des Kaisers f).

§. 71.

Der, von der G. B. dazu bestimmte, Ort, die ehemalige Reichsstadt Aachen befindet sich jetzt unter der Hoheit von Frankreich. Der Neuerwählte setzt mit Genehmigung des Kurkollegiums den Krönungstag an, und ersucht die Kurfürsten, ihre Erzämter darauf zu versehen. Diese treffen unterdessen die nöthigen Veranstaltungen zur Herbeischaffung der Reichsinsignien u. a. Weil die Salbung eines Königs, nach der katholischen Liturgie, ein Pontificale ist: so kann sie nur von einem *konsekrierten* Bischofe, und, ordentlicher Weise, von einem Erzbischofe, welcher das *Pallium* vom Papste erhalten

e) *Wahlkap.* Art. 30. §. 5. 6.

f) Schriften in *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1641—1644. Das. *Klüber*.

erhalten hat, verrichtet werden g). Der Konsekrator ist jetzt allein der Kurerzkanzler, als Erzbischof h).

§. 72.

Am Tage vor dem Krönungstage geschieht dem Reichserbmarschallen aus der Kurerzkanzlerischen Kanzlei die Auflage, zur Krönung einzuladen. Er ladet auch selbst die Kurfürsten, die Wahl- und auswärtigen Gesandten, und die anwesenden Fürsten dazu ein. Die Gesandten vom zweiten Range und die Deputirten von Nürnberg (vormals auch von Aachen), welche die Reichsinsignien in Verwahrung haben, ladet der Reichsquartiermeister ein.

Am Krönungstage selbst bleiben die Stadthore verschlossen. Früh wird eine Stunde lang mit allen Glocken der Stadt geläutet: die Bürgerschaft und Garnison versammelt sich an den angewiesenen Plätzen, vornemlich um das

g) Pütter a. a. O. §. 1644. G. L. Böhmer's principia iur. can. §. 152. not. a.

h) Der Krönungsvertrag zwischen Mainz und Köln v. 1657. hat seine Endschafft erreicht. S. übrigens Pütter a. a. O. §. 1642. Fr. Dom. Häberlin's kl. Schriften I. St. Num. I.

das königliche Quartier und den Platz um das Rathhaus (Römerplatz). Der Kurerzkanzler begiebt sich zur bestimmten Zeit sogleich in die Kirche: dahin überbringen auch die Nürnbergschen Deputirten die Reichsinsignien, wovon die Krone, der Zepter, der Reichsapfel und das Schwert des h. Mauritius in das königliche Logis überbracht werden. Die weltlichen Kurfürsten oder die ersten Gesandten derselben begeben sich auf das Rathhaus, und von da unter der Zusammenläutung aller Glocken in das Palais des römischen Königs, um ihn abzuholen. Nun geht der Zug in die Kirche: die weltlichen Kurfürsten oder deren Gesandten reiten: ihnen folgen die Reichserbbeamten mit den Reichsinsignien und entblößtem Haupte zu Pferde. Auch reitet unter einem Traghimmel, welchen zehn Deputirte des Raths tragen, der römische König in seinem Hausornate, und, wenn er von seiner Geburt König ist, mit der Hauskrone auf dem Haupte.

An der Kirchthüre wird der römische König von dem Konsekrator und dessen Assistenten empfangen, und an den, dem Krönungsaltar gegenüber stehenden, Betstul geführt.

§. 73.

Die Krönung selbst geschieht unter einem *Hochamte von der Erscheinung Christi* (de Epiphania). Die Hauptceremonien derselben sind:

1) Vor dem Evangelium wird der König vor den Altar geführt, und die Litanei von allen Heiligen über ihn gebetet. Die evangelischen Kurfürsten und deren Gesandte befinden sich, während derselben, in ihren Stühlen. Einige von dem Konsekrator vorgelegte *Fragen beantwortet* der König mit *volo*, und gelobt dieses *eydlich* i). Auch beantworten die Umstehenden die an sie geschehenen Fragen mit einem dreimaligen *fiat* k).

2) Der

i) Diese Fragen sind: 1) *vis sanctam fidem catholicam et apostolicam tenere et operibus iustis servare?* 2) *vis sanctis ecclesiis ecclesiarumque ministris fidelis esse tutor ac defensor?* 3) *vis regnum a Deo tibi concessum secundum iustitiam praedecessorum tuorum regere et efficaciter defendere?* 4) *vis iura regni et imperii, bona eiusdem iniuste dispersa recuperare et conservare?* 5) *vis pauperum et divitum, viduarum et orphanorum aequus esse iudex et pius defensor?* 6) *vis sanctissimo in Christo patri et domino romano pontifici et sanctae romanae ecclesiae subiectionem debitam et fidem reverenter exhibere?*

k) Diese sind: *vultis tali principi et rectori vos subicere, ipsiusque regnum firmare, fide stabilire*

2) Der Konsekrator segnet hierauf den König ein. 3) Dieser wird zur Salbung entkleidet. Der Reichs *Erzkämmerer* oder dessen erster *Bottschafter*, und der *Erbkämmerer* leisten Hülfe dabei. Der König wird mit dem *oleo Catechumenorum*, auf dem *Scheitel*, der *Bruſt*, dem *Rücken*, den *Schultern*, dem *rechten Arm* zwischen der Hand und dem Ellenbogen, und in den *Händen* gesalbt. Das Oel trocknen *Aſſiſtenten* des Konsekrators ſogleich ab. 4) Nach der Salbung wird der König von den Kurfürſten oder den *Gelandten* derſelben in die *Sakristei* geführt, und hier mit dem kaiſerlichen *Ornate* (§. 55.) bekleidet: die *Nürnbergiſchen* *Depu- tirten* ziehen ihm die *Strümpfe* und *Sandalien* an. Von dem *Reichserz- oder Erbkämmerer* und dem königlichen *Oberhofmeiſter* wird ihm die *Dalmatika*, *Alba*, und *Stola*, dieſe kreutz- weiſe über die *Bruſt*, angelegt, und ſo wird er wieder vor den *Altar* gebracht. Hier wird er mit dem *Schwerd Karls des Groſſen* umgür- tet: ihm ein *Ring* angeſteckt: in die rechte Hand der *Zepter*, in die linke der *Reichsapfel* gegeben, das *Pluviale* oder der *Mantel* umge- hängt,

lire, atque iuſſionibus illius obtemperare iuxta apoſtolum: omnis anima poteſtatibus ſublimio- ribus ſubdita ſit etc.

hängt, und von dem *Konsekurator* die *Krone* aufgesetzt, und alles dieses mit ausgesprochenen Segens - und Gebetsformeln verrichtet.

5) So gesalbt und gekrönt legt der Kaiser noch einen *Eyd* lateinisch und deutsch ab 1). 6)

Ietzt

1) Die *lateinische Formel* ist: *Profiteor et promitto coram Deo et angelis eius modo et deinceps legem et iustitiam pacemque sanctae Dei ecclesiae servare, populoque subiecto prodesse et iustitiam facere, conservare iura regni, salvo condigno divinae misericordiae respectu, sicut cum consilio principum et fidelium regni atque meorum melius invenire potero, sanctissimo romano pontifici et ecclesiae romanae, caeterisque pontificibus et ecclesiis Dei condignum et canonicam honorem volo exhibere, ea etiam quae ab imperatoribus et regibus ecclesiae et ecclesiasticis viris collata sunt et erogata, inviolabiliter ipsis conservabo, et faciam conservari, Abbatibus et ordinibus et vasallis regni honorem congruum volo praestare et exhibere, Domino nostro Iesu Christo mihi praestante auxilium, fortitudinem et decorum.*

Der, sonst dem *Stifte zu Aachen* geleistete, *Eyd* wird künftig unterbleiben.

Ein *protestantischer Herr* wird sich zwar die beschriebene Salbungszeremonie verbitten. Er wird auch die bemerkten Eyde, in so ferne sie auf

Ietzt wird das Hochamt fortgesetzt. Bei dem Offertorium geht der Kaiser, ohne Krone, zum Opfer.

auf die katholische Religion, den Papst und die römische Kirche gerichtet sind, nicht schwören wollen; allein in welchem Reichsgesetze sind diese Zeremonien so nothwendig vorgeschrieben worden, daß auch allenfalls ein protestantischer Herr sie sich gefallen lassen, oder vom Kaiserthron entfernt bleiben müsse? Ist nicht vielmehr jedem deutschen Reichsbürger der ungestörte Genuß seiner Gewissensfreiheit, wider welche ihm nichts zugemuthet werden solle, zugesagt worden, und ist nicht schon dadurch diesen Zeremonien für einen protestantischen Herrn derogirt worden? Wenn der erste Kurfürst einem solchen Herrn, bloß unter den besten Segenswünschen, dem Beifall und Frohlocken des deutschen Volks, die Reichsinsignien übergäbe, und die Krone aufsetzte: was würde dieser Krönung, in Hinsicht auf das Wohl des deutschen Reichs, abgehen? wie, wenn ein Herr, unter solchen Umständen, sich die Krone selbst aufsetzte? was würde das Reich verlieren, wenn auch einmal die Krönungszeremonie ganz unterbliebe? Sollte der, dem Papste zu leistende, Eyd nicht vielmehr auch in Ansehung eines katholischen Herrn gänzlich abgeschafft werden? Man weiß, wessen Geistes Frucht die kirchliche Krönung der Regenten, und die berührten Eydesformeln sind. Man s. jedoch *Gönners Staatsr. §. 113. Note p*).

Opfer. Nach der Kommunion des Konsekrators empfängt er ebenfalls die Kommunion.

§. 74.

Nach dem Ende des Hochamtes wird der Kaiser von dem Konsekrator, den übrigen Kurfürsten oder den ersten Gefandten der abwesenden Kurfürsten, den Erbbeamten u. a. an den, zur linken Seite des Altars erbauten, Thron geführt, und empfängt hierauf die Glückwünsche. Der Konsekrator stimmt vor dem Altar das *Te Deum* an. Unter diesem schlägt der Kaiser einige Grafen und von Adel mit dem *Schwerd Karls des Großen* zu Rittern. Der Konsekrator legt sein Kurhabit in der Sakristei wieder an. Die Krönungsprocession, worinn der Kaiser im kaiserlichen Ornate, mit der Krone auf dem Haupte, und dem Zepter und dem Reichsapfel erscheint, und die zwei ersten Kurfürsten das Aeufserste des kaiserlichen Mantels tragen, geht über die, mit Brettern, die mit schwarzen, gelben und weissen Tuch bedeckt sind, auf Art einer Brücke belegte, Strasse, unter dem Zusammenläuten aller Glocken der Stadt, und dem Donner der Kanonen, den das Vivatrufen des Volks fast nicht hören läßt, nach dem Rathhause wieder zurück.

Nach einiger Ruhe sieht der Kaiser nebst den Kurfürsten und ersten Gesandten aus dem Fenster des Saals die Verrichtungen der Erz- oder Erbbeamten an (§. 60.). Darauf spricht der Erzkanzler, als Erzkapellan, das Gebet vor dem Tische (Benedicite). Dieser legt auch die Reichsfiegel, welche in dem Zuge aus der Kirche an einem silbernen Staabe getragen worden sind, auf die kaiserliche Tafel, und übergibt sie, nachdem sie ihm vom Kaiser sogleich wieder zurückgegeben worden sind, dem Reichsvicekanzler *m*). Die Reichsgrafen tragen dem Kaiser die Speisen auf: ein Reichsfürst verrichtet das Vorschneideramt; übrigens wird der Kaiser von den Reichserbbeamten bedient. Die Tafeln der abwesenden Kurfürsten, und die Fürstentafel stehen leer. Nach aufgehobener Tafel spricht der Erzkapellan das Gebet nach dem Tische (Gratias), und der Kaiser fährt unter der Begleitung der Reichserbbeamten, welche die Reichsinfinnien vortragen, der Kurfürsten und der ersten Gesandten der abwesenden Kurfürsten in sein Quartier zurück. Es wird ein Dankfest angestellt, und der Kaiser reist, ohne Pomp, wieder ab.

Wäh-

m) *G. B. cap. 27. §. 3.*

Während des Krönungsakts und des Krönungsmahls befindet sich der Reichserbthürhüter an der Thüre des Chors der Kirche und des Speisesaals in seiner Amtsverrichtung.

IX. Von der Resignation und Enthronung des Kaisers.

§. 76.

Der Kaiser kann die kaiserliche Würde, nach dem Beispiele Karls V., in die Hände der Kurfürsten zurückgeben *n)*. Die, allenfalls gerechte, Enthronung des Kaisers ist jedoch eine gemeine Reichsache *o)*.

X. Anhang: von der Gemahlin des Kaisers p).

§. 77.

Wenn gleich das deutsche Reich ein Wahlreich ist: so kann es doch nicht fehlen, daß eini-

n) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1665.

o) Arg. der Wahlkap. Art. 1. §. 3. 4. Art. 20. §. 4. Dazu kömmt die Art der Absetzung des röm. Königs Heinrichs VII. Pütter a. a. O. §. 1663. f. Das. Klüber §. 1662. b u. c.

p) Pütter's Litt. 3. Th. §. 922. f. Das. Klüber.

einiger Abglanz vom Kaiser auf dessen Gemahlin zurück falle. 1) Sie selbst nennt sich *römische Kaiserin*, auch noch: *Königin in Germanien*, zuweilen auch: *allzeit Mehrerin des Reichs*. Von andern, außer ihrem Gemahl, bekommt sie den Majestätstitel, und wird: *Römische Kaiserin, in Germanien Königin, allzeit Mehrerin des Reichs* angeredet. Wenn sie auswärtige Königin ist, erhält sie den Majestätstitel auch von ihrem Gemahle. Insbesondere schreibt der Papst an sie: *in Romanorum Imperatricem electa*. 2) Die Reichserzbeamten der Kaiserin sind bisher gewesen: der Abt von Fulda, welcher den Titel eines *Erzkanzlers*, der Abt von Kempten, welcher den Titel eines *Erzmarschalls*, und der Abt von St. Maximin, welcher den Titel eines *Erzkaplans* geführt hat. Seit dem Lüneviller Frieden und den R. D. Hauptschluss von 1803. sind sie, mit den Abteien, sämtlich eingegangen. 3) Die Krönung der Kaiserin wird allenfalls so, wie die Krönung des Kaisers, verrichtet. Ihr Gemahl führt sie selbst zum Altare. Hier wird sie jedoch nicht mit dem Schwert umgürtet, auch nur auf dem rechten Arm und zwischen den Schultern gesalbt, sie schwört auch die Eide nicht, welche der Kaiser ablegt, schlägt keine Ritter, und ist sonst von ihren eigenen Erzbeamten dabei bedient

dient worden. Diese haben auch das Gebet vor und nach dem Krönungsmahle verrichtet.

Drittes Hauptstück.

Von der Art und Weise, die kaiserlichen Reservatrechte, wobei keine Reichsständische Konkurrenz erforderlich ist, auszuüben.

§. 78.

I. Was diejenigen *Reservatrechte* betrifft, welche vom *Kaiser* selbst an seinem *Hofe* ausgeübt werden, kann der Kaiser 1), wenn er es für gut findet, in *wichtigen Sachen*, und wobei Unruhen im Reiche zu befürchten sind, die Meinungen und Stimmen einiger *Kurfürsten* und *Fürsten* von beiden Religionen einholen q). 2) Sind die *Kurfürsten* für die *innersten Rätthe* des Kaisers in der Wahlkapitulation erklärt, und ist dieser angewiesen worden, in *wichtigen Reichsachen*, jedoch dem *Friedensschlusse* ohne *Abbruch*, ihres *Raths*, *Bedenkens* und *Gutachtens*

q) *W. Fr. Art. 5, §. 54.* „*Liberumque sit*“ u. s. w.

tens sich zu gebrauchen; und ohne dieselbe hierinn nichts vorzunehmen r). Darnach macht also das kurfürstliche Kollegium den geheimsten Reichsrath des Kaisers aus.

§. 79.

Insbesondere hat der Kaiser bei seinem Hofe selbst 3) an dem *Reichserzkanzler* oder an dessen Stellvertreter, dem *Reichsvizekanzler*, den geheimsten Rath (§. 59.); 4) vertritt der *Reichshofrath* die Stelle eines Reichsministeriums. Daher werden alle *Lehns-* und *Gnaden-sachen*, wobei eine vorläufige *Untersuchung* vonnöthen ist, bei dem Reichshofrathe angebracht, auf dessen erstattete Gutachten die kaiserliche

r) G. B. pr. „palmites imperiales“ u. f. w. Cap. 3. §. 1. „columnae proceres“ u. f. w. cap. 12. §. 1. „solidae bases imperii, et columnae immobiles“ cap. 24. §. 2. „pars corporis nostri“. *Wahlkap.* Art. 3. §. 1. 3. Art. 11. §. 21. *Geistlicher's Handb.* der Reichsg. 5. Th. S. 712. *Bienner* von der kaiserl. Machtvollkommenheit 1. Th. 1. Abschn. §. 17. f. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 935.

Die kurfürstlichen Vorrechte vor andern Ständen werden überhaupt kurfürstliche *Präeminenzen* genannt. *Wahlkap.* Art. 3. §. 4.

serliche Entschliessung folgt (§. 59.). In andern *Staatsfachen* bedient sich der Kaiser selten der Gutachten des Reichshofraths.

§. 30.

Wenn der Kaiser in Reichsfachen sich seiner *erbländischen Kollegien* und *Diener* bedient: so sind 5) diese als Reichskollegien und Reichsofficianten anzusehen, und können, in dieser Eigenschaft, Gegenstände der Reichsgesetze seyn. Hierher gehören: der kaiserliche geheime Rath, der Hofkriegsrath, die Kammer, die Haushofämter des Kaisers (§. 62.) u. a. Jedoch darf der Kaiser *Reichsiustizfachen* in keinem andern Rathe und nicht anders sich vortragen lassen und darinn resolviren, als in Anwesenheit des Reichsvizekanzlers, und mit Zuziehung der Referenten und Correferenten, und anderer Reichshofräthe von beiden Religionen, insonderheit, wenn die Sache beide Religionsverwandte betrifft, und zwar ist dieses als eine *forma essentialis* vorgeschrieben worden s). Auch andere Reichsstaatsfachen soll der Kaiser an und durch Niemand anders, als durch den Reichsvizekanzler gehen,

K 2

nicht

s) *Wahlkap.* Art. 16. §. 12 — 15. Art. 17. §. 6.

nicht aber dieselben zu seiner Erblandhofkanzlei ziehen lassen t).

Alle Schriften, welche, an dem kaiserlichen Hofe, dem Kaiser, oder dem Reichsvicekanzler, oder bei dem Reichshofrathe übergeben werden, werden, ordentlicher Weise, an den Kaiser selbst, mit der völligen Titulatur und Anrede an denselben, gerichtet (§. 54).

Von dem Gebrauche der *Pro memoria* u).

§. 81.

Weil der Kaiser an seinem Hofe selbst regiert: 1) so ist ihm zur Pflicht gemacht worden, allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs sowohl, als ihren Botschaftern und Gesandten, (die Abgeordneten der Reichsritterschaft mit

t) *Wahlk.* Art. 25. §. 4. I. I. *Mosers* Historie des Streits, wie fern dem kaiserl. geh. Rath in Reichs- besonders Reichsjustizsachen eine Cognition zukomme. Desselben Bedenken, wie fern dem kaiserl. u. s. w. In *dessen vermischten Schriften* etc. I. Th. S. 472. 2. Th. S. 89. *Einleitung* in den R. H. R. Proc. v. v. *Selchow* herausgeb. S. 267. f.

u) I. I. *Moser* *Abh. verschied. Rechtsmater.* 8. St. Num. I.

mit begriffen) jederzeit schleunige Audienz und Expedition zu ertheilen, und dieselben mit keinem Nachreissen zu beschweren, noch mit Hinterziehung der Antwort aufzuhalten x). 2) Soll der Kaiser in Reichsachen an seinem Hofe, vornemlich bei dem Reichshofrathe, keine andere Sprache gebrauchen lassen, als die deutsche und lateinische (Reichsprachen) y). 3) Die Ausfertigungen in Reichsachen dürfen in keiner andern, als in der Reichshofkanzlei, geschehen z). 4) In Kanzleischreiben schreibt der Kaiser an einen Reichsstand, der zugleich König ist: dem Durchlauchtigsten, großmächtigsten Fürsten und Herrn N. N. in N. N. König etc. unserm besonders lieben Freunde und Bruder. Im Kontexte: Eure Majestät, (und Liebden). Eure Majestät, als Kurfürst von N. N. Liebden. Den Kurfürsten gibt der Kaiser das Prädikat resp. Hochwürdigst und Durchlauchtigst a). Schreibt also an sie: Dem hochwürdigsten — unserm lieben Neven, — dem Durchlauchtigsten — unserm lie-

x) *Wahlk.* Art. 23. §. 2.

y) *Wahlk.* a. a. O. §. 3. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 992. *Daf. Klüber* §. 992. 992b.

z) *Wahlk.* Art. 22. §. 7.

a) *Wahlkap.* Art. 3. §. 2.

lieben Oheim, im Kontexte: *Eure Liebden*. An einen weltlichen Fürsten wird geschrieben: *Dem hochgebornen*; vermöge eines besondern Privilegiums: *dem Durchlauchtig hochgebornen*; im Kontexte: *Deiner Liebden*; an einen geistlichen Fürsten: *dem ehrwürdigen* —, im Kontexte: *Deiner Andacht (und Liebden)*. Die Anrede an andere ist überhaupt: *Lieber Getreuer*. Voran geht: *Edler Vester, Andächtiger, Ehrfamer, Gelehrter*. 5) Alle, die Reichsgeschäfte und Reichsachen betreffende, Urkunden und Schriften werden in der Reichskanzlei (dem *Reichshofarchive*) aufbewahrt. Sie besteht aus der *geheimen Reichshofregistratur*, und der *Reichshofrathsregistratur*. Dieses Archiv befindet sich in der kaiserlichen *Residenz*. 6) Dem *Kurzerzkanzler* kömmt die Aufbewahrung desselben, die Aufsicht darüber, und die Bestellung der dazu gehörigen Personen zu b).

§. 82.

II. Kaiserliche Reservatrechte werden auch von kaiserlichen *ausserordentlichen Kommissionen* und den *Hofpfalzgrafen* ausgeübt.

A. 1)

b) *Wahlkap.* Art. 25. §. 1. Chr. God. Hoffmann
diss. de cancellaria imperiali aulica, Tub. 1778. 4.

A. 1) die kaiserlichen außerordentlichen Kommission sind in Ansehung der aufgetragenen *Geschäfte verschieden*. 2) Die Kommissionen dürfen nicht gesetzwidrig ernannt werden. Insbesondere sind die unzeitigen, und worinn den Kommissarien von der Strafe etwas versprochen wird, verboten c). 3) Dabei ist die *Religionsparität* zu beobachten, wenn die Sache katholische und evangelische Stände betrifft d), diese mag eine *Religions* - oder bloß *weltliche* Sache seyn. Die Religionsparität ist nicht allein von der *gleichen Anzahl*, sondern auch von der *glei-*

c) *Wahlk. Art. 15. §. 7. Art. 19. §. 8.*

d) *Wahlk. Art. 5. §. 51. „ubi extraordinariis com-
missionibus negotia in imperio expedienda oc-
currunt, si res inter A. C. status versatur, soli
eidem religioni addicti deputentur; si inter ca-
tholicos, soli catholici, si inter catholicos et A.
C. status, utriusque religionis pari numero com-
missarii denominentur et ordinentur. Placuit
etiam, ut commissarii quidem res a se gestas re-
ferant, et vota subiungant, instar tamen sen-
tentiae nihil definiatur“.* *Wahlk. Art. 18. §.
5.* In dem Falle, wenn ein Theil kein Reichs-
stand ist, oder beide Partheien keine Stände sind,
ist der W. Fr. Art. 5. §. 53. *caesareaque majestas
mandabit u. s. f. Idem etiam etc. §. 54. et haec
omnia etc. si vero etc.*, analogisch, anzuwenden.

gleichen Macht und dem gleichen Ansehen der Kommissarien zu verstehen e). Eine solche gemischte Kommission kann auch mit den Klauseln: *sammt und sonders, sammt oder sonders* nicht ernannt werden f). 4) Wenn eine Kommission auf einen *Reichsstand* erkannt worden ist, hat dieser von Rechtswegen die Befugnis, seine Räte zu *subdelegiren* g). 5) Die Kommission kann aus einer rechtmässigen Ursache *transkribirt* werden. 6) Zwischen kaiserlichen *Kommissarien* und *kaiserlichen*, hier und da im Reiche akkreditirten, *Ministern* (Gesandten) ist ein Unterschied. Iene werden dahin ernannt, wo der Kaiser, als Reichsoberhaupt, Verrichtungen hat h).

§. 83.

e) F. C. v. Moser in den Anmerk. über die R. H. R. O. I. B. S. 157. f. Vorstellung des Corp. Evangelicor. v. 30. Jan. 1723.

f) *Conclus.* Corp. Evang. v. 25. Sept. 1773. *Schreiben* desselben an den evangelischen Theil des R.K. Gerichts vom 9. Aug. 1784. *Reufs Staatsk.* 8. Th. S. 341. *Sündermahler* pr. utrum clausula *sammt und sonders* in commissione executionis, quae religionem et diversae religionis a seclas concernunt, locum habeat? in opusc.

g) Vermöge des *Herkommens*, und *arg. c. II. de rescript.* in 6to.

h) *Wahlk.* Art. 3. §. 12. „Unsere Gesandte, **weniger** Unsere Kommissarien“.

Schrif-

§. 83.

B.) Die *kaiserlichen Hofpfalzgrafen* (comites palatini caesarei) *i)* sind heut zu Tage hohe oder andere Personen, welche aus kaiserlicher Autorität bevollmächtigt sind, gewisse Reservatrechte des Kaisers, Namens desselben, im Reiche auszuüben. Die Vollmacht heisst *Komitiv* (Komitivbrief, Komitivdiplom). Daraus ist die Befugnis eines jeden überhaupt näher zu bestimmen. Sie ist entweder die *größere* (*Oberkomitiv*), oder die *kleinere*. Die *erste* ist Reichsständen und andern Vornehmern ertheilt, enthält auch wichtigere Gerechtsame, insbesondere die Befugnis, die kleinere Komitiv zu ertheilen. *Diese* ist theils einzelnen Personen, theils an Korpora verliehen *k)*.

Schriften überhaupt in *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1102. Das. *Klüber*. I. I. *Moser* Von kaiserl. Untersuchungskommissionen, in der Einleit. zum R. H. R. Proc. 1. Th. Num. 2. Ge. Chr. Frid. *Seiler* diss. Vindiciae potestatis camerae imperialis decernendi commissiones ad integram causam, Erl. 1793.

i) *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1105. Das. *Klüber*.

k) I. I. *Moser* von d. kaiserl. Reg. Rechten S. 471.

Viertes Hauptstück.

Von den Reichsständen.

§. 84.

Das *Wesen* der Reichsstandschaft besteht in dem *Rechte*, Sitz und Stimme auf dem Reichstage zu haben. Die *Reichsunmittelbarkeit* und *Landeshoheit* berechtigen nicht schon an und für sich dazu ¹⁾. Die Stimme ist entweder eine *persönliche* (*viril-*), oder eine *Gesamt-*, *Kuriatstimme*. Die *erste* steht einem einzelnen Reichsstande dergestalt zu, daß sie bei Abfassung des Schlusses gezählt wird. Die *Gesamtstimme* erwächst aus den Stimmen mehrerer Reichsstände einer besondern Korporation, die bei der Abfassung des Schlusses sämmtlich nur für eine Stimme des ganzen Korpus angesehen werden. Es kann auch die Stimme, der Reichsstandschaft an sich unbeschadet, *ruhen*, oder nicht wirklich *abgelegt* werden.

§. 85.

Die Reichsstandschaft haftet auf dem Reichslande, wovon sie ausgeübt wird, in dem Sinne,

1) R. A. 1548. §. 56. W. Fr. Art. 8. §. 2. (§. 43.).
Pütter a. a. O. §. 925. I. I. Moser von den Reichsständen S. 3. f.

ne, daß der Reichsstand das Land und dessen Einwohnerschaft *repräsentire m)*. 1) Die Reichsstandschaft geht daher mit dem Lande auf den Besitzer desselben über. 2) Das Stimmrecht kann nicht ohne das Land cedirt werden *n)*. 3) Die *Religionseigenschaft* der *persönlichen welt-*

m) W. Fr. Art. 10. §. 9. II. „cum autem utrique Pomeranniae unum tantum votum in iis competat“ Art. II. §. 1. „in possessione quieta et reali, eoque nomine sessionem et votum in comitiis imperii.. habeat“. §. 4. G. B. (§. 31. Not. t.) R. D. S. 1803. §. 24. „auf ihre neue Besitzungen radicirt.“

n) Reservation des Fürstenraths bei der, an den Herzog Ludwig Rudolf zu Braunschweig Wolfenbüttel überlassenen, Grubenhagischen Stimme vom I. 1715. „Daß man von dem in den „Reichsfatzungen und der Observanz gegründeten „principio, kraft dessen Niemand in diesem collegio votum et sessionem haben kann, *der nicht* „ein solches Fürstenthum, dem dieses Recht consensu statuum anklöbet, iure proprio et pleno „territoriali besitzt, nicht im geringsten hierdurch abweichen, sondern demselben vielmehr „beständig und durchgehends in allen andern, Fällen inhäriren wolle“. *Schmausens Corp. iur. publ. S. 1268. I. I. Moser von den Reichsständen S. 270.*

weltlichen Stimmen und die Religion des Reichsstandes, im staatsrechtlichen Verhältnisse, würde überall nicht nach der persönlichen Religion desselben, sondern nach der Religion des Landes zu bestimmen seyn, wenn nicht das *Herkommen* in Successions- und neuen Erwerbefällen eine Abänderung gemacht hätte o). Die Reli-

o) Die *Successionsfälle* sind: von 1685., als, nach dem Abgange der *evang. Pfalzsimmerischen Linie*, die *kath. Pfalzneuburgische Linie*, von 1743., als die *kath. Nassausiegensche Linie* erloschen ist, und die *ev. oranische*, und von 1771. als die *kath. Badenbadensche Linie* ausgestorben, und der *evang. Margraf von B. Durlach* in B. B. succedirt ist. — Hierher gehört auch die, noch in der Wahlk. Iof. II. enthaltene, Verordnung, daß die Stelle von *Pfalzlautern* auf der evang. Seite der ersten Klasse der R. K. G. V. Deputation durch das *Herzogthum Bremen* ersetzt werden solle. Die neuern Erwerbefälle seit 1803. bedürfen keiner weitem Erwähnung. — Der R. S. v. 1666., worinn *Mecklenburg Schwerin*, wegen der veränderten Religion des *Herzogs Christian*, auf das katholische Latus der ersten, zur Visitation des R. K. Gerichts deputirten, Klasse versetzt worden ist (*Pachner's R. Schlüsse I. Th. S. 182.*). und was nach der Religionsveränderung des *Herzogs Christians II. von Zweibrücken* 1758. mit der Reichstagsstimme geschehen ist, sind, nach

Religionseigenschaft der *Kuriatstimmen* richtet sich nach der Religion des Korpus p).

§. 86.

Das Jahr 1582 ist, in Ansehung der Reichsstandschaft überhaupt, in so ferne Normaljahr geworden, daß 1) seitdem *ein* Reichsstand auch mehrere Stimmen von *mehreren*, mit der Reichsstandschaft versehenen, Ländern, welche er besitzt, führen kann; dagegen aber 2) bei der Thei-

nach den Umständen, worunter dieses geschehen ist, nicht vermögend, für den Fall der Religionsveränderung des besitzenden Reichsstandes, zu dessen Vortheile, ein Herkommen zu begründen. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 870. Das. *Klüber*. v. *Eberstein's* Abh. von der Religionseigenschaft sowohl der viril- als der Kuriatstimmen auf teutschen Reichstagen, Manh. 1784. *Henr. Carol. Jaup* diss. de religionis qualitate votorum virilium in comitiis imperii universalibus, Gief. 1803.

p) *Pütter* a. a. O. §. 936. Ebendas. *Klüber*. v. *Ebersteins* angef. Abhandlung S. 99. f. *Pütter's* historische Entwickel. der heutig. Staatsverf. des t. Reichs 3. Th. S. 140. f. *Reufs* Staatsk. Th. I. folg., insbesondere Th. 9. S. 387. f.

Theilung solcher Länder nicht jeder Theilnehmer mehr eine eigene Stimme erhält *q*).

§. 87.

Alle Reichsstände machen theils, wenn sie mit dem Kaiser bei der Reichsregierung, als Reichsstände, konkurriren, theils auch allein und mit Ausschließung desselben ein besonderes *Korpus* aus, welches, in diesen beiden Rückfichten, das *Reich* genannt wird *r*). *Ausgeschlossen* ist der Kaiser bei denjenigen Sachen und Geschäften, wobei er als Reichsoberhaupt nicht interessirt ist. Hier gehört 1) alles, was das Recht und die Ausübung der *Reichsstandschaft* an und für sich betrifft, indem diese der
kai-

q) *Posse* diss. de transmissione voti in comitiis S. R. I. competentis, Goett. 1785. §. 10. f. I. I. *Moser's Moseriana* Th. I. S. 1. f. Ursprung und Grund der jetzigen Stimmen auf des T. R. Fürstenraths weltl. Bank. *Desselden* Staatsr. Th. 34. S. 281. f. *Ebendersf.* von den Reichsständen S. 536. f.

r) *W. Fr.* Art. 4. §. 5. „imperator cum imperio“. I. I. *Moser* von Teutschland S. 4. §. 7. S. noch *Wahlk.* Art. 30. §. 7. „im Namen des h. R. Reichs“. *Kais. Commiss. Decr.* v. 27. Jul. 1706. „ohne des gesammten Reichs Einwilligung“.

kaiferlichen Gewalt entgegengesetzt, und ein Reservat des Korpus der Stände ist. So hat der Kaiser, als Kaiser, bei der *Religionseigenschaft der Stimmen*, bei der *Art und Weise* der Ablegung derselben u. a. kein Interesse s).

2) Wegen der Eigenschaft des *Wahlreichs* (§. 51.) kann der Kaiser bei der Reichsverfassung im *Zwischenreiche* ganz gleichgültig seyn t). 3) Wenn zwischen Ständen und Ständen, vermöge eines freiwilligen Vertrags, etwas, was Einfluss in das Wohl des Reichs hat, verabredet und festgesetzt wird, ohne dadurch der bestehenden Verfassung und den Reichsgesetzen zuwider zu handeln: so gelten solche Verträge unter den Pacifcenten, und ihre Ausführung hat, ohne

s) *Mein prog. de ratificatione caesarea* §. 32. *Conclusi Deputationis imperii de 25. Febr. 1803. quatenus plura in ea vota principum sancita sunt, non deneganda nec suspendenda, Ien. 1806.*

t) Das Projekt der beständigen Wahlkap. ist daher, in so ferne es die Reichsregierung im *Zwischenreiche* zum Gegenstande hat, sogleich und ohne die kaiserl. Ratification, als ein Grundgesetz, zu Stande gekommen. Die Schlüsse des Reichstags, während des *Zwischenreichs*, sind *Reichsschlüsse*.

ohne Reichsoberhauptliche Konkurrenz, statt u).
Z. B. sind die *Kreisassocationen* x); der vorge-
habte Fürstenverein von 1785 y) u. a.

§. 88.

Das reichsständische Korpus erscheint je-
doch bei der Ausübung der Reichsstandschaft
in drei besondere *Räthe* (*Reichskollegien*) ver-
theilt, in den *Kurfürstenrath*, den *Fürstenrath*
und das *Reichsstädtische Kollegium* (*Städterath*).

1) Die beiden ersten werden, in Ansehung der
Ordnung und des Rangs, die *höhern Reichs-*
kollegien

u) *Wahlk.* Art. 13. §. 10. „So soll auch in- und
„außerhalb der Reichstage *den Reichs- und Kreis-*
„*ständen* unverwehrt seyn, so oft es *die Noth und*
„*ihr Interesse* erfordert, entweder *circulariter,*
„*oder collegialiter, oder sonst,* ungehindert
„männiglichen, zusammen zu kommen, und
„ihre Angelegenheiten zu beobachten. *W. Fr.*
art. 8. §. 2. *Wahlkap.* Art. 6. §. 4. „So viel die
„*Stände des Reichs* belangt, soll *denselben allen*
„und jeden das Recht, Bündnisse unter sich und
„mit Auswärtigen zu ihrer Sicherheit und Wohl-
„farth zu machen, dergestalt frei bleiben“ u. s. w.
Klüber zu *Pütter's* Litt. §. 1405b.

x) *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1422.

y) *Klüber* a. a. O. §. 1405 c.

kollegien genannt; jedoch haben die Reichsstädte sich gleichfalls einer entscheidenden Stimme auf den Reichskonventen zu erfreuen z).

2 Weil ursprünglich sämtliche Fürsten, Grafen und Herrn, als Reichsstände und die Vorsten des Reichs, eine Versammlung ausgemacht haben: so heisst das zweite Reichskollegium, auch nachdem den Kurfürsten das Recht eines besondern Rathes zu Theil geworden ist a), noch der Fürstenrath, obgleich nicht alle, darinn mit Sitz und Stimme versehene, Reichsstände, der Würde nach, Fürsten sind b).

§. 89.

z) *W. Fr.* Art. 8. §. 4. „Tam in universalibus, quam particularibus Diaetis liberis imperii civitatibus non minus, quam caeteris statibus imperii competat *votum decisivum*“. Erklärung der höhern Reichskollegien wegen des reichsständischen voti decisivi von 1653, in *Londorps actis* publ. 7. Th. 6. B. 306 Kap.

a) *R. A.* 1544. §. 25. *Wahlk.* Art. 3. §. 13. „Wir wollen auch die Kurfürsten, bei ihrem gesonderten Rathe, in Sachen das h. R. Reich betreffend, geruhiglich bleiben, und ganz ungekränkt lassen“. Io. Ern. Beck de collegio electorum antiquitus a collegio principum separato Arg. 1727. 1742.

b) Daher sind im Art. 7. des *Lünev. Fr.* unter dem Ausdrücke *Erbfürsten* (*princes héréditaires*) die

§. 89.

I. Den *Kurfürstenrath* machen die *Kurfürsten* aus: der *Kurfürst Erzkanzler*, *Böhmen*, *Pfalzbaiern c)*, *Sachsen*, *Brandenburg*, *Braunschweig*, *Salzburg*, (*Würzburg*), *Baden*, *Wirttemberg* und der *Landgraf von Hessenkassel*. Die drei letztern *Kurfürsten* *alterniren* in *Ansehung des Rangs* unter sich nach den, im *Fürstenrathe* bestehenden, *Strophen*. Nach gänzlicher *Erlöschung des Hauses Hessenkassel* in allen seinen *Linien*, wird die *Kurwürde* auf *Hessendarmstadt* übergehen d). Die *Introduktion* der vier neuen *Kurfürsten* ist am 22ten Aug. 1803. erfolgt.

§. 90.

reichsständischen Grafen mitverstanden worden. M. vergl. den §. 24. des R. D. S. vom 25. Febr. 1803.

c) Diese Benennung ist in dem, in voriger Note angef., R. D. S. §. 2. 25. gebraucht worden, ob sie gleich noch auf dem Wahlkonvente 1790 keinen Beifall gefunden hat. *Wahlprot.* 1790. 1. Bd. S. 344. Man s. noch *Reufs* Stk. 20. Th. S. 453., jedoch auch (Io. Heinr. *Bachmann*) über die Benennung *Pfalzbaiern*. *Zweybr.* 1786.

d) R. D. S. vom 25. Febr. 1803. §. 31., worinn die drei letzten *Kurfürsten* nach der 1ten *Strophe*

§. 90.

Die Kurfürsten sind entweder *katholische* oder *evangelische*. *Katholisch* sind der Kurfürst Erz-

L 2

kanz-

phe locirt worden sind (§. 94.). Wegen Salzburg
f. den *Presburger Frieden* Art. 10. „Les pays de
Salzbourg et de *Berchtolsgaden* appartenant a
„S. A. R. et E. Archiduc Ferdinand, seront in-
„corporés a l'empire d'*Autriche*, et S. M. l'Em-
„pereur d'Allemagne et d'*Autriche* les possedera
„en toute propriété et souverainité, mais en titre
„de Duché seulement“. Art. XI. „S. M. l'Empe-
„reur des Français, Roi d'Italie s'engage à ob-
„tenir, en faveur de S. A. R. l'Archiduc Ferdi-
„nand, Electeur de Salsbourg, la celsion par
„S. M. le Roi de Bavière de la principauté de
„Würzburg . . . Le titre electoral de S. A. R.
„sera transferé sur cette principauté, que S. A.
„R. possedera en toute propriété et souverainite
„de la même manière, et aux mêmes conditions,
„qu'elles possedait l'electorat de Salzbourg.“

Wahlk. Art. 3. §. 20. „Wollen Wir nirgendwo
zwischen den Kurfürsten unter einander in cere-
moniali einen Unterschied einführen noch ein-
führen lassen.“

Schriften von den *einzelnen* Kurfürsten in *Püt-
ter's* Litt. 3. Th. §. 936. ff. Ebendaf. *Klüber* —
§. 950b. *Biener* diss. de ducatu atque electoratu
saxonico in Fridericum bellicosum marchionem
Misniae collato, Lips. 1793.

kanzler, Böhmen, Pfalzbaiern, Salzburg (Würzburg). *Evangelisch* sind Sachsen, Brandenburg, Braunschweig, Wirtemberg, Hessen e), Baden. Eine *überzählige katholische Stimme* ist auf den *besondern* Fall, wenn nach Abgange des Hauses Baiern die pfälzische Kur wieder an einen evangelischen Herrn gelangen, und die Braunschweigische Kur noch stehen, mithin eine Religionsgleichheit der Kurfürsten vorhanden seyn würde, in dem Reichschlusse von 1708 vorbehalten worden f).

§. 91.

Die Kurfürsten befinden sich in einem *allgemeinen*, in der Wahlkapitulation bestätigten, *Vereine* (unio electoralis), welcher zu Rense 1358 errichtet, und zuletzt am 18. März 1558 erneu-

e) Nach der *1ten Strophe* (§. 94.)

Die verschiedenen Veränderungen in der Religion der Kurfürsten seit dem *R. Fr.*, da eine Religionsgleichheit vorhanden gewesen ist, erzählt die Reichsgeschichte in den Jahren 1623. 1648. 1687. 1708. 1714. 1777. 30. Dec. 1803.

f) I. I. Moser von den Reichst. S. 367. G. D. Hoffmann diss. de suffragiis, quae electores in collegio principum tum habent, tum postulant, S. 21.

erneuert worden ist. Er hat die Aufrechthaltung der Reichsverfassung und der kurfürstlichen Vorrechte zum Gegenstande g). Dem neuern Herkommen gemäß, wird er 1) nach der Wahl und Krönung eines römischen Kaisers oder Königs, 2) von denen Kurfürsten, welche ihn noch nicht beschworen haben, und
 zwar

g) *Wahlk. Art. 3. §. 5* „Wie nicht weniger die „gemeine und sonderbare Verein der Kurfürsten, „als welche ohne das mit Genehmhaltung und „Approbation der vorigen Kaiser rühmlich auf- „gerichtet, und was darüber noch weiters die „Herren Kurfürsten allerseits unter einander gut „befinden und vergleichen mögen, auch unlers „Theils approbiren und confirmiren, §. 6. je- „doch dem instrumento pacis und andern Reichs- „satzungen, auch den von Fürsten und Ständen „(die unmittelbare Reichsritterschaft mit ein- „geschlossen) hergebrachten iuribus, Hoheiten „und privilegiis unabbrüchig.“

Der *sonderbare Verein* der ehemaligen rhei- nischen Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln und Pfalz von 1519 ist seit dem Lüneviller Fr. erloschen. Von einem besondern geheimen Vereine dieser Kurfürsten s. I. I. *Moser v. Teutschland* S. 349. u. *dessen* nachbarl. Staatsr. S. 442.

Schriften von den Kurvereinen überhaupt in *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 951. Ebendaf. *Klüber*.

zwar 3) von den anwesenden Kurfürsten in Person beschworen. 4) Ist ein Kurfürst abwesend: so beschwört der, besonders dazu bevollmächtigte, Gesandte desselben den Verein. 5) Noch liegt der neueste Kurverein von 1558. dabei zum Grunde h).

§. 92.

1) Ein Kurfürst kann mehrere Kurfürstenthümer besitzen, und von jedem die Stimme führen i). 2) Die nächsten Verwandten, sogar Vater und Sohn, können zur gleichen Zeit im kurfürstlichen Kollegium seyn k). 3) Eine neue

h) *Sichere Nachricht* von der im I. 1764. erfolgten Erneuerung der Kurverein. In der neuen europ. Staatsk. 13. Th. S. 49. *Wahlprot.* 1790 im Regist. Art. *Kurverein.* *Wahlprot.* 1792. S. 70.

i) B. G. *Struv* ob ein Kurfürst zwei Kurfürstenthümer besitzen könne? Iena 1729. 4. *Treitlinger* diss. exhibens S. R. I. principem iustum duorum electoratum secularium possessorem, Arg. 1750. Io. *Henr. Schulze* diss. de S. R. I. principis duos pluresve electoratus simul possidendi iure, Erf. 1792.

k) Beispiele enthält die ältere und neuere Reichsgeschichte.

neue Kur kann der Kaiser ohne des gesammten Reichs Einwilligung nicht errichten *l)*, *4)* Bei der *Wiederverleihung* der *alten*, schon in der G. B. gegründeten, Kuren ist die Verordnung dieses Reichsgesetzes *m)*, bei der Wiederverleihung der nachher eingeführten aber, wenn sie im Eröfnungsfalle nicht völlig erloschen sind *n)*, die Vorschrift der Wahlkapitulation zu beobachten *o)*. Weil die Kur auf dem Lande haftet, kann

l) Kais. Kommiss. Dekret vom 21. Jul. 1706. „dass „künftighin *neue und mehrere Kurwürden ohne „des gesammten Reichs Einwilligung nicht einge- „führt, und solches dem künftigen R. A. in forma „sanctionis pragmaticae einverleibt werden sol- „le“.*

m) G. B. Cap. 7. §. 5. „de ipso providere *debebit et poterit*“. Darüber aber, an was für ein reichsständisches Haus *insbesondere* die Wiederverleihung geschehen solle, hat der Kaiser, schon vermöge des Herkommens und der allgemeinen Vorschrift der *Wahlkap. Art. 3. §. 3.*, sich mit den Kurfürsten zu berathen.

n) Wie dieses mit der pfälzischen Interimskur der Fall gewesen ist. *W. Fr. Art. 4. §. 9.* „octavo tunc electoratu prorsus expungendo.“

o) Wahlk. Art. II. §. 10. „Wann auch ins künftige Lehen dem Reiche durch Todesfälle oder „Ver-

(§. 31. Not. t.), kann dieses Gesetz nicht blos vom Lande verstanden werden. 5) Darnach ist auch die *Erstreckung* der Kurstimme von einer Linie eines Hauses, welche die Kurwürde zuerst erhalten hat, auf eine andere Linie desselben zu beurtheilen, wenn sie nicht schon voraus in einem Reichsgesetze darauf erstreckt worden ist.

§. 93.

„Verwirkung eröffnet und ledig anheim fallen
 „werden, so etwas Merkliches ertragen, als
 „*Kurfürstenthümer* . . . die sollen und wollen
 „Wir, die Kurfürstenthümer ohne des kurfürst-
 „lichen collegii . . . Vorwissen und Konsens fer-
 „ner Niemanden leihen, auch Niemanden einige
 „Exspektanz oder Anwartschaft darauf geben“.
 Es läßt sich hier von demjenigen, was bei der
 Stiftung und Einführung einer neuen Kur
 Rechtens ist (Not. 1.), auf die Wiederverleihung
 einer eröffneten Kur kein Schluss machen. *Germ.*
Biedermann (C. Ren. v. Senkenberg) Gedanken
 über verschiedene §§. der kaiserl. Wahlkap. 1790.
 4. S. 15. I. I. *Mosers* Betrachtungen über die
 Wahlkap. Iof. II. zu dieser Stelle der Wahlk.
 Erst in dem *Proj. u. der Wahlkap. Karls VI.*
 ist von den *Kurfürstenthümern* Erwähnung ge-
 schehen. G. L. *Boehmeri* princip. iur. feud. §.
 405. u. daf. angef. Schriften. Wegen des Anspruchs
 der *Reichsstädte Klüber's* Fortsetz. der *Pütter.*
 Litt. §. 1435 b. Ziff. 2. 3.

§. 93.

II. In dem *Fürstenrathe* werden A.) *Viril-*
stimmen abgelegt 1) von denjenigen Fürsten,
 welche schon vor dem Jahre 1582 die fürstli-
 che Würde hergebracht gehabt oder erlangt
 haben. Diese werden, in Ansehung der fürst-
 lichen Stimmen, *alte Fürsten* genannt. Vor
 dem Jahr 1803 ist der Reichstag vom I. 1582.,
 insbesondere bei den alten Fürsten, in so
 fern als Norm beobachtet worden, daß,
 ordentlicher Weise von denselben eben die-
 jenigen Stimmen geführt worden sind, wel-
 che sie auf dem Reichstage 1582 geführt haben,
 wenn gleich 1) nachher fürstliche Häuser oder
 Linien derselben, welche 1582 noch gestimmt
 haben, ausgestorben sind, oder 2) nachher ein
 Fürst zur Kurwürde erhoben worden ist, und
 damit eine kurfürstliche Stimme erhalten hat.
 3) Die Stimmen derjenigen fürstlichen Häuser,
 welche schon im I. 1582. erloschen gewesen
 sind, deren Stimmen daher damals nicht mehr
 geführt worden sind, sind auch seitdem nicht
 aufgerufen worden. 4) Eben dieses hat Statt
 gehabt, wenn im I. 1582. ein fürstliches Haus
 nur *eine* Stimmführende Linie ausgemacht, nach
 diesem Jahre aber dasselbe aus mehreren regie-
 renden Linien bestanden hat. 5) Weil vor
 dem Jahre 1582. ein Herr nur *eine* Stimme ge-
 führt

führt hat: so haben die damaligen Kurfürsten nicht auch noch als Fürsten Stimmen im Fürstenrathe abgelegt. 6) Aus diesem Grunde ist auch das Gefuch einiger Stände um die Herstellung alter Stimmen, z. B. Sachsens wegen Meissen und Thüringen, Wirtembergs wegen Teck u. a., für unstatthaft gehalten worden (§. 86.).

§. 94.

Unter einigen alten Fürsten ist der *Rangstreit* wegen der *Ordnung* im Sitzen und Stimmen durch festgesetzte *Abwechselungen* (*Alternationen*) verglichen worden. Insbesondere sind *sechs*, schlechtweg so genannte, *alternirende fürstliche Häuser*: *Pommern*, *Mecklenburg*, *Württemberg*, *Hessen*, *Baden*, und *Holstein*. Weil diese Häuser aus mehreren Stimmführenden Linien theils 1582. bestanden haben, theils noch bestehen: so ist, nach ältern Verträgen von 1576. und 1640. p), endlich 1740. ein *Alternationsrecess* geschlossen worden, worinn *zehn Strophen* oder *Alternationen* der Stimmen, die von Sitzungen zu Sitzungen beobachtet werden sollen, verglichen worden sind q):

Erste

p) *Schmaufs* Corp. iur. publ. S. 721. *Gerstlacher's* Handb. der Reichsges. 4. Th. S. 566.

q) *Schmaufs* a. a. O. S. 1489. *Gerstlacher* a. a. O. S. 572.

Erste Strophe: Vor Pommern. Hinter Pommern. Mecklenburg Schwerin. Mecklenburg Güstrow. Wirtemberg. Hessen Cassel. Hessen-Darmstadt. BadenBaden.; Baden Durlach. Baden Hochberg. Holstein Glückstadt.

Zweite Strophe: M. S. - M. G. - W. - H. G. - B. B. - B. D. - B. H. - V. P. - H. P. - H. D. - H. C.

Dritte Strophe: W. - H. C. - H. D. - B. B. - B. D. - B. H. - M. S. - M. G. - V. P. - H. P.

Vierte Strophe: H. D. - H. C. - H. G. - W. - M. S. - M. G. - V. P. - H. P. - B. B. - B. D. - B. H.

Fünfte Strophe: B. B. - B. D. - B. H. - V. P. - H. P. - H. G. - H. C. - H. D. - M. S. - M. G. - W.

Sechste Strophe: V. P. - H. P. - M. S. - M. G. - W. - B. B. - B. D. - B. H. - H. D. - H. C. - H. G.

Siebente Strophe: M. S. - M. G. - V. P. - H. P. - W. - H. G. - H. C. - H. D. - B. B. - B. D. - B. H.

Achte Strophe: W. - H. G. - B. B. - B. D. - B. H. - H. D. - H. C. - V. P. - H. P. - M. S. - M. G.

Neunte Strophe: H. C. - H. D. - V. P. - H. P. - W. - H. G. - B. B. - B. D. - B. H. - M. S. - M. G.

Zehn-

Zehnte Strophe: B B. • B. D. - B. H. - W. -
H. G. - M. S. • M. G. - H. D. - H. C. - V. P. - H. P.

§. 95.

Der Fürstenrath hat bisher aus zwei Bän-
ken, der geistlichen und weltlichen, bestanden,
worauf die Stimmen, abwechselnd von einer
Bank zur andern, geführt worden sind.

Auf der geistlichen Bank hat, vermöge einer
Anomalie, wegen des behaupteten Rangs nach
den Kurfürsten, 1) Oesterreich 3) mit Burgund,
abwechselnd 5) mit dem Erzbischofen von Salz-
burg, den ersten Platz gehabt. Darauf ist 7) der
Erzbischof von Bisanz aufgerufen worden.
Auf diesen folgten: 9) Hoch- und Deutsch-
meister, 11) Bamberg, 13) Würzburg,
15) Worms (abwechsl. Worms, Würzburg)
17) Eichstädt, 19) Speier, 21) Straßburg, 23)
Kostanz, 25) Augspurg, 27) Hildesheim 29)
Paderborn, 31) Freisingen, 33) Regenspurg,
35) Passau, 37) Trient, 39) Brixen, 41) Basel
(Basel, Brixen), 43) Münster, 45) Osnabrück,
(Osnabr. Münst.) 47) Lüttich, 49) Lübeck (der
ev. Bischof von Osnabrück und Lübeck haben
auf einer Queerbank gesessen.) r), 51) Chur,

53)

53) Fulde, 55) Kempten, 57) Elwangen, 59) Iohanniter Meister, 61) Berchtolsgaden 63) Probstei Weisenburg, 65) Prüm, 67) Stablo, 69) Corvey und endlich noch zwey Kuriatsstimmen, 95) der schwäbischen und 97) der rheinischen Prälaten.

Der westphälische Friedensschluss hat schon die Erzbistümer *Magdeburg* und *Bremen*, die Bistümer *Verden*, *Halberstadt*, *Minden*, *Schwerin*, *Camin*, *Ratzeburg*, und die gefürstete Abtei *Hirschfeld* sekularisirt, und die Stimmen hiervon sind theils im Friedensschlusse, theils auf dem Reichstage 1653. und 1654., theils auf dem noch fortwährenden auf die *weltliche Fürstenbank* versetzt worden s).

§. 96.

Auf dieser sind, auſser den Stimmen der sekularisirten Stifter, die Stimmen der *alten Fürsten* gewesen: 2) Baiern, 4) Magdeburg, 6) Pfalz Lautern, 8) Pfalz Simmern, 10) Pfalz Neuburg, 12) Bremen, 14) Pfalz Zweibrücken, 16) Pfalz Veldenz, 18) Sachsen Weimar, 20) Sach.

s) *W. F.* Art. 10. §. 1. 7. 9. Art. 11. §. 1. 4. 5. 6. 9. Art. 12. §. 1. Art. 15. §. 2. I. I. *Mosers Staatsr.* Th. 36. S. 37. 42. 59.

Sachsen Eisenach, 22) Sachsen Coburg, 24) Sachsen Gotha, 26) Sachsen Altenburg (Cob. Gotha, Alt. Weim. Eisen.), 28) Brandenburg Onolzbach, 30) Brandenburg Culmbach, 32) Braunschweig Zell, 34) Calenberg, 36) Grubenhagen, 38) Wolfenbüttel (W. Z. C. G.), 40) Halberstadt, (1. Strophe): 42) Vor Pommern, 44) Hinter Pommern, 46) Verden, 48) Mecklenburg Schwerin, 50) Mecklenburg Güstrow, 52) Würtemberg, 54) Hessen Cassel, 56) Hessen Darmstadt, 58) Baden Baden, 60) Baden Durlach, 62) Baden Hochberg, 64) Holstein Glückstadt, 66) Sachsen Lauenburg, 68) Minden 70) Holstein Gottrop (nachher Holstein Oldenburg t), 71) Savoyen, 72) Leuchtenberg, 75) Anhalt, 74) Henneberg, 75) Schwerin, 76) Kamin, 77) Ratzeburg, 78) Hirschfeld, 79) Nomeny, 80) Mümpelgard, 81) Arenberg u).

§. 97.

t) G. D. Hoffmann de novo Ducatu Oldenburgico Tub. 1779. 4.

u) Arenberg hat Karl V. in Grafenstand erhoben, und Max. II. hat im J. 1576. die Grafen v. A. zu gefürsteten Grafen gemacht, die letzten, welche mit der Erhebung in Fürstenstand so fort auch eine fürstliche Stimme im Fürstenrathe erhalten haben. I. I. Moser von den Reichsf. S. 608.

§. 97.

Auf die altfürstlichen Stimmen sind die Stimmen derjenigen *neuen Fürsten* gefolgt, welche zwar erst nach dem I. 1582. die fürstliche Würde erhalten haben, jedoch jetzt, nach Vorschrift der neuern Reichsgesetze, dazu gehörig *qualificirt* gewesen, oder doch, daß sie sich noch qualificiren werden, sich *reverfirt* haben, und mit Einwilligung des *Kurfürstenraths*, des *Fürstenraths* und der *Bank*, worinn sie haben aufgenommen werden sollen, *introducirt* worden sind x). Mit dem Erwerbe des Fürsten-

- x) R. A. 1641. §. 97. 98. *Wahlk.* Ferd. IV. Art. 1. R. A. 1654. §. 197. *Wahlk.* Art. 1. §. 5. „Auch „keine Fürsten . . in fürstlichen collegiis an- oder „aufnehmen, sie haben sich dann vorher dazu „mit einem *Immediatfürstenthume* . . genugsam „qualificirt, und mit einem standeswürdigen „*Reichs- und Kammergerichtlichen Matrikularan-* „*schlage* (welcher *beider Erfordernisse halber* in „*comitiis* das Nöthige vorderlamst zu reguliren) „in einem gewissen *Kreise* eingelassen, und ver- „bunden, und über solches alles *neben dem kur-* „*fürstlichen auch dasjenige Kollegium und Bank,* „darinn sie aufgenommen werden sollen, in die „*Admission* ordentlich gewilliget, (1790) also, daß „sothane *Admission* erst nach vollständig bewirk- „ter *Qualificirung* erfolge, am wenigsten aber
selbige

stenstands ist demnach eine fürstliche Stimme nicht mehr sofort und von Rechtswegen verbunden. Sogar soll der Kaiser den neuen Fürsten, ehe sie sich gehörig qualificirt haben, mit keinen Dekreten zustatten kommen y). Ihm ist auch untersagt worden, das Stimmrecht von einer Linie eines fürstlichen Hauses, welche dasselbe zuerst erworben hat, auf eine andere, welche es nicht hergebracht hat, einseitig zu *erstrecken* z).

Die

„selbige von *bloßen Personalisten*, die nicht mit vorbeschriebenen an sich bereits unmittelbaren Besetzungen verfehen sind, Statt finden soll“
Pütter's Litt. 3. Th. §. 1109. Reufs Stkanzl. 12. Th. S. 188. Man s. noch *Wahlk. Art 1. §. 7.*
 „Sodann soll wegen der anno 1654. und zeither aufgenommenen Fürsten und Stände ordnungsmäßiger Qualificirung die Komitialuntersuchung, mittelst eines binnen Jahrsfrist von dem Antritte unserer künftigen Regierung an zu erlassenden kais. Kommissionsdekrets, von uns vorderst zu Stande gebracht werden“. Wegen des *Anspruchs* der *Reichsstädte* s. *Gegenw. Verfassung* der kaiserl. Reg. S. 239. *Pfeff. ad Vit. Tom. 3. S. 265. Moser v. den Reichst. S. 179.*

y) *Wahlk. Art. 22. §. 2.*

z) *Wahlk. Art. 1. §. 6.*

Die neuen introducirten Fürsten sind vor 1803. gewesen: 82) Hohenzollern, 83) Lobkowitz, 84) Salm, 85) Dietrichstein, 86) Nassau Hadamar, 87) Nassau Dillenburg, 88) Auersberg, 89) Ostfriesland, 90) Fürstenberg, 91) Schwarzenberg, 92) Lichtenstein, 93) Thurn und Taxis, 94) Schwarzburg *a*).

§. 98.

Die im Lüneviller Frieden geschehene Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich (§. 27.), die erfolgte Sekularisation der Bistümer und Reichsprälaturen (§. 32.), und die Absicht, noch zu einiger Entschädigung, theils alte Stimmen herzustellen, theils neue einzuführen, hat im I. 1803. eine neue Organisation des Fürstenraths nothwendig gemacht. Der R. D. Hauptschluss vom 25. Febr. 1803. hat daher im §. 32. folgende Virilstimmen im Fürstenrathe und die Aufrufeordnung derselben, nach der 10ten Strophe, verordnet:

1) Oesterreich k., 2) Oberbaiern k., 3) Steyermark k., 4) Magdeburg ev., 5) Salzburg, k.,

a) Die Acten wegen der Introduction derselben liefert I. I. Moser v. d. Reichst. I. B. 4. Kap. in einem Auszuge.

- k., 6) *Niederbaiern* k., 7) *Regensburg* k. (Erzkanzler), 8) *Sulzbach* k. (Baiern), 9) *Hoch- und Deutschmeister* k., 10) *Pfalzneuburg* k., 11) *Bamberg* k. (Baiern), 12) *Bremen* ev., 13) *Meißen* ev. (Kursachf.), 14) *Berg* k. (Baiern), 15) *Wurzburg* k. (Baiern), 16) *Kärnthén* k. (Oesterr.) 17) *Eichstädt* k. (Salzb.), 18) *Sachsen Koburg* ev., 19) *Bruchsal* ev. (Baden), 20) *Sachsen Gotha* ev., 21) *Ettenheim* ev. (Baden), 22) *Sachsen Altenburg* ev., 23) *Konstanz* ev. (Baden), 24) *Sachsen Weimar* ev., 25) *Augsburg* k. (Baiern) 26) *Sachsen Eisenach*, ev. 27) *Hildesheim* ev. (Preussen), 28) *Brandenburg Anspach* ev., 29) *Paderborn* ev. (Preussen) 30) *Brandenburg Bayreuth* ev., 31) *Freisingen* k. (Baiern), 32) *Braunschweig Wolffsenbüttel* ev., 33) *Thüringen* ev. (Kursachf. abwechsl. mit S. Weimar und Gotha), 34) *Braunschweig Zelle*, ev., 35) *Passau* k. (Baiern), 36) *Br. Kalenberg* ev., 37) *Trient* k. (Oesterr.), 38) *Br. Grubenhagen* ev., 39) *Brixen* k. (Oesterr.), 40) *Halberstadt* ev., 41) *Krain* k., 42) *Baden Baden* ev., 43) *Württemberg - Teck* ev., 44) *Baden Durlach* ev., 45) *Osnabrück* ev. (Kurbraunschw.) 46) *Verden* ev., 47) *Münster* ev. (Preussen), 48) *Baden Hochberg* ev., 49) *Lübeck* ev. (Oldenb.), 50) *Württemberg* ev., 51) *Hanau* ev., 52) *Holstein Glückstadt* ev., 53) *Fulda* ev. (Oranien), 54)

54) *Holstein Oldenburg* ev., 55) *Kempten* k. (Baier), 56) *Mecklenburg Schwerin* ev., 57) *Ellwangen* ev. (Würtemb.), 58) *Mecklenburg Güstrow* ev., 59) *Malthefer Orden* k., 60) *Hessen Darmstadt* ev., 61) *Berchtolsgaden* k. (Salzb.) 62) *Hessen Cassel* ev., 63) *Westphalen* ev. (Darmst.), 64) *Vorpommern* ev., 65) *Holstein Plön* ev., 66) *Hinterpommern* ev., 67) *Breisgau* k. (Modena), 68) *Sachsenlauenburg* ev., 69) *Korvey* ev. (Oranien), 70) *Minden* ev., 71) *Burggraf von Meissen* ev. (Kurfachf.), 72) *Leuchtenberg* k. (Baier), 73) *Anhalt* ev., 74) *Henneberg* ev., 75) *Schwerin* ev., 76) *Kamin* ev., 77) *Ratzeburg* ev., 78) *Hirschfeld* ev., 79) *Tyrol* k. (Oesterr.), 80) *Tübingen* ev. (Würtemb.), 81) *Querfurt* ev. (Kurfachf.), 82) *Aremberg* k., 83) *Hohenzollern Hechingen* k., 84) *Fritzlar* ev. (Hessenkaf.), 85) *Lobkowitz* k., 86) *Salm Salm* k., 87) *Dietrichstein* k., 88) *Nassau Hadamar* ev., 89) *Zwiefalten* ev. (Würtemb.), 90) *Nassau Dillenburg* ev., 91) *Auersberg* k., 92) *Starken- burg* ev. (Darmst.), 93) *Ostfriesland* ev., 94) *Fürstienberg* k., 95) *Schwarzenberg* k., 96) *Göttingen* ev., 97) *Mindelheim* k. (Baier), 98) *Lichtenstein* k., 99) *Thurn und Taxis* k., 100) *Schwarzburg* ev., 101) *Ortenau* k. (Modena), 102) *Aschaffenburg* k., 103) *Eichsfeld* ev. (Preussen), 104) *Braunschw. Blankenburg* ev., 105)

Stargard ev. (Strelitz), 106) *Erfurt* ev. (Preufs.)
 107) *Nassau Usingen* ev., 108) *Nassau Weilburg*
 ev., 109) *Hohenzollern Sigmaringen* k., 110)
Salm Kirburg k., 111) *Fürstenberg-Baar* k.,
 112) *Schwarzenberg Klettgau* k., 113) *Taxis*
Buchau k., 114) *Waldeck* ev., 115) *Löwenstein*
Werthheim k., 116) *Oettingen Spielberg* k.,
 117) *Oettingen Wallerstein* k., 118) *Solms*
Braunfels ev., 119) *Hohenlohe Neuenstein* ev.,
 120) *Hohenlohe Waldenburg Schillingsfürst* k.,
 121) *Hohenlohe Waldenburg Bartenstein* k., 122)
Isenburg Birstein ev., 123) *Kaunitz Rittberg* k.,
 124) *Reufs Plauen Graiz* ev., 125) *Leiningen*
 ev., 126) *Ligne* k., 127) *Loos* k. Dem Für-
 stenrathe ist die Beibehaltung der zwei Bänke,
 wenn er es für rathsam finde, überlassen wor-
 den b).

§. 99.

b) Weil die Zahl der *evangelischen* fürstlichen Stim-
 men die der *katholischen* mit 23. überstiegen hat,
 hat der Kaiser in dem Dekrete vom 27. Apr.
 1803. die *Ratification* des §. 32. des D. S.,
 in so ferne derselbe eine Vermehrung der fürst-
 lichen Stimmen enthält, *suspendirt*. Daß er hier-
 zu nicht berechtigt gewesen sey, und der §. 32,
 in Ansehung dieses Puncts, der kaiserl. Ratifica-
 tion nicht bedürfe, ist schon §. 87. bemerkt
 worden.

Seit

§. 99.

Demnach ist 1) die Reichstagsverfassung vom I. 1582. oder doch die von 1653. und 1654., in

Seit 1803. haben sich jedoch manche *Veränderungen* mit den Besitzern einzelner Länder und Stimmen ereignet. Hierher gehören der 8. 10. 11 und 12te Art. des *Pressburger Friedens*. Im 8ten ist enthalten: „S. M. *l'Empereur d'Allemagne* „*et d'Autriche* tant pour lui, les héritieres et successeurs, que pour les princes de sa maison . . „*cede et abandonne* a S. M. le *Roi de Bavière* „le Margraviat de *Burgau* et ses dependances, la „principauté d'*Eichstädt*, la partie de territoire „de *Passau*, appartenant a S. A. R. l'electeur de „Salzbourg, et situe entre la Boheme, l'Autriche, „le Danube et l'Inn; le comté de *Tyrol*, y compris les principautés de *Brixen* et de *Trente*; les „sept seigneuries du *Voralberg* avec leurs enclaves; le comté de *Hohenems*, le comté de „*Königsegg-Rothenfels*, les Seigneuries de *Tettnang* et *Argen*, et la ville et territoire de *Lindau*. „— A. S. M. le Roi de *Würtemberg* . . . la „partie du *Brisgau* faisant enclaves dans les possessions Wurtembergeoises, et situe a l'est d'une „ligne tirée du *Schlegelberg* jusqu'a la *Molbach* „etc. A. S. A. S. l'electeur de *Bade*, le *Brisgau* „(a l'exception de l'enclave et des portions séparées ci-dessus designées), l'*Ortenau* et leur „dependances.

in Ansehung der Stimmen der alten Fürsten, übrigens noch die Regel geblieben c). 2) Diese Stimmen sind ferner nicht mehr veränderlich und wandelbar, wenn auch in der Folge ein fürstliches Haus aus mehreren oder wenigern Linien, als jetzt, bestehen, oder auch ganz erlöschen, und ein anderes Haus in dem Lande succediren sollte. 3) Die jetzt nicht hergestellten Stimmen von den, vor 1582. ausgegangen, fürstlichen Häusern sind erloschen. 4) In Ansehung dieser kann das Stimmrecht nicht als ein *ius merae facultatis* mehr angesehen werden d). 5) Weil die ältere Verfassung, wonach ein jeder Theilnehmer eines fürstlichen Landes eine eigene Stimme gehabt hat, seit 1582 über-

„pendances, la ville de *Constance*“, etc. Dazu ist bereits die Abtretung des Fürstenthums *Anspach* an *Baiern*, der Herzogthümer *Cleve* und *Bergen* an den Prinz, *Murat* gekommen u. s. w.

c) I. I. *Moser* (§. 86. Not. q.) I. *Ulr. Röder* von den herzoglich sächsischen Reichstagsstimmen etc. *Hildb.* 1779. 4. I. I. *Moser's* Lebensgesch. 4. Th. S. 199.

d) *Griebner* de iure suffragandi usu intermisso non pereunte. In d. sel. opusc. iur. publ. Tom. 4. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 938. f. *Das. Klüber.* I. I. *Moser* von den Reichst. S. 623, f.

überhaupt aufgehört hat (§. 86.), so wird auch in der Folge die Stimme eines neu fürstlichen Hauses mit mehreren Linien desselben nicht vervielfältigt.

§. 100.

Der *Fürstenrath* befindet sich, ausser dem kollegialischen Verein zur Ausübung der Reichsstandschaft, in keiner allgemeinen und beständigen *Verbindung*; jedoch fehlt es nicht an besondern Fürstenvereinen und Bündnissen e).

§. 101.

Die vier *Kuriatstimmen* 128) der *schwäbischen*, 129) der *Wetterauischen*, 130) der *fränkischen*, und 131) der *westphälischen Grafen* sind noch die letzten Stimmen im Fürstenrathe geblieben f). 1) In diesen Kollegien haben

e) *Gerstlacher's Handb. der Reichsges. 4. Th. S. 585. f.*

f) *R. D. S. v. 1803. §. 24.*, worinn, nebst anderm verordnet ist: „die Stimmrechte derjenigen entschädigten Reichsgrafen, deren Verlust in einem reichsunmittelbaren Gebiete, welches zu Reichs- und Kreisprästanden beigetragen, be-

„stan-

ben Sitz und Stimme α) *alte Reichsgrafen*, sie mögen von ursprünglich *gräflichen* oder *dynastischen* Geschlechtern abstammen. Der Erwerb des Fürstenstandes erhebt allein nicht zur fürstlichen Virilstimme (§. 97.). Darinn sind β) auch *neue Grafen*, welche Reichsgesetzmässig qualificirt und aufgenommen worden sind γ). Auch sind Kurfürsten und Fürsten wegen der Reichsgraffschaften und Herrschaften, welche sie besitzen,

„standen, und die zugleich eine Stimme oder
„Antheil daran auf Reichs- und Kreistagen ge-
„habt haben, nämlich der Grafen von *Aspermont*,
„*Bässenheim*, *Metternich*, *Ostein*, *Plettenberg*,
„*Quadt*, *Schäsberg*, *Sinzendorf*, *Sternberg*,
„*Törring* und *Wartenberg*, werden auf ihre
„*neuen Besitzungen radicirt*.”

δ) *Wahlk. Art. I. §. 5.* „Auch keine . . *Grafen*
„und *Herrn* in . . *gräflichen collegiis* an- oder
„aufnehmen, sie haben sich dann vorher dazu
„mit . . respective *Graf- oder Herrschaft* ge-
„nugsam qualificirt“ u. s. w. (§. 97. Not. x.) *Art.*
„3. §. 21. „*Reichsgrafen und Herrn*, die im
„*Reiche Sessionem et votum haben* (1764.) und
„als solche von *Kurfürsten, Fürsten und Ständen*
„bei der *Reichsversammlung* angesehen und er-
„kannt werden“. v. *Lynker Wahlk. Ios. II. S.*
158.

sitzen, Mitglieder des einen, oder andern Kollegiums. 2) Jedes Grafenkollegium macht auch, ohne Beziehung auf die Reichsstandschaft, ein besonderes, mit allen kollegial Befugnissen versehenes, Korpus aus. Insbesondere hat jedes das Recht, neue Mitglieder in die Verbindung aufzunehmen, obgleich diese zur Theilnahme an der reichsständischen Stimme nicht gehörig qualificirt sind (*Personalisten*). 3) Es gibt besondere *Vereine* einzelner Grafenkollegien, auch ist 1743 ein *allgemeiner Grafenverein* zu Stande gekommen, und die kaiserliche Bestätigung desselben ausgewirkt worden *h*). 4) Jedes Grafenkollegium ist mit einem besondern *Direktorium* versehen: im *wetterauischen* ist ein Direktor nebst vier Zugeordneten (*adiuncti*), welche alle drei Jahre gewählt werden; im *schwäbischen* werden die zwei Direktoren und vier Zugeordneten auf ihre Lebenszeit gewählt; in dem *fränkischen* wechselt das Direktorium alle drei Jahre nach dem Alter. In dem *westphälischen* Kollegium wählt, vermöge eines Vergleichs zwischen Neuwied und Metternich vom

h) *Gerstlacher's* Handb. d. Reichsges. 4. Th. S. 673. f. auch die daselbst befindliche Anmerk. wegen der *Ausfertigung* der Bestätigungsurkunde.

vom Jun. 1784., jeder Religionstheil seinen Direktor i). Wenigstens seit 1705 ist zu Zeiten ein katholischer Kondirektor im Kollegium gewesen k). 5) Der Religion nach ist das Wetterauische Kollegium unstreitig evangelisch und das schwäbische katholisch. Wegen der Religionseigenschaft des fränkischen und westphälischen Kollegiums ist seit dem I. 1774 ein betrübter Streit ausgebrochen, wegen dessen die letzte Kammergerichtsvisitation gesprengt worden, und der Reichstag fünf Jahre lang unthätig gewesen ist. Die Thätigkeit desselben ist am 10. Jan. 1805. durch ein Temperament wiederhergestellt worden, wornach das fränkische bis zur endlichen Entscheidung für evangelisch, und das westphälische für gemischt gehalten wird, und im letzterem eine Alternirung der Gesandten desselben von beiden Religionen nach den Materien statt hat l).

§. 102.

i) *Reufs* Staatsk. 7. Th. S. 407.

k) *Moser* v. d. Reichst. S. 947. f. v. *Ebersteins* Abh. von der Religionseigenschaft der Reichstagsstimmen S. 180.

l) Schriften bei dem §. 85. Note p).

§. 102.

III. Von den ehemaligen ein und funfzig Reichsstädten, die *Elfsassischen* nicht mitgerechnet, welche auf zwei Bänken, der *rheinischen* und *schwäbischen*, abwechselnd, gestimmt haben, hat der Städterath seit 1803 aus den sechs Städten: *Augsburg*, *Lübeck*, *Nürnberg*, *Frankfurt*, *Bremen* und *Hamburg* bestanden. Die übrigen sind in dem R. D. Hauptchlufs von 1803., und in dem *Pressburger* Frieden ist auch noch *Augsburg* m) mediatifirt worden (§. 23.) Die Reichsstandschaft ist ein *städtisches Recht*, welches vom Magistrate, verfassungsmässig, verwaltet wird. Der *Religion* nach, ist daher *Augsburg* noch eine *gemischte* Reichsstadt gewesen, die übrigen sind *evangelische* Städte, deren reichsständische Stimmen evangelisch sind n). Der

m) Art. 13. „S. M. le Roi de *Bavière* pourra occuper la ville d'*Augsbourg* et son territoire, les réunir a les etats et les posseder en toute propriété et souveraineté . . et S. M. l'Empereur d'*Allemagne* et d'*Autriche* s'engage a n'y mettre aucune opposition“.

n) Die Bestimmung der Religionseigenschaft der Stimme kann nicht von der Willkühr des Magistrats abhängen. Zwischen diesem und den höhern Reichs-

Der *Aufruf* geschieht, vermöge des städtischen Schlusses vom 4. Mai 1803., nach der in dem R. D. S. 1803. angenommenen *Ordnung*, jedoch wird diejenige Stadt zuerst aufgerufen, welche darnach auf die aufrufende unmittelbar folgt.

§. 103.

Den Reichsständen kommt im Reiche, um ihre reichsständische Gerechtsame auszuüben, und andere Angelegenheiten zu wahren, das *Gesandtschaftsrecht* zu o). In Ansehung der reichsständischen Gesandtschaften überhaupt ist daher das gemeine Völkerrecht von der *Immunität* der Gefandten in Anwendung zu bringen.

Reichsständen ist hier ein auffallender Unterschied. *Meister's* Versuch einer Bestimmung der Grundsätze, wornach die Religionsbeschaffenheit der Reichstagsstimmen zu beurtheilen ist §. 24. v. *Eberstein* a. a. O. S. 81. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 970. f. u. *Klüber*.

o) *Wahlk.* Art. 23. §. 2. „Allen des h. R. Kurfürsten, Fürsten und Stände so wohl, als ihren „*Botschaftern* und *Gesandten* (die von der freien „R. Ritterschaft *Abgeordnete* mitbegriffen) jeder- „zeit schleunige Audienz und Expedition erthei- „len“. G. B. (§. 66. Not. u.) R. A. 1498. §. 59. „1535. §. 47.

gen p). Dem ausschließlichen Rechte der Kurfürsten, *Gesandte vom ersten Range* zu schicken (§. 66.), und dem Vorzuge eines kurfürstlichen Botschafters vor einem Fürsten in Person wird jedoch

p) *Wahlk.* Art. 25. §. 7. „Der Stände Gesandte, Residenten und Agenten von Unserm Hofmarschallamte, Unserer Landesregierung und andern Gerichten und Beamten Jurisdiktion, auch so viel die Obfignation, Sperrung, Inventur, Editionen der Testamente, Versorgung ihrer Kinder und deren Tutelen und dergleichen betrifft . . . befreyt seyn. (1790) Wie dann auch der Stände Gesandte, Residenten, Geschäftsträger und Angehörige, die nicht besonders bey dem R. Hofrathe zu allda anhängigen Processen legitimirt sind, von aller Jurisdiktion nicht nur, wie vorgedacht, des Hofmarschallamts, und aller erbländischen Gerichtsstellen, sondern auch des R. Hofraths gänzlich befreyt seyn und verbleiben sollen“. *Reufs Staatsk.* 1. Th. S. 266. 2. Th. S. 224. 392. 3. Th. S. 422. f. 15. Th. S. 409. f. 20. Th. S. 452. Wahlprot. 1790. 2. Bd. S. 84. *Reufs* Ded. u. Urkl. 1. Th. S. 159. f. F. C. Häberlin's Nachrichten von den bei der Reichsverf. u. d. R. Gerichten erschein. Schriften 1. St. S. 82. f. Von der Freiheit der Wittwe eines Gesandten I. I. Moser Abh. verschied. Rechtsmat. 6. St. N. 7. Pütter's Litt. 3. Th. §. 1005 — 1008. Ebendaf. Klüber.

jedoch von den Fürsten widersprochen q). Die Gesandten der *Reichsgrafen* werden *Bevollmächtigte*, und die der *Reichsstädte* *Deputirte* genannt, und, was das Ceremoniel betrifft, als solche, behandelt.

§. 104.

Das *Direktorium* versteht 1) bei dem *Korpus der Reichsstände* (*Reichsdirektorium*) der *Kurfürst Erzkanzler*, vermöge des *Erzkanzler-Amts*. Wenn der *Erzstiftische Stuhl* ledig ist, hat daher dessen *Kapitel* keinen Anspruch darauf. 2) Der *Kurfürst Erzkanzler* führt auch im *kurfürstlichen Kollegium*, als *erster Stand* desselben, das besondere *Direktorium*, und stimmt zuletzt. Hiervon kann daher das *Erzstiftische Domkapitel*, während des erledigten *erzbischöflichen Stuls*, nicht ausgeschlossen werden r). 3) Im *Fürstenrathe* dirigiren *Oesterreich* und *Salzburg* abwechselnd nach den *Materien*

q) *Wahlk. Art. 3. §. 19.* „mögen und sollen zwar „dieselben (königl. Gesandte) den kurfürstlichen „Gesandten, diese aber allen andern auswärtiger Republiken Gesandten, und auch den Fürsten in Person ohne Unterschied vorgehen.“

r) *Arg. des W. F. Art. V. §. 21. Pütter a. a. O. §. 1040. Das Klüber.*

terien s). Es giebt daher hier ein *directorium agens* und *quiescens*. Wenn das erstere an dem Tage des Vortrags auch den Vorsitz hat, so legt es gleich nach dem Vortrage seine Stimme ab.

4) Das Direktorium im *Städterathe* wechselt nach dem Vertrage vom 4. Mai 1803. von zwei zu zwei Jahren, und die Direktorialstadt legt ihre Stimme zuletzt ab. Die Stadt Hamburg hat dasselbe in dem gedachten Jahre zuerst übernommen.

Die *Direktorialverrichtungen* sind überhaupt:

1) die bei dem Direktorium angebrachte Sache zur *Diktatur*, 2) in Ansfage, und 3) in Vortrag zu bringen, 4) die Stimmen aufzurufen, 5) daraus den Schluß abzufassen, 6) das Protokoll zu führen, 7) die Schlüsse allenfalls mitzutheilen und an die Behörden zu besorgen, und 8) die Akten unter der gehörigen Aufsicht zu haben und aufzubewahren. Die *Diktatur* besteht darin, daß der DirektorialLegationssekretär den Kanzellisten der übrigen Gesandtschaften, an dem hierzu bestimmten Orte, und zur bestimmten Stunde, die, dem Direktorium eingehändigten, Schreiben entweder in die Feder diktirt, oder gedruckt austheilt. Auf die Schrei-
ben

s) R. D. S. 1803. §. 32 1).

ben wird der Diktaturakt mit: *Dictatum N. d. m. a. per* - - bemerkt. Dadurch wird das Schreiben ein Aktenstück des reichsständischen Korpus. Der *Kurfürst Erzkanzler* verrichtet, vermöge des Reichsdirektoriums, die allgemeine und Reichsdiktatur (Reichsdiktator) t). Sie wird bemerkt mit: *Dictatum Ratisbonae d. mens. an. per Archicancellarium*. Derselbe hat jedoch keine ganz freie Befugniss. etwas zur Diktatur zu bringen, oder diese zu versagen u).

§. 105.

t) *Wahlk.* Art. 13. §. 6.

u) *Wahlk.* a. a. O. §. 7. „Noch daran hinderlich
 „seyn, daß die in dergleichen Sachen eingege-
 „benen Memorialien, wenn dieselben anderst
 „mit gehöriger Ehrerbietung und ohne unziem-
 „liche harte Ausdrücke (worüber jedoch, wenn
 „sich deshalb einiger Anstand findet, das Reichs-
 „direktorium mit dem kurfürstlichen Kollegium
 „vorgängige Kommunikation und Beredung zu
 „pflegen, und darnach zu verfahren hat) ein-
 „gerichtet sind, vorderst zur Diktatur ge-
 „bracht, und den Ständen auf solche Weise
 „kommuniziert werden. (Der Fürstenrath hat
 „seinen Widerspruch wider die hier ausgezeich-
 „nete Stelle, wie *Pütter* in der hist. Entwick.
 „3. Th. S. 92. behauptet, nicht fallen gelassen.)
 „§. 8. „vielmehr darob besonders halten, daß
 von

§. 105.

Der Kurfürst *Erzkanzler* hat, vermöge des *Erzkanzleramts*, auch das *Reichshauptarchiv* in seiner *Verwahrung* und *Aufsicht* x).

Das *Erzkanzleramt* ist demnach nicht allein ein wichtiges *Reichshofamt* (§. 59.), sondern auch ein *gemeines Reichsamt* y).

„von demselben die bei dem Reichskonvente
„einkommenden gravamina und desideria statuum
„nach der von dem Reichsdirektorium gesche-
„henen und unter keinerlei Vorwande zu verwei-
„gernden oder zu verzögernden, sondern sofort
„zu verfügenden Diktatur von besagtem Reichs-
„direktorium nach vorgängiger herkömmlicher
„und gebührender Verlaßnehmung längstens in-
„nerhalb zwei Monate, oder, wo periculum in
„mora ist, noch eher zur Proposition und Berath-
„schlagung gebracht werden“.

x) *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1015. Ebend. *Klüber*.
I. I. *Moser* vom röm. Kayser. S. 531. f.

y) Io. Mich. *Wagner* diss. de archicancellariatu ac
directorio in comitiis imperii . . electori mog.
competente, Erf. 1746.

Fünftes Hauptstück,

V o m R e i c h s t a g e.

§. 106.

Der *Reichstag* (*comitia imperii universalia*, *comitia imperii simpliciter*) ist, bei besetztem Kaiserthron, eine Versammlung des Kaisers oder dessen Kommission und der Stände oder deren Gesandten, um solche Reichsgeschäfte zu verrichten, wobei die Beistimmung und Einwilligung der Stände erforderlich ist. Der *Kaiser* hat darauf das Vortrags- Ratifikations- und Verkündigungsrecht, und die *Stände* haben ihr freies Beistimmungs- und Einwilligungsrecht auszuüben. Der Kaiser und die Stände machen also den Reichstag aus 2).

§. 107.

2) *Pütters Litt. 3. Th. §. 1016. f. Das. Klüber. v. Bülow über Geschichte und Verfassung des gegenwärtigen Reichstags 1792. 8.*

Es giebt Reichstagsgeschäfte, wobei nicht *aller* Stände, nemlich auch der *Reichsstädte*, Konkurrenz erforderlich ist, obgleich diese dabei zur Regel gehört. R. D. S. 1803. §. 27. u. a. *W. F. Art. 8. §. 2.*

§. 107.

Der *Kaiser* hat das Recht, den Reichstag *auszuschreiben*; jedoch ist er verpflichtet, 1) dieses mit Konsens der *Kurfürsten* zu thun, 2) sich auch mit diesen, vor der Ausschreibung, wegen der *Zeit* und des *Orts* zu vergleichen. 3) Der Reichstag kann nur in *Deutschland* gehalten werden. 4) Wenn der gegenwärtige Reichstag dereinst ein Ende nehmen sollte, soll wenigstens alle *zehn Jahre* ein Reichstag ausgeschrieben werden. 5) Der gegenwärtige Reichstag ist also vermöge der *Konstitution* nicht *fortwährend* a). 6) Bei der *Verlegung*

N 2

des

Den *Kaiser* schliessen theils die Vertheidiger der monarchischen, theils die Vertheidiger der aristokratischen Regierungsform des Reichs, aus ganz entgegengesetzten Gründen, von dem Begriffe des Reichstags aus.

a) *Wahlk.* Art. 13. §. 1. „Sollen und wollen Wir, „wenn dermaleins die *comitia* cessiren sollten, „wenigstens alle *zehn Jahre*, und sonst, so oft „es die Sicherheit und Zustand des Reichs, oder „einer Kreise Nothdurft erfordert, mit *Konsens* „der *Kurfürsten*, oder da Uns die *Kurfürsten* „darum anlangen und erinnern, einen allgemei- „nen Reichstag *innerhalb* des Reichs deutscher „Nation

des Reichstags von einem Orte an den andern gehört die Frage: *ob?* zum reichstagigen Beschlusse *b)*, die Frage: *wohin?* ist von dem Kaiser und den Kurfürsten zu bestimmen *c)*. Nach der G. B. soll der Kaiser seinen ersten Reichstag in Nürnberg halten *d)*.

Die kaiserlichen Ausschreiben sind an alle Reichsstände zu erlassen; 1) bei der Erledigung der geistlichen Prälaturen werden die *Kapitel* berufen: 2) während der Minderjährigkeit der weltlichen Stände ergeht das Ausschreiben an den *vormundschaftlichen Landesregenten*, und 3), wenn in einem Hause das Erstgeburtsrecht eingeführt ist, an den *regierenden Herrn*. 4) Wenn mehrere Herrn ein Land *ungetheilt* besitzen:

„Nation halten, und also Uns mit denselben jedesmal vor der Ausschreibung sowohl der eigentlichen *Zeit*, als der *Mahlstatt* vergleichen.“

W. A. Rudloff diss. de litteris convocatoriis ad comitia Goett. 1767.

b) Arg. d. *Wahlk.* Art. 16. §. 3.

c) S. die Stelle der *Wahlk.* in der vorherg. Note *a)*
a. E. I. I. *Moser* v. d. Reichstagen 2. Th. 42. Kap.

d) G. B. Cap. 28. §. 5. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1018. I. I. *Moser* a. a. O. 1. Th. S. 38. §. 8.

sitzen: so werden die sämmtlichen Theilhaber in einem Schreiben berufen, haben sie aber das Land *getheilt*: so erhält jeder regierende Herr ein *besonderes*. 5) Ein solches bekömmt auch jeder *Reichsgraf* e).

§. 108.

Der *Kaiser* *erscheint* allenfalls im Anfange und am Ende des Reichstags in *Person* darauf. Während desselben hält er eine *Kommission* daselbst f), welche aus dem Prinzipalkommisarius und Konkommisarius besteht. Der *Prinzipalkommisarius* soll ein Reichsfürst seyn g). Er repräsentirt eigentlich den Kaiser: an ihn wird gerichtet und erstattet, was von dem Reichstage an den Kaiser zu bringen ist, und durch

e) Wilh. Aug. Rudloff a. a. O. §. 12. f. 25. f. Insbesondere wegen der Kapitel f. *W. Fr.* Art. 5. §. 21.

f) *Wahlk.* Art. 13. §. 2. I. I. Moser a. a. O. I. Th. S. 68.

g) Arg. des R. A. 1543. §. 17. „kaiserlicher Majestät verordneten Commisarien, so *Fürsten des Reichs* seyn sollen“, wo vom Moderationstage, der jedoch an sich ein Reichstag ist, geredet wird. *Votum com. Evang.* von 1717. wegen der Titulatur, wenn der Ppalkommisarius zugleich röm. Kardinal ist.

durch ihn gelangt, ordentlicher Weise, an den Reichstag, was vom Kaiser dahingelangen soll. Bei ihm kann auch von Einzelnen angebracht werden, was in Reichstagsfachen bei dem Kaiser anzubringen ist. Ueberdies ist er noch der Honneurs wegen da, hat den Rang vor allen Gesandten, auch andern kaiserlichen Bottschaftern. Die Legitimation desselben geschieht durch ein kaiserliches Kreditiv und eine Vollmacht, die er dem Reichsdirektorium durch einen Kavalier zuschickt. Ienes bringt das *Kreditiv* zur Reichsdiktatur. Der *Konkommisarius* wird, der eigentlichen Geschäfte wegen, noch vom Kaiser ernannt; in dessen Wohnung befindet sich daher auch die *Kommissionskanzlei*. Er gehört zu den Gesandten vom ersten Range, und wird entweder zugleich durch das Kreditiv des Prinzipalkommisarius, oder durch ein eigenes legitimirt, welches das Reichsdirektorium durch die Diktatur mittheilt h).

§. 109.

h) Wallr. Chr. *Ackermann* diss. de commissione caesarea in comitiis imp. Arg. 1709. 1746. I. I. Moser a. a. O. 6. u. 7. Kap.

§. 109.

Die *Reichsstände* erscheinen heut zu Tage durch *Gesandten*, insbesondere schicken die *Kurfürsten Botschafter* dahin. Vermöge der Natur der *Kuriatstimme* wird der *reichsgräfliche Bevollmächtigte* von dem gräflichen *Direktorium* abgeschickt und unmittelbar instruiert i). Die *Religion* des Gesandten entspricht, ordentlicher Weise, der Religionseigenschaft der Stimme k). Der Erzkanzlersche *Direktorialgesandte* legitimirt sich bei dem Prinzipalkommissarius durch eine *Vollmacht*, welche dieser dem Reichstage durch ein Dekret bekannt macht. Die übrigen *Reichstagsgesandten* der Reichsstände legitimiren sich durch eine Vollmacht bei dem Reichsdirektorium. Zur Diktatur werden jedoch die Vollmachten nicht gebracht, sondern die Direktorien zeigen die geschehenen

Legi-

i) G. D. *Hoffmann* diss. utrum votum comitum personale sit nec ne?

k) v. *Ebersteins* Abh. v. d. Religionseigenschaft der Reichstagsstimmen S. 41. v. *Selchow* elem. iur. publ. §. 211. *Etwas* über die Substitution der Reichstagsgesandten 1801. *Gespräch* im Reiche der Todten . . über die neue kürpfälzische Substitution. 1801.

Legitimationen in den Reichskollegien an. Die Vollmachten pflegen die *Substitutionsklausel* zu enthalten.

§. 110.

Zur Führung des Protokolls und zur Aufsicht über das Gesandtschaftsarchiv, werden mit den Gesandtschaften noch *Gesandtschafts Sekretäre*, und, der Ausfertigungen wegen, *Kanzellisten* geschickt. Alle Gesandtschaftsprotokolle haben daher vollen und öffentlichen Glauben. Wenn jedoch der Gesandte fehlt: so kann der GesandtschaftsSekretär nicht erscheinen und die Stimme führen. Die GesandtschaftsSekretäre werden durch Scheine der Gesandten *legitimirt*. Diese bringen die *kurfürstlichen* dem Reichsdirektorium, ihre Legitimation wird auch von demselben zum Protokoll angezeigt, und sie werden von dem Reichsdirektorium und ihren Gesandten eingeführt. Die *fürstlichen* Legations-Sekretäre legitimiren sich 1) bei dem Reichsdirektorium, 2) bei den fürstlichen Direktorien, 3) diejenigen, deren Prinzipalen an dem Verträge vom 22sten Febr. 1731. Theil haben, legitimiren sich auch bei dem Kurfächsischen Komitialgesandten. Diese Legitimationen werden aber nicht zum Protokoll angezeigt. Die
Sekre-

Sekretäre werden auch nur von den Gesandten eingeführt. Die *reichsstädtischen* Legations-Sekretäre haben sich jetzt bei dem Reichs- und städtischen Direktorium zu legitimiren, und dieses hat seinen Sekretär dem Kollegium bekannt zu machen. Die *Kanzellisten* legitimiren sich zur Diktatur bei dem Reichsdirektorium durch einen gefandschaftlichen Schein.

§. III.

Auf dem Reichstage erscheint auch der *Reichserbmarschall*, oder hält doch ein *Erbmarschallamt* darauf, welches aus dem Reichsquartiermeister, dem ErbmarschallAmtsverweser, einem Registrator, zwei Kanzellisten von beiden Religionen und dem Reichsprofosse besteht. Es gehört zu den Erz- und Erbmarschallischen Rechten, auch auf dem Reichstage, mit Zuziehung der Stadt, das Einführen zu besorgen, polizeiliche Anstalten zu treffen, die Gerichtsbarkeit über die, auf dem Reichstage befindlichen, Personen auszuüben und die fremden Juden darauf zu vergleiten *l)*. Iedoch stehen

l) Vermöge des Vergleichs zwischen dem Reichserbmarschallen und den Reichsstädten von 1614.

hen die *Gesandtschaften* mit ihren Suiten nicht unter der Iurisdiktion des Erbmarschalls m).

§. 112.

Der Reichstag wird durch die kaiserliche *Proposition* eröffnet, welche der *Kaiser* sobald nach erschienenem Termine thun, oder zum längsten nicht über vierzehn Tagen aufhalten lassen soll n). Was in der Folge vom Kaiser an den Reichstag zur reichsständischen Berathschlagung oder in Beziehung auf dieselbe gelangt, gelangt durch kaiserliche *Dekrete* dahin. Wenn dieselbe von der kaiserlichen Kommission dem Reichstage bekannt gemacht werden, werden sie *Kommissionsdekrete* genannt o). Gehen sie aber vom kaiserlichen

(§. 60. Note z.). In diesen ist jetzt der Reichserzkanzler, als Landesherr der ehemaligen Reichsstadt Regensburg, getreten.

m) Arg. der *Wahlk.* Art. 25. §. 7. (§. 103. Note p.).

n) *Wahlk.* Art. 13. §. 2.

o) Die *Formel* ist: „Von der Römisch-Kaiserlichen Majestät Franz des Zweiten, unsers Allergnädigsten Kaisers und Herrn Herrn zur gegenwärtigen allgemeinen Reichsversammlung verordneter höchstansehnlicher Kaiserlicher Prinzipal-Commissarius, Herr Karl Alexander, des heiligen

lichen Hofe unmittelbar an den Reichstag, so heißen sie *Hofdekrete* p). Das Letztere geschieht

„ligen Römischen Reichs Fürst von Thurn und
 „Taxis, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer,
 „Graf zu Valsassina geben den allhier ver-
 „sammelten, des heiligen Römischen Reichs
 „Kurfürsten, Fürsten und Ständen vortreflichen
 „Räthen, Bothschaftern und Gesandten hiermit
 „zu vernehmen:

Inhalt des kaiserlichen Dekrets.

„Es verbleiben übrigens des Höchstansehnlichen
 „Kaiserlichen Herrn Prinzipalkommisarius Hoch-
 „fürstliche Gnaden den allhier versammelten vor-
 „treflichen Räthen, Bothschaftern und Gesand-
 „ten mit freundlichen, auch geneigten und gnä-
 „digem Willen beständig wohl zugethan. Signa-
 „tum Regensburg den 27. April 1803.

L. S. „Karl, Fürst von Thurn und Taxis mppr.

„Dem Hochlöblichen Kurerzkanzlerischen Reichs-
 „directorio einzuhändigen,

p) Die *Aufschrift* derselben ist: „Von der Römisch-
 „kaiserl. Maj. Franz II. unsers Allergnädigsten
 „Herrn wegen denen bey gegenwärtig allgemei-
 „ner Reichsversammlung anwesenden des h. R. R.
 „Kurfürsten, Fürsten und Ständen vortreflichen
 „Räthen, Bothschaftern und Gesandten hiermit
 „in Gnaden anzufügen.

schiebt in Ermangelung des Prinzipalkommissarius auf dem Reichstage. Die Stände sind jedoch bei ihrer Berathschlagung an die Ordnung der, in der Proposition, oder in den Dekreten enthaltenen Punkte, nicht gebunden.

§. 113.

Außer dem Kaiser können auch Reichsstände und andere, sowohl aus dem Reiche, als auch Fremde, und bei dem Reichstage ak-

Inhalt des Dekrets.

„Es verbleiben übrigens Ihre Kayserl. Majestät
 „des h. R. R. Kurfürsten, Fürsten und Stände
 „fürtrefflichen Räthen, Bothschaftern und Gefand-
 „ten mit kaiserlichen Gnaden wohl- und gewo-
 „gen. Signatum zu Wien unter Ihrer Kaiserl.
 „Maj. hervorgedruckten Kaiserl. Secretinsiegel,
 „den 21sten Hornung 1801.

• F. zu Colloredo Mannsfeld.

„Peter Anton Rs. Frhr. v. Frank. mppr.

Von den kaiserl. Reskripten an den Konkommisarius.

q) Wahlk. Art. 13. §. 4. „Wobei jedoch die Kur-
 „fürsten, Fürsten und Stände an die Ordnung
 „der in propositione enthaltenen Punkte nicht
 „gebunden seyn sollen“.

kreditirte Gefandten r) Veranlassungen zu reichstägigen Berathschlagungen geben.

Was an den Reichstag kömmt, gelangt, ordentlicher Weise in einer der *Reichssprachen*, (§. 81.) s) und *schriftlich* an denselben. Wenn es über zwei bis drei Bogen beträgt, wird es, *gedruckt*, überreicht t).

§. 114.

r) *Treuer de iure statuum imperii circa legatos externos in comitiis — Knorre de oblatione iudiciali S. 14. Kress de variis iurisdictionis criminalis in Germ. generibus S. 74. f.*

s) S. jedoch schon I. I. *Moser's* Anmerkungen zum Teschnischen Frieden S. 49. Auch ist der R. S. v. 1717. in *Schmaufens Corp. iur. publ.* zu bemerken.

t) Die *ordentliche Anrede* an den Reichstag ist:

Hochwürdige, Hochgeborne, Hoch und Wohlgeborne, auch Wohl- und Hochedelige, Hochedelgestreng, Vest und Hochgelahrte,

Des heiligen Römischen Reichs Kurfürsten, Fürsten und Stände bey fürwährender allgemeinen Reichsversammlung bevollmächtigte Herrn Rätthe, Bothschafter und Gesandte

Eurer Excellenzen, Hochwürden (kurfürstl. Schluss vom 27. Jul. 1698.), Hochgebornen, auch

§. 114.

Durch die *Reichsdiktatur* wird etwas ein Theil der *Reichstagsakten* (§. 104.) und es wird darüber, wenn es zu dieser Absicht überreicht worden ist, die reichstagige Berathschlagung angestellt. Diese geschieht, nach erfolgter *Anfrage* dazu u), in jedem der drei Reichskollegien

auch Hoch- und Wohlgebornen Gnaden,
Wohl- und Hochedelgebornen auch Hoch-
edelgestrengen

unterthänig gehorsamst ergebenster Diener.

S. übrigens *Pütter's* Anleitung zur jurist. Praxi 2. Th. S. 186. folg. In der Hauptsache bleibt die gewöhnliche Anrede, wenn selbst *reichsständische Gesandte* an den Reichstag schreiben. *Pütter* a. a. O. S. 185. Not. **. *Reufs* Staatsk. 5. Th. S. 1. 315. 328. *Desselden* Ded. u. Urksamml. 3. Th. S. 57. 146. 149. u. a. Vom Gebrauche der *P. M.* I. I. *Moser's* Abh. verschied. Rechtsmat. 8. St. Num. 1. §. 3.

u) Diese geschieht durch die *Anfragezettul*, am Tage vor der Rathsverammlung und Sitzung, welche, außer den *Ferien*, ordentlicher Weise, am *Montage* und *Freitage*, gehalten wird. Vermöge des *Vergleichs* zwischen Mainz und dem Erzmarschallen von 1562. wird der *Anfragezettul* in der erzkanzlerischen Reichstagskanzlei *aufgesetzt*, und der Aufsatz der Erbmar-

gien besonders. Die Direktorien bringen die Sache in *Vortrag* (*stando in circulo*), rufen die Stim-

marshallkanzlei mit der Formel zugefertigt: *Des heil. Röm. Reichs Erbmarschall soll auf morgen Vormittag um 8 Uhr zu denen wegen . . und übrigen in Ansage stehenden Materien zu Rath ansagen. Sign. Regensburg u. s. w. Kurerzk. Kanzlei.* In der Erbmarshallskanzlei werden die erforderlichen Zettul *ausgefertigt* mit: *Morgen Vormittag um 8. zu den . . . zu Rathe.* Der kath. Kanzelliste trägt sie zu dem katholischen, und der evangelische zu dem evangelischen Personale. Seit dem Anfange des J. 1791, sind alle 3 Monate weitläufigere Ansagezettul, und inzwischen kürzere expedirt worden, des Inhalts: *Morgen . . zu den in Ansage stehenden Materien, welche im Ansagezettul von . . enthalten sind, zu Rath.* Der Prinzipalkommissarius bekommt einen halben Bogen, der Konkommisarius die kurfürstlichen und jetzt auch die fürstl. Gesandten bekommen ein Quart., die reichsstädtischen Deputirten aber nur ein Oktavblatt.

Damit nun etwas mit Erfolge in Ansage gebracht werden kann, ist nöthig, daß die Gesandten zum Votiren instruiert und bereit sind. Das Reichsdirektorium pflegt daher einen sogenannten *Verlass* zu nehmen.

Stimmen nach der eingeführten, und in gegenwärtiger Sitzung eintretenden, *Ordnung auf* (§. 89. 98. 102.); nur in dem *Fürstenrathe* verrichtet der *anwesende Erbmarschall* den Aufruf. In dessen *Abwesenheit* verrichtet ihn zwar das *Directorium agens* (§. 104.); dieses erhält jedoch den *Aufrufzettul* von dem Reichsquartiermeister oder einem Erbmarschallskanzellisten. Jeder Gesandte kann sein Votum den Gesandtschaftssekretären in die Feder diktiren oder, nur ablefen, und dem DirektorialLegationssekretäre zur Aufnahme in die Protokolle, hingeben. Das letztere geschieht, wenn das Votum weitläufig ist. Es kann allenfalls auch ein Gesandter, ehe ihn die Ordnung trifft, aus einer besondern Veranlassung, *interloquiren*. Dieses wird in dem Protokolle bemerkt mit: *N. interloquendo*. Auch kann derjenige, welcher aufgerufen

Die Instruction ist entweder *General* - oder *SpecialInstruction*.

Von den votis *sub spe rati*. 1. I. Moser v. d. Reichstagen 2. Th. S. 150. f.

Ob das votum der *Instruction* gemäß sey, oder nicht, ist eine Sache, welche der Gesandte mit seinem Hofe auszumachen hat.

Von *gemeinsamen Relationen*.

gerufen worden ist, jedoch aus Mangel der Instruktion oder aus einer andern Ursache jetzt noch nicht stimmen kann oder will, sich vorbehalten, seine Stimme noch nachzubringen (sich das *Protokoll offen halten*). Zuweilen wird auch *in circulo votirt*.

§. 115.

Wenn die sämmtlichen Stimmen zum Protokolle gegeben sind, wird der *Schluss* von dem *Direktorium abgefasst*. Ordentlicher Weise ist die *Mehrheit der Stimmen* in den *einzelnen Reichskollegien entscheidend* α). Der Aufsatz des Schlusses wird von dem Direktorium vorgelesen. Wenn nichts oder nichts weiter erinnert wird, ist der Schluss zu Stande gekommen. Die Reichskollegien theilen jetzt ihre Schlüsse durch die Direktorien einander mit (*Re - und Korrelation*). Dieses geschieht jedoch vorerst unter den beiden höhern Reichskollegien, noch mit Ausschließung des reichstädtischen. Diesem wird erst der gemeinschaftliche Schluss der ersten mitgetheilt (*conclusum commune superiorum collegiorum*) γ). Die Stände

α) Arg. des *W. Fr. Art.* 5. §. 52.

γ) *Erklärung* der beiden höheren Kollegien, wegen

Stände der beiden höhern Reichskollegien überlassen den Direktorien, und diese vereinigen sich darüber, welches Konklusum pro basi communis anzunehmen sey.

§. 116.

Wenn 1) auch das reichsstädtische Konklusum mit dem Schlusse der beiden höhern Reichskollegien übereinstimmt: so erwächst ein gemeinschaftlicher Schluss der drei Reichskollegien, welcher, wenn dabei die kaiserliche Ratifikation statt hat, und ein Reichsregierungsrecht mit allgemein verbindlicher Kraft ausgeübt werden soll (§. 37.), in die Form eines *Reichsgutachtens* (*suffragium, placitum imperii*) ge-

des reichsstädtischen *voti decisivi* v. 1653. „Dabei „aber behalten die kur- und fürstl. Räte ihnen „nochmalen per expressum bevor, daß ihnen, „wie bisher, also auch ins künftige frei stehen „und unbenommen seyn und bleiben solle, ihre „re- und correlationes abgefondert des städtischen „collegii vorzunehmen, und unter sich ohne „derselben Zuziehung die streitigen Meinungen „zu vergleichen“. I. I. *Wick* diss. de iure liberrarum imperii ciuitatum adspirandi ad simultaneam re. et correlationem in comitiis etc. Marb.

gebracht wird. Die Reichsstädte überlassen dieses den höheren Kollegien. Das Reichsgutachten wird der kaiserlichen Kommission überreicht, um dasselbe an den Kaiser zu dessen Ratifikation zu bringen. Dieses überlassen die Stände den Direktorien der höhern Reichskollegien, und diese erfuchen den Kurfürsten Erzkanzler, dieses Geschäft, sub reservatione solita, zu verrichten z). Hierauf wird das Reichsgutachten zur Reichsdiktatur gebracht.

O 2

§. 117.

z) Die *Formel* ist: „Ihrer Röm. Kaiserl. Majestät, „unfers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtiger „Reichsversammlung bevollmächtigten höchst- „ansehnlichen Prinzipalkommissarius, Herrn N. „N. Hochfürstl. Gnaden bleibt hiermit im Namen „Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs ge- „bührend unverhalten:

Hier wird der Schluß *stilo relativo* eingerückt.

„Womit des Kaiserl. Herrn Prinzipalcommis-
 „sarius hochfürstl. Gnaden der Kurfürsten, Fürsten
 „und Stände des Reichs anwesende Räthe, Both-
 „schafter und Gefandte sich besten Fleißes und
 „geziemend empfehlen. Sign. Regensb. d.

L. S.

„Kurerzkanzlerische Kanzlei.

§. 117.

Wenn aber 2) die Reichskollegien nicht einig sind: so sind entweder die beiden höhern einig, das reichsstädtische Kollegium aber stimmt nicht mit denselben überein, oder die höheren Reichskollegien sind schon uneinig, haben sich auch, nach wiederholter Re- und Korrelation, nicht vereinigt. Im *ersten* Falle wird neben dem Schlusse der beiden höheren Reichskollegien zugleich der abweichende Schluss des Städteraths in das Reichsgutachten gebracht a). Im *zweiten* Falle 1) brechen die obern Kollegien, wenn es thunlich ist, die Sache ab. 2) Wenn aber etwas geschehen soll: so theilen sie endlich

a) *Erklärung* der beiden höheren Kollegien wegen des reichsstädtischen voti de civili v. 1653. „Wenn „es (das votum der Reichsstädte) aber mißstimmig, „und man sich, wie Herkommens, mit ihnen, „Städten, einer sämmtlichen Meinung, auf „vorher gepflogene freie Handlung nicht verglei- „chen könnte, nichts destoweniger solches alles, „wie es von einem oder andern collegiis bei den „re- et correlationibus eingebracht worden, als „einen unvollkommenen Schluss in ein gesamm- „tes Bedenken an Ihro kais. Majestät verfassen zu „lassen“. Damit kommt auch das *Herkommen* überein.

lich ihre verschiedene Schlüsse dem reichsstädtischen Kollegium mit, welches alsdenn entweder einem von den höheren beitrifft, oder vielleicht einer dritten Meinung beipflichtet; da denn die beiden oder gar die drei verschiedenen Schlüsse in das Reichsgutachten gebracht werden.

1) Unter den drei Reichskollegien selbst ist daher die *Mehrheit* nicht entscheidend *b)*; auch insbesondere 2) von den, von *einem*, oder den beiden übrigen Reichskollegien den Kurfürsten eingereichten, monitis zur Wahlkapitulation hierinn nicht nothwendig Gebrauch zu machen (§. 11.).

§. 118.

Das, von dem Kaiser ratificirte, Reichsgutachten ist ein *Reichsschluss*: (conclusum Imperii). Dieser hat allgemein verbindliche Kraft. Der Kaiser hat ein ganz freies *Ratifikationsrecht* (liberum veto). Er kann daher einzelne Punkte des Reichsgutachtens übergehen, die Ratifikation,

b) Pütter's Beitr. z. St. u. F. R. I. Th. Num. 4.
Mereau diss. de passibus capitulationum novissimar. contrad. in genere §. 16. f.

tion, wenn sie dabei statt hat, versagen, oder aussetzen (suspendiren). Er kann jedoch keinen Zusatz dazu oder eine neue Bestimmung desselben machen. Die Erklärung geschieht durch ein kaiserliches, an den Reichstag erlassenes Kommissions- oder Hofdekret. Der Kaiser ist verpflichtet, seine Dekrete *schleunigst* zu ertheilen c). Das kaiserliche Dekret wird durch die *Reichsdiktatur* dem Reichstage bekannt gemacht.

§. 119.

Wenn verschiedene Schlüsse der Reichskollegien an den Kaiser gebracht worden sind (§. 117.), und 1) zwei es beim Alten wollen bewenden lassen, und eins auf eine neue Verfügung anträgt: so ist nichts geschehen; folgeweise bleibt es beim Alten; hier kann also auch der Kaiser nicht anders, als die Schlüsse der beiden übereinstimmenden Reichskollegien ratificiren. 2) Wenn aber zwei eine neue Verfügung verlangen, und eins auf dem Alten besteht: so ist dieses entweder das reichsstädtische Kollegium, oder eins der höheren Reichskollegien. Im *ersten Falle* fehlt es nicht an Bei-

e) *Wahlk. Art. 13. §. 5.*

Beispielen, daß der Kaiser die übereinstimmenden Schlüsse der beiden höheren Reichskollegien, ohne Widerspruch, ratificirt hat. Davon aber, daß er dieses auch im *zweiten Falle* gethan habe, ist noch kein Beispiel vorhanden. Im *ersten Falle* erscheint also ein Uebergewicht der höheren Reichskollegien durch das Reichsherkommen begründet. Im *zweiten Falle* ist dem Kaiser die Macht, die Schlüsse von zwei Reichskollegien, mit der Wirkung eines verbindlichen Reichschlusses, zu ratificiren, abzusprechen, wenn ihm die Entscheidung von den Ständen nicht überlassen worden ist *d*).

§. 120.

Am Ende des Reichstages wird der *Reichsabschied* (Recessus Imperii) abgefaßt. 1) Der Aufsatz wird in der Kurerzkanzlerischen Kanzlei entworfen, 2) dieser von einer besondern kaiserlichen Kommission und einem Ausschusse der Reichsstände revidirt, 3) zweimahl auf Pergament ausgefertigt, 4) von dem Kaiser, und dem

d) 1. 1. Moser von d. Reichstagen 2. Th. S. 441. f. Pütters Beitr. I. 5. Trunk ius caesaris in dissenso collegiorum trium pro et cum duobus decidendi Wetzl. 1782. 4. Mereau a. a. O. §. 18. f.

dem Reichserzkanzler oder dem Vicekanzler unterschrieben, 5) mit dem kaiserlichen Siegel versehen, und auch von einer reichsständischen Deputation besiegelt, 6) in einer vollen Sitzung des Kaisers oder an dessen Stelle des Prinzipalkommissarius und der Stände verlesen, und 7) sodann zur Reichsdiktatur gebracht. Von den zwei Urschriften wird eine dem Reichserzkanzler zur Aufbewahrung in dem Reichsarchive zugestellt, die andere erhält die Reichshofkanzlei *e*).

Sechstes Hauptstück.

Von den Reichsdeputationstagen.

§. 121.

Eine *Reichsdeputation* besteht aus einigen Ständen, welche aus allen ernannt sind, um in ihrem

e) v. Olen Schlager Einleitung in die Geschichte der R. A. v. Senkenbergs Sendschreiben an v. Olen Schlager (beide vor der neuen Samml. der R. A.). Gerstlachers Corpus iur. germ. I. Th, 3. Kap.

ihrem und der übrigen Namen ein Geschäft zu verrichten. Dabei liegt eine *Reichsinstruction* zum Grunde f). Wenn sich eine *kaiserliche Kommission* bei der Reichsdeputation befindet: so repräsentirt dieselbe den Reichstag (*comitia repraesentativa*). Das Recht, sie zu *berufen* steht jedoch nicht dem Kaiser, sondern dem *Reichserzkanzler*, vermöge der Reichsgesetze und des Reichsherkommens, zu g). Die Reichsdeputationen sind entweder *ordentliche* oder *ausserordentliche*.

§. 122.

I. Die *ordentliche Reichsdeputation* besteht aus einer kaiserlichen Kommission, allen Kurfürsten und gewissen andern, voraus in Reichsgesetzen ernannten, Ständen. 1) Die Geschäfte derselben sind: die Handhabung des Landfriedens, die Vorbereitung der Reichstagsfachen, und die Erledigung derjenigen, welche auf dem

f) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1025. Das. Klüber. I. C. Majer's welt. StR. S. 489. f.

Von den *Kollegial*Deputationen der Stände.

g) Mainz hat noch seine Gerechtsame wider die kaiserl. Berufung der Reichsdeputation zum Friedenskongresse 1797 zu wahren gesucht.

dem Reichstage nicht vollendet, sondern, zu dieser Absicht, hierher verwiesen worden sind. Der Grund dazu ist unter Karl V. gelegt worden h). 2) Weil, nach der Vorschrift des westph.

Frie-

h) *R. A. 1548. §. 95. R. A. 1555. §. 65.* „So sich
 „dann abermals die Sachen noch beschwerlicher,
 „und so eine große Empörung erzeugte, daß
 „des beschwerten Creysls und der andern vier
 „Creysls bestimmte Hülff dagegen nicht fürträg-
 „lich oder stark genug, und dieselben Creysls-
 „obersten und ihnen Zugeordnete ermessen wür-
 „den, daß aller Creyslhülff vonnöthen seyn wolt,
 „alsdann sollen dieser fünf Creyssobersten und
 „Zugeordnete . . . Unserm Neven und Churfür-
 „sten, dem Erzbischof zu Maynz etc. daselbig
 „unverzüglich zu erkennen geben, dessen Liebd.
 „Wir auch an Statt der Kaiserl. Maj. und für
 „Uns selbst, als röm. König, hiermit befehlen,
 „setzen, ordnen und wollen, daß sein Liebd.
 „als *Erzkanzler des Reichs*, im Namen und von
 „wegen der Kayserl. Maj. . . die andern Chur-
 „fürsten, auch von den Fürsten sechs, nemlich
 „Uns als Erzherzogen zu *Oesterreich*, Melchiorn
 „Bischofen zu *Würzburg*, Wilhelmen Bischofen
 „zu *Münster*, Herzog Albrechten in *Baiern*, Her-
 „zog Wilhelmen zu *Gülch*, und Landgraf Phi-
 „lippen zu *Hessen*, und dann Gerwicken, Abt
 „zu *Weingarten* und *Ochsenhausen*, von der
 „Prälaten: Friedrichen, Grafen zu *Fürstenberg*,
 „von

Friedens, bei den Reichsdeputationen die *Religionsgleichheit* beobachtet werden soll, und die Vollziehung dieser Verordnung von dem Friedensschlusse auf den nächsten Reichstag verwiesen worden ist ⁱ⁾: so sind die deputirten

Stände

„von der *Grafen und Herrn*: N. N. . . von der
 „*Stadt* wegen, auf einen bestimmten Tag, gen
 „Frankfurt a. M. zusammenbeschreiben und er-
 „fordern, und damit auch gleich alsbald allen
 „Bericht . . der Kayserl. Maj. . . mit Benen-
 „nung des angesetzten Tags . . schriftlich an-
 „zeigen, damit *Ihr Liebd. und Kayserl. Maj.*
 „Ihre . . *Commissarien* auch zu schicken wissen,
 „und sollen die beschriebene Churfürsten, Für-
 „sten, Prälat, Graf, und Stadt persönlich oder
 „durch ihre Vollmächtige erscheinen, und . .
 „von wegen *ihr selbst, auch anderer Stände* erwe-
 „gen“ u. s. f. R. A. 1559. §. 50. „auf der selbi-
 „gen *Nachkommen und Erben* zu stellen . . .
 „von der Frey- und Reichsstadt wegen die Stadt
 „Cölln und Nürnberg beschreiben“. Der R. D.
 „A. 1600 ist noch überdies von *Burgund, Koflanz,*
 „*Braunschweig Lüneburg* und Pommern Stettin
 „unterschrieben worden“. R. D. A. 1564. §. 1. f.
 R. D. A. 1571. R. D. A. 1600. R. A. 1654. §.
 178. 191. f.

i) Art. 5. §. 51. „In conventibus *Deputatorum* im-
 „perii *ordinariis* numerus ex utriusque religionis
 „pro-

Stände seit dem Reichsabschiede vom I. 1654 *h*)
gewesen: von *katholischer Seite*: A. *Kurfür-*
sten: Mainz, Trier, Köln, Baiern; B. *Fürsten*:
Oesterreich, Burgund, Würzburg, Kostanz,
Münster, Baiern; C. *Aebte*: Abt von Wein-
garten; D. *Grafen*: von Fürstenberg; E. *Reichs-*
städte: Köln, Aachen, Ueberlingen: von
evangelischer Seite: A. *Kurfürsten*: Sachsen,
Bran-

„proceribus aequetur. De *personis* autem vel
„*statibus* imperii *adiungendis*, in comitiis proxi-
„mis statuatur; in *horum conventibus* itemque
„*comitiis universalibus*, sive ex uno, sive duobus
„aut *tribus* imperii *collegiis* *quacunque occasione*,
„aut *ad quaecunque negotia* deputandi veniant,
„aequetur deputatorum numerus ex utriusque
„*religionis proceribus*“.

h) §. 191. „Dafs in dem *churfürstl. collegio* zwi-
„schen den dreyen A. C. verwandten und pro-
„testirenden Churfürsten ein *viertes* unter ihnen
„*alternirendes votum* vor diesmahl statt haben
„solle“. §. 194. . . dafs hinführo *Sachsen Alten-*
„*burg*, *Brandenburg Culmbach*, *Mecklenburg*,
„*Württemberg*, und *einer* von den *wetterauischen*
„*Grafen* sammt denen auch diesmahl von neuem
„bewilligten vier Städten, *Aachen* und *Ueber-*
„*lingen*, *Straßburg* und *Regenspurg* zu den vo-
„rigen gezogen werden“. I. I. *Moser's* Abh.
„*verschied. Rechtsmat.* I. St. S. 143. f.

Brandenburg, Pfalz, eine überzählige Stimme; B. Fürsten: Sachsen Altenburg, Brandenburg Kulmbach, Braunschweig, Pommern, Hessen, Mecklenburg, Würtemberg; C. Grafen: ein Wetterauischer; Städte: Nürnberg, Strasburg, Regensburg. 3) Der Kaiser darf weder an den verordneten Ständen, noch an den aufgetragenen Rechten einseitig eine Veränderung vornehmen. Auch ist ihm 4) vorgeschrieben worden, die ordentliche Reichsdeputation in ihren Reichskonstitutionsmäßigen Stand, Ordnung und Aktivität zu setzen l). Die Befolgung dieser Vorschrift würde nach dem *Lüneviller Frieden* und dem *R. D. Hauptschlusse* von 1803. durchaus nöthig seyn, wenn der Reichstag nicht fortwährend wäre.

§. 123.

Weil die Geschäfte der ordentlichen Reichsdeputationen Reichstagsfachen sind: so hat der Kaiser oder dessen Kommission, ordentlicher Weise, so, wie auf Reichstagen, das Recht des Vortrags und der freien Ratifikation (§. 118.) m).

§. 124.

l) *Wahlk.* Art. 12. §. 6.

m) *Wahlk.* Art. 12. §. 7. „Doch vorbehaltlich der,
„den.

§. 124.

Die Verfahrungsart auf den ordentlichen Reichsdeputationstagen kömmt mit der reichstagigen meistens überein. 1) Die Gesandten legitimiren sich bei dem Reichsdirektorium; 2) jedoch sind die deputirten Stände hier nur in zwei Kollegien, den *Kurfürsten Rath*, und den *Rath der übrigen* deputirten Stände, mit Einschlusse der *Reichsstädte*, vertheilt; in dem *ersten* führt der Kurfürst *Erzkanzler*, als erster deputirter Stand dieses Kollegiums, in dem *zweiten Oesterreich* allein das *Direktorium*. 3) Wenn diese beiden Senate ihre Schlüsse abgefaßt haben: so treten sie, wegen eines gemeinschaftlichen Schlusses und Gutachtens, in *Re- und Korrelation*. 4) Das, von der kaiserlichen Kommission oder dem Kaiser ratificirte, Gutachten ist ein verbindlicher *Reichsdeputationschluß*. 5) Der, am Ende des R. Deputationstags in der Kurerzkanzlerischen Kanzlei abgefaßte, *frei-*

„den römischen Kaiser bei dergleichen Deputationskonventen, vermöge der Reichsfatzungen, zukommenden Autorität, und mittelst der kaiserlichen Kommissarien fürgehender Vergleichung, allermassen bei *Reichstagen* üblich und herkömmlich“.

feierlich vollzogene und verkündete, Aufsatz der Deputationschlüsse heisst der *Reichsdeputationsabschied* (recessus deputationis). Er hat die Kraft eines *Reichsabschieds*.

§. 125.

II. Eine *aufserordentliche Reichsdeputation* machen die Stände aus, welche in vorkommenden Fällen zu bestimmten Geschäften und Sachen deputirt worden sind. Diese Geschäfte sollen sie entweder an dem *Orte des Reichstags* (deputatio comitialis in genere), oder *aufser demselben* vornehmen (deputatio extracomitialis). Im *ersten* Falle besteht diese R. Deputation entweder aus den *reichstagigen* Gefandten der, zu einer *blos reichsständischen* Sache (deputatio comitialis in specie), oder den Gefandten der, hier zu einer *gemeinen Reichs Sache* deputirten, Stände *n*).

§. 126.

n) Eine solche *aufserordentliche Reichsdeputation* ist die von 1802 und 1803, zur gänzlicher Berichtigung des Lüneviller Friedens ernannte, und, wie es auch im R. G. A. vom 26. März 1803 heisst, durch das kaiserl. Kommissionsdekret vom 2ten Aug. 1802 auf den Reichstag berufene R. Deputation gewesen.

1) Die zu deputirenden Stände sind α) aus den drei Reichskollegien, und β) von beiden Religionen nach gleicher Anzahl (§. 122.), und γ) von jeder Religionsseite der Reichsstände besonders zu ernennen δ). 2) Bei gemeinen Reichs-

Bei den eigentlich reichstagigen Deputationen sind vor dem westph. Fr. aus dem Kurfürstenrathe Mainz und Pfalz, aus dem Fürstenrathe Oesterreich, Salzburg, Baiern und Pfalzlauteu gewesen. Seitdem Baiern die pfälzische Kur erhalten hat, und die Religionsparität bei den R. Deputationen vorgeschrieben worden ist, hat es bei den genannten Ständen nicht bleiben können. Man hat sich endlich im Kurfürstenrathe verglichen, daß, nebst Mainz und Baiern, auch Sachsen und Brandenburg die Deputation ausmachen sollen.

Nach der Readmission von Böhmen ist aber zwischen demselben und Baiern (Pfalz) ein neuer Streit entstanden, der sich auch auf die jüngste K. G. Visitationsdeputation erstreckt hat, *Pütters Litt. 3. Th. §. 1027. Von dem Sitz- und Stimmrechte der Krone Böhmen* bei den Reichsberathschlagungen, und dem dieser Krone gebührenden Rang, besonders auf Reichsdeputationen, Wien 1769.

δ) v. Schauroths Samml. der Concluser. Corp. Evang. Tom. I. S. 392. f. Tom. II. S. 44. G.

Reichsfachen, wobei der Kaiser, als Reichsoberhaupt, interessirt ist, ist auch eine *kaiserliche Kommission* zugegen, welcher ein freies *Ratifikationsrecht* zusteht, wenn dasselbe nicht durch die *Natur der Sache* selbst ausgeschlossen ist. Hierher gehören insbesondere a) *Rechnungsfachen*, β) *Iustizfachen*, γ) wenn von der Deputation die *Beobachtung* noch geltender Reichsgesetze *bestätigt* oder *hergestellt* werden soll p).

§. 127.

G. D. Hoffmann de iure Corporis Evang. suae religionis deputatos imperiales seorsum eligendi Tub. 1748. Em. v. Hagen diss. de iure Catholicorum coeligendi deputandos A. C. addictorum ad Deputationes imperii extraord. Mainz 1792. *Staatsrechtliche Bemerkungen* . . über die Wahl der Reichsdeputirten zu dem künftigen Friedenscongresse 1796. 8. *Die gemeinschaftliche Wahl* der Mitglieder zu einer Reichsdeputation etc. Regensb. 1796. 4. *Weisse* über die deutschen R. Deputationen zu Friedensverhandlungen 1797. *Hartleben* über die Wahl der t. R. Dep. zu Friedensverhandlungen 1797. u. a. *Siebente Fortsetzung* des Prot. die R. Friedens D. betr. vom 22. Aug. 1795. S. 8. f.

Eben dieses gilt auch von der Ernennung der *Subdeputirten*.

p) *Wahlk.* Art. 4. §. 11. „So fort wollen Wir auch „gedachte Kurfürsten, Fürsten und Stände des

P

Reichs

§. 127.

Bei einer außerordentlichen Reichsdeputation sind die deputirten Stände nicht in mehrere Senate abgetheilt, sondern alles wird in voller Sitzung, oder allenfalls von Subdeputationen verhandelt, und nach den einhälligen oder, in

„Reichs bei den Friedenshandlungen ihres Deputations und Beiwirkungsrechts sich ungeschmälert gebrauchen, und ihnen daran keinen Eintrag geschehen lassen, also *dass zwischen Unserer Gesandtschaft und den Reichsdeputirten der auf Reichs- und andern Deputationstagen herkömmliche modus tractandi beobachtet .. werde*“.

Art. 12. §. 7. (§. 123. Note m.). Pütter's Versuch einer richtigen Bestimmung des kaiserl. Ratifikationsrechts, Gött. 1769. 4. Beobachtungen über Pütters Versuch u. s. w., Wien 1769. 4. (v. Fr. Frd. Schrötter). Andere Schriften in Pütter's Litt. des StR. 3. Th. §. 1029. Ebendaß. Klüber. Das kaiserl. Ratifikationsrecht bey Schlüssen der R. K. G. V. Deputation wider Pütters Versuch u. s. w. (A. T. Bibl. 38. Th. S. 99). I. I. Mosers Rechtsmater. 17. St. N. 1. Wahlprot. 1790. 1. Bd. S. 499. f. Wahlprot. 1792. S. 37.

Von den, zu bloß reichsständischen und Collegialfachen ernannten, R. Deputationen s. Gönner's StR. §. 192.

in der Regel geltenden, mehreren Stimmen beschloßen. Die *Deputationschlüsse* und der *Deputationsabschied* kommen hier auf die Art, wie bei der ordentlichen Reichsdeputation, zu Stande.

Siebentes Hauptstück.

Vom Korpus der katholischen und evangelischen Stände, und dessen Konferenzen.

§. 128.

Die Verbindung der beiden Religionstheile der Stände *q)* beruht theils auf einem freiwilligen *Vereine*, theils sind beide *mitpacifcirende Theile* bei den Reichsreligionsgesetzen *r)*. In dem *ersten Betrachte* können keinem Religionskorpus die Rechte abgesprochen werden, deren

P 2 sich

q) Pütter's Litt. 3. Th. §. 978. f. Ebendaf. Klüber v. Bülow Geschichte und Verfassung des Corporis Evangelicor. 1795.

r) Mein Kirchenrecht der Protestanten §. 44.

sich einzelne Reichsstände oder andere erlaubte reichsständige Kollegien, als solche, zu erfreuen haben. Allein jedes hat auch noch in der *Eigenschaft eines mitpacificirenden Theils*, vermöge bestehender Reichsgesetze sowohl, als auch, in deren Ermangelung, nach den, hier anwendbaren, Prinzipien des Natur- und Völkerrechts Befugnisse, welche, wenn sie gleich, wie alle andere konstitutionsmäßige Rechte, nur in vorkommenden Fällen geltend zu machen sind, dennoch, vermöge des rechtlichen Grundes derselben, beständige, die Grundverfassung des Reichs betreffende Rechte sind. Jedes Religionskorpus der Stände ist daher in dem *zweiten Betrachte*, vermöge der *Reichskonstitution*, ein *permanentes Korpus*. Es existirt demnach, auch in diesem Sinne, ein *Korpus der evangelischen Stände* (*corpus Evangelicorum*) s).

§. 129.

Die *Mitglieder* des katholischen Korpus sind die katholischen, und die Mitglieder des
evan-

s) *Mein pr. Expositio veri sensus quaestionis de existentia Corporis Evangelicorum eiusque iuribus controversae*, Iena 1796. S. dagegen *Gönners T. Staatsrecht* §. 196. folg.

evangelischen die evangelischen Stände, im Sinne des Staatsrechts, d. i. deren Stimme evangelisch ist (§. 85.). Das *Direktorium* unter den Katholischen hat der Kurfürst *Erzkanzler*, als *erster katholischer Reichsstand*. Während des erledigten erzbischöflichen Stuhls verfielt es daher das *Domkapitel*. Unter den Evangelischen verfielt *Kursachsen*, als *erster evangelischer Reichsstand*, das *Direktorium*. In Ermangelung der genannten Direktorien dirigirt der *Vorsitzende*. Insbesondere hat *Kurbrandenburg* bereits das *Interimsdirektorium* unter den Evangelischen hergebracht *t*). Die Direktorialverrichtungen sind die gemeinen in den reichständischen Kollegien (§. 104.). Die *Diktatur* wird bemerkt mit: Dictatum . . . per . . . inter Catholicos, inter Evangelicos. Zur Prüfung und Unterstützung der Religionsbeschwerden ist vom evangelischen Korpus am 11ten Apr. und 23. Mai 1770. ein *Ausschuss* von 6. evangelischen Ständen ernannt worden *u*).

§. 130.

t) I. I. Moser v. d. T. Religionsverfassung S. 359. f. 365. 369. Derselben Zusätze zum neuen StR., 1. Bd. S. 570.

u) I. I. Moser v. d. T. Rel. Verf. S. 234. f. Reufs Staatsk. 6. Th. S. 445, 10. Th. S. 151. f.

Zu den, an dem Orte des Reichstags oder eines andern Konvents zu haltenden, Konferenzen des einen oder des andern Religionstheils bedarf es keiner besondern *Legitimation* der, schon zum Konvente legitimirten, Gesandten. Die Mehrheit der Stimmen ist darinn, ordentlicher Weise, entscheidend. In den evangelischen Konferenzen wird zwar von den kurfürstlichen Gesandten zuerst gestimmt, übrigen aber im Sitzen und bei der Umfrage kein Rang beobachtet. Auch führt jeder Gesandte das Protokoll selbst. Die Ausfertigungen werden jedoch nach einem Schema *figillationis* besiegelt, wobei der Rang und die üblichen Abwechselungen, insbesondere die verglichenen Strophen der alternirenden Fürsten, genau beobachtet werden x).

x) *Pütter's* Tabb. iur. publ. Tab. 17. Der Rangstreit zwischen den ev. alten Fürsten und den ev. Bischöfen von *Lübeck* und *Osnabrück* hat seit 1803 aufgehört. *Reufs* a. a. O. 14. Th. II. Abschn. 20. Th. 4. Abschn.

Wegen der *Anrede* des Corporis s. *Pütter's* Anleit. zur jurist. Praxi 2. Th. S. 191.

Achtes Hauptstück.

Von den Kurfürstentagen.

§. 131.

Die Kurfürsten haben, auch auſſer den Wahl-
tagen, und den Reichs- und Reichsdeputations-
tagen, die Befugniß, wegen ihrer, in der
Reichskonstitution gegründeten, Gerechtsamen
und überhaupt zur Beförderung des Wohls des
Reichs, Zusammenkünfte zu halten und darauf
Schlüſſe abzufaſſen (*Kurfürſtentage, kurfürſt-
liche Kollegialtage*), ohne daß ſie dem Kaiſer
davon eine Anzeige zu thun, oder deſſen Be-
willigung dazu auszuwürken haben, und ohne
daß der Kaiſer berechtigt iſt, dazu ſeine Ge-
ſandten oder Kommiſſarien zu ſchicken *γ*).

Der

*γ) Wahlkap. Art. 3. §. II. „Wir laſſen auch zu,
„daß die Kurfürſten je zu Zeiten, vermög der
„goldenen Bulle, und der kurfürſt. Vereinigung,
„nach Gelegenheit und Zuſtand des h. R. Reichs,
„zu ihrer Nothdurft, auch ſo ſie beſchwerliches
„Obliegen haben, zuſammen kommen mögen,
„daſſelbe zu bedenken und zu berathſchlagen,
„daß wir auch nicht verhindern noch irren,
„und derohalben keine Ungnade oder Widerwil-
„len gegen Ihnen ſämmtlich oder ſonderlich
„ſchö-*

Der Kaiser ist vielmehr verpflichtet, der Kurfürsten Vorstellungen und Gesinnungen auch alsdenn, wenn sie aus eigenem Antriebe an ihn gebracht werden, gern zu vernehmen, und sich darauf nach Beschaffenheit der Umstände jedesmahl mit kaiserlichem Vertrauen zurückzuäußern z).

„schöpfen und empfangen; §. 12. Noch auch, daß solches mit Unserm Vorwissen, und unter Unserer Authorität geschehen, Unsere Gesandten vielweniger Unsere Kommissarien, auch zu dergleichen besondern Deliberationen schlechterdings zugelassen werden müssen, verlangen, sondern Uns in dem und andern, der goldenen Bulle und Kurfürstenvereinigung gemäß, gnädiglich und unverweigerlich halten sollen und wollen“. G. B. Cap. 12. §. 1. 2. Kurverein von 1558.

Ueberhaupt Pütter's Litt. 3. Th. §. 1031. Ebendaf. Klüber.

z) Wahlk. Art. 3. §. 3. (1790.) „überhaupt aber „ihre der Kurfürsten Vorstellungen“ u. s. w.

Neuntes Hauptstück.

Von der Kreisverbindung und den Kreistagen.

§. 132.

In die *zehn Reichskreise* sind 1) bisher alle Reichsstände, Böhmen ausgenommen, nach der, in den Reichsgesetzen gemachten, Vertheilung, zur Handhabung der R. E. O. und Vollziehung der reichsgerichtlichen Erkenntnisse, gezogen gewesen (§. 29). Spätere Reichsgesetze haben den Kreisen mehrere wichtige *Reichsgeschäfte übertragen*. Jeder Reichskreis hat daher ein besonderes konstitutionsmäßiges Korpus ausgemacht, ist jedoch kein besonderer Staat gewesen, sondern ist nur als eine Reichsanstalt, zur Beförderung des Wohls des Reichs in einzelnen Distrikten desselben, zu betrachten. Ueberdies ist 2) jeder Kreis ein *Innbegriff* von mehreren *Ständen* und *Landesherrn*, welchen die Befugnis nicht abgesprochen werden kann, nach den Umständen, etwas, was in das Wohl des Reichs für ihren Zirkel, und der Kreislande Einfluss hat, *vertragsweise*, festzusetzen.

§. 133.

Das Wesen der *Kreisstandschaft* besteht in dem Rechte, Sitz und Stimme auf den Kreistagen auszuüben. Nach der ersten Einrichtung und Absicht der Kreisverbindung hat dieselbe der *Reichsstandschaft* entsprochen. Wegen der besondern Verfassung eines jeden Kreises, und wegen der, bei der Reichsstandschaft in manchen Punkten in späteren Zeiten gemachten, rechtlichen Bestimmungen läßt sich jedoch, wenn nicht *Identität* des Begriffs und Grundes vorhanden ist, von der Reichsstandschaft auf die Kreisstandschaft keine Folge ziehen. Wenn daher die, in dem R. D. S. von 1803. zur Entschädigung zugetheilten, *Reichsprälaturen* und *Reichsstädte* nicht besondere Territorien verblieben, sondern, als Bestandtheile anderer, mediat geworden sind, sind die vormaligen *Kreisstimmen* derselben, so wie deren Reichstagsstimmen, *erloschen* a). Die bisherigen
Stände

a) Ueber die Fortdauer der Kreisstimmen für die in das Entschädigungsloos gefallenen Reichsstädte, mit besonderer Hinsicht auf den schwäbischen Kreis 1805. 8. Der engere und allgem. schwäbische Kreisconvent zu Esslingen vom 1. 1804. etc. 1806.

Stände der einzelnen Kreise und deren Ordnung im Sitzen und Votiren sind nach den Reichsgesetzen, den besondern Kreisschlüssen und dem Herkommen zu bestimmen. Ueberhaupt hat sich hierinn ein merklicher Unterschied zwischen den alten und neuen Kreisen gezeigt *b*).

§. 134.

Keinem Stande ist erlaubt, sich von seinem Kreise abzusondern, wenn er sich auch zu einem andern Kreise begeben wollte. Ueberhaupt ist dem Kaiser die Sorge und konstitutionsmäßige Beförderung der Wiederherbeibringung und Ergänzung der Reichskreise zur Pflicht gemacht worden *c*).

§. 135.

Die *Kreisämter* sind entweder *niedere* oder *hohe*. Zu den *ersten* gehören die Syndizen und Konsulenten, die Kassierer, Kanzleioffizianten, Kreis-

b) Pütter's Tabulae iuris publ. Tab. 16.

Wegen der *Religionseigenschaft* der Kreisstimmen (§. 85.). Reufs Stk. 12. Th. S. 354. f. u. a. Th.

c) *IVahlk.* Art. 5. §. 10. Art. 12. §. 1. 2.

Kreiswaradeine u. a. d). Das hohe Kreisamt ist seit 1512. das *Kreisoberstenamt* gewesen. Das *Direktorium* in den Kreisen, und das *Kreisoberstenamt* selbst haben jedoch bald die ersten Stände der Kreise an sich gebracht, welche *Kreisausschreibende Fürsten* (*Kreisausschreibeamt*) genannt werden e). Dieselben sind bisher gewesen: im österreichischen Kreise: *Oesterreich*, (im Kurrheinischen bis an 1801 Mainz), im ober-sächsischen Kreise *Kursachsen*, im fränkischen Kreise *Bamberg* und *Brandenburg*, im bairischen Kreise *Baiern*, im schwäbischen Kreise *Konstanz* und *Wirtemberg*, (im ober-rheinischen Kreise bis 1801. Worms und Pfalz-simmern), im westphälischen Kreise *Münster*, und abwechselnd von einem Tage zum andern *Kleve und Berg*, und im nieder-sächsischen Kreise *Magdeburg* abwechselnd mit *Bremen*, und *Braunschweig Lüneburg* f).

Die

d) *Reufs* Stk, 5. Th. 7. Abschn. 21. Th. 4. 5. Abschn.

e) *Gerstlacher's* Handbuch der Reichsgesetze 8. Th. S. 1129.

f) *Gerstlacher* a. a. O. 8. Th. I. I. *Moser* von der Kreisverf. 6. Kap. *Salzburg* ist vom bairischen Kreise im R. D. S. 1803, §. 2. getrennt worden.

Die Kreisausschreibenden Fürsten sind überhaupt der Mund des Kreises, und der Kanal, durch den alles an den Kreis gelangt. Ihre Gerechtsame in besondern Sachen sind in den Reichsgesetzen und durch das Herkommen näher bestimmt worden.

§. 136.

In Ansehung der Religion sind die Kreise entweder evangelische, oder katholische, oder gemischte Kreise. Evangelisch sind der ober- und niedersächsische Kreis. Der österreichische (kurrheinische) und bairische Kreis sind katholisch. Gemischte Kreise sind der fränkische, schwäbische, oberrheinische und westphälische g). Der Religion des Kreises entspricht die Religion des Direktoriums. Was insbesondere die gemischten Kreise betrifft, ist darinn die Religionsparität die Regel h).

§. 137.

Die Kreistage sind entweder allgemeine aller Krei-

g) Arg. des westph. Fr. Art. 5. §. 58. und des R. A. v. 1654. §. 169.

h) Westph. Fr. Art. 5. §. 1. „sit aequalitas exacta“ u. s. w.

Kreise i), oder Kreistage mehrerer Kreise, ordentliche, außerordentliche k), oder Kreistage einzelner Kreise, engere oder volle. 1) Die Versammlung eines Kreises wird von dem Kreisausschreibebeamte berufen. Die Ausschreiben werden daher an alle Kreisstände, entweder unmittelbar oder durch die Specialdirektorien, erlassen. 2) Das Kreistagsdirektorium ist zwar auch mit dem Kreisausschreibebeamte verbunden; in manchen Kreisen kommt es jedoch, vermöge besonderer Verträge oder des Herkommens, einem der kreisausschreibenden Fürsten allein zu, oder dieser hat sich doch gewisser Direktorialvorzüge zu erfreuen l). 3) Die Ordnung im Sitzen und Stimmen ist durch die Obfer-

i) I. I. Moser von d. Kreisverf. S. 296. Sie sind mit den ordentlichen Reichsdeputationstagen nicht zu verwechseln. R. A. 1555. §. 65.

k) Z. B. die Münzprobationstage — die Kreisassociationstage etc.

l) I. I. Moser a. a. O. S. 188. Oeffentlicher Staatsvertrag des kaiserl. Hochstifts Bamberg und der königl. Preussischen Fürstenthümer in Franken die wechselseitigen Verhältnisse des Kreisausschreibebeamts und Kreisdirektoriums betr. 1795. Fol.

Observanz und Kreisschlüsse bestimmt. 4) In den Geschäften, welche vom Reiche den Kreisen übertragen worden sind, und in den gemeinen Kollegialfachen der Kreise gilt die *Mehrheit der Stimmen m*). 5) Hierauf beruht die gemein verbindliche Kraft der Kreisschlüsse und Kreisabschiede (§. 132.) *n*).

m) R. A. 1654. §. 183. „In Kreishandlungen sollen, über die in der Executionsverordnung enthaltenen, und dahin gehörigen Verfassungs-Sachen jederzeit die maiora statt haben, und die mindern Stimmen den mehreren nachzugeseyn verbunden seyn“.

Von der *Anrede* an einen Kreis s. *Pütter's* Anleitung zur jurist. Praxi 2. Th. S. 192. 194.

n) Andere Versammlungen der Stände, als: *Fürstentage*, *Grafentage*, *Städtetage*, sind nicht konstitutionel, sondern Folgen eines freiwilligen Vereins derselben. Davon ist daher im Staatsrechte nur die allgemeine Verordnung der *Wahlk.* Art. 13. §. 10. zu bemerken (§. 87, Note u).

Zehntes Hauptstück.

Von den Fällen, worinn die Mehrheit der Stimmen in den reichsständischen Versammlungen nicht entscheidend ist, insbesondere von dem Rechte der Stände von beiden Religionen, in Theile zu gehen (iure eundi in partes).

§. 138.

Die entscheidende Kraft der mehreren Stimmen ist in den reichsständischen Versammlungen ausgeschlossen o): 1) wenn nicht von gemeinen *Kollegialsachen*, sondern von Rechten der *einzelnen Mitglieder*, in- oder außer dem Kollegium, die Frage ist. 2) Kann dieselbe in solchen Sachen, welche der Staatsgewalt nicht unterworfen sind, vornemlich in Religions- und Gewissenssachen, nicht gelten. Für diese beide

o) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 1035. — 1038. Ebendaf. Klüber.* Insbesondere: *Sacra libertatis anchora*, h. e. *Analysis §. In causis religionis 52. Art. V.* I. P. W. Das Interesse bei dieser Materie ist seit 1803. von der Seite des evangelischen Reichtheils auf den katholischen übergegangen. Dadurch sind aber die Gründe, und ist die darauf beruhende Ueberzeugung nicht wandelbar geworden.

beide Fälle hat auch der westphälische Friede die Mehrheit der Stimmen zwischen den Ständen von beiden Religionen aufgehoben; jedoch unterstellt derselbe hierbei auch noch solche Religionsfachen, welche der Staatsgewalt nicht entzogen werden können. Ueberdies hat 3) der Friedensschluss überhaupt verordnet, daß, wenn katholische und evangelische Stände in zwei Theile gehen, allein eine gütliche Vereinigung die Streitigkeiten entscheiden, und die Mehrheit der Stimmen nicht geachtet werden solle p). Die Bedeutung und Fügung der Wörter: *aliis, ut etiam*, der Antrag der Evangelischen im Nov. 1645. q), dessen Wieder-

hoh-

p) *W. Fr. Art. 5. §. 52. „In causis religionis, omnibusque aliis, ubi status tanquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam catholicis et Augustanae confessionis statibus in duas partes euntibus sola amicabile compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate“.*

q) „Daß nicht allein in *Religions-Contributions*- und denen Sachen, da die Stände *ut singuli* zu consideriren, sondern auch in allen und jeden andern, sie treffen an, was sie immer wollen, darinn die Römischcatholischen eine, und die Evangelischen die andere Parthey constituiren, das Ueberstimmen hinführo nicht mehr gelten

Q

„sollte.

hohlung im April 1647. r), und der ganze Zusammenhang der Friedenshandlungen setzen aufser Zweifel, dass der Friedensschluss die Mehrheit der Stimmen in *drei verschiedenen Fällen*, und also auch in blos weltlichen, die Religion *auf keine Art* betreffenden, Sachen ausgeschlossen habe s).

§. 139.

„sollte“. De *Meiern* acta P. W. tom. 1. S. 701. 824.

r) „In causis religionis *et collectarum*, omnibusque „aliis negotiis, ubi status tanquam unum Corpus „considerari nequeunt, ut etiam catholicis et „*Evangelicis* in duas partes euntibus sola amica- „bilis compositio lites dirimat, non attenta volo- „rum pluralitate. De *Meiern* a. a. O. tom. 4. „S. 202. 546. 804. 929. 965. tom. 5. S. 574. tom. 6. S. 149.

s) *Ickstadt* de fundamentis atque historia exceptionum a iure maiorum in conventibus imperii tam universalibus quam particularibus. In opusc. tom. 2. S. 138. f. Pet. Fr. *Schwaan* diss. de genuino sensu §. 52. Art. V. I. P. O. Bamb. 1774. *Erklärung* des t. StR. Wien 1793. 8. S. 276. f. *Gönner* im StR. §. 167. (jedoch hat er die Ickstadtische Behauptung nicht ganz zur seinigen machen wollen).

§. 139.

Das Recht, in Theile zu gehen, ist demnach die Befugniss eines Theils der Stände, in einer Sache anderer Meinung zu seyn, als der andere, mit der Wirkung, daß alsdenn die Mehrheit der Stimmen in den reichsständischen Kollegien nicht entscheide, sondern die gütliche Uebereinkunft beider Theile das einzige Mittel sey, dem Streite ein Ende zu machen. Die wirkliche Ausübung dieses Rechts heisst *Ition* (Theilegang), *Itionsfall* (*itio in partes*). Die gemeinsame Erklärung eines Theils der Stände (*votum commune*) geht, gewöhnlich, voraus.

Weil der Friedensschluss allgemein spricht, insbesondere das Recht, in Theile zu gehen, in den reichstagigen Kollegien der Stände statt hat, so ist kein Grund vorhanden, weswegen dasselbe auf *Kreistagen* bei den gemeinen Kollegialfachen der Kreise und bei den, von dem

Q 2

Reiche

Ein *Herkommen* kann nicht behauptet werden, weil der Fall vom J. 1672., wegen der Bestellung der vier Generalmajors, eine Sache betroffen hat, wobei auf die *Religion der Subjekte* gesehen worden, sie also eine *causa religionem indirecte concernens* gewesen ist.

Reiche den Kreisen übertragenen, Geschäften ausgeschlossen seyn sollte *t*).

§. 140.

1) Der Theilegang hat auf dem Reichstage auch in *einem* Reichskollegium statt *u*). 2) Nach der ordentlichen Umfrage kann noch ein *votum commune* zum Protokolle gegeben, und der Abfassung des Konklusums nach der vorhandenen Mehrheit der Stimmen, widersprochen werden *x*). 3) Zum *voto communi* und der Wirkung der Ition sind die mehreren Stimmen eines Religionstheils hinreichend *y*). 4) Der andere Theil ist daher dabei, wie das *votum commune* zu Stande gekommen sey, nicht interef-

t) *Hackii* diss. de iure eundi in partes in negotiis circularibus locum non habente, Bamb. 1773. I. I. *Moser* von der Kreisverf. S. 381. f.

u) *Votum com.* Evangelicor. v. 2. Sept. 1721. *Saera libertatis anchora* §. 40. f.

x) *W. Fr.* a. a. O. „in duas partes *euntibus*."

y) *Posselt* utrum ad vota communia . . unanimia membrorum corporis, an plurima tantum suffragia requirantur. Kehl 1783. 8. *Gönnert* a. a. O. §. 200. Der §. 56. (55.) des V. Art. des W. Fr. kann hier nicht analogisch angewandt werden.

terefsirt, wenn ohne Widerspruch des mehreren Theils das votum commune, als solches, abgelegt worden ist z). 5) Es können auch einzelne Stände eines Religionstheils, die schon übereinstimmend mit dem andern gestimmt haben, noch nach der Umfrage ihre Stimmen zurücknehmen, und der Mehrheit ihres Religionstheils beitreten. 6) Der Kaiser oder dessen Kommission hat die Macht nicht, einem Religionstheile eine Meinung aufzudringen, oder dessen Schlüsse und vota communia zu kassiren a). 7) Sobald ein Religionstheil anderer Meinung ist, als der andere, und beide sich nicht in der Güte vereinigt haben, ist es bei dem bisherigen Zustande, bei dem Besitze zu lassen. 8) Es fehlt ferner so lange an einer gesetzlichen Bestimmung. Daher sind auch 9) keine entscheidende Gründe und Gegengründe vorhanden. 10) Vermöge einer nothwendigen
Folge

z) S. Dagegen *Ichstadt* a. a. O.

a) *W. F.* a. a. O. „*sola amicabile compositio lites* „dirimat“. Der Itionsfall kommt bei der Ausübung der Reichsstandschaft vor, welche die, der kaiserlichen Gewalt entgegengesetzte, und davon ausgeschlossene, Befugniß der Stände ist. *W. F.* Art. 8. §. 2. „*libero . . suffragio et consensu*“.

Folge, ist unterdessen der Schluss desjenigen Religionstheils, welcher der *besitzende und verbietende Theil* ist, welcher für die *Beibehaltung des bisherigen Zustandes* beschlossen hat, in den Gerichten und außer denselben als Norm anzusehen *b*). 1.) Der, nach erfolgtem Theilergange durch gütliche Uebereinkunft der beiden Religionstheile zu Stande gekommene, Schluss der reichstagigen Kollegien bedarf jedoch der kaiserlichen Ratifikation, um zu einem verbindlichen Reichsschlusse erhoben zu werden, wenn der Gegenstand desselben zur kaiserlichen Ratifikation geeigenschaftet ist *c*).

b) Kein Korpus masst sich deswegen eine *gesetzgebliche Gewalt* im Reiche an. Die Verbindung der Gerichte rührt vielmehr aus dem Gesetze des Friedensschlusses her: *sola amicabile compositio lites dirimat*. Pütter's Litt. des StR. 3. Th. §. 1199. Das. Klüber.

c) S. vorherg. Note *a*).

Eilftes Hauptstück.

V o m r ö m i s c h e n K ö n i g.

§. 141.

Derjenige Herr, welcher, bei Lebzeiten des Kaisers, zum Nachfolger in der kaiserlichen Regierung gewählt worden ist, wird *römischer König* (Rex Romanorum) genannt *d*). Wenn er nicht zur Aushülfe des Kaisers gewählt worden ist, darf er sich, ohne dessen besondere Vollmacht, der Reichsregierung nicht unterziehen *e*).

Die

d) *Römischer König* wird auch der gewählte, aber in Deutschland noch nicht gekrönte, römische Kaiser genannt (§. 70.). Die römischen Könige, im eigentlichen Sinne, sind, ehe Deutschland ein völlig freies Wahlreich geworden ist, unbekannt gewesen. Für den ersten wird Heinrich VII gehalten.

Schriften in *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1647 — 1654. Ebendaf. *Klüber.* v. *Lyncker* Wahlkap Ios. II. mit Actenmäßsigem Auszuge von den bey römischen Königswahlen vorgefallenen Streitigkeiten.

e) Dazu pflegt er in seiner Wahlkap. ausdrücklich verbindlich gemacht zu werden. *Wahlk. Ios.* I. Art. 47. *Ios.* II. Art. 30. §. 3.

Die Wahl desselben kann von dem Kaiser selbst, veranlaßt, es kann aber auch aus erheblichen Ursachen, des Widerspruchs des Kaisers ungeachtet, dazu geschritten werden f). Sie geschieht, wie die Wahl des Kaisers, unfreitig von den Kurfürsten allein. Eben so schreiben auch die Kurfürsten schon dem römischen König eine Wahlkapitulation vor. Die *Wahlkapitulationen* sind daher entweder *kaiserliche* oder *römischkönigliche*. Die letzteren unterstellen entweder auch eine römischkönigliche Regierung g), oder beziehen sich nur auf die künftige kaiserliche Regierung des römischen Königs (*quaestio quomodo?*)

§. 142.

Was aber die Frage betrifft: ob jetzt ein römischer König gewählt werden solle (*quaestio nem an?*), ist die Nothwendigkeit der Konkurrenz aller Stände bei der Erledigung derselben unfreitig. Der W. F. hat die Sache auf den nächsten

f) *Wahlk.* Art. 3. §. 10. „mit oder ohne des regierenden Kaisers Consens“.

g) *Wahlk.* a. a. O. „es wäre dann — vorstehen „könnte“.

sten Reichstag verwiesen *h)*. Im Jahre 1711. haben sich die beiden höheren Reichskollegien über eine *Konstitution von der Wahl eines römischen Königs* verglichen, welche auch so gleich der Wahlkapitulation Karls VI. einverleibt worden ist *i)*. Darinn ist jedoch unbestimmt

h) Art. 8. §. 3. „In proximis comitiis de electione Romanorum regum . . . ex communi statuum consensu agatur et statuatur“.

i) Wahlk. Art. 3. §. 10. (1790. 1792.). Nachdem „von Kurfürsten und Fürsten zu Regensburg, „nach Anleitung articuli VIII. instrumenti pacis, „von der Wahl eines römischen Königs bei Lebzeiten eines erwählten römischen Kaisers gehandelt und verglichen worden, *dass die Kurfürsten nicht leicht zur Wahl eines römischen Königs vivente Imperatore schreiten*, es wäre „dann, dass entweder der erwählte und regierende „römische Kaiser sich *aus dem röm. Reiche begeben, und beständig oder allzulang aufhalten* „wollte, oder derselbe wegen seines hohen Alters, „oder beharrlicher Unpässlichkeit der Regierung „nicht mehr vorstehen könnte, oder sonst eine „anderwärtige hohe Nothdurft, *daran des heil. röm. Reichs Konsevation und Wohlfahrt gelegen*, erforderte, einen römischen König noch bei Lebzeiten des regierenden Kaisers zu wählen, und „dann

stimmt geblieben, wer darüber: ob hier und da eine so hohe Nothdurft vorhanden sey, wegen deren die Wahl eines römischen Königs vorgenommen werden solle? zu entscheiden habe. Aus dieser Ursache ist dadurch dem Streite nicht ganz abgeholfen worden. Das im I. 1764 gebrauchte Temperament ist, vor entschiedener Sache, allenfalls auch in der Folge zu beobachten *k*).

§. 145.

„dann daß in solchen ein- und andern angereg-
 „ten, wie auch erstgedachtem Nothfalle, die
 „Wahl eines römischen Königs durch die Kur-
 „fürsten, *mit oder ohne des regierenden römischen*
 „*Kaisers Konsens*, wenn derselbe, auf angelegte
 „Bitte, ohne erhebliche Ursache verweigert
 „werden sollte, vorgenommen, und damit der
 „goldenen Bulle, auch ihrem von dem heil. röm.
 „Reiche tragenden Amte und Pflichten nach,
 „von ihnen allerdings *frei und ungehindert* ver-
 „fahren werden solle; so sollen und wollen Wir
 „diesen . . . Schluß, wie hiermit geschieht, für
 „genehm, und Uns dem gemäß und konform
 „halten“.

k) I. I. *Mosers* Zusätze zum neuen StR. I. Bd. S.
 74. f.

§. 143.

Sobald die Kurfürsten auf einem Kollegialtage darüber, daß zur römischen Königswahle geschritten werden solle, einen Schluss gefasst haben, wird zur Wahl selbst geschritten, und der Kollegialtag allenfalls so fort in einen Wahltag verwandelt *l)*. 1) Beim Thronkandidaten werden die Eigenschaften des Kaisers erfordert (§. 51.). Wenn derselbe ein kaiserlicher Prinz ist, so pflegt die kaiserliche Einwilligung erbeten und ertheilt zu werden. 2) Die Wahl und Krönung desselben werden so, wie die des Kaisers, verrichtet, außer daß der regierende Kaiser die Erzbeamten selbst zur Krönung einladet *m)*. 3) Nach der Krönung wird dem römischen Könige nicht gleich gehuldigt, sondern diese Handlung wird bis zum Antritte der kaiserlichen Regierung desselben ausgesetzt (§. 48.).

§. 144.

l) v. Lynker Protokolle von dem mit Anfange des I. 1764. zu Ffurt a. M. gehaltenen Kurfürstentage, Hildb. 1790. 4.

m) Die Stadt legt den Kurfürsten den *Sekuritäts-
eid* (§. 67.) ab, wenn auch der regierende Kaiser zugegen seyn sollte. I. I. Moser von Teutschl. S. 307.

§. 144.

4) Der römische König bekommt den *Majestätstitel*, nennt sich *erwählten römischen König*, *allzeit Mehrer des Reichs*, und wird von andern: *Allerdurchlauchtigster Römischer König* u. s. w. angeredet. 5) In seinem *Wappen* führt er nur einen *einköpfigen Adler*. 6) Im *Reiche* hat er den *Rang* gleich nach dem Kaiser. 7) Nach dem Abgange des Kaisers ist der römische König, sogleich und von Rechtswegen, regierender Kaiser.

Zwölftes Hauptstück.

Von dem Zwischenreiche und den Reichsvikarien.

§. 145.

Wenn aber, nach dem Abgange des Kaisers, auch kein römischer König vorhanden ist: so entsteht, wegen der Eigenschaft eines Wahlreichs, ein *Zwischenreich* n). Damit während dessel-

n) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1624. f. Das. Klüber. Insbesondere: von Santori Reichsvicariatisches Staatsrecht, Augsb. 1790. 8.

desselben, die Reichsregierung nicht gänzlich unterbrochen, insbesondere die Justizpflege nicht gehemmt seyn möchte, hat die G. B. den *Pfalzgrafen* bei Rhein, welcher von jeher, in Ermangelung des Kaisers, die Richterstelle vertreten hat, und den *Kurfürsten von Sachsen* wegen der gleichen Rechte der Sachsen mit den übrigen Reichsbürgern und der alten sächsischen Autonomie, als *Reichsverweser* bestätigt, auch jedem seinen *Vikariatsdistrikt* angewiesen o). Die

o) G. B. Cap. 5. §. 1. „Quoties insuper . . . sacrum
„vacare continget imperium, illustris comes pa-
„latinus Rheni, sacri imperii Archidapifer, ad
„munus (manus) futuri regis Romanorum in
„partibus Rheni et Sueviae et in iure Franconico,
„ratione principatus seu comitatus palatini pri-
„vilegii esse debet provisor ipsius imperii, cum
„potestate iudicia exercendi, ad beneficia eccle-
„siastica praesentandi, recolligendi redditus et
„proventus et investendi de feudis, iuramenta
„fidelitatis vice et nomine sacri imperii recipiendi,
„. . . feudis principum duntaxat exceptis, et
„illis, quae *vanlehn* vulgariter appellantur . .
„Ipse tamen comes palatinus omne genus aliena-
„tionis seu obligationis rerum imperialium, hu-
„iusmodi provisionis tempore, expresse sibi no-
„verit interdictum“.

Die Grenzen dieser beiden Distrikte sind zwar in dem ReichsvikariatsGrenzvergleiche vom 9. Jun. 1750 unter den Reichsvikarien näher bestimmt worden p); dieser Vergleich hat aber die

§. 2. „Et eodem iure provisionis illustrem *ducem*
 „*Saxoniae*, *sacri imperii Archimareschallum*,
 „*frui volumus in his locis, ubi saxonica iura*
 „*servantur*, sub omnibus modis et conditionibus,
 „*sicut superius est expresum*“.

p) Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze 3. Th. S. 406. f. §. 1. „Das hohe rheinische Vicariat
 „will sich hinführo, so wohl bey seiner gehei-
 „men Reichsvicariats-Canzley, als bei seinem
 „Vicariatshofgerichte, aller Vicariatsintimatio-
 „nen, Verfügungen, Erkenntnissen und Expe-
 „ditionen, wie die Nahmen haben, nicht allein
 „in der sonst in den fränkischen Kreis gerechne-
 „ten gefürsteten Graffschaft *Henneberg*, sondern
 „auch in nachbenannten im westphäl. Kreis ge-
 „legenen Stiftern und Graffschaften, nemlich
 „dem Hochstift *Paderborn*, dem Hochstift *Os-
 „nabrück*, der Abtey *Corvey*, den Graffschaften
 „*Oldenburg und Delmenhorst*, *Hoya*, *Diephold*,
 „*Pyrmont*, *Lippe*, *Schaumburg und Rittberg*,
 „und in den andern anjetzt specificirten Distri-
 „cten gegen die *Weser* zu, und über diesen
 „*Fluss* dielseits gelegenen, dem rheinischen
 „Vicariat nicht, und namentlich reservirten Stif-
 „tern,

„tern, Fürstenthümern, Graffschaften und Reichs-
„städten des westphälischen Kreises, eben so,
„wie es sich von dem ober- und niedersächsischen
„Kreis, und andern Orten, worüber bisher kein
„Zweifel oder Streit gewesen, von selbst versteht,
„gänzlich enthalten, dergestalt, daß diese vor-
„her in specie et in genere angedeutete sämt-
„liche Distrikte von nun an bis zu ewigen Zei-
„ten, in allen und jeden Sachen einzig und al-
„lein zu dem sächsischen Vicariat ohne Eintrag
„des rheinischen Vicariats gehören sollen“.

§. 2. „Gleichergestalt will das hohe sächsische
„Vicariat sich hinführo so wohl bey seiner ge-
„heimen Vicariatskanzley, als bey seinem Vica-
„riatsgericht, aller Vicariatsintimationen . . nicht
„allein in dem *Erzstift Cölln*, eben so wie es
„sich von dem *churrhein- und oberrheinischen*
„Kreis und andern Orten, worüber bisher kein
„Zweifel oder Streit gewesen, von selbst ver-
„steht, sondern auch in dem sonst zum west-
„phälischen Kreis gerechneten *Herzogthum West-*
„*phalen*, dem Hochstift *Münster*, dem Fürsten-
„thum *Minden*, der Abtey *Hervorden*, der Graf-
„schaft *Ostfriesland*, wie auch den Graffschaften
„*Ravensberg*, *Teckelburg* und *Bentheim*, und in
„den andern anjetzt specificirten Distrikten ge-
„gen den Rhein zu und über diesen Fluß jenseits
„gelegenen, dem sächsischen Vicariat nicht na-
„mentlich in vorigem ersten §pho reservirten
„Stiftern, Fürstenthümern, Graffschaften, Herr-
„schaften und Reichsstädten des westphälischen
„Krei-

die Bestätigung des Reichs noch nicht erhalten q). Einige Stände behaupten eine Exemption von beiden Reichsvikarien r). Der *Antritt* des Reichsvikariats geschieht jedesmal durch Erlassung der *Vikariatspatente* s).

§. 146.

Das *provisorische* Regierungsrecht der Reichsvikarien begreift, seinem Endzwecke nach, nicht nothwendig alle kaiserliche Regierungsrechte in sich. Den Reichsvikarien ist

„Kreises gänzlich enthalten, dergestalt“ u. s. w. *Schmaufens* Corp. iur. publ. S. 1676. d. Ausg. v. 1794. v. *Lyncker* Anmerkungen und Erläuterungen zu dem Vicariatsgrenzvergleich von 1750. Hildburgh. 1791. 8.

q) *Wahlk.* Art. 3. (1764.) §. 19. (1790.) §. 17.

r) I. I. *Moser* vom röm. Kaiser etc. S. 779. *Ebendaf.* von der T. Justizverf. 2. Th. S. 903. v. *Dalwigk* Kl. jurist. Abh. 1. Bdg. Num. 1. die von der reichsgerichtlichen Jurisdiktion exemirten Reichsstände sind auch von der *Gerichtsbarkeit* der Reichsvikarien exemirt.

s) I. I. *Moser* vom röm. Kaiser u. s. w. S. 785. f. — Von der T. Justizverf. 2. Th. S. 911. *Reufs* Stk. 26. Th. S. 273. f.

ist auch durch kein Reichsgesetz der ganze Umfang der kaiserlichen Regierungsrechte gestattet und gesichert worden. Die Regierungsgewalt derselben ist demnach auf die, in den *Reichsgesetzen* genannten, und rechtmässig hergebrachten, Rechte eingeschränkt t). Insbeson-

t) *Wahlk.* Art. 3. §. 14. „Wollen Wir die Vikarien des Reichs bei ihren uralten in der goldenen Bulle und dem unverrückten Herkommen gegründeten Rechten der Verwefung des Reichs so wohl nach Absterben eines röm. Kaisers oder Königs . . . unbeeinträchtigt bleiben lassen, auch nicht nachgeben, daß die Vikariate und deren iura, sammt was denselben anhängig, von Iemand disputirt und bestritten, oder *restringirt* werden“. §. 18. „Wir sollen und wollen auch dasjenige, was von den beiden Vikariatshöfen in mittler Zeit der Vakanz, und bis Wir die Wahlkapitulation in Person beschwo- ren, folglich das Regiment wirklich angetreten, behandelt und verliehen worden, es sey in Iustiz oder Gnadenfachen, in so weit als dasselbe die Grenzen der goldenen Bulle, der gegenwärtigen *Wahlkapitulation* und des unverrückten *Herkommens* nicht überschreitet, in der allerbeständigsten Form genehm halten, konfirmiren und ratificiren, wie sich dasselbe geziemt, und gebührt . . . (In der *Wahlk.* 1711. und 1745. hies es §. 19. u. 20.: „sollen und wollen
R „Wir

besondere hat die G. B. den Reichsvikarien *bestimmte Rechte* verliehen, dagegen aber auch den

„Wir . . . die während dieses letzt vorgewesenen interregni bey dem rheinischen Vicariat so wohl in Iustiz - als Gnadenfachen vorgegangene Handlungen und Verleihungen eben so, als dasjenige, was von sächsischen Vicariatswegen, in mittler Zeit der Vacanz . . . laut der *guldernen Bulle und vermög der Reichsordnungen* gehandelt und verliehen worden, in der allerbeständigsten Form genehm halten“ u. s. w.) *Kurfürstl. Kollegialschreiben*, beschloßen den 1. Sept. 1790. „Ew. kais. M. sind schon voraus überzeugt, wie sehr es zu wünschen sey, daß den Anständen, welche bey einem jedesmaligen Zwischenreiche über die Grenzen der Vicariatsgerechtsamen zu entstehen pflegen, durch einen förmlichen Reichschluß für alle Zukunft vorgebeugt werde. Ew. kaiserl. Maj. erluchen wir daher allerehrerbietigst, die Reichstagsentscheidung über die Grenzen der Vicariatsgerechtsamen überhaupt so wohl, als insonderheit über die wegen der Wiederverleihung eröffneten Reichslehne während eines Zwischenreichs obwaltenden Anstände auf eine Reichskonstitutionsmäßige Weise durch Reichsoberhauptliche allerhöchste Verwendung allergnädigst zu befördern“.

denselben zur Pflicht gemacht, von Reichs-
sachen nichts zu veräußern u).

§. 147.

Der *Schluss* der drei Reichskollegien vom
7. Jun. 1790, wegen der *Fortsetzung des Reichs-*
tags in einem Zwischenreiche x), ist zwar

R 2

nicht

u) G. B. (§. 145. Note o).

x) Der *Hauptinhalt* desselben ist: „Da die Thä-
„tigkeit des Reichstags auch im Zwischenreiche
„von selbst ihren Fortgang behalte: sey beiden
„Reichsvicarien unbenommen, mit ihren au-
„spiciis folgendermassen einzutreten, dass 1) eine
„gemeinschaftliche VicariatsprinzipalCommission
„anzustellen, und diese durch Vollmacht und
„Credentialsschreiben zu legitimiren sey; 2) dass
„aber, wie den Vicarien der ganze Inbegriff der
„kaiserl. Gewalt und Majestät nicht beyzulegen,
„so die Repräsentation des Reichsoberhauptes auch
„im Ceremoniel nicht eintreten könne; 3) dass
„jedoch Vicariatscommissionsdecrete in der Art
„einer Veranlassung, Anheimgabung, Empfeh-
„lung u. d. g. sowohl zur Wissenschaft als zur Deli-
„beration statt finden; 4) Dass der Reichstag
„gleichwohl in der Ordnung der Berathschlagun-
„gen daran nicht gebunden sey, sondern auch
„andere Sachen in Deliberation nehmen kön-
„ne; 5) dass kein Reichsgutachten, sondern
„nur

nicht sofort zur Vollkommenheit gediehen,
jedoch ist die Fortsetzung des Reichstags un-
ter

„nur Collegial- oder Reichsversammlungsschlüsse
errichtet werden können; 6) dass diese durch
Churmainz der Vicariatscommission zur Wis-
senchaft zu bringen; 7) dass aber darauf keine
Ratification, wie vom Reichsoberhaupte erfol-
gen könne, sondern nur Acceptation, und nach
Bewandnis der Sachen Nachricht von der in
deren Gemälsheit erlassenen Verfügung; 8)
dass die allgemeine Bestätigung in der nächst-
folgenden kaiserlichen Wahlkapitulation einzu-
rücken“. Dazu die *Erklärung der Reichsvika-
rien* vom 14. Jul. 1790. Die Staatshandlungen
f. in *Reufs* Stkanzl. 27. Th. S. 313. f. u. folg.
Th. f. *Schriften* in *Klüber's* Fortsetz. der Püt-
tersch. Litt. §. 1633. Ziff. 4. f. *Ge. Wiese* comment.
de differentia comitiorum S. R. I. durante inter-
regno et vivo imperatore, Goett. 1791. 4.

Man f. übrigens die *Wahlk.* Art. 13. §. 9.
„Da nach Absterben eines Kaisers, oder in dessen
Minderjährigkeit und langwieriger Abwesenheit
außer Reichs, den Reichsvikarien die Ausschreib-
und Haltung eines Reichstags, oder da der-
gleichen schon vorhanden, die Kontinuirung
desselben statt eines römischen Kaisers aller-
dings zukömmt: so sollen dieselben solchenfalls
mit Ansetzung eines neuen Reichstags nach
obiger Vorschrift (§. 1. desselb. Art.) (§. 107.)
„sich

ter den Auspicien der Reichsvikarien überhaupt, durch die *Observanz* des Zwischenreichs vom I. 1792, bestätigt worden y). Hin-
gegen

„sich gleichfalls zu achten schuldig, die stehen-
„den comitia aber zu kontinuiren befugt seyn,
„und beide Arten anders nicht, als unter der
„Vicarien Authorität gehalten und fortgesetzt
„werden“.

Vikariatsvergleich von 1750. §. 9.: „So viel
„auch insonderheit die Reasumirung und Fort-
„stellung des Reichstags sub auspiciis vicariorum
„anbetrifft, so wollen beide hohe Reichsvicariate
„die expeditiones, welche zu Authorisirung der
„Commission, oder sonst erforderlich, ebenfalls
„separatim, jedoch auf vorherige unter sich
„geschehene Concertirung, ergehen, und von
„dem Principalcommissario in den Commissions-
„decretis oder sonst die Titulatur und Schreib-
„art folgendermassen:

„Von der hohen des heil. Röm. Reichs dieser
„Zeit Vicariorum wegen, lassen Sr. etc. als dero-
„selben zu gegenwärtiger allgemeiner Reichs-
„gevollmächtigter hochansehnlicher Prinzipal-
„commissarius etc.

„ohne namentliche Benennung der hohen Vica-
„riorum gebrauchen lassen“.

y) *Ignaz Felix Kilians* neueste Verhandlungen we-
gen Fortsetzung des Reichstags während des
Zwischenreichs. Regensb. 1793. 8.

gegen gehören die Stellen der Wahlkapitulation, wornach die Reichsvikarien, bei einer langwierigen *Abwesenheit des Kaisers* ausser dem Reiche, bei der *Minderjährigkeit* oder einem *andern Hindernisse* desselben, die Reichsregierung verwalten sollen, noch zu den, von den Fürsten wideriprochenen, Stellen z).

§. 148.

Ist den Reichsvikarien, *nach der vorhandenen Reichskonstitution*, ein Ratifikations- und Bestimmungsrecht einzuräumen? — Sind die Schlüsse des Reichstags während eines Zwischenreichs auf augenblickliche Bedürfnisse des Reichs eingeschränkt? Io. Fried. Schmidlin über die gesetzgebende Gewalt in Teutschland während eines Zwischenreichs. Stuttg. 1790. 8. L. Harfcher d'Almendingen recherches sur les droits et la forme de la diète germanique pendant la vacance du trône imperial. Goett. 1792. 8. Wiese a. a. O. Gönner's StR. §. 129. Leist Lehrb. des StR. §. 81.

z) *Wahlk. Art. 3. §. 14.* „sowohl nach Absterben „eines röm. Kaisers, oder Königs, als auch bei „dessel langwieriger Abwesenheit ausser Reich, „oder wenn derselbe das Regiment selbst zu „führen, durch andere Umstände gehindert werden sollte u. s. w. (§. 146. Not. t). Art. 13. §. 9. „(vorsteh. Not. x). — Carol. Ign. Wedekind „Palatinus caesare trans Alpes morante vicarius „uni-

§. 148.

Das Reichserzkanzleramt ist, als kaiserliches und Reichshofamt, im Zwischenreiche aufser Thätigkeit gesetzt, jedoch bleibt es als *gemeines Reichsamt* in voller Uebung. Außerdem hat der Reichserzkanzler, in dieser Eigenschaft, im Zwischenreiche keine besondere Befugniß, für die Erhaltung der Reichsverfassung unmittelbar sich zu verwenden und Vorkehrungen zu diesem Ende, folchergestalt, zu treffen a).

„universalis, Goett. 1792. 8. ist mit den bisher „angezogenen Reichsgesetzen nicht zu vereinbaren.

a) Th. Conr. *Hartleben* Untersuchung der Rechte und Pflichten eines Kurfürsten von Mainz während des Interregnums. 1792. 8. 1o. Rich. v. *Roth* pragmatische Interregnumsgeschichte, besonders des Erzkanzleriats v. I. 1790. Frf. u. M. 1794.

II. Abtheilung.

Allgemeine Konstitution der Reichslande.

Erstes Hauptstück.

Von der Landeshoheit überhaupt.

§. 149.

Die Landeshoheit ist die, der Reichsmajestät untergeordnete, bürgerliche Hoheit über die deutschen reichsständischen Länder und Gebiete, in so ferne nicht einzelne Rechte derselben dem Kaiser noch vorbehalten sind (§. 5.).

1) Der Umfang der landeshoheitlichen Rechte wird daher, in Ermangelung besonderer Landesstaatsrechte, nach dem gemeinen deutschen, und zuletzt nach dem allgemeinen Staatsrechte von den Rechten der Staatsgewalt überhaupt, bestimmt b). Insbesondere sind 2) die Prinzipien

b) Die Landeshoheit begreift daher die Majestäts- und Souverainitätsrechte in sich. *Thomasi diss. de iniusta oppositione iurium maiestaticorum, superioritatis territorialis et reservatorum imperatorum.* Der unbestimmte Ausdruck im §. 1. Art.

pien des allgemeinen Staatsrechts von dem gemeinen Wohl, als dem Endzwecke der bürgerlichen Hoheit c), von der Repräsentant-
schaft

Art. 8. des *westph. Fr.* „libero iuris territorialis . . exercitio“ ist durch die deutlichere Reichs-
gesetze (*Wahlk.* Art. 1. §. 8.), durch das Reichs-
herkommen, und die, dadurch insbesondere be-
stätigte, Anwendung des allgemeinen Staatsrechts
näher bestimmt worden. Hiernach sind auch
die im *Pressburger Frieden* für Oesterreich,
Preussen, Baiern, Würtemberg, Baden und
Würzburg gebrauchten Ausdrücke: *la plenitude
de la souveraineté* u. d. g. (§. 27. Not. b), §. 89.
Note d) zu verstehen. Man vergl. noch den
Art. 7. „sans neanmoins cesser d'appartenir a la
„confoederation germanique“ (§. 27. Not. b).

Die Paromie: *Jeder Landesherr ist Kaiser in
seinem Lande* (*tantum potest status id territorio,
quantum imperator in imperio*), welche ehemals
zur Subsumtion gebraucht worden ist, um den
Umfang der Landeshoheit nach dem römischen
Rechte und den darinn enthaltenen Rechten ei-
nes alten römischen Kaisers zu bestimmen, ist
aus dem deutschen Staatsrechte zu verbannen.
Ab Eyben diss. de sensu ill. regulae: status tan-
tum potest in suis territoriis, quantum imperator
in imperio. — *Pütter's* Erörterungen etc. 2. Hft.
S. 188. (§. 13).

c) *Schlettweins* Schreiben an *Pütter* von dem ge-
meinen

schaft des Staats d), und der Verbindlichkeit des Nachfolgers in der Regierung an die rechtmäßigen Regierungshandlungen der Vorfahren e) u. s. w., bei den deutschen Landesregenten

meinen Besten oder der gemeinen Wohlfarth der Staaten. In dessen *Archive* für den Menschen u. Bürger 2. Bd. Num. 3.

d) *Meine* diss. de principe legibus suis obligato §. 15. 23.

e) *Lünevill. Fr.* Art. 8. la republique française ne prend a sa charge que, les dettes resultantes d'emprunts formellement consentis par les états de pays cedes, ou des depenses faites pour l'administration effective de dits pays“. R. D. S. 1803. §. 77. 80. 81. Auf die Eigenschaft eines *successoris universalis* oder *singularis* kann es, in diesem Betrachte, nicht ankommen. *Meine* Anfangsgr. des StR. der gesammten Reichslande §. 126. f. u. die daselbst angef. *Schriften*. v. Kamptz Erörterung der Verbindlichkeit eines weltlichen Reichsfürsten aus den Handlungen seines Vorfahren, Neustrel. 1800. 8. *Gönners* Staatsr. §. 244. Auf die Handlungen, welche ein deutscher Landesherr als *Privatperson*, oder als *Besitzer des Familienguts* vorgenommen hat, wird im *Staatsrechte* keine Rücksicht genommen; vielmehr sind die privat- z. B. lehnrechtlichen Prin-

ten in Anwendung zu bringen. 3) Die Landeshoheit ist von der bloßen *Herrschaft* über unmittelbare, nicht reichsständische, Gebiete (§. 5.), und 4) von den *Patrimonialrechten* der Landesherrn, insbesondere 5) von der *Lehnsherrlichkeit* an den Landeslehn (*feuda provincialia*) unterschieden *f*). Daher ist der Landesvasall, *als solcher*, kein Landesunterthan (*vasallagium non involvit homagium*) *g*). Der Landesregent ist auch nicht, *als solcher*, der *allgemeine Eigenthümer oder Obereigenthümer* des Landes (§. 41.).

§. 150.

Prinzipien, wegen der Eigenschaft eines Staats und Regentens, allenfalls zu modificiren oder abzuändern.

f) Arg. des *W. F. Art.* 5. §. 42. „*A sola qualitate feudali vel subfeudali . . ius reformandi non dependet*“. *Behr* Versuch einer allgemeinen Bestimmung des rechtlichen Unterschieds zwischen Lehnsherrlichkeit und Hoheit, Würzb. 1799. 8.

g) *Mein* Kommentar über G. L. Böhmers princip. iur. feud. §. 4. — *Pusholz* de iurisdictione feudali et superioritate territoriali in subfeudis imperii etc. (Henr. de *Bünau*) examen diss. Pucholzanar. In *Ienichens* thes. iur. feud. tom. 3. S. 505. f. 659. f. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1620. Ziff. 2. *Lünigs* Bibliotheca Deduct. Part. 3. Art. *Schwarzburg*.

§. 150.

Die Landeshoheit haftet auf dem *Lande h)*.
 1) Sie wird daher mit dem Lande *erworben*,
 und geht damit *verlohren i)*. 2) Sie steht dem
 reichsständischen *Stifte* oder der *reichsständi-*
schen Familie, als ein eigenes, lehnbares oder
 allodiales, Recht zu. In den *Reichsstädten* ist
 sie ein *Gemeinheitsrecht* der Stadt *k)*. 3) Das
nächste

h) (vorherg. §. Note d.) Dazu kömmt die Analogie
 mit der *Reichsstandschaft* (§. 85.).

i) *Meine* Anfangsgr. des StR. der Reichslande §. 79.
 f. 124. f.

k) Chr. Gottl. *Biener* de natura et indole dominii
 in territoriis Germ. Lib. I. c. 2. §. 10. f. — Ad.
 Frid. v. *Reinhard* Beantwortung der Frage: was
 ist eigentlich dasjenige, was regierende Herrn
 und teutsche Reichsvasallen vom Kaiser und
 Reiche zu Lehn haben? In *Zepern*. Samml.
 auserles. Abh. aus d. Lehn. 3. Th. Num. 3.
Pofse über das Staatseigenthum in d. deutschen
 Reichslanden S. 104. folg. Wegen der Reichs-
 städte insbesondere f. *W. Fr.* Art. 5. §. 29. „li-
 „berae imperii civitates . . . in territoriis suis
 „et respectu subditorum non minus ac intra mu-
 „ros et suburbia idem cum reliquis statibus impe-
 „rii superioribus ius habeant“. Art. 8. §. 4.
 „Liberis imperii civitatibus — rata et intacta
 „maneant regalia“.

nächste und konstitutionsmäßige Subjekt der Landeshoheit ist jedoch in den höheren Reichslanden der regierende, geistliche oder weltliche, Herr l). In den Reichsstädten ist der Magistrat nicht Landesherr, sondern nur das konstitutionsmäßige Verwaltungskollegium (collegium administratorium) der Hoheit der Stadt m). 4) Daraus ergiebt sich die Befugniß die gemeinschaftliche Landeshoheit in Ansehung der einzelnen Landesdistrikte zu theilen, und an andere zu überlassen, und ergeben sich die näheren rechtlichen Bestimmungen dieser Befugniß n).

§. 151.

l) Mein Kommentar über Böhmers princip. iur. feud. §. 62. der 3ten Ausg.

m) Ihro kaiserl. Maj., heist es in einem Reichshofr. Reskripte an den Magistrat zu Ffurt a. M. v. 1746., würden zwar: Frankfurt bei ihrer superioritate territoriali schützen, befehlen hingegen dem Magistrat, sich den Ständen des Reichs nicht gleich zu achten, sondern wie er in der That nichts anders ist, als ein Collegium solcher Männer, die auctoritate caesarea von der Bürgerschaft erwählt worden, nicht iure proprio zu regieren, sondern als bestellte administratores dem gemeinen Wesen vorzustehen u. s. w. Reufs Ded. u. Urksamml. 3. Bd. S. 275. I. I. Moser v. d. Reichsst. Regim. Verf. S. 64. 430.

n) Strube Observatt. iur. et historiae germ. obl. 4.

§. 151.

Die Landeshoheit ist auf das Land und dessen Grenzen *eingeschränkt*. Im Lande *erstreckt* sie sich jedoch auf alles, was sich darinn befindet, und *mittelbar* ist (*Landfässigkeit, Landfassiatus*, §. 6. Ziff. 6). 1) Die *volle Landfässigkeit der Forenfen* gehört zu einer, nicht zu vermuthenden, Ausnahme (*vollkommne Landfässerei Landfassiatus plenus*). Ordentlicher Weise sind dieselben nur in Ansehung der Güter, welche sie im Lande besitzen, worinn sie nicht domiziliirt sind, der Landeshoheit unterworfen (*unvollkommne Landfässigkeit, Landfassiatus minus plenus*) o). 2) Ein *Reichsun-*
mit-

§. 17. *Biener* a. a. O. S. 221. f. *Posse* über das Einwilligungsrecht deutscher Unterthanen in Landesveräußerungen, Iena 1786. *Schmalz* diss. de iure alienandi territoria absque consensu statuum provincialium principibus Germaniae competente, Rintel. 1786. *Walther* diss. de limitibus iuris alienandi territoria secularia Imperii R. G. Tub. 1794.

o) Diese wird vornemlich in *Sachsen* behauptet, und sogar auf die Mitbelehnten an einem in *Sachsen* gelegenen Lehn ausgedehnt. G. L. *Boechmeri* princip. iur. feud. §. 218. u. die dort angef. Schriften. *Affortio* der in dem Hause *Sachsen* her-

mittelbarer kann im Lande nur vermöge einer, besonders hergebrachten, *Landesverfassung*, p) als ein *Landfasse* behandelt werden (§. 44. Ziff. 4.). 3) *Verträge* zwischen mehreren Landesherrn in Landesfachen können in den einzelnen Ländern derselben nur als *Landesgesetze* angesehen werden, und gelten.

§. 152.

Weil Deutschland ein Staat, die Landeshoheit ein Ausfluß der Reichsmajestät ist (§. 5.), ist die Landeshoheit keine *unabhängige*, sondern eine, der Reichsmajestät *untergeordnete*, Gewalt (§. 44. Ziff. 5.). 1) Jeder Landesherr ist daher

hergebrachten und exercirten Landfälserei, Altenb. 1664. 4., und dabei Chph. Ph. *Richter*i Bedenken etc. 1666. 4. Ausser Sachsen wird die vollkommne Landfälsigkeit auch in *Böhmen*, in dem *Oesterreichischen* u. a. Territorien geltend gemacht. Von dem *Herzogthum Lüneburg* s. *Struben* Rechtl. Bed. 2. B. N. 25. In manchen Ländern wird ein Auswärtiger nicht anders, als mit der vollkommnen Unterwerfung, zum Erwerbe unbeweglicher Güter zugelassen. *Pütter's Litt.* des StR. 3. Th. §. 896. Das. *Klüber*.

p) Solche wird in Sachsen behauptet u. a.

daher insbesondere an die Reichsgesetze, welche die *Landeshoheit* und *Landesregierung* näher bestimmen, und sie beschränken, gebunden.

2) Der Umfang der *Landeshoheit* kann auch durch Reichsgesetze *erweitert* werden *q)*. Diese Erweiterung hat sogar mit Aufopferung eines, aus Landesverträgen erworbenen, Rechts der Landesunterthanen alsdenn statt, wenn dasselbe mit dem Wohl des Reichs *kollidirt* und dabei ein, von dem Reiche durchaus beabsichtigter, *Endzweck* nicht erreicht werden kann. (Ebenderf. §. Ziff. 12.)

3) In den, vom *Reiche* den *Kreisen* überlassenen, Sachen sind die Landesherrn diesen, aus dem Grunde der Unterwürfigkeit gegen die *Reichsmajestät*, untergeordnet (§. 132.)

§. 153.

Die *Landeshoheit* begreift in sich ordentlicher Weise alle bürgerliche Hoheitsrechte, als eigene Rechte des Landesherrn, und mit Ausschließung der kaiserlichen Gewalt in sich *r)*.

1) Der

q) Zuweilen haben die Reichsgesetze sich hierüber deutlich erklärt. Z. B. der R. S. von 1775. Art. 33. *Wahlkap.* Art. 19. §. 6. u. a.

r) *W. Fr.* Art. 8. 1. „ita stabiliti firmitaque sunt, ut

1) Der Landesherr ist daher nicht bloß eine obrigkeitliche Person des Kaisers und Reichs (§. 6. 149.). 2) Die Regierungshandlungen desselben bedürfen nicht einer *kaiserlichen Bestätigung*. 3) Dem Kaiser steht, ordentlicher Weise, nicht einmal eine *konkurrirende Gewalt* in den Reichslanden und über die Landesunterthanen mehr zu. 4) Daher kann er auch *ausschließliche* Landeshoheitsrechte andern, namentlich den *Hofpfalzgrafen*, nicht übertragen oder übertragen lassen (§. 83.) 5).

§. 154.

Es sind jedoch gewisse, in den Reichsgesetzen und dem Reichsherkommen bestimmte, Rechte

ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant“. *Wahlk. Art. 1. §. 8.* „... Dafs den Ständen in ihren territoriis . . vor- oder eingegriffen werde“.

5) Wenn solche daher auch in dem Komitivdiplome genannt worden sind, z. B. Vormünder zu bestätigen, Einkindschaften zu konfirmiren, die Veräußerung der Sachen der Minderjährigen zu erlauben, Adoptionen, Arrogationen, Emanzipationen zu genehmigen u. dergl.: so sind sie als hier nicht geschrieben anzusehen.

Rechte in der Landeshoheit entweder gar nicht, oder doch nicht mit Ausschließung des Kaisers, begriffen. Diese sind *kaiserliche Reservate* im Gegensatze von den landeshoheitlichen Rechten. Sie sind entweder *ausschliesliche* (*reservata exclusiva*), oder *gemeinschaftliche* (*communica*). 1) Diese kaiserlichen Reservate beruhen überhaupt einzig auf besondern Reichsgesetzen und dem Reichsherkommen. 2) In deren Ermangelung ist die Regel für die Landeshoheit und die ausschlieslichen Rechte derselben. 3) Ein *ausschliesliches* Reservatrecht wird weder durch das Alter derselben vor dem Aufkommen der Landeshoheit, noch durch die Wirkung außer dem Lande begründet. 4) Bei den *gemeinschaftlichen* Reservatrechten wird jedoch die Grenzscheide zwischen der kaiserlichen und landesherrlichen Befugniß durch den Ort der Wirkung und des Gebrauchs, welchen ein Landesunterthan davon machen will, bestimmt. Soll die Wirkung und der Gebrauch desselben auf das Land, worinn derselbe domiciliert ist, eingeschränkt seyn, so tritt die *landesherrliche*, außerdem aber die *kaiserliche* Befugniß ein *t*). 5) Kein kaiserliches Reservat

t) S. übrigens *Pütter's* Beyträge zum t. St. u. Fürst
I. Th. Num. II. u. 14.

vatrecht darf zum Nachtheile oder zur Vereitelung der landeshoheitlichen Rechte, vom Kaiser selbst, oder andern, denen daselbe anvertraut worden ist, einer kaiserlichen *Kommission*, oder den kaiserlichen *Hofpfalzgrafen*, ausgeübt werden (§. 82. 83.) u).

§. 155.

Die Landeshoheit hat in den Reichsgesetzen ihren Grund. Diese machen zwischen den höheren Reichsständen und den Reichsstädten, zwischen mächtigen und schwächern Reichsständen, zwischen Reichsständen, welche auswärtige oder Landeskronen tragen (*status reges*) und andern keinen Unterschied x). Iene haben in ihren deutschen Reichslanden mehr nicht, als die, in den Reichsgesetzen allen Ständen gesicherte, Landeshoheit, sind also im Reiche nicht gänzlich von der Reichsmajestät unabhängige Mächte, ob sie gleich bei den, ihnen verstatteten und rechtmäßig hergebrachten,

S 2

Exem-

u) *W. Fr.* und *Wahlk.* angef. in der vorhergeh. Note r).

x) *W. F. a. a. O.* „*omnes et singuli electores, principes et status imperii*“ u. s. w.

Exemptionen ruhig zu lassen und zu schützen sind (§. 149. Not. b.) γ).

§. 156.

Um die Unterthanen nachdrücklicher und feierlicher an ihre Unterthanenpflichten zu erinnern, auch um Besitz von der Landeshoheit zu ergreifen, und zur Erhaltung der landesherrlichen Gerechtsamen ist die eydliche Angelobung der Unterthanenpflichten (*Huldigung*, *homagium*) in den Reichslanden üblich. Sie ist entweder *persönliche* oder *blos reale* Huldigung (*homagium personale*, *reale*, §. 149. 151.). Sie wird entweder dem gegenwärtig *regierenden* Herrn *blos* geleistet, oder bezieht sich allein, oder mit auf den *künftigen Landesfolger* (*purum*, *eventum*).

γ) In dieser Hinsicht ist die Benennung *souverainer Kurfürst*, deren sich Baden bedient, zu verstehen. Der Ausdruck des Pressburger Fr. *a la confederation germanique* ist nach der deutschen Staatskonstitution zu erklären, wonach Deutschland ein *zusammengesetzter Staat* ist, mehrere Staaten also *unter einer höheren Reichsmajestät* verbunden sind, und in dieser Verbindung das deutsche Reich ausmachen.

Man vergl. noch *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 933.

eventuale) z). Sie pflegt überhaupt bei dem Regierungsantritte, und insbesondere auch von einzelnen Dienern beim Antritte ihres Diensts, von den einzelnen Bürgern bei ihrer Aufnahme in die Bürgerschaft, u. a. geleistet zu werden a). Auch sind das beständige namentliche und öffentliche *Kirchengebet* und die *Landestrauer*, als Zeichender bürgerlichen Unterthänigkeit, in den Reichslanden herkömmlich b).

§. 157.

Den Landesherrn ist zur Behauptung und Erhaltung ihrer unstreitigen Landeshoheitsrechte

z) *W. F.* Art. II. §. 7. — *Reufs Staatsk.* 13. Th. S. 342. f.

a) *Schriften* von der Huldigung überhaupt s. in *Pütter's Litt. d. StR.* 3. Th. §. 893. Das. *Klüber.* I. I. *Moser* von der Landeshoheit in Ansehung der Unterthanen Personen etc. 6. Kap. — *Ebenderf.* von der Reichsstände Landen etc. S. 1163. f. — *Bunz* Grundsätze der Huldigung in Deutschland, Tüb. 1794.

b) *Pütter* a. a. O. §. 897. Io. *Heumann* de eo quod iustum est circa luctum publicum. I. I. *Moser* persönl. StR. der Reichsstände 2. Th. S. 247. f. *Riccus* vom landsässigen Adel Kap. 39. §. 1. f.

te wider offenbar ungehorsame und aufstehende Unterthanen in den Reichsgesetzen zugelassen und erlaubt worden, sich nach der Verordnung der Reichskonstitutionen bei ihren hergebrachten und habenden landesherrlichen Rechten selbst und mit Assistenz der benachbarten Stände zu manutemiren und ihre Unterthanen zum Gehorsam zu bringen c). Darum können dieselben auch bei dem Reiche anrufen d). Wenn jedoch entweder die Landeshoheit überhaupt, oder die behaupteten Rechte des Landesherrn und die Pflichten der Unterthanen nicht offenbar und bestritten sind: so haben die Landesherrn

c) *R. A.* 1526. zu Augsp. §. 2. *Speier* §. 9. 1530. §. 70. *Wahlk.* Art. 15. §. 8.

d) *Wahlk.* a. a. O. §. 1. „Wir wollen die mittelbaren Reichs- und der Stände Landesunterthanen in Unserm kaiserl. Schutze haben, und zum schuldigen Gehorsame gegen ihre Landesobrigkeiten anhalten“. §. 6. „Alle unziemliche, hässige Verbindnisse, Verstrickungen, Zusammenhuung der Unterthanen, wess Standes, oder Würden sie seyn, ingleichen die Empörung und Aufruhr und ungebührliche Gewalt... wollen Wir aufheben“ . . . §. 7. Art. 19. §. 7. a. E. *Hanzely* Anleit. zur Reichshofraths Praxis S. 437.

herrn, den Rechtsweg zu betreten (§. 44. Ziff. 6.)

§. 158.

Hierinn ist die Landeshoheit überhaupt, von dem Kläger, welchen der Beweis derselben auf-
liegt, durch den Beweis des ihm verliehenen,
oder von dem Beklagten anerkannten oder recht-
mäßig hergebrachten *Umfangs der landeshoheit-
lichen Rechte* außer Zweifel zu setzen e). Die
Eigen-

- e) *Pütter's Litt. des StR. 3. Th. §. 1619. Ebendas. Klüber.* Als Muster der Beweisführung für die Landeshoheit oder Reichsunmittelbarkeit können unter andern dienen: die *Deduktionen* von *Hessen* und dem *deutschen Orden*, wegen des *deutschen Hauses in Marburg* und der *Kommende Schifffenberg* bei Giessen, (in der *Deduktionsbibliothek* 1. Th. S. 392. 2. Th. S. 1035.), die *Moserschen* und *Pütterschen Deduktionen* wegen der Herrschaft *Asch. Ebendas. 1. Th. S. 416.*, die *Deduktion* für die Abtei *Ebrach* in *Klübers* Fortsetzung der *Püttersch. Litt. §. 1614.* Man vergl. noch *Lünigs Bibl. Ded. 1. Th. S. 335.* und *Pütters Rechtsf. 1. B. S. 317. f. — Beweis der Landfässigkeit des Lehns der Vafallen von Gemmingen im Hagenschiefe (Reufs Staatsk. 11. Th. Num. 16.). Die Reichsunmittelbarkeit des von Gemmingischen Gebiets vor dem Hagenschiefe*
1788.

Eigenschaft eines *geschlossenen Landes* (§. 40.), und daß der, im Streite begriffene, Ort im Lande, als ein *Theil* desselben, liege, ist, wenn der Landeshoheit widersprochen wird, gleichfalls streitig *f*). Einzelne *Kennzeichen* der *Landeshoheit*, und *Landfässigkeit* sind, nach den Umständen und Absichten dabei, entweder richtige oder trügliche Merkmale *g*). Eben dieses gilt von manchen *Charakteren der Reichs-*
unmit-

1788. Fol. (vom Synd. Klotz). *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1622.

Wem der Beweis zuzuerkennen sey, ist nach den allgemeinen Prinzipien zu beurtheilen. Bei *Lehn* insbesondere kann die Eigenschaft eines *gegebenen* oder *aufgetragenen* Lehns allenfalls hierher einigen Einfluß haben.

f) *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1620. u. *Klüber*.

g) Z. B. die Leistung des Erbeids, die Angelobung des Gehorsams, die Erscheinung auf den Landtagen u. a. m. *Heumann* de characteribus superioritatis territorialis caute designandis. I. I. *Moser* von der Landeshoheit überhaupt S. 179. E. C. *Westphal's StR.* Num. 50. *Struben* rechtl. Bed. 2. Th. Num. 25. *Geisler* de landfässiatu §. 25. f.

unmittelbarkeit h). Insbesondere kann diese durch die Aufnahme und Immatrikulation in das Korpus der unmittelbaren Reichsritterschaft allein nicht bewirkt und bewiesen werden. (§. 21.) i).

Zweites Hauptstück.

Von der Regierungsverfassung der höheren Reichslande.

Erster Abſatz.

Von der Person des Landesherrn.

§. 159.

Die deutschen Landesherrn sprechen in *Kanzleischreiben* in der *Mehrzahl* von ſich. Die
Für-

h) Z. B. der Erscheinung auf dem Reichstage (Rudloff de litteris convocatoriis ad comitia §. 34.), der Einverleibung in die Reichsmatrikel, der Reichslehnbarkeit, dem öffentlichen Kirchengebete u. a.

i) *W. Fr.* und *Wahlkap.* (§. 153. Noter). *Wahlk.* Art. 15. §. 2. Arg. Art. 22. §. 5.

Fürsten bedienen sich auch der Formel: *Von Gottes Gnaden*. Uebrigens führt jedes reichsständische Haus einen *Haupt-* und gemeinschaftlichen *Titul*, welcher bei den weltlichen altfürstlichen Häusern, das Haus Anhalt ausgenommen, von einer alten Reichswürde eines *Herzogen, Pfalzgrafen, Margrafen* etc. herührt. Diesem wird allenfalls der *königliche Titul* vorge setzt, auf denselben folgt jedoch bei den *Kurfürsten*, der *Titul des Erzamts* und der *kurfürstliche* u. s. w. (§. 60.). Die *Reichsgrafen* führen den *Titul* von dem Schlosse, wovon das ganze Haus den Namen führt. In der Titulatur des Kurfürsten Erzkanzlers ist das Prädikat: *des h. Stuls zu Regenspurg Erzbischof*, ein besonderer Vorzug *k)*. Auch werden die *Titul* von Ländern geführt, auf welche ein Reichsstand einen *Anspruch* aus einem dinglichen Rechte hat, z. B. aus einer Eventualbelehnung *l)*. Alles dieses gilt auch von den *Wappen* der Reichsstände.

§. 160.

k) *Olen Schlager's* Erläut. der gold. Bulle S. 137. *R. D. S.* von 1803. § 25. „Der *Stuhl* zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen“.

l) *Ihring* diss. num expectativa in feuda imperii ius titulorum atque insignium tribuat? In *Zepern*.

§. 160.

Die *Anrede* der *Unterthanen* und *anderer* Personen geringeren Standes 1) an einen Reichsstand, welcher zugleich *König* ist, ist: *Allerdurchlauchtigster großmächtigster König. Allergnädigster König und Herr Herr* (Augustissime, potentissime). In dem Kontexte: *Eure Königliche Majestät*. Die Unterschrift ist: *Allerunterthänigster*. 2) Die Anrede an den *Kurfürsten Erzkanzler*, welcher kein geborner Fürst ist: *Hochwürdigster Primas und Erzbischof, gnädigster Kurfürst Erzkanzler und Herr*. Wenn er ein geborner Fürst ist: *Hochwürdigst Durchlauchtigster* u. s. w, m). Daher ergeben sich auch

Zepern. auserles. Abh. aus dem Lehn. I. Th. N. 20.

Ueberhaupt noch: *Meine* Anfangsgr. des StR. der gef. Reichslande §. 17. f.

m) Die *Lateinische* Anrede: *Eminentissime* (jedoch nicht *Eminenz*) beruht auf einem Privilegium des Papsts Urbans VIII. Ist er jedoch *Kardinal* der römischen Kirche: so wird er *Eure Eminenz* angedet. Der *Kardinalstitel* wird auch dem erzbischöflichen und kurfürstlichen vorgesetzt. S. die Unterschrift des R. A. von 1532. *Münzen* von *Albert von Brandenburg* haben die Aufschrift: *Alber-*

auch die Anreden an den *Hoch- und Deutschmeister*, und an den *Johanniter Meister*. 3) An einen *weltlichen Kurfürsten* oder *Fürsten*, welcher nicht König ist: *Durchlauchtigster Kurfürst*, *Fürst* (*Herzog u. s. w.*), *Gnädigster Kurfürst*, *Fürst* (*Herzog etc.*) und *Herr* (*Serenissime*, *Domine* (*princeps*) *longe clementissime*.) *Eure Kurfürstliche*, *Fürstliche* (*Herzogliche etc.*) *Durchlaucht* (*vestra serenitas*.) *Unterthänigster* (*humillimus devotissimus*.) 4) An einen *Reichsgrafen* n): *Erlauchter Reichsgraf*, *Gnädigster Graf* und *Herr* (*celsissime*). *Eure Erlauchten*. *Unterthänigster* (*devotissimus*.) 5) Die Anrede an den *Magistrat* einer *Reichsstadt* ist nach der städtischen Observanz einzurichten o).

§. 161.

Albertus S. R. E. Presbyter cardinalis, Archiepiscopus moguntinus et magdeburgensis, princeps elector, S. Würdtweins Mainzer Münzen.

n) Der Reichsstand und Landesherr ist. An andere wird diese Anrede nicht, sondern die: *Hochgeborner etc.* *Eure Hochgräfliche Gnaden u. s. w.* gebraucht.

o) *Pütter's Anleitung zur jurist. Praxi* 2. Th. S. 199.

Ueberhaupt: *Lünigs Titularbuch*, Herausgeg. von *Lenichen*, Lpz. 1750. 8.

Meine Anfangsgr. d. StR. d. gesammten Reichslande. §. 22.

§. 161.

Die landesherrlichen *Residenzen* genießen, unter andern, einer besondern Befriedigung und Sicherung gegen Gewaltthätigkeiten p). Hierwider sind auch die *Schloßswachen* und *Leibgarden* gerichtet.

§. 162.

Der, aus den Erblandhofämtern, des *Erbmarschalls*, *Kämmerers*, *Schenken*, *Truchsess*, u. a. bestehende, Landeshofstaat ist heut zu Tage nur noch in alten Fürstenthümern vorhanden. Diese *Aemter*, oder *Güter*, worauf die Verbindlichkeit, solche Aemter in vorkommenden Fällen, auf Erfordern, zu verwalten, haftet, sind zu *Lehn* ertheilt q).

§. 163.

p) I. S. *Stryck* de sanctitate residentiarum. Hal. 1697. I. I. *Mosers* persönliches StR. der Reichsst. 2. Th. S. 1. f.

q) *Pütter's* Litt. des StR. 3. Th. §. 997. Ebendaf. *Klüber*. *De Gaertner* de S. R. I. electorum, in primis Saxoniae, feudis et officiis Bambergensibus. In *Ienich*. thes. iur. feud.; tom. 3. G. Ch. *Voigt* von den Amtslehen des Stifts Quedlinburg. In *Zepernick's* Miscellan. z. Lehn. 1. Bd. Num. 3. Io. *Franz* diss. feudorum Ambactae in Alsatia primae lineae Strasb. 1787.

Der Erwerb der königlichen Ehren der Kurfürsten (§. 66.) ist die Veranlassung gewesen, daß sie schon im I. 1671. angefangen haben, den Hofstaat der königlichen Höfe, besonders des französischen Hofes, nachzuahmen. Seitdem sind insbesondere die Obersthofämter, des Obersthofmarschalls u. s. w., dabei eingeführt worden. In dem Nürnbergischen Recess 1700. haben die korrespondirenden Fürsten beschlossen: „daß bei den fürstlichen Höfen „sich mit den Chargen und Titeln den kurfürstlichen gleich aufgeführt werde“. Die neuen Fürsten haben meistens ihre Höfe nach dem Muster der altfürstlichen Höfe eingerichtet. Die Grafen sind hierinn zum Theile den neuen Fürsten gefolgt r).

r) F. C. v. Moser's Teutsches Hofrecht.

Zweiter Absatz.

Von der Landesregierung, in so ferne sie vom Landesregenten allein abhängt.

§. 164.

Die Reichsregierung ist in vielen Stücken das Vorbild der Länderregierungen geworden. Insbesondere sind auch hierbei die Regierungsfachen und Geschäfte entweder bloß landesherrliche, *landesherrliche Reservate*, oder die Landstände haben sich einer Konkurrenz dabei zu erfreuen.

Der Landesherr kann zwar die uneingeschränkten Hoheitsrechte selbst ausüben, ohne daß die Zuziehung der Räte und der Rathskollegien zur *Gültigkeit* solcher Regierungshandlungen überhaupt vonnöthen ist s). Die Menge der Regierungsgeschäfte ist jedoch so groß, und dabei werden so mancherlei Kenntnisse und Einsichten erfordert, daß ein Regent allein der Regierungslast, zumahl bei einem nur einigermaßen ausgedehnten Staate, nicht

s) I. I. Moser von der Landeshoheit überhaupt S. 317, E. C. Westphal's StR. 8. Abh.

nicht gewachsen ist. Ihm liegt daher die Verbindlichkeit auf, in Sachen, die er nicht genug versteht, sich des Rathes der, derselben verständigen, Räte zu bedienen. Zuweilen ist ihm dieses durch Landesgrundgesetze ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden. Die *Rathskollegien* sind durch die besondere Landesverfassung bestimmt. Sie sind überhaupt: der *Staatsrath*, der *geheime Rath*, die *Regierung* oder der *Hofrath*, wenn sie noch Staatskollegien sind, die *Rent-* oder *Hofkammer* u. a. t). Auch kann der Landesherr bei manchen Sachen sich des Rathes einzelner sachverständiger Räte bedienen.

§. 165.

Das *Domkapitel* ist jedoch in einem *stiftlichen* Reichslande nicht das *Grundsubjekt* der Landeshoheit (*Erb- und Grundherrschaft*), noch der *geborne Senat* (*senatus natus*) des Kirchenprälaten in weltlichen Regierungssachen. 1) Dasselbe kann daher den Kirchenprälaten in Rechten, welche ihm, als Reichsstande und Landesherrn, zustehen, nicht beschränken. 2)
Es

t) Meine Anfangsgr. des StR. der ges. Reichslande
§. 206 — 208.

Es ist nicht befugt, die Verpflichtung der stiftlichen Diener auch gegen sich schlechtweg und für die Zeit des besetzten Sitzes, (*sedis plenae*) zu verlangen. 3) Darnach ist die Gültigkeit oder Ungültigkeit der, obgleich beschwornen, stiftlichen *Wahlkapitulationen* zu beurtheilen u).

§. 166.

Während der *Minderjährigkeit* eines weltlichen Landesherrn tritt die *vormundtschaftliche Landesregierung*, vermöge besonderer *Verträge*, insbesondere der *Hausverträge*, eines *Testaments*, des *Gesetzes*, oder der *reichsgerichtlichen Be-*

u) *Meine* Anfangsgr. etc. §. 223 — 225. R. H. R. *Konklusum* vom 28. Aug. 1781. (In m. Beitr. z. St. u. Kirchenr. I. Th. Num. 13). *Hochfürstlich Speiersche Anmerkungen* über das im Druck erschienene Memorial des Domkapitels zu Speier an eine hohe allgemeine Reichsversamml. 1786. Fol. *Nachtrag* dazu 1787. *Posse* über die Rechtsbeständigkeit der Wahlkapp. catholischgeistlicher Reichsstände etc. Gött. 1784. 8. Die zweite umgearbeitete Ausgabe hat den Titel: *über Grundherrschaft* und Wahlkapp. der deutschen Domkapitel Hannov. 1787. *Pütter's* Litt. 3. Th. §. 1462. Das. *Klüber*. — *de Reider* diss. de iuribus capitulorum ecclesiarum metropolitanar. et cathedral, in Germ. Mainz 1788.

Bestellung ein, und dauert bis an den *priviligierten*, oder den, in den *gemeinen Rechten* bestimmten, *Termin der Volljährigkeit*. 1) Dabei sind sowohl die Reichsgesetze und fremden Rechte von den Vormundschaften überhaupt, als auch die staatsrechtlichen Prinzipien von der Landesregierung in Anwendung zu bringen. 2) Insbesondere nehmen die vormundschaftlichen Regenten die *Huldigung* ein: ihnen gebühren alle *persönliche Ehrenbezeugungen*, welche dem regierenden Landesherrn gebühren, wenn sie, ihrem Stande nach, derselben fähig sind. Wenn Agnaten des Hauses die Vormundschaft führen, so bedienen sie sich ihres und des *Hauses Wappens* und *Siegels*, fremde Vormünder bedienen sich des *Wappens* und *Siegels* des minderjährigen *Herrn*: die Umschrift ist in beiden Fällen: *vormundschaftliches Insiegel*. 3) Eben diese Prinzipien sind auch bei der *Landeskuratel* während der *Blödsinnigkeit*, womit ein regierender Herr befallen wird, u. s. w. anwendbar x).

§. 167.

x) *Meine* angef. Anfangsgründe etc. §. 227. f. *Pütter's* Litt. des StR. 3. Th. §. 1556 – 1558. Ebenda. *Klüber*. Wegen der Volljährigkeit der *Kurfürsten*, *G. B.* cap. 7, §. 4.

In einem *stiftischen Reichslande*, ist 1) bei der *sede plena impedita*, in Ermangelung einer rechtmässig hergebrachten Befugniß des *Domkapitels*, die Landesregierung unterdessen zu verwalten, — dem *Kaiser* das Recht, einen *Landesadministrator* zu ernennen, oder doch zu bestätigen, einzuräumen γ). 2) Während des ledigen Sitzes (*Sedisvakanz*) führt das *Domkapitel*, als gesetzlicher *Landesverweser*, die *Zwischenregierung*. In dieser Eigenschaft ist dasselbe alsdenn, wenn es nicht ein Mehreres rechtmässig hergebracht hat, befugt, diejenigen Regierungsrechte auszuüben, aus deren *Verschube dem Stifte oder dessen Unterthanen ein wesentlicher und unerfetzlicher Schaden zuwachsen*, die *Iustizadministration* gehemmt, oder sonst die *allgemeine Ruhe und Sicherheit* gestört werden kann. Andere, wobei keine Gefahr auf dem Verzuge haftet, sind dem künftigen Lan-

T 2

des-

γ) Es kann seit 1803 hier nur von einer katholischen Prälatur die Rede seyn. Nach dem c. 42. de elect. in 6. und dem c. 3. de supplenda neglig. praelator. in 6. kömmt dem Papste das Recht zu, einen solchen Administrator zu ernennen.

desherrn zu überlassen. Die Zwischenregierung ist nicht willkürlich, sondern nach dem Staatsrechte zu führen. Insbesondere hat, darnach, das interregierende Domkapitel die Verbindlichkeit, alle rechtmässige Regierungshandlungen des verstorbenen Prälat's anzuerkennen und gelten zu lassen (§. 149.) z).

§. 168.

In den landesherrlichen *Kanzleischreiben* steht der *Titel* des Schreibenden voran. Auf diesen folgt die *Begrüßungsformel*, und die *Anrede*. Die allgemeine *Anrede* an Unterthanen, Diener und Vasallen ist: *Lieber getreuer*, an eine solche privat Person, welche gegen den Schreibenden nicht in Pflichten steht: *Lieber besonderer*. Vor dieser gehen noch besondere Anreden her: *Edler, Vester, Würdiger, Hochgelahrter, Lieber Andächtiger, Liebe Andächtiger*. In dem *Kontexte*: *Du, Ihr, Derjelbe, der Herr*, z. B. *der Herr Prälat*. Die *Schlussformel*

z) *W. Fr. Art. 5. §. 17.* „Sede vacante administratio et iurium episcopaliū exercitium“. *Reichshofrathskonkl.* vom 28. Aug. 1781. und andere in der vorherg. Note u) angef. Schriften. *Pütter's Litt. 3. Th. §. 1461.* Ebendaf. *Klüber.*

formel ist: Daran geschieht Unsere Meinung und
Wir verbleiben euch in Gnaden gewogen u. dergl.
Endlich folgt die Unterschrift.

Dritter Absatz.

Von den Landständen und den Landtagen.

§. 169.

Landstände (status, ordines provinciales) a)
sind heut zu Tage Personen und Gemeinheiten,
welchen

- a) Tütters Litt. 3. Th. §. 1036. f. Dasselbst *Klüber*.
Von den Böhmischn Landständen etc. Aus dem
Lateinischen des Paul Stransky, Prag 1790. 8.
Io. Nic. Götze diss. de origine, statu hodierno
iuribusque praecipuis ordinum provincialium
ducatuum Bremensis atque Verdenfis, Goett.
1795. K. H. Lang historische Prüfung des ver-
meintlichen Alters der teutschen Landstände,
Gött. 1796. 8. Carol. Gottl. Weber de ordinum
provincialium tum in Germania generatim, tum
speciatim in Bavariae ducatu epocha rite consti-
tuenda Part. I. II. Lpz. 1797. Chr. Ernst Weisse
Museum für die sächsische Geschichte etc. 3. Bd.
1. St. Num. 1. Von der Landtagsverfassung
im

welchen eine, durch die Landesverfassung bestimmte, *Konkurrenz* bei der Ausübung gewisser Landeshoheitsrechte zusteht. Die *Landstandschaft* ist das Recht zu dieser Konkurrenz. Diese kann, nach der besondern Landesverfassung, in der *Einwilligung*, oder in der *Beiwirkung*, oder in der *Erstattung eines Gutachtens*, oder auch nur in der *Bestimmung der Art und Weise*, wie etwas auszuführen ist u. dergl., bestehen.

§. 170.

Die Landständtische Konkurrenz ist zwar in so ferne der alten deutschen Verfassung überhaupt

im Hochstifte Merseburg. *Hugo* Landschaftl. Verfassung des Fürstenthums Calenberg. C. Ios. *Hartmann* über den Ursprung und das rechtl. Verhältniß der Landstände in Deutschland, Nürnberg. 1805. 8. u. a.

Die Einschränkung der Ausübung landeshoheitlicher Rechte durch die landschaftliche Konkurrenz ist zwar in den Reichsgesetzen nicht gegründet; jedoch sind darinn Verordnungen, die Landstände betreffend, enthalten. Auch sind dieselbe in so vielen Territorien anzutreffen, daß sie im gemeinen Landesstaatsrechte nicht wohl übergangen werden können.

haupt gemäß, als schon in ältern Zeiten die Fürsten in gemeinen Landesfachen nicht leicht etwas, ohne den Beirath und die Zustimmung ihrer Freien, unternommen haben. Der Ursprung der heutigen, näher bestimmten, Landstandschaft ist jedoch nicht in allen Ländern, worinn Landstände sind, ebenderfelbe. Er ist aus der Staatsgeschichte eines jeden solchen Landes, seit aufgekommener Landeshoheit darinn, näher zu bestimmen *b*).

§. 171.

Eben so beruht die nähere Bestimmung der landschaftlichen *Konkurrenz* in jedem Lande entweder auf ausdrücklichen *Landesgrundgesetzen*, oder auf dem *Landesherkommen* und deren *Analogie*. Die *Reichsgesetze* enthalten nur wenige Verordnungen darüber *c*). Ueberhaupt

b) Nebst den schon angef. Schriften. I. I. Moser von der Reichst. Landen, deren Landst. etc. S. 379.

c) Insbesondere die *Wahlk.* Art. 15. §. 3. „Auch „nicht gutheissen, noch zugeben, daß die Land- „stände die Disposition über die Landsteuer, deren „Empfang, Ausgabe und Rechnungsrecessirung, „mit Ausschließung des Landesherrn, privative
vor-

haupt sind jedoch die Landstände die *Repräsentanten des Landes* im Gegensatze von dem Landesherrn, der Mund und die Sprecher des Landes. Wozu dieses befugt ist, darinn kann es von den Landständen vertreten werden d). Eine *Vermuthung* entweder für den Landesherrn, oder für die Landstände ist nur auf das besondere Landesstaatsrecht zu gründen e). Uebrigens dürfen sich die Landstände keine *Hoheitsrechte* anmassen, noch steht denselben ein *Mitregierungsrecht* zu, wenn auch ihre Einwilligung dazu, daß etwas mit der Verbindlichkeit

„vor- und an sich ziehen, oder in dergleichen
„und andern Sachen, ohne den Landesfürsten
„Vorwissen und Bewilligung, Konvente anstel-
„len und halten“ u. s. w.

d) *Posse Ueber das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden und das Staatsrepräsentationsrecht der deutschen Landstände. A. L. Jacobi* versuchte Auflösung einiger Zweifel über das Alter und Repräsentationsrecht deutscher Reichsstände Hanov. 1798.

e) *Meine Beitr. zum d. St. u. KR. I. Th. Num. 10.* Der §. 2. Art. 8. des W. F. findet hier keine analogische Anwendung (§. 13.).

lichkeit für das ganze Land eingeführt werde, vonnöthen ist *f*).

§. 172.

Die Landstände machen überdies überhaupt ein landesverfassungsmäßiges Korpus aus, welchem daher die, andern erlaubten Korporationen im Lande zustehenden, Rechte, in so fern durch die besondere Landesverfassung nicht eine Abänderung gemacht worden ist, nicht abgesprochen werden können. Dazu gehört insbesondere das Recht, sich zweckmässig zu organisiren, landschaftliche Konsulenten, Syndizen, Einnehmer u. a. anzunehmen, ein Siegel zu wählen *g*), Zusammenkünfte ihrer und der Landesangelegenheiten wegen zu halten *h*),
neue

f) Pütter's Beitr. I. Th. Num. 10. I. I. Moser von der Landeshoheit überhaupt, S. 207. Der *W. F.* legt Art. 8. §. 1. die Landeshoheit allein den Reichsständen bei.

g) I. I. Mosers Abh. versch. Rechtsmat. 7. St. Num. 2.

h) Iedoch, ordentlicher Weise; nicht ohne der Landesherrn Berufung, Vorwissen und Bewilligung. *Wahlk.* (Note c des vorherg. §.) Man
f.

neue Mitglieder aufzunehmen, sich, zur Aufrechthaltung ihrer Gerechtsame, und zur besfern Beförderung des Wohls des Landes, enger zu verbinden (Unionen) i) u. a. m.

§. 173.

Das landschaftliche Korpus besteht jedoch durchgängig aus mehreren *Klassen* oder *Kurien*, der *Prälatten*, des *Adels* und der weltlichen *Gemeinheiten*.

I. Zu dem *Prälattenstande* gehören 1) die kirchlichen Stiftungen, deren Vorsteher *Kirchenprälatten*, *Erzbischöfe*, *Bischöfe*, *Aebte* u. a., sind, 2) die *Domkapitel* k), 3) die *Ritter*

f. übrigens *Pütter's* Rechtsf. 3. Bd. 2. Th. S. 289.

I. I. *Mosers* Abh. verschied. Rechtsmater. 7. St.

Num 4. *Desselden* Nebenst. 6. Th. S. 876. *Breyer*

diss. de potestate Augustissimi suppletoria §. II.

i) I. I. *Moser* von der Reichsstände Landen, deren Landst. S. 659. f. Die *Wahlk.* Art. 15. §. 6. (§. 157. Note d) kann darwider überhaupt nicht angezogen werden.

k) Die Rechte, welche sie, als *Kapitel*, haben, dürfen mit den *landständischen* Gerechtsamen der *Domkapitel* nicht verwechselt werden. Letztere haben sie nur in *Gemeinschaft* mit den übrigen *Landständen*.

ter des deutschen und Iohanniter Ordens wegen ihren landfässigen Balleien und Kommenden, 4) vermöge eines besondern Herkommens, die Akademien im Lande l).

II. Der Adel besteht in einigen Ländern aus dem hohen und niedern Adel oder der Ritterschaft, und der erste macht entweder eine besondere Klasse aus, oder schliesst sich an den Prälatenstand an. Die Landstandtschaft haftet auf landfässigen Lehn- oder allodialen Gütern (Landtagsfähige Güter), und geht mit diesen, ordentlicher Weise, auf jeden, auch bürgerlichen Besitzer m) und den Pfandträger n), über.
Den

l) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1057. Ziff. 1. 2. Dass Klüber Ziff. 10. II. Ge. Frid. Cer. Robert pr. de iure praelaturae academiae Marburgensi competente, Marb. 1797.

m) Seger diss. de coniunctione loci et suffragii in comitiis provincialibus cum dominio praediorum nobilium Lpz. 1769. Franke diss. de iure standi in comitiis provincialibus Wittemb. 1787. — Zachariae gegen das ausschliesliche Recht des alten Adels auf den kursächs. Landtagen Wittemb. 1805.

n) Seger a. a. O. §. 18. Wildvogel de statibus provincialibus §. 30. Pestel de comitiis provincialib. §. 12.

Den Rittern kömmt daher, in Ermangelung eines besondern rechtlichen Herkommens, ein Recht, solche bürgerliche Güterbesitzer, durch Einführung einer Ahnenprobe u. dergl., auszuschliessen o), oder sonst ein Vorzug vor denselben keineswegs zu.

III. Wegen der Gemeinheiten, insbesondere der Städte, kömmt es auf die besondere Landesverfassung an. Ueberhaupt ist hier der Unterschied zwischen alten und neuen Städten, welche das Stadtrecht erst nach dem Aufkommen der landschaftlichen Verfassung erworben haben, wichtig.

§. 174.

Nach der besondern Verfassung hat das landschaftliche Korpus allenfalls einen allgemeinen

§. 12. I. A. *Reichardt* diss. de statibus prov. Sect. I.

§. 8. S. dagegen *Leists* Lehrb. des t. StR. §. 44.

Zuweilen sind jedoch noch gewisse persönliche Eigenschaften des *Besitzers*, ein gewisses Religionsbekenntniss u. a., erforderlich. *Leyser* Specim. 664. med. 30. 31. *Ledderhosen*, kl. Schriften I. Th. S. 32.

o) Iust. Frid. *Runde* Kurze Darstellung der Unrechtmässigkeit einer Ausschliessung vom Landtage durch die bei der ritterschaftlichen Curie eingeführte Ahnenprobe, Gött. 1796. 4.

nen Direktor, und haben auch einzelne Kurien, besonders die der Ritterschaft und der Städte, besondere Direktionen. Die *Deputationen* oder *Ausschüsse* der Landstände sind entweder *ordentliche* oder *ausserordentliche*, je nachdem die Anzahl der Deputirten, und die Geschäfte, welche vor die Ausschüsse gehören, entweder schon voraus durch die Landesverfassung bestimmt sind, oder diese Bestimmung in einzelnen Fällen geschieht. Der *ordentliche* Ausschuss ist entweder der *engere* oder *weitere*. Jedoch kann auch einer von diesen, *ausserordentlicher* Weise, deputirt werden.

§. 175.

Die landschaftliche Konkurrenz wird vornehmlich auf den *Landtagen* (*comitiis provincialibus*) ausgeübt. Hierauf sind der Landesherr oder seine Kommission und die Landstände versammelt. Sie sind 1) entweder *ordentliche*
oder

p) Hier von den *Landrätchen*, in Beziehung auf die *landschaftliche Verfassung*. v. Balhazar vom Ursprung, Amt etc. der Landräthe in Pommern und Rügen. *Curtius prolus.* 1 — 3. de *consiliariis prov.* Marb. 1777. v. Berg's T. Staatsmagaz. 1, Bd. 1. Heft Num. 6. 2. Heft Num. 7.

oder *aufserordentliche*, 2) entweder *allgemeine, volle Landtage*, *Landtage* insbesondere, oder *Ausschufstage*. Die Berufung dazu geschieht, ordentlicher Weise (§. 172. Note h), vom Landesherrn, durch besondere *Landtagsausfchreiben*. Während der *Sedisvakanz* einer landftändifchen Prälatur, wird das *Kapitel*, während der *Minderjährigkeit* eines Landstands, wird deffen *Vormund* berufen. Der *hohe Adel*, die *Aebtifsinnen* erscheinen durch *Bevollmächtigte*, die *Korporationen* durch *Deputirte*, außerdem kommen die Landftände in Perfon darauf. Ob ein *Abwefender* feine Stimme einem andern übertragen könne, und zwar dieses an einen Mitftand gefchehen müffe, ift nach der Natur des Gefchäfts und der befondern Verfaffung zu beurtheilen q). Der Landtag wird von dem Landesherrn felbft oder deffen Kommission, mit mehreren oder wenigern Feierlichkeiten, insbesondere durch die Bekanntmachung oder Mittheilung der erften *Propofition*, eröffnet.

§. 176.

Diefe, und die *Landesbefchwerden* oder *Anträge* (*gravamina, defideria*) geben den Haupt-

q) I. A. Reichardt a. a. O. S. 23. f.

stoff zu den landtaglichen Berathschlagungen her. Außerdem können noch manche andere Geschäfte, zufälliger Weise, vorkommen, z. B. die Ergänzung des Ausschusses, Rechnungsabnahme, Ernennung der Landständischen Konsulenten, Syndizen u. a. m.

§. 177.

Die Berathschlagung geschieht 1) entweder von jeder Kurie besonders, wenigstens auf den vollen Landtagen, oder 2) von sämtlichen Landständen in *einer* Versammlung: 3) Zuweilen sind die Deputirten der Städte bloß von den übrigen abgesondert. In dem ersten und dritten Falle können jedoch besondere Umstände zu einem *Plenum* Veranlassung geben. Die *Mehrheit der Stimmen* ist in *gemeinen Landesfachen*, so wohl in den *einzelnen Kurien*, als auch unter den Landständen *überhaupt*, entscheidend *r*). Dieser sind daher die erworbenen *Rechte der einzelnen* (*iura singulorum*), ordentlicher Weise, nicht unterworfen (138.). Jedoch hat unter ver-
schie-

r) Die sämtlichen Landstände machen *ein* Korpus aus. Vom Verhältnisse der Reichskollegien auf dem Reichstage unter sich läßt sich auf das Verhältniß zwischen den verschiedenen landschaftlichen Kurien kein Schluß ziehen (§. 117. Ziff. 1.)

schiedenen Religionstheilen der Landstände das Recht, in Theile zu gehen, nicht statt (§. 13.) s).

§. 178.

Der Landtag wird entweder durch eine blofse landesherrliche *Finalresolution* (resolutio ad gravamina), oder durch einen förmlichen *Landtagsabschied* (recessus provincialis) geendigt. Die Art und Weise, diesen abzufassen und zu vollziehen, ist nach der besondern Verfassung zu bestimmen. Er kömmt zwischen dem Landesherrn und den Landständen, deren Ein-

s) Die *positive* Verordnung des *Reichsstaatsrechts* vom Itionsrechte der Religionstheile der Reichsstände ist auf Landtagen nicht in Anwendung zu bringen.

Aus eben diesem Grunde ist auch die Frage: ob die *Geldverwilligungen* auf den Landtagen zu den *iuribus singulorum* gehören? für unentschieden nicht zu halten, wenn gleich die Frage von der entscheidenden Kraft der mehreren Stimmen bei *Reichssteuerverwilligungen* von dem *W. F. Art. 5. §. 52.*, zu ihrer Erledigung, auf den nächsten Reichstag verwiesen worden ist. *Ziegler* decis. num. 29. *Strube* observatt. iur. et hist. germ. S. 206. I. I. *Moser* von der Reichsstände Landen etc, S. 1508.

Einwilligung hier und da, nach der Landesverfassung, erforderlich ist, *vertragsweise* zu Stande, verbindet jedoch alle einzelne Landesbürger als ein *höheres Gesetz* (§. 2.)

Vom *landesherrlichen Ceremoniel* gegen die Landstände *t*).

Drittes Hauptstück,

Von der Reichsstädtischen Regimentsverfassung.

§. 179.

Die besondere *Regimentsverfassung* der Reichsstädte *u*) hat seitdem ihren Anfang genommen, als die Städte selbst die städtischen Aemter und das Recht, die obrigkeitlichen Personen der Stadt, insbesondere den Voigt und Schultheissen

t) Moser in den Abh. verschied. Rechtsmat. 4. St. Num. 2.

u) Pütter's Litt. 3. Th. §. 1067. 1069. Ebendaß. und §. 967 b f. Klüber. Malblanks Abhh. aus dem reichsst. StR. Läger's jurist. Mag. für die deutschen Reichsstädte.

heissen, zu ernennen, und andere Hoheitsrechte von den Kaisern, unter mancherlei besondern Titeln, oder überhaupt durch den Erwerb der Reichsunmittelbarkeit, an sich gebracht haben x). Seitdem hat das Raths- oder *Magistratskollegium*, unter dem Vorlitze des *Bürgermeisters* oder *Konsuls* u. dergl., diese Rechte entweder allein, oder mit Zuziehung der Bürgerschaft und gewisser Repräsentanten derselben, verwaltet (§. 150.)

§. 180.

Die Regimentsverfassung der Reichsstädte ist demnach *republikanisch*. Das staatsrechtliche Verhältniß zwischen dem Magistrat und der
Bür-

x) Der volle Umfang der landeshoheitlichen Rechte ist auch den Reichsstädten im *W. F.* bestätigt und versichert worden. Art. 8. §. 1. „Status omnes et singuli“ u. s. w. verbunden mit dem Art. 5 §. 29. „*liberae imperii civitates . . sub*
„*appellatione statuum imperii non tantum in pace*
„*religionis et praesenti eiusdem declaratione,*
„*sed et alias ubique continentur*“. Art. 8. §. 4.
„*Liberis imperii civitatibus . . rata et intacta*
„*maneant regalia, vectigalia . . libertates, pri-*
„*vilegia confiscandi, collectandi et inde depen-*
„*dentia alia iura . . . cum omnimoda iurisdictio-*
„*ne intra muros et in territorio*“.

Bürgerchaft ist 1) nach besondern *Verträgen*, 2) *Observanzen*, 3) *kaiserlichen Verleihungen*, 4) *rechtskräftigen Erkenntnissen*, und 5) der *Eigenschaft des Magistrats*, als eines zur Verwaltung der städtischen Gerechtsamen konstituirten Kollegiums, zu beurtheilen. Hiervon ist die nähere Bestimmung der Regimentsverfassung der Stadt; ob und in wie ferne sie *aristokratisch*, oder *demokratisch*, oder *gemischt* sey u. s. w., nur das *Resultat*. Eine oder die andere von diesen Regimentsformen kann nicht als ein oberes Prinzip aufgestellt werden, um darnach das rechtliche Verhältniß zwischen dem Magistrate und der Bürgerchaft in einzelnen Fällen zu bestimmen y).

§. 181.

In den einzelnen Reichsstädten ist entweder nur ein, oder es ist ein zweifacher, *innerer* und *äußerer*, *Rath* darinn vorhanden. Der äußere wird, der städtischen Verfassung ge-

T 2

mäfs

y) *Pentz* diss. de nexus inter magistratum et cives civitatum imperii fundamento et effectu, Goett. 1779. de *Wölckern* selecta capita doctrinae iuris publ. de constitutione civitatum imperii interna. Altd. 1787.

mäfs, bei gewissen Geschäften, dem innern beigelegt. Die einzelnen Mitglieder des Rathes (*Rathsherrn*, *Rathsverwandte*, *Senatoren* etc.) werden gewählt. Die Zahl, die erforderlichen Eigenschaften derselben, und die Art und Weise der Wahl ist durch die besondere Verfassung einer jeden Stadt näher bestimmt. Einzelnen *Deputationen* des Rathes pflegen noch besondere *Aemter*, das Bauamt, Vormundschaftsamt u. a., anvertraut zu werden. Hier und da haben noch gewisse Geschlechter oder Gesellschaften (*Patrizier*) ein besonderes Recht in Ansehung der Rathsstellen und städtischen Aemter hergebracht z). Sie sind entweder von *Adel* oder *bürgerlichen Standes*. Der *Konsulenten* und *Syndizen* bedient sich der Magistrat in Stadt- und Rechtsfachen a).

§. 132.

z) S. z. B. von der Gesellschaft zu Alt-Limburg und der Gesellschaft Frauenstein in Frankfurt a. M. *Moritz* Einleit. in die Staatsverf. der ober-rhein. Reichsstädten 1. Th. S. 212. folg.

a) G. D. *Hoffmann* diss. de syndicis et consiliariis civitatum imperialium.

Von der im *W. F.* Art. 5. §. 3 — 9. verordneten *Religionsgleichheit* in den vormaligen *gemischten* Reichsstädten und dem *Itionsrechte*

zwi-

§. 182.

Der Magistrat spricht von sich selbst 1) in der ersten Person: *Wir Bürgermeister und Rath* u. a. 2) Wenn er von sich in der dritten Person redet, sind, vermöge kaiserlicher Privilegien und der Observanz, die Prädikate: ein *Hochedler, Hochweiser Rath* u. dergl. herkömmlich b). Jede Reichsstadt führt auch, vermöge kaiserlicher Privilegien und des Herkommens, ein eigenes *Wappen* und *Stadtiegel*.

§. 183.

Die Reichsstädte und die Regierung derselben sind dem Kaiser und Reiche nicht mehr, als die höheren Reichslande und deren Regierung, untergeordnet c). 1) Der Kaiser hat daher auch

in

zwischen den beiden Religionstheilen des Magistrats. I. Chr. *Majer* diss. de non attendenda votorum pluralitate in imperio R. G. et liberis civitatibus mixtis. Tubing. 1783.

b) *Pütter's* Anleit. zur jurist. Praxi 2. Th. S. 140.

Von der *gemeinen* Anrede der Bürger und anderer Personen an den Magistrat (§. .).

Von der Anrede höherer Personen an denselben *Pütter* a. a. O. S. 205. 206.

c) *W. F.* Art. 8 §. 1. „*status omnes et singuli . . ita stabiliti firmitaque sunt , ut a nullo vnquam . . de facto turbari possint vel debeant*“.

in den Reichsstädten, ordentlicher Weise, keine konkurrirende Gewalt mit der Stadt und dem städtischen Magistrate. 2) Ihm ist nicht erlaubt, Reservate zum Nachtheile der Stadt und mit Eingriffe in die Hoheit derselben auszuüben, oder ausüben zu lassen (§. 154. 5.). Er hat vielmehr die Pflicht, *die Städte bei ihren wohlhergebrachten Verfassungen und Regierungsformen zu handhaben, ohne darinn willkührliche Veränderungen zu machen oder zu gestatten d).*

4) Die Städte haben zwar, als Gemeinheiten, die Rechte der Minderjährigen in so ferne, daß

α) sie sich, im Läsionsfalle, der Rechtswohlthat der *Wiedereinsetzung* in vorigen Rechtsstand, nach den Prinzipien der gemeinen Rechte, zu erfreuen, auch β) die *Verpfändungen* und *Veräußerungen* der städtischen Güter und Rechte nicht anders, als mit kaiserlicher *Einwilligung*, Gültigkeit haben; 5) allein weiter dürfen die Rechte der Minderjährigen bei den Reichsstädten nicht ausgedehnt werden. Der Magistrat verwaltet daher die Hoheitsrechte der Stadt

d) *Wahlk.* (1790) Art. I. §. 8. „auch besonders die Städte“ u. s. w. Diese Stelle unterstellt jedoch, daß die Grenzen der Rechte des Magistrats und der Bürgerschaft gewiß oder erwiesen sind.

Stadt eben so ausschlieslich, wie ein höherer Reichsstand sein Land regiert, und die einzelnen Kollegial- und Regierungshandlungen derselben bedürfen nicht der kaiserlichen Bestätigung e). 6) Der, noch aus den ältern Zeiten herrührende, und dem Kaiser zu leistende *Huldigungseyd* der Reichsstädte (§. 48.) ist so zu erklären, daß er mit der Landeshoheit derselben nicht in Widerspruch geräth. 7) Wenn auch der Kaiser gewisse Hoheitsrechte in einzelnen Städten rechtmässig hergebracht hat: so ist dieses *Herkommen* darauf *einzu-schränken* f).

II.

e) *Mein pr. de civitatum imperii iuribus minorum iuste restringendis.* Ien. 1800.

f) Von den *Reichssteuern* der Städte, und was in neueren Zeiten wegen Herstellung derselben geschehen ist, *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1068. Ebendaf. *Klüber.* I. I. *Moser* vom röm. Kaiser S. 540. f. 816.

Von den, besonders zur See handelnden Städten
f. *W. F.* Art. 10. §. 16. Auszüge aus andern
Friedensschlüssen liefert *Gerstlacher* im Hand-
buche der Reichsges. 9. Th. S. 1394. f. *Wahlk.*
(1742.) Art. 7. §. 2. „Auch wie die Handlung
„treibenden Städte überhaupt, also insonderheit
„die vor andern zum gemeinen Besten zur See
traf-

III. Abtheilung.

Von der Regierung der unmittelbaren, nicht reichsständischen, Gebiete.

§. 184.

Die unmittelbaren, nicht reichsständischen, Gebiete sind einer, von der reichsständischen Landeshoheit unterschiedenen, *Herrschaft* unterworfen (§. 5.). Diese besteht keineswegs in dem *vollkommenen Umfange* der Hoheitsrechte g), sondern begreift nur diejenigen in sich, 1) in Ansehung deren die unmittelbaren Herrn in den *Reichsgesetzen*, hier und da, den *Reichsständen gleichgesetzt* h), oder 2) die ihnen recht-

„trafiquirenden Städte Lübeck, Bremen und Hamburg bei ihrer Schiffart und Handlung, Rechten und Freiheiten, dem instrumento pacis „gemäß erhalten und kräftigst schützen“. *Pütter* a. a. O. §. 1077. Ebendaf. *Klüber*.

g) Io. Iac. Ios. *Sundermahler* de insigni superioritatis territorialis et iuris vogtetici differentia. Würzb. 1741.

h) *W. F.* Art. 3. §. 1. Art. 5. §. 48. *Wahlk.* Art. 1. §. 2. 9. 10. 11. Art. 3. §. 6. Art. 4. §. 6. 19. Art. 8. §. 16. 21. Art. 11. §. 1. Art. 14. §. 6. Art.

rechtmässig hergebracht worden sind. Wenn daher 1) auch durch diese Titel mehrere Hoheitsrechte von solchen Reichsunmittelbaren, welche nicht Reichsstände sind, erworben worden sind: so ist derselbe doch nicht vollkommne und reichsständische Landeshoheit, ob es gleich, in Ansehung des Inbegriffs der erworbenen Rechte, eine, fast auf das *blofse Wort* hinauslaufende, Streitfrage ist: ob derselbe *Landeshoheit* genannt werden könne. 2) Dieser Inbegriff darf nicht weiter *ausgedehnt*, sondern muß auf die erworbenen Hoheitsrechte *eingeschränkt* werden. 3) Vermöge der rechtmässigen Verleihung oder des Herkommens, stehen jedoch diese

*Art. 15. §. 2. 6. 8. Art. 18. §. 3. Art. 19. §. 4.
Art. 21. §. 1. 5. Art. 23. §. 2. Art. 27. §. 3.*

Wegen der, in dem R. D. S. von 1803. verordneten, Entschädigung der Reichsritter s. den §. 28. des gedachten D. S. „Die Entschädigungen, „welche etwa einzelnen Mitgliedern der R. Ritterschaft gebühren dürften, werden, so wie „die Indemnisationsergänzung der Reichsgrafen, „im Verhältniß ihrer rechtmässigen Ansprüche, „in so weit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt „werden, in immerwährenden Renten auf jene „Einkünfte angewiesen, welche zu einer weiteren Bestimmung übrig bleiben dürften“.

diese dem unmittelbaren Gutsbesitzer *ausschließlich* zu, und der Kaiser hat, aus diesem Grunde, keine *konkurrirende Gewalt* mit demselben.

4) Uebrigens kann der *Kaiser* hier *Reservatrechte* in so ferne geltend machen, daß der Gutsbesitzer andere Hoheitsrechte entweder nicht anders, als vermöge einer neuern kaiserlichen Verleihung ausüben kann, oder der Kaiser selbst sie ausübt, oder selbige an andere, ausser dem Gutsbesitzer, verleiht.

§. 185.

Weil solche unmittelbare Güterbesitzer nicht zugleich Regenten, und ihre unmittelbare Güter nicht besondere Staaten sind: so ist 1) ihre *Herrschaft* bloß als eine *kaiserliche* und *Reichsanstalt*, zur Regierung dieser besondern Gebiete, anzusehen i). 2) Sie befinden sich auch in der *vollkommensten* Unterwürfigkeit gegen die Reichsmajestät, ohne daß dieselbe so, wie die Subordination der Reichsstände und der reichsständischen Territorien gegen das Reich, hier

i) Weil jedoch solche Herrn nicht als kaiserliche Officianten und als von dem Kaiser besonders bestellte obrigkeitliche Personen anzusehen sind, sondern dieselben ihre Gebiete in eigenem Namen regieren: so ist davon nicht in der Lehre von der Reichskonstitution, sondern erst hier zu sprechen gewesen.

hier und da eine nähere Bestimmung erhält.

3) Bei demselben haben keine Staats- und Regierungskollegien, sondern nur *Kanzelleien*, *Konsulenten*, *Syndizen*, *Amtleute* u. s. w. statt.

§. 186.

Solche unmittelbare Güterbesitzer sind vornemlich die, zum *Korpus* der schlechtweg so genannten *Reichsritterschaft* gehörigen, Ritter (§. 21.). Sie sind so wohl für ihre *Personen*, als auch in Ansehung ihrer, zu dem reichsritterschaftlichen *Gebiete* gehörigen, Güter, der Reichsmajestät *unmittelbar* unterworfen *k)*, übrigens weder den *Reichskreisen* einverleibt *l)*, noch haben sie sich der *Reichsstandschaft* zu

X 2

er-

k) *Vertheidigte* Freiheit und Ohnmittelbarkeit der Reichsritterschaft. I. R. *Roth* von dem Grundsätze, nach welchem das Verhältniß unmittelbarer Reichsadlicher Einwohner reichsständischer Lande zu bemessen ist. Mainz 1784. und in *Maders R. Ritterschaftl. Magaz.* 8. Bd. (§. 44. 4.)

Wegen der R. ritterschaftlichen, in reichsständischen Territorien sich befindenden, Offizianten s. *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1592. *Das Klüber. Reufs Staatsk.* 16. Th. 9. Abschn. u. S. 412.

l) *R. D. A.* 1564. §. 32. „Die Ganerben und andere von der Ritterschaft und dem Adel, welche unter den *Kreis-* und *Reichsständen* nicht begriffen sind“.

erfreuen *m*). Ihre Hoheitsrechte beruhen demnach einzig auf den, §. 184. angeführten, Quellen. Eine *vollkommene und reichsständische Landeshoheit* kömmt ihnen nicht zu *n*). Daher können sie im Reiche auf den Rang vor den *Reichsstädten* *o*) so wenig, als vor den *Reichsgrafen* *p*), Anspruch machen.

§. 187.

I. *Einzelne Reichsritter* haben über ihre Gebiete und deren Einwohner mehrere Hoheitsrechte, welche sie mit *Rath* ihrer Beamten u. a., allenfalls auch mit Zuziehung der *Deputirten* der, ihnen untergebenen, *Gemeinheiten*, ausüben.

II. Dem *Korpus* der Reichsritterschaft stehen auch, vermöge besonderer kaiserlichen Privile-

m) *Pütter's Litt. 3. Th. §. 1586. Ebenda. Klüber.* Sie bezalen daher auch keine Reichssteuern. Von den *Charitativsubsidiën* derselben, welche der Kaiser hergebracht hat. *Pütter a. a. O. §. 1577.*

n) *Pütter a. a. O. §. 1585. Ebenda. Klüber.* Der praktische Nutzen der Streitfrage: ob die R. Ritterschaft die Landeshoheit habe? ist aus dem §. 184. Ziff. 1. zu bestimmen.

o) *Pütter a. a. O. §. 1588. Kerner's Staatsgenossenschaftsrecht der R. Ritterschaft. S. 64.*

p) *Io. Ad. Koppii Tr. de insigni differentia inter S. R. I. comites et nobiles immediatos. Edit. 2. Argent.*

vilegien und des Herkommens, Hoheitsrechte über die *Reichritter* und deren *Unterthanen* zu q).

§. 188.

Das reichsritterschaftliche *Korpus* ist, zum Zwecke seiner Erhaltung und Verstärkung, mit noch ganz ausnehmenden *kaiserlichen Begnadigungen* versehen. Darunter ist 1) das privilegierte *Einstandsrecht*, welches bei jeder Veräußerung und Ueberlassung eines, der Reichsritterschaft einverleibten, Guts, in drei *Jahren* seit der, dem Direktorium geschehenen, *Anzeige* der Veräußerung,

q) Man s., unter andern, die *Kernerischen* Schriften: *Staatsland- und Staatsgenossenschaftsrecht der R. Ritterschaft*, was die allgemeinen, hierher gehörigen, Prinzipien betrifft.

Dafs die *herrschaftliche* Regierung sowohl der einzelnen Reichsritter, als auch des ritterschaftlichen *Korpus* der Reichsmajestät unterworfen sey, bedarf keiner Erinnerung. Ohne Grund behauptet daher *Kerner* im St. Landrechte der R. R. S. 7. f., dafs, weil die R. R. kein Reichsstand sey, sie auch an die, ihr nachtheiligen, Reichsgesetze nicht gebunden sey. Wegen des Mangels der Reichsstandschaft ist die Analogie mit dem Widerspruche der Fürsten gegen einige Stellen der Wahlkap., nicht gegründet.

Schriften bei Gelegenheit des, auf dem Reichstage 1749. zur Sprache gekommenen, *Reichsnormativs* s. in der v. *Holzschuersch.* Ded. Bibl. 2. Bd. S. 698. f.

serung, von den Rittern des Kantons und Kreises, worinn das Gut liegt, sodann von diesem Kanton und Kreise selbst (in corpore), ferner von den Mitgliedern der beiden übrigen Ritterkreise, und endlich von diesen selbst (in corpore) ausgeübt, und durch keine andere Nebenverträge verhindert werden kann r). 2) Sollen reichsritterschaftliche Güter, welche von andern Herrn zu *Lehn* gegangen sind, auch nach dem Eröffnungs- und Konsolidationsfalle, noch der Reichsritterschaft steuerbar bleiben s) u. a.

r) *Pütter's Litt.* 3. Th. §. 1589. Ebendas. *Klüber.* C. F. *Walch* Tr. vom Näherrechte S. 419. folg. der 3ten Ausg. *Kerner's Staatsgenoss.* R. der R. R. S. 249. f. *Reufs Staatsk.* 17. Th. 9. Abschn.

Selbst die, allenfalls in einzelnen R. ritterschaftlichen Familien herkömmliche, und übrigens nach den gemeinen Prinzipien zu beurtheilende, *Erblosung* (*retractus ex iure consanguinitatis*) kömmt nur denen Anverwandten, welche Mitglieder der R. Ritterschaft sind, zu. *Geisler* pr. de retractu gentilitio ex privilegiis statutisque equestribus non fundando Marb. 1779., und in *Mader's Magaz.* 3. Bde.

s) *Conr. Wilh. Strecker* de exemptione bonorum ordini equestri immediato collectabilium illicita. Erf. 1736. Ge. *Ioseph Wedekind* diss. de iure nobilitatis imperii immediatae exigendi steuras in feudis reversis. Heidelb. 1775. Io. Ge. *Mihleis* diss. qua corpori nobilitatis immediatae S. R. I. ius collectandi in feudis consolidatis vindicatur. Specim. I. Gött. 1793. 4.

3-1
Theresa A.



Schnaubert, Andreas Joseph,

Lehrbuch des deutschen Staatsrechts

Bd.: 1. (1806)

Jena 1806

J.publ.g. 732-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10561232-4